

2015

BESCHLUSSBUCH

www.jusos.de

**BUNDESKONGRESS DER
JUNGSOZIALISTINNEN 2015**

Bremen, 27.-29.11.2015

Impressum

Herausgeber:

Jusos in der SPD
Willy-Brandt-Haus
10963 Berlin

**Für den Inhalt der Anträge sind die
jeweiligen Antragsteller verantwortlich.**

Satz und Layout:



KoKoS

Das KonferenzKoordinationsSystem
KoKoS 2.4, © 2015 Fabian Parsch

Bundeskongress, 27.-29.11.2015

A Arbeitsprogramm

A 1	Bundesvorstand	Arbeitsprogramm 2015 - 2017 - Bewegt euch!	5
-----	----------------	--	---

B Beschäftigung & Gute Arbeit

B 1	Projekt Zukunft der Arbeit über den Juso Bundesvorstand	Andere Arbeitszeiten sind möglich!	18
B 7	Sachsen-Anhalt	Keine Quantifizierung des Alltags durch Arbeitgeber*innen oder Versicherer	22

D Demokratie, Partizipation & Kampf gegen Rechts

D 4	Hannover	Gedenken 70. Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus - wie muss es weitergehen?	23
D 14	Sachsen	Ey Deutschland du mieses Stück Scheiße! - Staatsbeleidigung ist keine Straftat	28

F Frieden & Internationales

F 3	Schleswig-Holstein	Ostpolitik 3.0 – Sozialdemokratische Wege aus der Ukraine- Krise	29
F 4	Berlin	Entwicklung post-2015 - Von einer neuen Agenda zu einem neuen Paradigma	34
F 10	Thüringen	Völkermord an Herero, Nama, Damara und San vollständig aufarbeiten	48

G Gleichstellung, Feminismus & Gender

G 1	Nordrhein-Westfalen	Gender Mainstreaming in der Stadt- und Regionalentwicklung	50
G 3	Bayern	Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache – Für eine Verbesserung der Situation der Frauenhäuser und Beratungsstellen	53

I Inneres, Justiz & Verbraucherschutz

I 2	Hamburg	Mehr Rechtsstaat – Keine Vorurteile	55
I 11	Mecklenburg- Vorpommern	Vermummungsverbot abschaffen!	56

K Kommunales, Mieten & öffentliche Daseinsvorsorge

K 6	Braunschweig	Wohnheimslotterie 9 aus 100? Für ausreichenden Wohnraum für Studierende, überall!	59
-----	--------------	--	----

L Links Leben			
L 1	Bundesvorstand	Links Leben!	62
M Migration, Integration, Asyl- & Flüchtlingspolitik			
M 12	Saarland	Die Architektur jungsozialistischer Asylpolitik	76
N Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales			
N 5	Nord-Niedersachsen	Ausbau von barrierefreien Inhalten bei den öffentlich-rechtlichen Medienanstalten	101
P Pflege, Gesundheit & Soziales			
P 10	Brandenburg	Widerspruchslösung in der Organspende einführen	102
R Rente, Generationen & Familie			
R 3	Hessen-Süd	Der solidarische Wohlfahrtsstaat: Für eine moderne Familien- und Elternpolitik	103
U Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit			
U 2	Rheinland-Pfalz	Schluss mit Lebensmittelverschwendung - Containern legalisieren	106
V Verkehr & Infrastruktur			
V 1	Nordrhein-Westfalen	Zukunft gibt's nicht für lau! - Investitionen in Mobilität	107
W Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik			
W 1	Projekt Transformation	Die ökologischen Grenzen unseres Planeten respektieren! - der Wirtschaftsweise über Wohlstand statt Wachstum in den Fokus nehmen den Juso Bundesvorstand	118
W 2	Projekt Zukunft Europas über den Juso Bundesvorstand	Fairhandel statt Freihandel – Für eine solidarische, gerechte und demokratische Handelspolitik	132
W 17	Weser-Ems	Moderne Wirtschaftspolitik in der Fläche zwischen Stadt und Land	140
INI Initiativanträge			
INI 2	Hannover	Nationalismus ist keine Alternative!	142
INI 3	Baden-Württemberg	Jusos: CDU-Bekenntnis zum Grundgesetz erforderlich. Gegen die CDU-gewollte Integrationspflicht für Migrantinnen und Migranten	144

Titel Arbeitsprogramm 2015 - 2017 - Bewegt euch!

Antragsteller Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

Arbeitsprogramm 2015 - 2017 - Bewegt euch!

1 **Arbeitsprogramm 2015 – 2017**

2 **Bewegt euch!**

3

4 Eine Welt, in der alle Menschen frei und gleich sind und ihre Lebensträume verwirklichen
5 können, ist unser Ziel. Diese Welt ist gerecht und frei von Ausbeutung, Unterdrückung und
6 Diskriminierung. In dieser Welt haben alle dieselben Chancen, egal, welches Geschlecht sie
7 haben, egal, wo sie herkommen, egal, wo sie leben. Doch das ist nicht die Welt, in der wir
8 derzeit leben. Innerhalb kürzester Zeit vollziehen sich fundamentale Umwälzungen, deren
9 Auswirkungen weltweit spürbar sind. Durch die Ukraine-Krise ist Europa wieder konkret von
10 Krieg bedroht, die Umbrüche in der MENA-Region haben zum Krieg gegen die Bürger*innen in
11 Syrien sowie weiteren neuen Konfliktherden geführt, mörderische Organisationen wie der
12 sogenannte ‚IS‘, Al Shabab und Boko Haram bedrohen immer mehr Menschen. Die Finanz- und
13 Wirtschaftskrise, die nicht nur Griechenland fest im Griff hält, dauert an. Viele Entwicklungen
14 spielen in der deutschen und europäischen Öffentlichkeit erst eine Rolle, wenn sie auch
15 unmittelbare Auswirkungen auf unsere Gesellschaft haben könnten. Beispiel dafür ist die Ebola-
16 Epidemie in Liberia, Guinea und Sierra Leone. Oder asiatische Produktionsstätten, in denen
17 Menschen unter unhaltbaren Zuständen als moderne SklavInnen für Konzerngewinne ihre
18 Gesundheit riskieren.. Die rasend schnelle Abfolge von immer neuen Entwicklungen lässt uns
19 kaum genügend Zeit, ernsthafte politische Antworten zu formulieren. Stattdessen treibt sie
20 PolitikerInnen in den reaktiven Krisenmodus, in dem niemals erneuert, sondern immer nur
21 repariert wird.

22

23 Ein ebenso prominentes, wie trauriges Beispiel dafür ist der aktuelle Umgang mit geflüchteten
24 Menschen und ihren Fluchtursachen. Ausgehend von globalen Ungerechtigkeiten, existentieller
25 Armut, Krieg und Unterdrückung sind Flucht- und Migrationsbewegungen die logische
26 Konsequenz. Und sie sind auch Ausdruck des dringenden Bedürfnisses nach einem Leben in
27 Sicherheit, Frieden sowie der gleichberechtigten Teilhabe am globalen Wohlstand. In Zeiten wie
28 diesen wird deutlicher denn je: Die Heilsversprechen des Kapitalismus kann dieser nicht
29 erfüllen.

30

31 Obwohl sich Millionen Menschen auf der Flucht befinden, kommt nur ein sehr kleiner Bruchteil
32 nach Europa und Deutschland. Mit dem Dublin-Abkommen und der damit einhergehenden
33 Drittstaaten-Regelung gelang es Deutschland über lange Zeit sich abzuschotten und andere
34 Länder, wie Italien und Griechenland, mit der Bewältigung der Aufgaben alleine zu lassen. Mit
35 dem kurzzeitigen und teilweisen Außerkraftsetzen des Dublin-Abkommens kommen Geflüchtete
36 nun auch nach Deutschland. Tausende Menschen engagieren sich deshalb zur Zeit freiwillig in
37 Initiativen, Hilfsorganisationen und Unterkünften für die Schutzsuchenden. Die bunten,
38 freundlichen Willkommensbilder dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Nazis,
39 RassistInnen und die politische Rechte versuchen, aus der Not der Geflüchteten Kapital zu
40 schlagen. Den zuvor geschürten Ängsten und der Stimmungsmache gegenüber geflüchteten
41 Menschen folgen anschließend die passgenauen rechtspopulistischen Antworten der gleichen
42 Gruppen und Personen. Sogar unter dem Deckmantel des Schutzes der Frauenrechte und der
43 Gleichberechtigung, wird Stimmung gegen den Islam und die Schutzsuchenden geschürt. Zu
44 diesen Antworten gehört immer wieder die Forderung nach mehr Abschottung und einer

45 weiteren Einschränkung des Asylrechts. „Flüchtlingsströme“ sollen abgehalten, Obergrenzen
46 festgelegt und Zäune errichtet werden. Durch Abschreckung und Schikanen wird suggeriert
47 Flüchtlinge davon abbringen zu können, nach Deutschland zu kommen. Wo zuvor große Reden
48 über Werte, Moral und Menschenrechte gehalten wurden, bleiben im entscheidenden Moment
49 höchstens noch nationaler Chauvinismus und eine Portion Leitkultur übrig. Es bleibt nicht bei
50 verbaler Hetze. Täglich werden Unterkünfte angezündet, Geflüchtete angegriffen und
51 HelferInnen massiv bedroht. Bei diesem perfiden Spiel darf die SPD nicht den geringsten
52 Zweifel daran aufkommen lassen, auf welcher Seite sie steht. Gerade im Lichte dessen, dass
53 einige Regierungsmitglieder aus Reihen der CDU/CSU durch ähnliche Forderungen und
54 Äußerungen auf sich aufmerksam machten, um in der derzeitigen Situation am rechten Rand
55 der WählerInnenschaft um Stimmen zu buhlen.

56

57 Die reine Zustandsbeschreibung von Sorgen und Ängsten in der Bevölkerung ist dabei nicht
58 hilfreich, sondern irreführend. Gleichwohl wissen wir nicht erst seit den Mitte-Studien der
59 Friedrich-Ebert-Stiftung, dass aufgrund von Abstiegsängsten und –erfahrungen sowie sozialen
60 Unsicherheiten der Nährboden für rechte Parolen und rassistische Stimmung besonders
61 fruchtbar ist. Für eine sich als fortschrittlich und emanzipatorisch begreifende Bewegung wie die
62 Sozialdemokratie, folgt das politische Handeln aber niemals linear der Angst oder dem
63 Ressentiment. Stattdessen muss sie in der Lage sein, bestehende Ungerechtigkeiten zu
64 beseitigen, Hass und Gewalt entschieden entgegen zu treten, Ängsten und Ressentiments aber
65 einen eigenen solidarischen Gesellschaftsentwurf entgegenzustellen und dafür leidenschaftlich
66 zu werben. Dieses Werben ist der Kampf um gesellschaftliche Hegemonie und diese definieren
67 wir immer in dem was wird und niemals in dem was ist.

68

69 Diesen eigenständigen Gesellschaftsentwurf sind wir zuletzt nicht nur im Umgang mit
70 Geflüchteten schuldig geblieben. Das Versagen der europäischen Sozialdemokratie, keine
71 gemeinsamen Vorschläge für die Lösung der Finanz- und Wirtschaftskrise zu erarbeiten, *sowie*
72 *das Fehlen problemorientierter Lösungsvorschläge unsererseits*, ist in doppelter Hinsicht
73 verheerend. Konservative und neoliberale PolitikerInnen haben es geschafft die Krise in eine
74 Staatsschuldenkrise umzudeuten und durch die Austeritätspolitik viele europäische Staaten in
75 einen Teufelskreis aus Sparen, Abbau des Sozialstaats, Konjunkturerinbruch, sinkenden
76 Einnahmen, Schulden und Massenarbeitslosigkeit zu treiben. Die europäische Bevölkerung und
77 viele überzeugte EuropäerInnen verbinden die Europäische Union inzwischen nicht mehr mit
78 Frieden, Wohlstand und Wachstum, sondern lediglich mit Krise. Dies führt zu einer großen
79 Verunsicherung. Das Projekt Europa, das bislang unvollendet blieb, steht auf der Kippe. Und mit
80 ihm die europäische Sozialdemokratie. Verwickelt in Rückzugsgefechte und eingekeilt zwischen
81 neu entstehenden linken Bewegungen und Parteien auf der einen und den wachsenden
82 rechtspopulistischen und faschistischen Bewegungen auf der anderen Seite, schafft es die
83 Sozialdemokratie immer weniger, Überzeugungskraft zu entfalten. Die europäische
84 Sozialdemokratie *und auch wir selber müssen* endlich in die Offensive kommen. Das heißt
85 keineswegs, sich von der Europäischen Union abzuwenden. Es ist richtig die Europäische Idee
86 zu verteidigen. Das bedeutet aber nicht, dass wir die EU so lassen können, wie sie ist. Es ist
87 falsch, die EU kritiklos zu verteidigen. Vielmehr braucht es endlich einen stärkeren Fokus auf
88 die sozio-ökonomischen Grundlagen und die demokratischen Werte der europäischen
89 Gemeinschaft. Europa muss für die Menschen wieder zum Synonym für eine gerechtere
90 Zukunft werden. Und das wird es nur, wenn das Soziale Europa endlich mehr ist als ein
91 Schlagwort. Wir sind bereit, die Auseinandersetzung um den politischen Charakter Europas und
92 Europas Rolle in einer instabiler werdenden Welt aufzunehmen. Sich diesem längst
93 schwelenden Richtungsstreit zu verweigern wäre unpolitisch und somit unverantwortlich. Wir
94 wollen mehr. Wir wollen diese Gesellschaft bewegen. Wir wollen eine starke Bewegung sein
95 und rufen allen, die sich mit dem Status Quo nicht zufrieden geben, zu: Bewegt Euch mit uns!

96

97 **Mut und Visionen – Fehlanzeige**

98

99 Für das bescheidene Abschneiden der SPD bei der letzten Bundestagswahl gibt es mehrere
100 Gründe. Klar ist: Am Wahlprogramm und seinem wieder stärker gewordenen Fokus auf soziale
101 Gerechtigkeit lag es nicht. Das bestätigen die Umfragen. Aus unserer Sicht fehlte und fehlt vor
102 allem eine Gesamterzählung davon, welchen Gesellschaftsentwurf die SPD in den kommenden
103 Jahren verfolgt. Glaubwürdiges Personal an der Spitze ist ebenfalls notwendig. Es ist
104 entscheidend für Deutungshoheit und Wahlerfolge, eine gesellschaftliche und wirtschaftliche
105 Alternative deutlich zu machen und sich von anderen Parteien – insbesondere der Union –

106 abzugrenzen. Wählerinnen und Wähler müssen wissen, wofür es sich lohnt, wählen zu gehen.
107
108 Zwei Jahre nachdem die SPD auf Bundesebene in einer Großen Koalition regiert, hat sich an
109 dem Zutrauen der Bevölkerung in die SPD wenig gebessert. Politische Erfolge wie der
110 Mindestlohn, die Frauenquote, die Mietpreisbremse oder die Rente nach 45
111 Versicherungsjahren schaffen es bislang nur langsam wieder Glaubwürdigkeit und Vertrauen in
112 die SPD zu wecken. Das gilt insbesondere für Frauen, die sich weder von den Themen noch
113 vom Personal angesprochen fühlen. Themen-Hopping und Sprunghaftigkeit sind derweil Gift für
114 die SPD. Schwammige Positionen, die fast alle Menschen adressieren sollen, erreichen am
115 Ende des Tages niemanden. Vielmehr müssen wir in grundlegenden Fragen Haltung zeigen und
116 den Mut haben mit neuen Ideen auf die Herausforderungen unserer Zeit zu reagieren. Diese
117 Ideen müssen nicht immer gleich mehrheitsfähig sein. Wir müssen endlich wieder bereit sein
118 auch gegen Widerstände zu argumentieren um Mehrheiten für unsere Positionen zu erkämpfen.
119

120 Als Jusos haben wir uns deshalb in den letzten zwei Jahren aufgemacht mit unserer Kampagne
121 „Links leben“ neue Konzepte und Positionierungen zu entwickeln. Mit ihrer Perspektivdebatte
122 macht sich die SPD nun ebenfalls auf den Weg. Bislang schlägt sie dabei aber nicht die richtige
123 Richtung ein. Als Jusos sind wir deshalb mehr denn je gefragt. Wir müssen die Partei
124 wachrütteln, die SPD muss wieder Mut fassen zu ihren eigenen Ideen zu stehen und darf
125 keinesfalls vermeintlichen „Mitte“-Rezepten und konservativen Antworten hinterherlaufen.
126 Stattdessen sind mehr innerparteiliche Demokratie und offene Debatten über die großen
127 Herausforderungen angesagt. Die SPD muss zeigen, dass sie die Beteiligungspartei ist, die ihre
128 Mitglieder ernst nimmt. Die SPD muss zeigen, dass sie Antworten auf die Digitalisierung, den
129 grundlegenden Wandel in der Arbeitswelt und der Wirtschaft, die Migrationsgesellschaft und
130 globale Herausforderungen hat. Nicht nur, aber insbesondere jungen Menschen muss sie die
131 Perspektive auf ein selbstbestimmtes Leben erschließen, das mehr zu bieten hat als ein faires
132 Verhältnis von Arbeit und Freizeit. Statt im Klein-Klein zu verharren gilt es Visionen zu
133 erarbeiten und in Bewegung zu bleiben. Frustration bei unseren Mitgliedern, Austritte und
134 Lethargie sind sonst vorprogrammiert. Die sinkende Bindewirkung auf ihre Mitglieder sollte der
135 SPD schon jetzt zu denken geben, da gibt es nichts schönzureden.

136 Wir sind davon überzeugt, dass eine Gesellschaftsanalyse vonnöten ist um politische Antworten
137 entwickeln zu können. Unserer Politischen Arbeit liegt die Annahme und das Wissen darüber
138 zugrunde, dass unsere Gesellschaft kapitalistisch strukturiert ist, was alle Lebensbereiche total
139 durchzieht. Zentraler Zweck der Produktion, der die Gesellschaft antreibt, ist die
140 Kapitalmehrung. Dazu ist Arbeit notwendig, sie wird so entlohnt, dass die Arbeitenden ihre
141 Reproduktionskosten decken können, und erzeugt einen Mehrwert. Kapitalist*innen können
142 diesen Mehrwert abschöpfen und den Arbeitenden vorenthalten. Die Produktionsmittel
143 konzentrieren sich infolgedessen zunehmend bei Wenigen. Im Kapitalismus stehen sich Kapital
144 und Arbeit widersprüchlich gegenüber. Wir wollen unsere Gesellschaftsanalyse dazu nutzen,
145 unsere Antworten zu schärfen und und als Bewegung zu stärken.

146
147 Wenn die SPD aufzeigt, wo sie hin möchte, wenn sie Deutungshoheit in der öffentlichen
148 Wahrnehmung zurückerlangt, muss sie auch aufzeigen, mit welcher Machtperspektive sie linke
149 Politik konkret umsetzen möchte. Mit der Union wird dies nicht gelingen. Rot-Rot-Grün bleibt
150 deshalb für uns die einzige absehbare Machtperspektive. Nur wenn die SPD-Spitze das endlich
151 erkennt und das Projekt R2G ernsthaft angeht, können wir auch die Menschen davon
152 überzeugen und beginnen, zweifelsohne bestehende Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Es
153 muss endlich Schluss sein mit der Dämonisierung solcher Koalitionen. Denn wer umstandslos
154 mit der CSU koalitiert sollte Vorsicht walten lassen, wenn es um die Beurteilung von Koalitions-
155 und Regierungsbeteiligung anderer Parteien geht.

156 157 **Jusos als treibende Kraft**

158
159 Doch auch wir Jusos müssen in Bewegung bleiben. Wir kämpfen für eine gerechte Welt, in der
160 jedeR gut leben kann und seine/ihre Träume verwirklichen kann. Wir kämpfen für eine
161 Gesellschaft der Freien und Gleichen. Wir kämpfen dafür, das kapitalistische System zu
162 überwinden. Wir stehen im engen Austausch mit unseren PartnerInnenorganisationen auf der
163 ganzen Welt und gehen auf die Straße gegen Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und
164 jede Form der Menschenfeindlichkeit. Als eigenständiger linker Richtungsverband innerhalb der
165 SPD treiben wir die SPD von und nach links.

166

167 Wir haben es nach bleiern Jahren der Agenda-Politik zuletzt geschafft, an vielen Stellen die
168 Programmatik der SPD substantiell zu beeinflussen. Von der Steuergerechtigkeit über die
169 Ausbildungsgarantie bis zur Abschaffung der sogenannten Extremismusklausel – ohne die
170 Jusos wären die Positionen der SPD nicht so progressiv, wie sie es an vielen Stellen sind. In
171 den letzten Monaten geraten immer mehr programmatische Standpunkte jedoch wieder unter
172 Druck. Mit Scheinargumenten und Machtdemonstrationen werden Positionen geräumt, die einer
173 durch die Partei-Spitze angestrebten Ausrichtung der SPD auf die Mitte angeblick
174 entgegenstehen. Zu oft wird sich dabei hinter der Union versteckt, um die eigene Mutlosigkeit zu
175 kaschieren. Als Jusos dürfen wir dies keinesfalls durchgehen lassen. Es ist an uns, die
176 Zusammenarbeit mit linken Kräften innerhalb der SPD auszubauen. Und es ist
177 selbstverständlich, dass wir uns dabei auch Unterstützung außerhalb der SPD suchen.

178

179 Gerade treibt viele Jusos aber eine Frage besonders um. Viele engagieren sich in Initiativen für
180 Geflüchtete, geben Sprachkurse, organisieren Spendenaktionen und Fußballturniere, nehmen
181 die Menschen an Grenzen und Bahnhöfen in Empfang und helfen ihnen bei der Weiterfahrt oder
182 beteiligen sich an gemeinsamen Aktionen um sichere Fluchtwege zu errichten. Viele unserer
183 Mitglieder stellt das vor große Herausforderungen. Konkret helfen vor Ort gehört ebenso zu
184 unserer politischen Arbeit, wie unsere Forderungen gegenüber der SPD und der Politik zu
185 artikulieren. Die unterschiedlichen Aufgaben unter einen Hut zu bekommen ist dabei nicht
186 immer leicht. Für unsere Strukturen ist dies jedoch auch eine große Chance. Junge Menschen
187 politisiert die Situation der Geflüchteten. Jusos müssen vor Ort politische AnsprechpartnerInnen
188 und VermittlerInnen zwischen den Ehrenamtlichen, den politisch Verantwortlichen und natürlich
189 auch den Geflüchteten sein. Im Sinne der geflüchteten Menschen gilt es diese Funktion weiter
190 auszubauen, indem wir unsere Schnittstellenfunktion selbstbewusst nutzen.

191

192 Als feministischer Richtungsverband ist die tatsächliche Gleichstellung von Frauen unser
193 besonderes Anliegen. In der Gesellschaft, in der Politik und in der SPD sind Frauen immer noch
194 unterrepräsentiert. Männerklüngel und eine patriachale Gesellschaft verhindert oft den Aufstieg
195 von Frauen in Führungspositionen. Bei den Jusos übernehmen inzwischen immer mehr Frauen
196 – sei es im Kreisverband, im Unterbezirk oder auf Landesebene – auch in erster Reihe
197 Verantwortung für die Juso-Arbeit. Nachholbedarf haben wir insbesondere beim Anteil
198 weiblicher Mitglieder. Die Frauen, die wir in unserem Verband haben, müssen wir weiter fördern.
199 Als feministischer Verband geben wir uns erst zufrieden, wenn Frauen tatsächlich komplett
200 gleichgestellt sind. Das gilt für den Verband, wie für die Gesellschaft.

201 Als feministischer und progressiver Verband stehen für uns auch LGBTIQA-Interessen an
202 wichtiger Stelle. Frei zu lieben und zu leben, verstehen wir daher nicht nur als Floskel sondern
203 als Menschenrecht. Dies heißt für uns auch, dass wir aktiv in der Gesellschaft dafür eintreten,
204 überholte Geschlechter- und Rollenklischees zu bekämpfen und dafür einzutreten, dass sowohl
205 die gesetzliche Diskriminierung ein Ende hat als auch in den Köpfen der Menschen ein längst
206 überfälliges Umdenken einsetzt. Dies hört für uns nicht bei der Öffnung der Ehe oder neuen
207 Familienbildern auf. Wir als Verband müssen hierbei eine Vorbildrolle einnehmen und deutliche
208 Zeichen dafür setzen, dass Homo-, Bi- und Transphobie bei uns keinen Platz haben und
209 Menschen, die sich dem breiten LGBTIQA-Spektrum zugehörig fühlen, bei uns einen sicheren
210 Platz für ihre politische Aktivität vorfinden.

211

212 Für uns als Jusos sind deshalb folgende Themen zentral für die nächsten zwei Jahre:

213

214 **1. Grundrechte verteidigen - Migrationsgesellschaft leben**

215

216 Beinahe täglich sterben Menschen auf der Flucht nach Europa. Die Große Koalition reagiert auf
217 die steigende Anzahl an Schutzsuchenden mit Verschärfungen des Asylrechts,
218 Leistungskürzungen und Angstmacherei. Die Staaten Europas können sich nicht auf eine
219 gemeinsame Politik zum Schutz von Menschen und Menschenrechten einigen. Wir sind nicht
220 bereit, diese Politik mitzutragen. Grundrechte wie das Recht auf Asyl sind für uns unter keinen
221 Umständen verhandelbar. Mit BündnispartnerInnen innerhalb und außerhalb der SPD werden
222 wir uns jeder weiteren Verschärfung energisch und kreativ entgegenstellen. Das heißt auch und
223 insbesondere, unserer eigenen Partei durch internen wie externen Druck Beine zu machen.
224 Unsere Vision ist und bleibt das globale Recht auf Migration. In den kommenden zwei Jahren
225 möchten wir auch gemeinsam mit unseren internationalen PartnerInnen erörtern, wie der Weg
226 dahin gestaltet werden kann. Ein nicht an ökonomischen Kriterien orientiertes
227 Einwanderungsgesetz kann in der Zwischenzeit für viele Menschen ein wichtiges Instrument

228 sein. Die Union, aber auch Teile der SPD lassen uns jedoch daran zweifeln, inwiefern ein
229 solches Einwanderungsgesetz aktuell denkbar ist. Wir setzen uns daher zunächst für eine
230 Klärung innerhalb der SPD über den Inhalt eines solchen Gesetzes ein. Ein Gesetz für
231 Hochqualifizierten-Einwanderung wird unsere Zustimmung jedenfalls nicht finden.

232

233 Gemeinsam mit unseren europäischen PartnerInnenorganisationen kämpfen wir gegen das
234 Frontex-Regime, für sichere Fluchtrouten und für eine sichere und solidarische Aufnahme von
235 Refugees in Europa. Migration in und nach Europa ist für uns eine Normalität und
236 Selbstverständlichkeit. Das große Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger zeigt, dass diese
237 Normalität in unserer Gesellschaft lebbar ist. Und trotzdem wissen wir, dass das nicht zu jeder
238 Zeit und an jedem Ort für alle gilt. Wir werden uns deshalb weiter mutig gegen den braunen
239 Mob stellen, der Geflüchtete und (vermeintliche) MigrantInnen bedroht und tötlich angreift. Und
240 wir werden weiter in Bündnissen aktiv sein, um "besorgten BürgerInnen" und
241 RechtspopulistInnen entgegen zu treten, die Refugees in ihren Rechten beschränken wollen
242 und an den Grundfesten unserer Demokratie rütteln. Dennoch müssen wir auch die Tatsache
243 zur Kenntnis nehmen, dass auch unter den AnhängerInnen der AfD frühere
244 sozialdemokratische Wähler*innen waren. Hier gilt es auf der einen Seite deutliche Worte gegen
245 rechte Parolen zu finden aber auch auf der anderen Seite mit Aufklärungsarbeit unbegründete
246 Ängste zu nehmen und Vorurteile zu beseitigen. Dazu werden wir in einer Netzwerkstelle aktive
247 Jusos und ExpertInnen aus den Landesverbänden und Bezirken vernetzen, auf einer
248 Fachkonferenz die im Verband vorhandene Erfahrung und Expertise in die Breite tragen und
249 auch die UB-Vorsitzenden einbinden, u.a. mit einer Unterbezirksvorsitzendenkonferenz im Jahr
250 2016.

251

252 Viele Jusos bringen sich vor Ort intensiv bei der Unterstützung von Refugees ein. Auch diese
253 Erfahrungen wollen wir in die Vernetzung einbringen und Best-Practise-Beispiele von vor Ort
254 bekannt machen. Als Partnerin in den zivilgesellschaftlichen Netzwerken wollen wir uns als
255 Jusos nicht nur ganz praktisch einbringen, sondern generieren politische Forderungen aus
256 unserem Alltagswissen. Im Rahmen der Doppelstrategie werden wir weiter als Scharnier wirken
257 und diese Forderungen in die SPD und die politische Arena tragen, und zwar vom Ortsbeirat bis
258 in die Bundestagsfraktion. Zur Unterstützung der Arbeit vor Ort werden wir neue Materialien in
259 den Bereichen Antifaschismus, Antirassismus, Kampf gegen Rechts und Geflüchtetenhilfe
260 erstellen und mit einem Handbuch, thematischen Kampagnen und einer Schwerpunktausgabe
261 der Argumente von Bundesebene begleiten.

262

263 **2. Feminismus voranbringen - Frauen stärken**

264

265 Sozialismus kann es ohne die Gleichstellung der Geschlechter nicht geben. *Nicht nur aber auch*
266 deshalb verstehen wir Jusos uns nicht nur als sozialistischer, sondern auch als feministischer
267 Richtungsverband. Ein grundlegendes Ziel unserer Politik ist, dass alle Menschen ein freies und
268 selbstbestimmtes Leben führen können. Stereotype Geschlechtervorstellungen und Rollenbilder
269 bestimmen nach wie vor das gesellschaftliche Zusammenleben. Ausdruck dessen ist unter
270 anderem die doppelte Vergesellschaftung von Frauen. Sie spiegelt sich in der ungleichen
271 Verteilung von Arbeitszeit, Chancen auf dem Arbeitsmarkt sowie Vermögen wider. Eine
272 eigenständige Existenzsicherung, insbesondere im Alter, ist vor diesem Hintergrund oftmals
273 nicht möglich. Für uns Jusos ist deshalb klar, dass wir uns im Rahmen der Diskussionen über
274 aktuelle Entwicklungstendenzen in der Arbeitswelt (Arbeit und Wirtschaft 4.0) auch mit
275 gleichstellungspolitischen Fragestellungen beschäftigen müssen. Die Gleichstellung auf dem
276 Arbeitsmarkt ist für die Gleichstellung der Geschlechter zentral. Der patriachalen
277 Gesellschaftsstruktur liegt im Kapitalismus die Kernfamilie als Standardmodell zugrunde. Es
278 sichert die Trennung der Produktions- und Reproduktionsarbeit, was die Reproduktionskosten
279 sinken lässt und das Lohnregime zugunsten der Kapitaleseite stärkt. Daher wollen wir uns über
280 Eckpunkte einer modernen, jungsozialistischen Familienpolitik verständigen, die den
281 heteronormativen Rahmen zeitgenössischer Debatten sprengt. Denn Familie bedeutet für uns
282 mehr als die klassische Mutter-Vater-Kinder-Kombination. Familie ist da, wo Menschen
283 füreinander Verantwortung übernehmen. Diesen Gedanken wollen wir im Rahmen einer
284 Kampagne aufgreifen.

285 Aber auch neue Debatten wie zum Beispiel das Verhältnis von Feminismus & Popkultur wollen
286 wir führen.

287

288 Unser Selbstverständnis als feministischer Richtungsverband verpflichtet uns, feministische

289 Themen im Sinne des „lila Fadens“ in die Verbandsarbeit zu integrieren.
290 Gleichstellungspolitische Fragestellungen und Inhalte sollen deshalb bei allen Projekten,
291 Seminaren, Veranstaltungen und Publikationen berücksichtigt werden. Zugleich gilt es, der
292 strukturellen Unterrepräsentation von Frauen in unserem Verband entgegenzuwirken. Wir
293 wollen, dass Frauen in unserem Verband entscheidende Akteurinnen und sichtbar sind. Mit
294 einem Frauen-Empowerment-Programm soll die Basis für eine intensivere Vernetzung und
295 Solidarität unter aktiven Frauen aus unserem Verband geschaffen werden. Über die gezielte
296 Auseinandersetzung mit der Situation von Frauen in der Gesellschaft, Politik und in unserem
297 Verband wird die Möglichkeit geboten, gemeinsame Strategien und Methoden zu entwickeln, die
298 bestehenden patriarchalen Strukturen in unserem Verband zu überkommen. Aus unserem
299 queerfeministischen und feministischen Selbstverständnis heraus ist für uns klar, dass sich nicht
300 die Frauen anpassen müssen, um in unseren Strukturen zu bestehen. Sondern wir brauchen
301 starke und empowerte Frauen, um diese Strukturen zu verändern. Weiterhin werden wir auf
302 jeder Bundesveranstaltung Vernetzungsmöglichkeiten anbieten, um uns besonders über
303 gezielte Fördermaßnahmen zur Gleichstellung in verschiedenen Landesverbänden und
304 Bezirken auszutauschen. Auch über Juso-Strukturen hinaus spielt Vernetzung von
305 Frauenstrukturen für uns eine wichtige Rolle. Wie in den letzten Jahren werden wir weiterhin
306 beim Frauenkampftag Flagge zeigen und die Rolle der Sozialdemokratie für die Gleichstellung
307 der Frau in den letzten 150 Jahren weiter ausfüllen.

308

309 **3. Arbeit 4.0 und Wirtschaft 4.0 gestalten**

310

311 Automatisierung und Digitalisierung verändern Arbeit und Leben rasant. Die digitale Revolution
312 und industrielle Veränderungen (Industrie 4.0) macht vor der Arbeitswelt nicht halt – sie schafft
313 neue Märkte, Produkte und Arbeitsweisen und lässt neue Ansprüche an die Arbeit entstehen.
314 Das bedeutet Chance und Risiko zugleich. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die
315 Möglichkeiten, die sich aus der Digitalisierung und Vernetzung ergeben für alle
316 ArbeitnehmerInnen realisierbar werden und zugleich erkämpfte Rechte verteidigen.

317

318 Megatrends wie Individualisierung und Feminisierung der Arbeit tragen dazu bei, dass
319 Menschen heute flexibler arbeiten wollen ohne sich dabei zwischen Zeitmanagement und
320 ständiger Verfügbarkeit aufreiben zu müssen. Arbeit und (Familien)Leben müssen miteinander
321 vereinbar sein, ArbeitnehmerInnen-Flexibilität ist hier das Stichwort. Neue Zeitmodelle müssen
322 gefunden werden, um den Ansprüchen an Arbeit 4.0 gerecht werden zu können. Auch sehen
323 wir: bisherige Beteiligungs- und Mitbestimmungsformen an Arbeitsgestaltung reichen nicht mehr
324 aus. Altgediente Strukturen sind oftmals zu langsam und nicht umfassend genug, für die
325 Anforderungen unserer Zeit. Wir wollen über moderne und solidarische Mitbestimmungskultur
326 sprechen und mit den Gewerkschaften Wirtschaftsdemokratie in die 4. Revolution übertragen.

327

328 Gleichzeitig sehen wir, welche Risiken die Digitalisierung auch mit sich bringen kann. Schon
329 heute hält die Entgrenzung von Arbeit in unser aller Alltag Einzug. Normalarbeitsverhältnis und
330 Tarifbeschäftigung sind zunehmend auf dem Rückzug, werkbasierte und befristete
331 Vertragsformen nehmen zu. Die Digitalisierung kann diese Entwicklung verstärken. Konzepte
332 der permanenten Verfügbarkeit und Beliebigkeit verteilter Arbeitskraft am digitalen Marktplatz
333 stellen kollektiv erkämpfte Rechte in Frage und bedrohen die Durchsetzungsfähigkeit der
334 ArbeitnehmerInnenschaft. Der Digitale Tagelöhner als ArbeitnehmerIn der Zukunft? Es braucht
335 klare Grenzen und Regelungen, um Menschen vor Ausbeutung und Selbstausbeutung zu
336 schützen. Wir sehen die Digitalisierung der Arbeitswelt auch als große Chance an, um durch
337 eine Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse einen ausgewogenen Ausgleich zwischen Arbeit,
338 Familie und Freizeit zu schaffen. Die Digitalisierung stellt auch höhere Anforderungen an
339 Qualifizierung und Weiterbildung von ArbeitnehmerInnen. Das Erlernen des Umgangs mit
340 neuen elektronischen Geräten und technischen Entwicklungen muss innerhalb des
341 lebenslangen Lernens ohne Zwang möglich sein.

342

343 Die gesellschaftliche und mediale Behandlung des Themas zeigt: es herrscht große
344 Unsicherheit, was die besten Reaktionen, wie der beste Umgang mit dem Wandel aussehen
345 könnte. Weder Politik noch Wissenschaft, Gewerkschaften oder Arbeitgeber haben bisher
346 Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit. Wir Jusos wollen die Fragen im Rahmen
347 eines Perspektivprojekts aufgreifen und eine sozialistische Antwortalternative entwerfen.

348

349 **4. Stadt, Land, Struktur verändern**

350

351 In den vergangenen zwei Jahren haben wir uns im Rahmen der Links Leben-Kampagne
352 ausführlich damit beschäftigt, was für uns Jusos zu einem guten linken Leben gehört. Dabei ist
353 klar geworden: Gute Arbeit, bezahlbares Wohnen, eine gesunde Infrastruktur, individuelle und
354 kollektive Freiräume sowie eine starke (Gegen-)Kultur sind wichtig, dürfen aber nicht nur für
355 diejenigen zur Verfügung stehen, die zufällig in einer Großstadt oder in der Nähe einer
356 Hochschule leben. Denn das gute linke Leben ist nur dann ein solches, *wenn die*
357 *Errungenschaften für alle Mitglieder der Gesellschaft gelten.*

358

359 Die räumliche Entwicklung ist in Deutschland jedoch zunehmend von Ungleichheiten bestimmt.
360 Während auf der einen Seite manche Regionen und Städte von starkem Zuzug und Wachstum
361 geprägt sind, bezahlbarer Wohnraum knapp wird und öffentliche Verkehrsinfrastruktur mit den
362 wachsenden PendlerInnenströmen überfordert ist, gibt es auf der anderen Seite ganze
363 Regionen, die mit Abwanderung und Überalterung zu kämpfen haben und in denen es schwierig
364 ist, öffentliche Daseinsvorsorge überhaupt aufrecht zu erhalten. Wie vor diesem Hintergrund der
365 Raumordnungsgrundsatz der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ zu gewährleisten sein
366 wird, ist eine der zentralen Fragen, die wir in den kommenden Jahren zu bewältigen haben
367 werden. Wie können wir gewährleisten, dass für jeden und jede – unabhängig ihres oder seines
368 Wohnortes - ein möglichst gutes Angebot öffentlicher Daseinsvorsorge bereitgestellt ist? Welche
369 Forderungen ergeben sich daraus für die Raumordnungspolitik und Landesentwicklung? Wie
370 können wir in den Ballungszentren gegen Verdrängung und soziale Entmischung angehen,
371 bezahlbaren Wohnraum erhalten und schaffen und mit den wachsenden Verkehrsströmen klar
372 kommen? Wie können wir Gender Mainstreaming in die Planung neuer Wohngebiete und der
373 Verkehrswegeplanung einbeziehen? Damit wollen wir uns im Perspektivprojekt „Stadt, Land,
374 Struktur“ auseinandersetzen. Hier soll auch Platz sein für sich logisch daraus ableitende
375 Fragen nach der künftigen Bedeutung von Ländern und Kommunen, die endlich wieder mehr
376 sein müssen als der politische Prellbock für den berechtigten Unmut vieler Menschen. Die
377 Verteilung staatlicher Einnahmen und damit einhergehend das Gewähren tatsächlicher
378 politischer Handlungsspielräume werden dabei integraler Bestandteil unserer Debatten sein.

379

380 Ebenso soll der Austausch der Wachstumszentren im Rahmen eines selbstorganisierten
381 „sozialistischen Großstädtenetzwerks“ /Metropolennetzwerks unterstützt werden.

382

383 **5. Global denken, global handeln**

384

385 Technologischer und gesellschaftlicher Wandel haben Krieg und Konflikte verändert. Man
386 spricht von asymmetrischen, sogenannten Neuen Kriegen und Konflikten. Ungleiche Zugänge
387 zu natürlichen Ressourcen, Armut, gesellschaftliche Ungleichheit, unzureichende Freiheiten,
388 staatliches Versagen, religiöser Fundamentalismus oder Unterdrückung sind nur einige der
389 Auslöser dieser neuen Kriege und Konflikte. Gerade auch die von der europäischen Union
390 verfolgte Freihandelspolitik verschärft Verteilungskonflikte in Ländern des globalen Südens und
391 befeuert so neue Kriege und Konflikte. Wir wollen uns damit beschäftigen, wie wir die Ursachen
392 solcher asymmetrischen Konflikte vorbeugen können. Wie muss eine
393 Entwicklungszusammenarbeit aussehen? Welche Rolle hat Handel in diesem Zusammenhang
394 zu spielen?

395

396 An vielen Orten der Welt sind so viele Menschen Konflikten, Krieg, Vertreibung und Vernichtung
397 ausgesetzt wie seit langer Zeit nicht mehr. Beispielhaft lassen sich die neuen Kriege am Agieren
398 der Terrororganisation „Islamischen Staat“ oder dem Assad-Regime in Syrien aufzeigen.
399 Weltweit befinden sich schätzungsweise 55 Millionen Menschen auf der Flucht vor Gewalt und
400 der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen und nehmen dabei lebensbedrohliche Wege auf sich,
401 um ihr Menschenrecht auf Asyl zu erhalten. Die Überschneidung der vielfältigen
402 Migrationsursachen macht deutlich, dass die Genfer Flüchtlingskonvention an ihre Grenzen
403 stößt. Schon lange zeigt sich auch, dass nationalstaatliche Handlungsmöglichkeiten nicht
404 ausreichen, aktuelle Herausforderungen globaler Migrationsbewegungen zu bewältigen. Welche
405 Rolle können einzelne Staaten in solchen Situationen einnehmen? Was ist Aufgabe der
406 Staatengemeinschaft? Welche Handlungsoptionen bieten sich an? Wie gehen wir mit nicht
407 existierender Staatlichkeit in manchen Regionen um?

408 Im Nahen- und Mittleren Osten und Nordafrika haben arabischen Revolutionen zu einem

409 Ordnungszersplitterung geführt. Innerstaatliche Ordnungen sind zerbrochen, Allianzen wurden

410 aufgekündigt oder entstehen neu. Einige Staaten, wie Tunesien, durchlaufen hoffnungsvolle

411 Transformationsprozesse, während in anderen neue Konflikte und Kriege entstanden sind. Wie
412 können wir Jusos Genoss*innen und Partner*innen in ihren Transformationsprozessen
413 unterstützen? Was kann in der MENA-Region Fluchtursachen bekämpfen? Wie können neue
414 Allianzen, beispielsweise zwischen Israel und Jordanien, bestehende Konflikte lösen?

415

416 *Internationalismus hat Tradition - 20 Jahre Willy Brandt Center*

417

418 1996 wurde durch einen Vertrag zwischen der Labour Youth, der Schabibet Fatah und den
419 Jusos unser Kooperationsprojekt in Jerusalem das Willy Brand Center (WBC) ins Leben
420 gerufen. Wenig später schloss sich auch die Young Meretz diesem Projekt an. 20 Jahre nach
421 Gründung des WBC wollen wir einerseits zurückblicken und Erfolge betrachten, wir wollen uns
422 aber auch überlegen, wie die Zukunft für unser Friedensprojekt aussehen kann. Wie kann das
423 WBC der wachsenden Radikalisierung auf beiden Seiten begegnen? Was bedeutet das
424 Scheitern des Osloer Friedensprozesses für dessen Arbeit? Wie können in Zeiten von
425 Stagnation und Hoffnungslosigkeit neue Perspektiven und Strategien entwickelt werden? Wie
426 können und wollen wir Jusos unsere Rolle und Aktivitäten weiterentwickeln, um unsere
427 Partner*innen in Israel und Palästina zu unterstützen?

428

429 *Neue PartnerInnen gewinnen - unser Austauschprojekt Balkan Beats*

430

431 20 Jahre sind auch seit Srebrenica und seit dem Dayton-Abkommen vergangen. Doch was ist
432 eigentlich aktuell los auf dem Balkan? Wie gehen unseren PartnerInnenorganisationen mit dem
433 nationalistischen Rollback der letzten Jahre um? Wie werden die Migrationsbewegungen
434 beurteilt? Gibt es neue Bestrebungen für EU-Mitgliedschaften und was wurde eigentlich aus den
435 Förderungen der dortigen Wirtschaft? Diese und andere Fragen wollen wir in den nächsten zwei
436 Jahren mit unseren PartnerInnenorganisationen, mit denen wir auch auf YES-Ebene eng
437 verbunden sind, diskutieren.

438

439 Um einen besseren Austausch der internationalen Lands- und Bezirksprojekte mit unseren
440 PartnerInnenorganisationen zu fördern, werden wir eine Datenbank erstellen, die Kontaktdaten
441 für ReferentInnen zu internationalen Fragen, sowie zu unseren PartnerInnenorganisationen
442 bereitstellt. Um einen Austausch auch außerhalb des Projektes zu garantieren, findet der
443 Thementag Internationales weiterhin statt. Außerdem soll ein Newsletter die Landes und
444 Bezirksverbände über unsere Arbeit in YES und IUSY und die Diskussionen im Projekt
445 informieren.

446

447 **Arbeitsweise**

448

449 „Arbeit 4.0 und Wirtschaft 4.0 gestalten“, „Stadt, Land Struktur verändern“ und „Global denken,
450 Global handeln“ werden wir jeweils im Rahmen eines Perspektivprojektes bearbeiten.

451

452 Diese tagen dreimal jährlich für ein ganzes Wochenende. Diese Verbandswochenenden finden
453 im gesamten Bundesgebiet statt. Im Zuge des „lila Faden“ bearbeitet jedes Perspektivprojekt an
454 jedem Verbandswochenende mindestens einen Arbeitsblock ihres momentanen
455 Arbeitsschwerpunktes zu gleichstellungspolitischen Fragen. Die ebenfalls an jedem
456 Wochenende stattfindende Verbandsdebatte findet zu aktuellen politischen Fragestellungen
457 statt. Die Projekte arbeiten die vorhandenen Beschlusslagen der Jusos auf und entwickeln
458 diese weiter. Sie erarbeiten Beschlusslagen für den Bundeskongress. Sie greifen Diskussionen
459 innerhalb der Partei auf oder stoßen neue an. Sie greifen Debatten in den sozialen
460 Bewegungen auf und tragen diese in unseren Verband. Jeder Landesverband und Bezirk
461 entsendet eineN DelegierteN in jede dieser Projektgruppen. Der Bundesvorstand benennt des
462 Weiteren pro Projektgruppe zehn ExpertInnen, die dauerhaft in den Projekten mitarbeiten.
463 Dabei muss es sich um Personen handeln, die aufgrund ihrer bisherigen politischen Tätigkeit
464 einen substanziellen Beitrag zur Entwicklung des Projektes leisten können. Die
465 ExpertInnenposten werden zeitnah ausgeschrieben, alle interessierten Jusos können sich
466 bewerben.

467

468 **6. Verbandskommunikation stärken**

469

470 Die Jusos sind einer der größten politischen Jugendverbände. Unsere Mitglieder sind unser
471 Potential. Unsere Verbandsstrukturen sind historisch gewachsen. Die Ebenen – vom Ortsverein

472 über den Unterbezirk/Kreisverband, die Landesverbände und Bezirke bis zur Bundesebene
473 setzen jeweils eigene Ideen und Projekte um. Die Selbstständigkeit der einzelnen Gliederungen
474 ist wichtig für unsere Verbandskultur. Wir zeigen: es gibt viele verschiedene Möglichkeiten, bei
475 den Jusos aktiv zu sein.

476

477 Um die Stärken, die in unseren Mitgliedern und den verschiedenen Organisationseinheiten
478 stecken zu nutzen, ist klare Kommunikation und die Weitergabe von Informationen essentiell.

479

480 Wichtig, für den Austausch zwischen Bundes- und Landesebene, sind die Sitzungen des
481 Bundesausschusses. Dort haben die Vertreterinnen und Vertreter der Länder und Bezirke die
482 Möglichkeit, uns von ihren Projekten und Schwerpunkten zu berichten. Das ist der Ort, wo wir
483 zwischen den Bundeskongressen wichtige Weichenstellungen für den gesamten Verband
484 besprechen. Wir werden auch zukünftig mindestens zwei Sitzungen pro Jahr einberufen.
485 Kooptierungen von Mitgliedern in den Juso-Bundesvorstand werden dem Bundesausschuss
486 vorgestellt.

487

488 Neben dem Bundesausschuss, spielt die Organisationspolitische Kommission eine wichtige
489 Rolle für die Umsetzung unserer politischen Projekte. Hauptamtliche und manchmal auch
490 Vorstände der Länder und Bezirke treffen sich dort einmal pro Jahr, um die anstehenden
491 Termine und Kampagnen zu besprechen, Planungen abzugleichen und gut laufende Projekte
492 auszutauschen. Um kontinuierlichen Austausch sicherzustellen, werden wir den Austausch
493 innerhalb der Organisationspolitischen Kommission durch regelmäßige, anlassbezogene
494 Telefonkonferenzen ergänzen.

495

496 Die Basis unserer Arbeit wird maßgeblich in den Unterbezirken und Kreisverbänden geleistet.
497 Deswegen wollen wir in den nächsten zwei Jahren insbesondere Unterbezirke und
498 Kreisverbände ansprechen und noch besser bei ihrer Arbeit unterstützen. Dazu werden wir
499 einmal jährlich eine Konferenz für die Vorsitzenden der Unterbezirke und Kreisverbände
500 organisieren. In diesem Rahmen werden wir die aktuellen Themen, wie zum Beispiel unser
501 antifaschistisches Engagement und die Herausforderungen der Migrationsgesellschaft,
502 kommunalpolitische Themen oder die Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes und die
503 Kampagnenarbeit miteinander diskutieren. Zusätzlich werden wir die direkte Kommunikation mit
504 den UBs/KVs durch regelmäßige Mailings und Telefonkonferenzen verstärken, natürlich, ohne
505 die Landesverbände und Bezirke auszuschließen.

506

507 Immer häufiger werden wir aber auch von einfachen Mitgliedern angeschrieben, die gerne
508 regelmäßig über unsere Arbeit, unsere Veranstaltungen und Positionen auf dem Laufenden
509 gehalten werden wollen. Dazu werden wir weiterhin unseren Newsletter nutzen, der mindestens
510 einmal im Quartal verschickt wird. Darüber hinaus erarbeiten wir ein Konzept für eine neue
511 Juso-App. Mithilfe dieser App wollen wir unsere Mitglieder über laufende Kampagnen, aktuelle
512 Informationen und Termine auf dem Laufenden halten. Spontane bundesweite Aktionen werden
513 so leicht umsetzbar. Unser Ziel ist es, für 2017 ein funktionsfähiges und aktionsfähiges
514 Netzwerk aufzubauen, mit dem wir schnell auf aktuelle Entwicklungen reagieren und unmittelbar
515 den Verband mobilisieren können. Außerdem werden wir neue Wege der direkten
516 Kommunikation testen. Wir werden verstärkt insbesondere in sozialen Medien Interessierten
517 Fragen beantworten oder zu bestimmten Themen Rede und Antwort stehen (#FragdieJusos).
518 Darüber hinaus soll der Bundesvorstand gemeinsam mit der Bundesgeschäftsführung prüfen,
519 inwiefern eine digitale Beteiligungsplattform für die Beteiligung von Jusos aller Strukturen
520 sinnvoll ist.

521

522 **7. Bildungsprogramm verankern**

523

524 Die innerverbandliche Bildungsarbeit ist ein wichtiger Aspekt für uns Jusos, die im Idealfall
525 insbesondere auf den Ebenen vor Ort stattfindet. Angebote auf der Bundesebene dürfen
526 deshalb nicht in Konkurrenz zur Bildungsarbeit der Landes- und Bezirksverbände stehen,
527 sondern müssen diese sinnvoll ergänzen. Mit dem neu konzipierten Politdiplom konnten wir ein
528 bundesweites Bildungsangebot schaffen, welches diese Grundsätze berücksichtigt. Wir wollen
529 die Erfahrungen des ersten Durchgangs auswerten und das Politdiplom weiter verbessern, um
530 es für die Bezirks- und Landesverbände noch attraktiver zu gestalten. Insbesondere im Bereich
531 von eLearningangeboten, die im Rahmen des Politdiploms erprobt wurden, sehen wir zudem
532 Potenzial für die gesamte Bildungsarbeit unseres Verbandes.

533

534 Weiterhin wird ein Schwerpunkt im kommenden Geschäftsjahr die Ausrichtung des
535 Linkskongresses sein. Wir wollen mit dem Linkskongress eine breite Basis unseres Verbandes
536 ansprechen, sodass er auch als Teil unserer Bildungsarbeit zu werten ist. Daneben soll der
537 Linkskongress allerdings auch einen Raum zur vertieften inhaltlichen Arbeit bieten. Inhaltlich
538 wollen wir den Linkskongress zum Thema „Sozialistische Wirtschaftspolitik“ gestalten. Für den
539 Diskurs über Alternativen zum Kapitalismus gab es in den letzten Jahren neoliberaler
540 Hegemonie kaum einen Raum. War die gesellschaftliche Linke mit Wirtschaftskrisen
541 konfrontiert, gab es, wenn überhaupt, Antworten aus dem keynesianischen Lager. Eine
542 Infragestellung kapitalistischer Wirtschaftsordnung fand hingegen nicht statt. Dies lag auch an
543 der aktuellen Konzeptlosigkeit demokratischer SozialistInnen, der wir mit unserem Kongress
544 entgegen wirken und Raum für einen neuen Diskurs über demokratischen Sozialismus bieten
545 möchten. Wir wollen außerdem einen Gesprächskreis mit WirtschaftswissenschaftlerInnen
546 initiieren, in dem wir das Fundament für unsere Wirtschaftspolitik abseits des deutschen
547 Mainstreams legen und wissenschaftliche Erkenntnisse für unsere Arbeit nutzbar machen.
548 Darüber hinaus wollen wir uns mit der Generationengerechtigkeit im Rahmen der sozialen
549 Sicherungssysteme befassen.“

550

551 Um die Bezirks- und Landesverbände in ihrer Bildungsarbeit zu unterstützen, wollen wir weiter
552 an der Aufstellung eines bundesweiten ReferentInnenpools arbeiten. Zudem wollen wir durch
553 ein Seminar-Wiki und die Schaffung einer Handreichung für die innerverbandliche
554 Bildungsarbeit, den ehrenamtlichen Strukturen in der Fläche Hilfsmittel und Tipps mit an die
555 Hand geben. So können wir unsere Mitglieder vor Ort bei der Organisation und Durchführung
556 von Bildungsangeboten unterstützen. In die Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen zur
557 Stärkung der innerverbandlichen Bildungsarbeit wollen wir zudem den Ehemaligenverein „Änder
558 was!“ mit einbinden. Gerade ehemalige Jusos sind prädestiniert dafür, ihre Erfahrungen und
559 Expertisen einzubringen und so an nachfolgende Juso-Generationen weiter zu geben. Diese
560 Ressource wollen wir stärker in unsere Bildungsarbeit integrieren.

561

562 **8. Für die Jugend kämpfen**

563

564 Wir Jusos wollen die gesellschaftliche Realität junger Menschen verändern, wir wollen ein gutes
565 Leben für alle Menschen und nicht nur für wenige. Mit unserer Kampagne „Links Leben“ und
566 dem dazugehörigen Jugend-Dialog haben wir Antworten auf die Herausforderungen einer
567 Solidargesellschaft im 21. Jahrhundert formuliert. Unsere Positionen bringen wir jetzt auf allen
568 Ebenen in die SPD ein und setzen somit wichtige Impulse für das Wahlprogramm der SPD zur
569 Bundestagswahl. Wir wollen wieder einen eigenständigen Jugendwahlkampf bei der
570 Bundestagswahl machen. Daher werden wir verbandsoffene Wahlwerkstätten in ganz
571 Deutschland veranstalten, um gemeinsam unsere Kampagne zu planen. Wie auch 2013, wollen
572 wir ein Netzwerk aus Juso-Wahlkampfleiterinnen und Wahlkampfleitern bilden, die
573 Verantwortung in den Wahlkämpfen vor Ort tragen. Klar ist für uns, dass wir Jusos kein
574 Wahlkampfverein und auch keine Plakatiertruppe der SPD sind und dass ein Wahlerfolg der
575 SPD für uns auch kein Selbstzweck ist. Nur weil die SPD regiert geht es nicht automatisch
576 gerechter zu. Eine gerechte Gesellschaft erreichen wir nur wenn wir es schaffen Mehrheiten für
577 unsere Vorschläge zu organisieren. Junge Menschen sind nicht unpolitisch oder
578 politikverdrossen. Aber junge Menschen wollen, dass man sich konkret für ihre Interessen
579 einsetzt und sie wollen eine junge Ansprache. Die Themen des Wahlkampfes müssen sie in
580 ihrer Realität abholen und sie müssen wissen, dass sie als junge Generation auch repräsentiert
581 zu werden. Unser Ziel heißt daher 30 unter 35 ins Parlament. Für junge Menschen muss endlich
582 ein konkreter Gewinn für ihre Generation durch ein Kreuz bei der SPD erkennbar sein. Das ist
583 die Repräsentation der richtigen Inhalte und Personen.

584

585 Durch eigene Materialien wollen wir gerade junge Menschen ansprechen. Durch eine eigene
586 Schwerpunktsetzung ausgerichtet am Wahlprogramm der SPD und junge KandidatInnen wollen
587 wir sie in ihrer Realität abholen und ansprechen. Durch Aktionsvorschläge und eine Juso-
588 Wahlkampftour wollen wir Jusos vor Ort beim Wahlkampf unterstützen, denn wir wissen ein
589 gelungener Jugendwahlkampf entscheidet sich in den Unterbezirken. Daher wollen wir Ende
590 Mai einen großen Kongress veranstalten um unseren Wahlkampf zu eröffnen. In diesem
591 Rahmen soll auch eine Konferenz der Unterbezirks- und Kreisvorsitzenden stattfinden. Nur
592 gemeinsam mit euch Allen kann uns ein erfolgreicher Wahlkampf gelingen.

593

594 **9. Bündnisarbeit voranbringen**

595

596 Viele junge Menschen sind in unterschiedlichen Organisationen und Bündnissen aktiv, teilen
597 aber dieselben Grundwerte wie wir. Das ist für uns der Ansatzpunkt und gleichzeitig die
598 Motivation unserer Bündnisarbeit, um mit den BündnispartnerInnen gemeinsam Projekte zu
599 erarbeiten. Unser Handeln und unsere Positionen werden wir in allen Arbeitsbereichen stets
600 übergreifend mit BündnispartnerInnen besprechen, dabei haben wir auch immer ein offenes Ohr
601 für deren Forderungen und Positionen. Wir sehen einen Gewinn darin uns nicht nur auf die
602 altbewährten und guten Kooperationen zu verlassen. Daher nutzen wir auch die
603 projektbezogene Arbeit, um neue und temporäre BündnispartnerInnen zu suchen, die sich zur
604 Erreichung unserer Ziele und zur Durchsetzung der Interessen von jungen Menschen anbieten.

605

606 Gerade bei thematischen Schwerpunkten wie z.B. bei der Arbeitsmarkt- und Flüchtlingspolitik,
607 aber auch bei der Gestaltung eines neuen Politikansatzes, müssen wir die Bündnisarbeit
608 nutzen, wie z.B. mit Gewerkschaftsjugend & JAVis bei der Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik
609 oder Pro Asyl & Migrationsverbänden über Flüchtlingspolitik und Einbindung in die SPD. Die
610 Gewerkschaften sind für uns besonders wichtige Partner. Trotz aller Höhen und Tiefen zwischen
611 SPD und Gewerkschaften haben wir den engen Kontakt beibehalten. Der gegenseitige Respekt
612 aber vor allem ähnliche Positionen sind der Grund für unsere Partnerschaft. Das werden wir
613 auch in den nächsten Jahren weiterführen. 2016 werden wir gemeinsam mit der SPD und der
614 AfA einen Jugendgewerkschaftstag für junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter
615 ausrichten.

616

617 Die große Koalition kann von uns kein Wunsch oder langfristiges Ziel sein. Wir Jusos fordern
618 weiterhin eine Öffnung der SPD hin zu Rot-Rot-Grün. Wir werden deshalb weiterhin als
619 Jugendorganisationen gemeinsam daran arbeiten, linke Perspektiven in einem solchen
620 Regierungsbündnis vorzubereiten. Eine Koalition ist nicht immer nur ein Zusammenschluss von
621 Inhalten, sondern auch von Menschen und solch ein Projekt gehört sorgfältig vorbereitet.

622

623 Wir werden die Bündnisarbeit mit unseren natürlichen BündnispartnerInnen wie bei der
624 Gedenkstättenfahrt fortsetzen und uns dafür einsetzen, dass bei antifaschistischen oder
625 antikapitalistischen Demos viele Jusos mit an Bord sind und Jusos in der Organisation
626 mitwirken. Denn nur gemeinsam sind wir stark und können so die Gesellschaft verändern!

627

628 **10. Gutes tun und darüber reden**

629

630 **Kampagnenarbeit**

631

632 Wir Jusos sind ein starker Verband, wenn es um Kampagnen geht. „Links Leben“, „Wir ziehen´s
633 durch“ oder „Refugees Welcome!“ – Wir sind gut darin Themen, die uns bewegen, durch
634 Kampagnen nach außen zu tragen. Mit thematisch klar zugeschnittenen Kampagnen können
635 wir bestimmte Zielgruppen ansprechen, (Neu-)Mitglieder zum mitmachen animieren und unsere
636 Positionen mit BündnispartnerInnen gemeinsam an die Öffentlichkeit bringen.

637

638 Das werden wir auch in den kommenden zwei Jahren weiter verfolgen. Auf Bundesebene
639 wollen wir euch in den nächsten zwei Jahren Kampagnenmaterial und Aktionsideen unter
640 anderem zu folgenden Themen zur Verfügung stellen.

641

642 *„Die offene Gesellschaft“*

643

644 Wir alle stehen vor einer der größten Herausforderungen seit dem Mauerfall vor 25 Jahren.
645 Viele Menschen suchen hier bei uns Zuflucht vor Krieg, Armut und Perspektivlosigkeit. Unsere
646 Aufgabe ist es, die Menschen willkommen zu heißen und mit ihnen gemeinsam einen Platz bei
647 uns zu suchen. Das wird unsere Gesellschaft verändern. Wir freuen uns darauf. Neue Einflüsse,
648 individuelle Lebensentwürfe und Solidarität sind für uns kein Widerspruch. Als junge politisch
649 Aktive werden wir die Chance nutzen zu gestalten und dazu beizutragen, dass wir in 20 Jahren
650 in einer Gesellschaft wohnen, die um viele Einflüsse reicher ist und unserem Anspruch an ein
651 modernes, solidarisches Zusammenleben genügt. Das wollen wir mit unserer Kampagne
652 deutlich machen.

653

654 *„Die moderne Familie“*

655

656 „Vater-Mutter-Kind“ das Spiel gibt es schon ewig. Doch heute ist die klassische Rollenverteilung
657 bei den Kleinen nicht mehr aktuell. Die Variationsmöglichkeiten sind groß. Das eine Baby hat
658 zwei Mamas, der eine Papa zieht sein Kind alleine groß und wieder ein anderes Baby pendelt
659 zwischen zwei Familien hin und her. Und auch der Familienbegriff verändert sich insgesamt.
660 Familie ist heute da, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Das geht auch
661 zwischen Seniorinnen und Senioren. Wie diese Verantwortungsübernahme funktionieren kann –
662 auch jenseits vom Trauschein - wollen wir in einer Kampagne thematisieren.

663

664 *„Unsere Zukunft ist mehr wert!“*

665

666 Investitionen in Bildung, Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge blieben auf der Strecke.
667 Wir sagen „Unsere Zukunft ist mehr wert!“. Wer eine gute Zukunft für junge Menschen will muss
668 investieren. Wir brauchen endlich mehr Geld für den sozialen Sektor, mehr Geld für Kitas,
669 Schulen und Hochschulen, mehr Geld für Straßen- und Gebäudebau. Dafür wollen wir in der
670 SPD auf Bundesebene, in den Ländern und in den Kommunen werben.

671

672 **Materialien, Presse und Social Media**

673

674 Wir haben die richtigen Positionen und wir machen tolle Arbeit vor Ort. Es ist zentral, dass wir
675 das auch nach außen darstellen – online wie offline.

676

677 Auf dem Bundeskongress 2015 präsentieren wir das neue Corporate Design der Jusos. Wir
678 nehmen das zum Anlass, alle unsere Materialien zu überarbeiten und im neuen Design zu
679 produzieren. Das gilt für unsere Themenflyer, das Handbuch für die Arbeit mit Frauen im
680 Verband und natürlich auch für unsere Give-Aways. Dabei haben wir sowohl die
681 Landtagswahlkämpfe im Sinn als auch die reguläre Juso-Arbeit vor Ort.

682

683 Ein neues Corporate Design muss auch auf der Homepage sichtbar sein. Die Befragung von
684 Fokusgruppen haben ergeben, dass viele Leute zu allererst auf unsere Homepage gehen, um
685 uns kennen zu lernen. Umso wichtiger, dass wir diese öffentliche Seite komplett überarbeiten.
686 Leute, die sich über uns und unsere Positionen informieren wollen, sollen auf einen Blick sehen,
687 wofür wir stehen: für eine linke, progressive und solidarische Politik. Verständlich und präzise
688 auf den Punkt zu kommen. Mit unseren Argumenten überzeugen. Das erwarten Interessierte
689 von uns. Daran werden wir unsere Texte messen. Wenn wir die Homepage von Grund auf
690 erneuern, gehört dazu natürlich auch, endlich unsere Beschlüsse leichter zugänglich zu machen
691 und ein Beschluss-System einzuführen. Wichtig, nicht nur für Interessierte sondern auch für die
692 Arbeit vor Ort.

693

694 Die klassische Pressearbeit ist wichtig für uns. Wenn wir Jusos etwas verändern wollen,
695 müssen wir mit unseren Positionen in den Debatten der Leitmedien vorkommen. Dies ist uns
696 bisher gut gelungen. Ob mit den Kampagnen oder zu relevanten tagesaktuellen Entwicklungen,
697 Jusos sind mit einer Einschätzung vertreten. Wir setzen linke Akzente im öffentlichen Diskurs
698 und steigern unsere Bekanntheit. Dies verschafft uns Gewicht auch in der innerparteilichen
699 Auseinandersetzung.

700

701 Öffentlichkeitsarbeit hat sich über die Jahre verändert und wird weiterhin immer von
702 Veränderung geprägt sein. Längst haben Online-Medien und Social Media der gedruckten
703 Presse den Rang abgelassen. Facebook und Twitter zu bespielen ist gesetzt. Doch laufend
704 entstehen neue Portale, Netzwerke und Kommunikationsmodule, die von unterschiedlichen
705 Zielgruppen genutzt werden. Unser Ziel ist es, die neuen Möglichkeiten für unsere Arbeit zu
706 nutzen. Unser Anspruch ist es, junge Menschen dort zu erreichen, wo sie sich bewegen, zu
707 Themen, die sie interessieren. Offline wie online. Dies wird insbesondere in Hinblick auf den
708 Wahlkampf zentral sein. Dazu beraten wir uns regelmäßig mit Netzpolitikerinnen und
709 Netzpolitikern. Wir haben in den vergangenen Jahren einiges ausprobiert. Instagram und
710 Tumblr bieten die Möglichkeit, Politik auf eine andere Art und Weise darzustellen. Doch was ist
711 zum Beispiel mit Snapchat und Whatsapp? Können wir diese Apps auch für politische Arbeit
712 nutzen? Das Online-Team ist mittlerweile fester Bestandteil unserer Arbeit. Das wollen wir
713 beibehalten und für 2016 ein neues Team ausschreiben.

714

715 Aber auch für diejenigen, die weiterhin gerne Papier in der Hand halten, machen wir ein

716 Angebot. Unsere Argumente-Hefte bleiben der Ort, an dem wir wichtige Debatten ausführlich für
717 den Verband aufbereiten. Wir werden hierzu erneut eine Redaktionsgruppe ausschreiben. Wir
718 wollen im Argumente-Heft unterschiedliche Meinungen hören, weiterhin Gastbeiträge
719 einbeziehen und außerdem allen Mitgliedern die Möglichkeit geben, nach Absprache mit der
720 Redaktion, Artikel einzureichen.
721
722 Die Ergebnisse unserer Arbeit werden wir einmal jährlich in einem gedruckten
723 Rechenschaftsbericht präsentieren.
724
725 **11. SchülerInnen und Auszubildenden-Gruppe unterstützen**
726
727 Die Juso-SchülerInnen und Auszubildenden-Gruppe, ist eine Projektgruppe des
728 Bundesvorstands, diese wird von drei gleichberechtigten BundeskoordinatorInnen vertreten. Die
729 Bundeskoordination wird einmal pro Jahr auf dem Organisatorischem Bundeskongress der
730 Juso-SchülerInnen und Auszubildenden-Gruppe für jeweils ein Jahr gewählt. An den
731 Bundesvorstandssitzungen nimmt jeweils ein/e VertreterIn der Bundeskoordination der Juso-
732 SchülerInnen und Auszubildenden-Gruppe teil. Neben dem Wahlkongress findet auch einmal
733 jährlich ein Basiskongress statt, bei dem sich alle Mitglieder sowie InteressentInnen anmelden
734 können.
735
736 Seit 2010 vertreten die Juso-SchülerInnen und Auszubildenden ihre Zielgruppe innerhalb der
737 Jusos und der SPD. In den nächsten zwei Jahren werden sie sich mit dem Thema Ausbildung
738 beschäftigen. Hierfür werden sie Gespräche mit der DGB-Jugend aufnehmen und sich inhaltlich
739 austauschen.
740
741 Die These, die Jugend sei unpolitisch, hält sich hartnäckig. Die Juso-SchülerInnen und
742 Auszubildenden-Gruppe zeigt, dass dies nicht der Tatsache entspricht. Die SchülerInnen- und
743 Auszubildenden-Gruppe wird sich in diesem Jahr damit auseinandersetzen, wie sie noch
744 attraktiver für Junge Menschen werden kann.
745
746 Ein weiteres Thema wird sein, wie man die sexuelle Vielfalt am besten im Unterricht
747 thematisieren kann. Erst vor kurzem liefen Eltern in Baden-Württemberg Sturm, als die Grün-
748 Rote Landesregierung dieses Thema in den Unterricht aufnehmen wollte. Welche Ursachen
749 dies hat und welche Positionen wir daraus für uns folgern, wird in diesem Jahr gemeinsam mit
750 den Mitgliedern diskutiert.
751
752 Die Juso-SchülerInnen- und Auszubildenden-Gruppe will ihre Kommunikationswege ausbauen.
753 Neben den klassischen Aktivitäten im sozialen Netz, soll es regelmäßig einen Podcast geben, in
754 dem die aktuelle Arbeit vorgestellt wird.
755
756 Ebenfalls wird es regelmäßig Basis-Telefonkonferenzen geben um sich mit den Mitgliedern vor
757 Ort auszutauschen und schneller auf Wünsche reagieren zu können.
758
759 Die Juso-SchülerInnen- und Auszubildenden-Gruppe wird sich innerhalb der Jusos und der SPD
760 stärker vernetzen, z.B. mit den Juso-Hochschulgruppen und der AFB. Die Strukturen auf
761 Landes-, Bezirks- und Unterbezirksebene sollen ausgebaut werden. Eine starke SchülerInnen
762 und Auszubildenden Vertretung ist wichtig, um die konkreten Erfahrungen in die politische Arbeit
763 der Jusos einfließen zu lassen.
764 Der Juso Bundesvorstand begrüßt die gute und inhaltliche Aufstellung der SchülerInnen und
765 Auszubildenden. Er unterstützt sie bei ihren Belangen tatkräftig sowohl personell, inhaltlich und
766 strukturell.
767
768 **Bewegt euch!**
769
770 Wir haben viel vor in den nächsten zwei Jahren. Wir kämpfen für eine Gesellschaft der Freien
771 und Gleichen. Wir treten ein für den demokratischen Sozialismus. Diese Überzeugung ist unser
772 Antrieb - deshalb bleiben wir in Bewegung. Und wir bleiben nicht stehen, bevor sich nicht auch
773 diese Gesellschaft als Ganzes bewegt!
774
775

Titel Andere Arbeitszeiten sind möglich!

Antragsteller Projekt Zukunft der Arbeit über den Juso Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag

Andere Arbeitszeiten sind möglich!

1 Arbeitszeit ist mehr als eine Rechengröße. Sie ist ein wesentliches und bestimmendes Element
2 in der Aushandlung der Arbeitsbedingungen zwischen ArbeitnehmerInnen und
3 ArbeitgeberInnen. Auf makroökonomischer Ebene entscheidet die Arbeitszeit über die
4 gesellschaftliche Teilhabe großer Teile der Bevölkerung. Auf individueller Ebene bestimmt sie zu
5 einem großen Teil über das Wohlbefinden und die Vereinbarkeit des Berufs mit anderen
6 persönlichen Zeitpräferenzen.

7

8 **Deregulierung, Entgrenzung, neue Formen der Arbeit und Wünsche**

9

10 Das gesellschaftliche Bedürfnis nach selbstbestimmter Flexibilität im beruflichen Umfeld und der
11 Wunsch nach einer besseren work-life-balance haben sich in den letzten 20 Jahren stetig
12 intensiviert. ArbeitnehmerInnen wünschen sich mehr Einfluss auf die Gestaltung ihrer
13 Arbeitszeit, die Anpassung an verschiedene Lebensphasen und ausreichend Freiräume für
14 Aktivitäten abseits des Arbeitsplatzes. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass sich mit der
15 Erwerbsbeteiligung von Frauen Wünsche und Anforderungen an die Arbeitswelt verändert
16 haben. Die Veränderungen gesellschaftlicher Normen haben dazu beigetragen, dass
17 Vereinbarkeitswünsche auch bei Männern stärker geworden sind. Der technologische Fortschritt
18 hat ein Arbeiten fernab des eigentlichen Arbeitsplatzes zu anderen Uhrzeiten erst ermöglicht.
19 Unterbrochene und verschlungene Erwerbsbiografien sind nicht mehr exotisch, sondern ein
20 wesentlicher Teil des Lebenswegs von vielen Menschen geworden.

21 Die immer wieder geforderte Flexibilisierung von Arbeitszeiten kann Chancen für mehr
22 selbstbestimmtes Arbeiten bieten, bedeutet in der aktuellen Situation insbesondere für
23 geringqualifizierte ArbeitnehmerInnen oftmals aber eine erzwungene Verschlechterung der
24 Arbeitsbedingungen.

25

26 Zu diesen Entwicklungen zählt aber auch der Rückzug des Normalarbeitsverhältnisses. Der
27 Anteil dieser Beschäftigten sank vom Jahr 1994 bis zum Jahr 2014 von 76% auf 68%, zeitgleich
28 stieg der Anteil der atypischen Beschäftigung von 14% auf 21% deutschlandweit an. Besonders
29 in Bereichen des personennahen Dienstleistungsgewerbes, wie dem Gastgewerbe oder der KFZ-
30 Reparatur, machten diesen Formen der Beschäftigung mit 71% einen Großteil aller
31 Beschäftigungsverhältnisse aus und stellen zunehmend eine Regel anstelle einer Ausnahme
32 dar.

33

34 Eine weitere Belastung im Bereich atypischer Beschäftigungen entsteht durch die starke
35 Ausweitung der Nacht-, Schicht- und Wochenendarbeit, von der mittlerweile mehr als die Hälfte
36 der Beschäftigten betroffen sind, während es 1991 38% betraf. Ebenfalls in diesen Bereich
37 gehören auch unbezahlte Überstunden, die oftmals schon längst die gesellschaftliche
38 Normalität darstellen. So leisten 40% der Beschäftigten mehr als fünf zusätzliche
39 Arbeitsstunden pro Woche, wodurch deutschlandweit jährlich über 1,1 Milliarden unbezahlte
40 Überstunden anfallen. Daher kann es auch nicht verwundern, dass viele ArbeitnehmerInnen
41 sich durch ihren Job in ihrer Gesundheit gefährdet sehen. Besonders ständiges Multitasking und
42 Termin- bzw. Leistungsdruck, aber auch der Verzicht auf gesetzlich vorgeschriebene Pausen
43 tragen dazu bei.

44

45 Zusätzlich zum Trend, der immer häufigeren atypischen Beschäftigungen, kommt die
46 zunehmende Entgrenzung der Arbeitsverhältnisse. Dieses Ausgreifen des Arbeitsalltags in das
47 Privatleben von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird dabei in hohem Maß durch
48 moderne Kommunikationsmedien ermöglicht. Die ständige Erreichbarkeit der
49 ArbeitnehmerInnen wird von ArbeitgeberInnen Seite genutzt, um anfallende Arbeiten in deren
50 Freizeit zu verschieben und ihre Leistung unentgeltlich weiter zu steigern. So geben mittlerweile
51 34% aller ArbeitnehmerInnen an, auch außerhalb der Arbeitszeit in häufigem Email- und
52 Telefonkontakt mit ihren Vorgesetzten zu stehen.

53

54 Während Vollzeitbeschäftigte beruflich immer stärker beansprucht werden, gibt es auch viele
55 ArbeitnehmerInnen, die nur in Teilzeit oder auf geringfügiger Basis Beschäftigung finden.
56 Besonders Frauen sind von dieser Entwicklung überproportional betroffen. Obwohl der Anteil
57 von Frauen in einem Beschäftigungsverhältnis zugenommen hat, sank ihr Anteil an
58 gesamtgesellschaftlichen Arbeitsvolumen. Die „1,5-Erwerbsvariante“, bei der Männer Vollzeit
59 arbeiten, aber Frauen nur einer Teilzeittätigkeit nachgehen, wird zunehmend zum
60 gesellschaftlichen Normalfall. Daraus entsteht ein Abhängigkeitsverhältnis, das Frauen z.B.
61 beim späteren Rentenbezug deutlich benachteiligt.

62

63 Diese ungleiche Verteilung von Arbeitszeit und Arbeitslast lässt nur einen Schluss zu: Wir
64 müssen stärker darauf setzen Arbeit als Grundbedürfnis der Menschen gerechter zu verteilen
65 und den Menschen auf diesem Weg gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Das erneuerte
66 Normalarbeitsverhältnis und die damit verbundene Arbeitszeitverkürzung stehen dabei in
67 Tradition zu zentralen Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung. Der arbeitsfreie
68 Sonntag, die 5-Tage-Woche oder später die 40-Stunden-Woche waren prägende Fortschritte
69 hin zu einer Humanisierung der Arbeitswelt und einer gerechteren Arbeitsverteilung.

70

71 **Das neue Normalarbeitsverhältnis**

72

73 Das Normalarbeitsverhältnis zeichnet sich durch eine tariflich gesicherte und abhängig
74 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aus, die in Vollzeit und unbefristet ausgeführt wird.
75 Die Arbeit bei Leih- oder Zeitarbeitsfirmen ist vom Normalarbeitsverhältnis ausgenommen. Vor
76 dem Hintergrund der ungleichen Verteilung von Arbeit in unserer Gesellschaft, der strukturell
77 ungleichen Verteilung zwischen den Geschlechtern sowie dem wachsenden und gesundheitlich
78 belastenden Arbeitsdruck vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen wir über eine
79 neue Ausgestaltung des Normalarbeitsverhältnisses und der Arbeitszeit nachdenken. Ein
80 erneuertes Normalarbeitsverhältnis kommt für uns aber nicht ohne die Sicherungselemente aus,
81 die in den vergangenen Jahrzehnten von den Beschäftigten hart erkämpft wurden.
82 Die aktuelle Auseinandersetzung mit dem Thema Arbeitszeit ist häufig geprägt durch einen
83 Elitendiskurs um Lebensqualität, der nur für wenige ArbeitnehmerInnen zu realisieren ist. Wir
84 müssen die Debatte um Arbeitszeit, gemeinsam mit den Gewerkschaften, wieder zu einer
85 gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung um die gerechte Verteilung der vorhandenen
86 Arbeitsmenge machen, die alle Beschäftigten einbezieht.

87

88 Wir fordern, dass die durchschnittliche Regelarbeitszeit auf 30 Stunden pro Woche abgesenkt
89 wird . Gleichzeitig muss zur Flankierung auch die zulässige Wochenarbeitszeit von derzeit 48
90 Stunden pro Woche auf 40 Stunden pro Woche sinken, die faktisch zulässige Ausweitung der
91 Arbeitszeit von derzeit 60 auf 50 Stunden pro Woche. Wir unterstützen die Gewerkschaften
92 auch in ihrem Kampf für einen Lohn- bzw. Gehaltsausgleich. Vor allem Alleinverdienende
93 müssen von ihrem Gehalt leben und eine Familie ernähren können.

94

95 Mit dieser neuen Form des Normalarbeitsverhältnisses wird der ungleichen Verteilung von
96 Arbeit in unserer Gesellschaft entgegengewirkt. Auch auf die massiv ungleiche Verteilung
97 zwischen den Geschlechtern hat die Arbeitszeitverkürzung positive Auswirkungen. Eine
98 Absenkung der Regelarbeitszeit hat auf makroökonomischer Ebene eine Verteilungswirkung
99 zugunsten von bisher vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen oder unterrepräsentierten Gruppen.
100 Viele Menschen ohne Beschäftigung könnten wieder ins Arbeitsleben integriert werden. Auch
101 steigen die Chancen von Menschen, die bisher in atypischer Beschäftigung arbeiten, (wieder) in
102 eine Vollzeitbeschäftigung zu kommen, was vor allem Frauen betrifft. Gleichzeitig sinkt der
103 Abstand zu den nach wie vor meist männlichen bisherigen Vollzeitbeschäftigten. Außerdem
104 werden Rahmenbedingungen für individuelle Zeitgestaltungen bspw. zugunsten von
105 Kinderbetreuung, Pflege, ehrenamtlichen Engagement etc. verbessert.

106

107 **Flexibilisierung der Arbeitszeit**

108

109 Um Vereinbarkeiten zu schaffen ist aber nicht nur eine Absenkung der Regelarbeitszeit wichtig.
110 Eine Flexibilisierung von täglichen, wöchentlichen und monatlichen Arbeitszeiten schafft auch
111 kurzfristige Freiräume für individuelle Prioritäten, die sich Beschäftigte zunehmend wünschen.

112

113 Mit der Zeit haben sich deshalb viele Arten von flexiblen Arbeitszeitmodellen herausgebildet.
114 Neben Gleitzeit und flexibler Teilzeit, die der Mehrheit der ArbeitnehmerInnen bekannt sind und
115 schon in Anspruch genommen werden können, gibt es auch Arbeitszeitmodelle wie die
116 Vertrauensarbeitszeit oder Telearbeit. Allerdings spielt bei der Anwendung von
117 Arbeitszeitmodellen auch Zwang (manchmal verdeckt durch angebliche Freiwilligkeit) eine
118 Rolle. Auf der anderen Seite sind diese Arbeitszeitmodelle für andere Beschäftigte ein Luxus,
119 auf den nicht alle zurückgreifen können bzw. den nicht jedeR Beschäftigte beanspruchen kann.

120

121 Flexible Arbeitszeitmodelle sind in vielen Branchen zu finden, aber größtenteils eher zum Vorteil
122 der Unternehmen, um die Abdeckung der Betriebszeit besser zu regeln. Dort, wo die
123 betriebliche Mitbestimmung stark ist, können die Beschäftigten mitreden und Betriebsräte
124 schädlichen Auswüchsen von flexibler Arbeitszeitgestaltung entgegenwirken. Wo dies gelingt,
125 sind Modelle der flexiblen Arbeitszeitgestaltung sowohl für ArbeitnehmerInnen als auch für
126 ArbeitgeberInnen von Vorteil. Risiken bestehen da, wo ArbeitgeberInnen das Instrument für sich
127 nutzen können, während ArbeitnehmerInnen durch das einseitig bestehende
128 Abhängigkeitsverhältnis kaum Gestaltungsrechte und -Spielraum bezüglich ihrer eigenen
129 Arbeitszeit haben. Dabei sind sie etwaigen negativen Folgen schutzlos ausgeliefert. Gerade die
130 Nichtdokumentierung der Arbeitszeit bietet den ArbeitgeberInnen die Möglichkeit die
131 Arbeitszeitmodelle auszunutzen und verleitet die ArbeitnehmerInnen zur Selbstausbeutung.

132

133 Bei unregulierter flexibler Arbeitszeit, die vor allem an den Bedürfnissen der unternehmerischen
134 Produktionsabläufe ausgerichtet ist, bestehen Gefahren für die Gesundheit der Beschäftigten.
135 Zu den gesundheitlichen Risiken flexibler Arbeitszeiten sind Symptome wie Stress, Depression,
136 Burn Out, Überbelastung und Leistungsdruck zu zählen. Aber auch Folgen wie unbezahlte
137 Überstunden, Wochenendarbeit, Mehrarbeit und der hohe Planungsaufwand und damit
138 verbundene mögliche Fehlplanungen dürfen nicht unerwähnt bleiben.

139

140 Für die Gestaltung flexibler Arbeitszeitmodell fordern wir:

141

142 • Eine Arbeitsversicherung zur Absicherung längerer Auszeiten
143 Durch eine zu schaffende Arbeitsversicherung, muss es einen rechtlichen Anspruch
144 darauf geben, dass Menschen in bestimmten Lebenssituationen eine Auszeit von ihrer
145 Arbeit nehmen können. Die von der SPD diskutierte Familienzeit ist ein wichtiger erster
146 Schritt in die richtige Richtung. Mittelfristig fordern wir mit der Arbeitsversicherung jedoch
147 eine umfänglichere Absicherung, Aus- und Weiterbildung sowie von Auszeiten. Auch
148 Teilzeitregelungen für Bildung und Alter müssen durch die Arbeitsversicherung möglich
149 werden. Dazu wird über die Beschäftigung Zeitguthaben angespart. Gleichzeitig besteht
150 ein finanzieller Anspruch auf Absicherung während der reduzierten Arbeitszeiten.

151

152 • Zeitsouveränität
153 Die Flexibilität in den Arbeitszeitmodellen ist in vielen Branchen schon Gang und Gebe,
154 jedoch gibt es in einigen Berufen Arbeitnehmer*innen, die gerne in einem flexiblen
155 Arbeitszeitmodell arbeiten möchten, um sich ihre Zeit individueller einteilen können.
156 Hierfür müssen für alle arbeitenden Menschen die gleichen Rechte gelten.
157 Arbeitnehmer*innen in Betrieben mit Mitbestimmung, haben häufig bessere Chancen auf
158 flexible Arbeitszeitverhältnisse. Dort wo es bisher keine betrieblichen oder tariflichen
159 Regelungen gibt, muss es Anreize und Initiativen geben, die den Anspruch auf flexible
160 Arbeitszeiten ausweiten.

161

162 • Die Abschaffung der Vertrauensarbeitszeit
163 Vertrauensarbeitszeit wird häufig als besondere Auszeichnung oder Privileg
164 wahrgenommen. Die Vertrauensarbeitszeit suggeriert den Beschäftigten ein Maximum an
165 Zeitsouveränität, aber dies geht einher mit Verpflichtungen, die einem Werkvertrag
166 gleichkommen und häufig zu einem Mehr an Arbeitszeit jenseits der gesetzlichen

167 Regelung führt. Deshalb fordern wir die Abschaffung der Vertrauensarbeitszeit, da bei
168 diesem Modell die Arbeitszeit nicht dokumentiert wird und dies schnell zu einer
169 Ausbeutung zu Lasten der Arbeitnehmer*innen führen kann.

170

171 • Arbeitszeitkonten für alle Arbeitnehmer*innen

172 Weiterhin fordern wir, dass aus den Gründen der Ablehnung der Vertrauensarbeitszeit und
173 der besseren Eigenkontrolle ArbeitnehmerInnen ihre Arbeitszeit verpflichtend
174 dokumentieren müssen. Somit wird gewährleistet, dass gesetzliche Regelungen
175 eingehalten werden, Überstunden dokumentiert werden und Beschäftigten besseren
176 Überblick über ihre eigene geleistete Arbeitszeit haben. So kann einer möglichen
177 Ausbeutung entgegen gewirkt werden. Die genaue Ausgestaltung dieser
178 Arbeitszeitkonten kann tariflich und/oder betrieblich geregelt werden.

179

180 • Entgrenzung von Arbeitszeit

181 Für das Verwischen der Arbeitszeit mit Freizeit gibt es keine einfachen Lösungen. Da sich
182 die Arbeitszeitwünsche individuell darstellen, werden generelle Lösungen immer mit dem
183 Problem zu kämpfen haben, nur einen Teil von Beschäftigten zufrieden zu stellen. Wir
184 sind deshalb der Meinung, dass es klare Vereinbarungen auf betrieblicher und tariflicher
185 Ebene braucht, um negative Folgen einzugrenzen. Insbesondere muss ein betriebliches
186 Gesundheitsmanagement einen Fokus auf die Aufklärung der Beschäftigten legen und
187 negative Auswirkungen untersuchen. In keinem Fall darf die Entgrenzung zu einer
188 (unbezahlten) Arbeitszeiterhöhung durch die Hintertür führen.

189

190

191

192

193

194

195

196

197

198

199

200

201

202

203

204

205

206

207

208

209

210

211

212

213

214

215

216

217

218

219

220

221

222

223

224

225

226

Titel Keine Quantifizierung des Alltags durch Arbeitgeber*innen oder Versicherer

Antragsteller Sachsen-Anhalt

Zur Weiterleitung an Young European Socialists (YES)

Keine Quantifizierung des Alltags durch Arbeitgeber*innen oder Versicherer

1 **Keine Quantifizierung des Alltags durch Arbeitgeber*innen oder Versicherer**

2

3 Diverse tragbare Geräte, angefangen von Smartphones, über Smartwatches, bis hin zu mit
4 Technik versehener Kleidung sind heute in der Lage Bewegungsabläufe, Schlafphasen und
5 Ernährung zu dokumentieren und zu analysieren.

6

7 Zum Schutz von Arbeitnehmer*innen und Versicherten möge sich die EU Kommission, sowie
8 die S&D Fraktion für ein Verbot der Erhebung, des Ankaufs und des Nutzens solcher Daten
9 seitens Versicherungen oder Arbeitgebern aussprechen. Hierdurch soll eine permanente
10 Überwachung des Alltags sowie die willkürliche Einteilung von Personen / Versicherten in
11 Risikogruppen wie in zum Beispiel „Raucher*innen verhindert werden.

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

Titel Gedenken 70. Jahre nach dem Ende des
Nationalsozialismus - wie muss es weitergehen?

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

Gedenken 70. Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus - wie muss es weitergehen?

1 Dieses Jahr jährt sich das Ende des 2. Weltkrieges und der nationalsozialistischen Herrschaft
2 zum 70. Mal. Das Gedenken an diese Zeit ist ein zentraler Bestandteil der Arbeit von politischen
3 und gesellschaftlichen Institutionen in Deutschland.

4
5 Die deutsche Gesellschaft trägt bis heute Verantwortung für die Verbrechen des Naziregimes.
6 Daraus ergibt sich, dass der Antifaschismus zwar eine universelle, aber im Besonderen eine
7 deutsche Verpflichtung ist.

8
9 Die nationalsozialistischen Verbrechen sind durch keinen guten Willen, keine
10 Wiedergutmachung, keine Rückerstattung auszulöschen. Sie verjähren auch nicht mit der Zeit –
11 ein Schlussstrich ist nicht möglich. Die nationalsozialistische Vergangenheit ist da, und sie wird
12 immer bleiben. Wir dürfen daher nicht vergessen, dass es der deutsche Faschismus war, der
13 mordend und zerstörend durch Europa und Afrika gezogen ist. Die unfassbaren Schrecken an
14 Orten wie Auschwitz, Bergen-Belsen, Babi Yar, Warschau, Dachau und unzähligen weiteren
15 vergeben wir nicht.

16
17 Dass Auschwitz nie wieder sei, gehört dabei zu unserer grundlegenden Überzeugung und
18 Forderung. Diese Verbrechen dürfen sich niemals wiederholen. Für uns bleibt dies die zentrale
19 Lehre und Herausforderung unserer politischen Arbeit.

20
21 Gleichzeitig muss leider beobachtet werden, dass Gedenkkulturen in Deutschland sich teilweise
22 nicht mehr an dieser Frage ausrichtet. Eine positiv besetzte nationale Identität wird aus den
23 Ereignissen geschaffen, es wird dargestellt, dass die die deutsche Politik und Gesellschaft aus
24 diesen Ereignissen gelernt habe und deshalb besonders resistent gegen rechtes Gedankengut
25 sei.

26
27 Das finden wir nicht richtig. 70 Jahre nach dem Ende der NS-Diktatur müssen wir uns heute
28 Gedanken machen was wir von Gedenkkulturen erwarten, auch unter der Hinsicht, dass immer
29 weniger ZeitzeugInnen leben. Sinnvolle Gedenkkulturen können nicht nur mit politischen
30 Maßnahmen erreicht werden. Sie erfordert auch eine andere Debattenkultur, Selbstreflexion
31 und einen Mentalitätswandel in unserer Gesellschaft.
32 Aber auch 70 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz zeigen aktuelle politische Ereignisse, wie
33 wichtig es ist, das tagespolitische Geschehen in diesen historischen Kontext zu setzen und die
34 Verantwortung aus der Vergangenheit zu erkennen und wahrzunehmen. Gedenk- und
35 Erinnerungsarbeit muss genau dies berücksichtigen.

36
37 **Anforderungen an staatliche AkteurlInnen**

38
39 Die Bundesrepublik Deutschland trägt als Staat selbst eine umfassende Verantwortung. Daraus
40 leiten sich für seine RepräsentantInnen besondere Erwartungen und Pflichten ab. Der
41 Holocaust lässt sich weder vergeben, noch vergessen. Ein Gedenken muss immer die Opfer
42 und nicht Täter in den Mittelpunkt stellen.
43 Politische Verantwortung für das Gedenken darf sich allerdings nicht nur in Worten erschöpfen.

44 Gedenken erfordert oft große pädagogische Anstrengungen und natürlich auch entsprechende
45 Ausstattung z.B. der Gedenkstätten mit dauerhaften Personal- und Sachmitteln. Hier müssen
46 die politischen Akteure ihrer Verpflichtung mehr als bisher nachkommen und diese Ressourcen
47 zur Verfügung stellen.

48

49 **Sicherheit Israels gewährleisten**

50

51 Deutschland muss immer bedingungslos für das Existenzrecht Israels eintreten und streiten –
52 dies ist auch für uns Teil der deutschen Staatsräson. Er ist notwendiger Schutzraum – und als
53 solcher nach Jahrtausenden der Verfolgung auch heute mehr als notwendig.

54

55 **Gedenken aus TäterInnen- und nicht aus Opferperspektive**

56

57 Das politische Gedenken weitet den Opferkreis sehr weit aus. Der sogenannte Tag der
58 Befreiung am 8. Mai hat inzwischen eine Tendenz bekommen, dass alle Deutsche Opfer des
59 Faschismus waren und befreit wurden. Dies ist aus unserer Ansicht eine unzulässige Täter-
60 Opfer-Umkehr.

61

62 Wir fordern konkret: der 8. Mai muss einen neuen Stellenwert bekommen. Dies ist mit einem
63 bundesweiten beschäftigungsfreien Gedenktag möglich. Gleichzeitig muss eine kritische
64 gesellschaftliche Debatte geführt werden, über die Bedeutung dieses Gedenktages. Denn es
65 wurde nicht Deutschland vom Nationalsozialismus befreit, sondern die Welt vom
66 nationalsozialistischen Deutschland.

67

68 **Kein Deutschland als "Erinnerungs"-Weltmeister**

69

70 Für viele PolitikerInnen ist die Teilnahme an Gedenkveranstaltungen eine Selbstverständlichkeit.
71 Das ist auf dem ersten Blick als positiv zu bewerten. Gleichzeitig wird dieses Gedenken in der
72 Selbstwahrnehmung teilweise als positive nationale Selbstidentifikation genutzt. Das lehnen wir
73 ab.

74

75 Eine positive Umdeutung der Gründe des Gedenkens darf es nicht geben. Gedacht werden
76 muss der Opfer des NS-Regimes, nicht der großen Fortschritte, die Deutschland vorgeblich seit
77 1945 gemacht hat.

78

79 **Bestehende Gedenkkultur überdenken**

80

81 Noch immer misst die Gedenkkultur mit zweierlei Maß. Wer zum Beispiel Stauffenberg allein
82 aufgrund des versuchten Attentats zum Volkshelden erhebt, verkennt dessen eigene
83 Verstrickungen in die Wehrmacht und die nationalsozialistische Politik. Es ist bekannt, dass sich
84 Stauffenberg offen zum Antisemitismus bekannt hat. Indem Heldenmythen geschaffen werden,
85 bei denen das äußere Auftreten als Nazi zugunsten eines vermeintlich guten Kerns wohlwollend
86 übergangen wird, relativiert die deutsche Schuld.

87

88 Das drückt sich auch darin aus, dass noch immer rund 100 Schulen in Deutschland nach
89 ehemaligen NSDAP-Mitgliedern und Nazi-Verbrechern benannt sind. Historische Aufarbeitung
90 darf nicht mit einer unterschweligen Rehabilitierung von Nazis einhergehen.

91

92 **Antisemitismus ernstnehmen**

93

94 Ein historisch betrachtet unterschätzter Aspekt der nationalsozialistischen
95 Vernichtungsideologie ist der Antisemitismus. Mit Antisemitismus bezeichnet man rassistische
96 Stereotype, Ressentiments und Vorurteile über mobile ethnische Minderheiten, wie etwa Sinti und
97 Roma. Schätzungen zu Folge sind 500.000 Sinti und Roma durch die NationalsozialistInnen
98 ermordet worden, darunter mindestens 15.000 in Auschwitz-Birkenau. Bis heute sehen sich
99 Sinti und Roma erhebliche Diskriminierung in Europa ausgesetzt, auch durch den deutschen
100 Staat. Hier muss es ein klares Umdenken geben. Insbesondere hierbei sind die
101 Asylrechtsänderungen abzulehnen, die die Staaten Bosnien und Herzegowina, Serbien und
102 Mazedonien als sichere Drittländer definieren, da von dieser Änderung insbesondere Roma und
103 Sinti negativ betroffen sind. Darüber hinaus muss Antisemitismus seinen Platz in der
104 Gedenkpädagogik bekommen.

105

106 **Antisemitismus**

107

108 Alltägliche Ausgrenzung, Diffamierung, Beschimpfung, Boykottierung bis hin zu Bedrohung und
109 Gewalt ist fester Bestandteil des Erfahrungshorizonts von in Deutschland lebenden Jüd*innen.
110 Dabei ist Antisemitismus kein Randphänomen: 20 Prozent der deutschen Bevölkerung sind
111 latent antisemitisch eingestellt.

112

113 Antisemitismus muss getrennt von Rassismus betrachtet werden. Zwar gleichen sich
114 Antisemitismus und Rassismus in der Aufwertung der eigenen Person durch die Ausgrenzung
115 anderer. Besonders für den Antisemitismus ist aber die Funktion, mit ihm vermeintlich die Welt
116 erklären zu können.

117

118 **Veränderung der Gedenkpädagogik**

119

120 Wir brauchen eine Veränderungen der Gedenkpädagogik. Zu häufig ist der Geschichtsunterricht
121 an Schulen auf das Thema Nationalsozialismus beschränkt ohne historische Kontinuitäten und
122 geschichtliche Grundlagen in den Blick zu nehmen.

123

124 Das bedeutet konkret eine ausführlichere Beschäftigung mit dem Thema Nationalsozialismus
125 über ein Schuljahr hinaus, insbesondere unter der Frage der historischen Ursachen,
126 Auswirkungen und Weiterführung der nationalsozialistischen Ideologie in der Bundesrepublik
127 Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Mindestens einen Besuch einer
128 Gedenkstätte mit ausreichender Vor- und Nachbereitung sehen wir als unerlässlich zur
129 Aufarbeitung des Themas an.

130 Eine weitere große Herausforderung beim Gedenken an die Verbrechen des Naziregimes stellt
131 die Tatsache dar, dass der Großteil der heute noch aktiven Zeitzeugen aufgrund ihres Alters in
132 wenigen Jahren für die Gedenkpädagogik nicht mehr zur Verfügung stehen wird.

133

134 **Erinnern an die NS-Zeit in der multikulturellen Gesellschaft**

135 Gedenken und Erinnern wird in Deutschland im Grunde noch immer von der ethnisch und
136 ethisch homogenen Nation aus gedacht. Dass eine solche Erinnerungskultur in einem
137 Einwanderungsland wie Deutschland nicht mehr zeitgemäß sein kann und der
138 Lebenswirklichkeit vieler Menschen nicht mehr entspricht, liegt eigentlich auf der Hand. Eine
139 wichtige Aufgabe in unserer multikulturellen Gesellschaft wird es daher in Zukunft sein, neue
140 Wege der Erinnerung an den Nationalsozialismus und den Holocaust zu finden, die diese als
141 integralen Teil der gemeinsamen Geschichte aller Menschen in Deutschland, gleich welcher
142 Herkunft, darstellen können. Dabei müssen wir anerkennen, dass in einem multikulturellen
143 Deutschland Menschen mit unterschiedlichen Wurzeln möglicherweise nicht durch familiäre
144 Narrative mit der NS-Geschichte vertraut und verbunden sind, weil die Geschichte des
145 Nationalsozialismus in ihren Herkunftsländern keine Rolle spielt, oder durch ganz andere
146 Geschichtsdiskurse –man beachte bspw. die Opferdiskurse ostmitteleuropäischer Staaten–
147 geprägt sind. Ihre Erfahrungen müssen angemessen in die Erinnerungskultur integriert
148 werden, ohne dabei aber den Nationalsozialismus zu verharmlosen oder die Singularität des

149

150 Holocaust infrage zu stellen. Wir müssen also nach Möglichkeiten suchen, wie sich ein Erinnern
151 an NS-Zeit und Holocaust auch in der multikulturellen Gesellschaft realisieren lässt und für
152 diejenigen Anknüpfungspunkte und Zugang zur Erinnerung an die NS-Zeit geschaffen werden
153 können, für die diese nicht Teil der eigenen Familiengeschichte ist.

154

155 **Reparationszahlungen für Länder**

156

157 Wir sprechen uns für eine möglichst verbindliche juristische Klärung der Frage aus, inwieweit
158 etwaige Reparationszahlungen an die Kriegsgegner des Deutschen Reiches im Zweiten
159 Weltkrieg – insbesondere Griechenland und Polen – noch bestehen und nicht schon abgegolten
160 sind. Für den Fall des Bestehens fordern wir zügige Zahlungen.

161

162 Unabhängig von der emotional aufgeladenen Frage nach Reparationszahlungen sprechen wir
163 uns in diesem Zusammenhang auch dafür aus, dass Kulturgüter, die im Krieg erbeutet worden
164 sind, an die Herkunftsländer zurückzugeben sind. Bestehende Ansprüche anderer Staaten
165 gegen Deutschland sind ernst zu nehmen und bei der Rückgabe aktiv mitzuwirken,

166 beispielsweise mittels gründlicher Recherchen in Museen und Archiven.

167

168 **Reparationszahlungen für Einzelpersonen**

169

170 Bis heute sind viele Überlebende der Verbrechen des Nationalsozialismus und ihre Angehörigen
171 nicht entschädigt. Bis heute hat keine Entschädigung von Homosexuellen, Sinti und Roma,
172 Zwangssterilisierten und weiteren Opfern der sog. „Rassenhygiene“ stattgefunden. Der
173 deutsche Staat und deutsche Unternehmen haben sich darüber hinaus mit außergerichtlichen
174 Einigungen aus der Verantwortung gezogen.

175

176 Wir fordern deshalb die unverzügliche Entschädigung aller überlebenden Opfer des NS-
177 Regimes. Sollten noch-nicht-Entschädigte verstorben ist eine Entschädigung der nächsten
178 Verwandten erforderlich.

179

180 Insbesondere Unternehmen haben vom und im Nationalsozialismus profitiert und diesen
181 unterstützt, bspw. durch ZwangsarbeiterInnen, Kriegsgefangene, KZ-Häftlinge und antisemitisch
182 motivierten Enteignungen. Eine Trennung von privater Industrie und Staat im
183 Nationalsozialismus ist nicht möglich. Es ist zu begrüßen, dass sich bereits viele Unternehmen -
184 nach langem Zögern - zu einer Aufarbeitung ihrer Geschichte entschlossen haben. Eine solche
185 Aufarbeitung ist für uns Pflicht jeden Unternehmens. ZwangsarbeiterInnen waren lange Zeit
186 vom deutschen Entschädigungsrecht nicht berücksichtigt. Erst mit der Jahrtausendwende
187 konnten sie durch die Gründung einer Stiftung Entschädigungen erhalten - im Übrigen ohne
188 "Schuldeingeständnis" der Unternehmen.

189

190 **Aufarbeitung Verwaltung und Gerichte**

191

192 Gerade auch Justiz und Verwaltung leisteten einen fundamentalen Beitrag zur Stützung der NS-
193 Herrschaft. Die deutsche Justiz hat das nationalsozialistische System entscheidend geprägt. So
194 wurden Rechtsquellen im nationalsozialistischen Sinne ausgelegt und verändert. Beamte
195 gelangten nach dem Kriegsende vielfach wieder in den Staatsdienst, bspw. als Professoren für
196 Rechtswissenschaft, zurück. Für jedes Ministerium, jede Behörde und jedes Gericht fordern wir
197 eine umfassende wissenschaftliche Untersuchung der Vergangenheit, falls noch nicht
198 geschehen.

199

200 **Weiterhin Prozesse gegen Verantwortliche**

201

202 Bis heute leben eine ganze Reihe von Verantwortlichen für die Verbrechen des NS-Regimes. Es
203 ist wichtig diese Menschen auch heute noch zur Verantwortung zu ziehen.

204

205 Zur Erinnerung des 70. Jahrestags der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz hat sich ein
206 breites Jugendbündnis gebildet, deren Teil wir waren. Außerdem dabei waren u.a. DGB-Jugend,
207 Naturfreundejugend Deutschlands, SJD – Die Falken, Grüne Jugend, DIDF, Österreichische
208 Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) und der israelische Gewerkschaftsbund sowie die
209 Gewerkschaftsjugend (Histadrut und HaNoar HaOved VeHaLomed).

210

211 Gemeinsam gab es eine große Gedenkstättenfahrt nach Auschwitz mit insgesamt 1.000
212 Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Im Fokus stand das Erinnern und Gedenken zum 70.
213 Jahrestag der Befreiung von Auschwitz. Wir haben uns über nationalsozialistische Ideologie, die
214 unvergleichbare Vernichtung Millionen von Menschen und nicht zuletzt über den Widerstand im
215 Nationalsozialismus fortgebildet und den Opfern der Shoah und des nationalsozialistischen
216 Terrors gedacht.

217

218 Diese Gedenk- und Erinnerungsarbeit wollen wir fortführen. Als jungsozialistischer Verband
219 tragen wir eine besondere Verantwortung im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus.
220 Wir sehen Gedenken als zentrales Element unserer antifaschistischen Grundeinstellung.

221

222 **Historische Kontinuitäten, Aktuelle Formen von Rassismus, Antisemitismus, 223 Antiziganismus und Rechtsradikalismus, Ressentiments gegen Geflüchtete bekämpfen**

224

225 Nationalsozialistisches Gedankengut ist nicht auf den Zeitraum zwischen 1933 und 1945
226 beschränkt. Gedenkkultur muss deshalb die Frage der theoretisch-ideologischen Ursachen

227 sowie der historischen Kontinuitäten in den Blick nehmen.

228

229 Zur Gedenk- und Erinnerungspolitik gehört daher auch die kritische Reflexion zu der Frage, wie
230 Neonazis noch immer in Deutschland an vielen Orten ungehindert agieren können und wie der
231 Nationalsozialistische Untergrund (NSU) so frei agieren konnte. Seit 1990 starben über 180
232 Menschen aufgrund von rechter Gewalt. Insbesondere muss die Kontinuität
233 nationalsozialistischen Gedankengutes in Ermittlungsbehörden und Geheimdiensten in den
234 Blick genommen werden.

235

236 Für uns leitet sich daraus auch eine Pflicht zur Bekämpfung der aktuellen Auswüchse von
237 rechtem Gedankengut ab. Wir leben in einer Gesellschaft, in der Rassismus, Antisemitismus
238 und Rechtsradikalismus noch sehr verbreitet sind. Das bedeutet wir dürfen nicht nachlassen in
239 unserem Kampf gegen diese Strukturen sei es auf der Straße bei Demonstrationen, Debatten
240 innerhalb der SPD und durch inhaltliche Veranstaltungen.

241

242 Die letzten Wochen haben uns noch einmal in besonderer Weise vor Augen geführt, wie
243 dramatisch die Situation von Geflüchteten an den Grenzen Europas, aber auch in Deutschland
244 ist. Brennende Unterkünfte und Angriffe auf Geflüchtete selbst sind ein eindeutiges Signal dafür,
245 dass hierzulande vieles ganz gewaltig schief läuft. Für uns ist es eine Frage der Haltung, wie wir
246 mit Geflüchteten umgehen – aber auch, wie wir denen begegnen, die Situation ausnutzen um
247 Hass und Rassismus zu schüren. Widerwärtig und feige sind die Leute, die sich gegen
248 Geflüchtete stellen. In unserer Gesellschaft ist kein Platz für Menschen, die aus vermeintlicher
249 Sorge andere Menschen bedrohen.

250

251

252

253

254

255

256

257

258

259

260

261

262

263

264

265

266

267

268

269

270

271

272

273

274

275

276

277

278

279

280

281

282

283

284

285

286

287

Titel Ey Deutschland du mieses Stück Scheiße! -
Staatsbeleidigung ist keine Straftat

Antragsteller Sachsen

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag

Ey Deutschland du mieses Stück Scheiße! - Staatsbeleidigung ist keine Straftat

- 1 Ein demokratischer Staat muss Kritik – auch derbe Kritik – aushalten können, seine
- 2 Nationalsymbole sind keine Heiligtümer. Die §§ 90 ff. StGB sollten sich daher auch tatsächlich –
- 3 nicht nur dem Titel nach - auf die Bestrafung der „Gefährdung des demokratischen
- 4 Rechtsstaates“ beschränken. Wir fordern deshalb die ersatzlose Streichung des § 90 StGB
- 5 (Verunglimpfung des Bundespräsidenten) und die Streichung aller Tatbestandsmerkmale in §§
- 6 90a, 90 b StGB, die sich nicht auf Handlungen beziehen, die sich gegen die verfassungsmäßige
- 7 Ordnung und die Verfassungsgrundsätze richten.

- 8
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38
- 39
- 40
- 41
- 42
- 43

Titel Ostpolitik 3.0 – Sozialdemokratische Wege aus der Ukraine-Krise

Antragsteller Schleswig-Holstein

Zur Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion

Ostpolitik 3.0 – Sozialdemokratische Wege aus der Ukraine-Krise

1 "In Frieden zu leben erfordert nicht große Worte, sondern viele kleine Schritte."
2

3 - Egon Bahr
4

5 **1. Grundlagen einer sozialdemokratischen Außenpolitik für Osteuropa** 6

7 Die deutsche Außenpolitik im osteuropäischen Raum ist durch die zwei sozialdemokratischen
8 Ostpolitiken geprägt. Wandel durch Annäherung war das durch Willy Brandt und Egon Bahr in
9 den 1960er und 1970er Jahren geprägte Credo. Gewaltverzicht und Anerkennung der
10 europäischen Nachkriegsgrenzen waren die ersten Etappen auf dem Weg des
11 Zusammenwachsens. Ihren Kristallisationspunkt fand diese erfolgreiche Politik im Fall der
12 Mauer und der folgenden Wiedervereinigung.
13

14 Die zweite Phase sozialdemokratischer Ostpolitik nahm ihren Ausgang während der
15 Kanzlerschaft von Gerhard Schröder. Die zunächst von Deutschland initiierte
16 Modernisierungspartnerschaft mit Russland, die später von der EU aufgenommen wurde, führte
17 in eine neue Phase enger politischer und wirtschaftlicher Verbindungen zwischen Ost und West.
18

19 In der aktuellen Phase der Konfrontation sind diese Politikansätze in die Jahre gekommen. Das
20 bedeutet keinesfalls ihr Scheitern, beweist aber die Notwendigkeit neuer Antworten vor dem
21 Hintergrund veränderter Rahmenbedingungen. Die östlichen EU-Staaten sind heute wesentlich
22 einflussreicher, die Länder der Östlichen Partnerschaft[1] sind von Objekten des Völkerrechts zu
23 eigenständigen Akteuren geworden und Russland hat wieder an außenpolitischer Stärke
24 gewonnen.
25

26 Die Kraft zur Formulierung eines neuen außenpolitischen Kurses in Osteuropa wird erneut nur
27 die Sozialdemokratie aufbringen können. Angesichts neuer Entwicklungen ist die Zeit reif für
28 eine dritte Ostpolitik, die eingebettet in die sozialdemokratische Tradition neue Wege geht.
29 Oberstes Ziel ist die Einrichtung einer europäischen Friedensordnung. Deshalb muss es sich
30 um eine europäische Politik handeln, die auf die ganze Region ausgerichtet ist und neben der
31 russischen Föderation auch die Länder der Östlichen Partnerschaft in den Blick nimmt.
32

33 Im Folgenden soll die Situation in Osteuropa mit Schwerpunkt auf den Konflikt in der Ukraine
34 analysiert werden. Er ist Hebel für Fortschritt. Ohne eine Klärung der Situation auf der Krim sind
35 die Spielräume für Entspannung zwischen Ost und West extrem begrenzt. Nach der Analyse
36 Russlands, der Ukraine und des Konflikts werden Maßnahmen für die kurze, mittlere und lange
37 Frist vorgeschlagen, die den Grundstein für eine neue Ostpolitik legen sollen.
38

39 **2. Russland – Der Putin-Konsens im Wandel** 40

41 Die 90er Jahre waren eine entscheidende Phase in der Entwicklung Russlands. Um das Land
42 zu verstehen, ist es entscheidend anzuerkennen, dass die Wahrnehmungen der Realität aus
43 europäischer und russischer Perspektive erhebliche Abweichungen aufweisen. Während also

44 die Jelzin-Zeit in Russland als Phase des wirtschaftlichen Niedergangs, der Korruption und des
45 Ausverkaufes staatlichen Eigentums verstanden wird, steht aus europäischer Sicht der Prozess
46 der Demokratisierung im Vordergrund.

47

48 Auch außenpolitisch wurde der Grundstein für andauernde Missverständnisse auf beiden Seiten
49 gelegt. Die aus europäischer Sicht dem Sicherheitsbedürfnis der baltischen Staaten und Polen
50 gerecht werdende NATO-Osterweiterung sorgte für Beunruhigung in Russland. Aus russischer
51 Perspektive wurde eine Einbindung des Landes – trotz des NATO-Russland-Rates[2] –
52 vermieden und Anerkennung für die strategischen Interessen Russlands versagt. Der Einsatz
53 der NATO im Jugoslawienkrieg erschien Russland als Angriff auf einen Verbündeten, ebenso
54 wie als Verstoß gegen geltendes Völkerrecht.

55

56 Im Jahr 1999 begann die erste Amtszeit Wladimir Putins und mit ihr eine neue Ära der
57 russischen Politik. Aus europäischer Sicht ist diese Zeit insbesondere durch den Abbau von
58 Freiheitsrechten und der Unterdrückung der politischen Opposition geprägt. In Russland
59 dominiert das Bild einer Phase des wirtschaftlichen Wachstums, in der Beschäftigung und
60 Löhne gleichermaßen angestiegen sind. Auf diese Weise gelang es, den sogenannten Putin-
61 Konsens zu etablieren, der zur anhaltenden Popularität des russischen Präsidenten
62 entscheidend beitrug. Offensichtlich bewerten große Teile der Bevölkerung bis heute den
63 wirtschaftlichen Fortschritt und die außenpolitische Stärke Russlands wichtiger, als den Erhalt
64 bürgerlicher Rechte.

65

66 Durch die Phase wirtschaftlicher Schwierigkeiten vor der dritten Amtszeit Putins, die
67 insbesondere durch fallende Rohstoffpreise ausgelöst wurde, begann dieses Konsens zu
68 bröckeln. Das auf dem wirtschaftlichen Erfolg basierende politische System funktionierte nicht
69 mehr reibungslos. Der Putin-Konsens geriet zunehmend unter Druck.

70

71 Putin reagierte auf diese Entwicklung mit der verstärkten Betonung eines russischen
72 Nationalgefühls. Der zunehmende Einsatz für vermeintliche und reale "russische" Interessen
73 auch jenseits der eigenen Staatsgrenzen ist eine direkte Folge dieser Entwicklung. Der Putin-
74 Konsens wurde auf diese Weise innerhalb der letzten Jahre wieder gestärkt. Trotz der
75 zunehmend existenziell bedrohlichen wirtschaftlichen Entwicklung für große Teile der
76 Bevölkerung ist die Popularität Putins ungebrochen.

77

78 Diese Entwicklung vollzieht sich vor dem Hintergrund einer sich verändernden Weltordnung.
79 Russland reagiert auf eine Verschiebung des globalen Machtpotentials in den asiatischen Raum
80 mit einer Fokussierung der chinesisch-russischen Zusammenarbeit. Der aktuelle Konflikt
81 zwischen Russland und dem Westen beschleunigt diesen Prozess. Die Kooperation der BRICS-
82 Staaten[3] wird unter anderem dazu genutzt, auf Verschiebungen in den geopolitischen
83 Einflussverhältnissen hinzuwirken. Die gegenseitige Sanktionsspirale hat zu einem neuen
84 Tiefpunkt in den politischen Beziehungen zwischen Europa und Russland geführt.

85

86 **3. Die Ukraine - gefangen zwischen Europa und Russland**

87

88 Nach über einem Jahr Krieg in der Ukraine hat keine Seite des Konflikts ihre Ziele
89 vollumfänglich erreicht, was die Lage nicht nur labil, sondern auch gefährlich macht.
90 Stattdessen hat sich eine regelrechte Kriegswirtschaft entwickelt, die vom Konflikt lebt und
91 deshalb großes Interesse an seiner Fortführung hat. Eine erneute militärische Eskalation kann
92 somit – trotz der Fortschritte durch das Abkommen Minsk II[5] – nicht ausgeschlossen werden.

93

94 Die Ukraine ist unter der neu gewählten politischen Führung entschlossen, sich aus der
95 Hegemonie[6] Russlands zu lösen und einen eigenen Weg nach Westen zu gehen. Ihr
96 Kriegsziel ist die Wiederherstellung der Souveränität auf dem gesamten Staatsgebiet,
97 einschließlich der Kontrolle über die eigene Staatsgrenze im Donbass[7].

98

99 Die Separatisten hingegen wünschen einen eigenen Teilstaat im Osten der Ukraine, der sich
100 stark an der Russischen Föderation orientieren soll. Russlands Rolle ist noch komplexer. Klar ist
101 heute, dass die Separatisten mit Waffen, Material und Soldaten unterstützt worden sind. In
102 jüngster Zeit mehren sich allerdings die Anzeichen, dass auch die russische Administration auf
103 eine Einhaltung des Abkommens von Minsk drängt. Ihr Einfluss auf die Führung der
104 Separatisten scheint dabei begrenzt zu sein.

105

106 Die Regierung der Ukraine gerät zunehmend in eine schwierige Situation, da sie die
107 Vereinbarungen des Abkommens von Minsk – insbesondere den geforderten
108 Verfassungsprozess – Schritt für Schritt umsetzt. Weil die Zusagen der Gegenseite kaum oder
109 gar nicht eingehalten werden, gibt das nationalistischen Kräften im Westen der Ukraine Auftrieb,
110 die eine flächendeckende Wiederaufnahme militärischer Gewalt fordern.

111

112 Zum jetzigen Zeitpunkt spricht vieles dafür, dass der Krieg in der Ost-Ukraine mit geringerer
113 Intensität fortgeführt wird. Auf diese Art und Weise behält Russland Einfluss auf die instabile
114 Lage der Ukraine. Tatsächlich wäre aber die beiderseitige Einhaltung der
115 Waffenstillstandsvereinbarung Voraussetzung für eine Normalisierung der Lage und die
116 Grundlage dafür, dass der Verfassungsprozess mit größeren Autonomierechten für die
117 Regionen politische und gesellschaftliche Mehrheiten findet.

118

119

120 Unabhängig von einer politischen Bewertung ist vor diesem Hintergrund die Aufnahme der
121 Ukraine in die NATO derzeit unrealistisch. Die enge Zusammenarbeit mit der EU ist für uns auch
122 mit Blick auf eine längerfristige Aufnahmeperspektive der Ukraine weiterhin erstrebenswert. Das
123 Land ist nach wie vor wirtschaftlich und politisch abhängig von der russischen Föderation, weil
124 sie der wichtigste Handelspartner ist. Gleichzeitig forciert die Ukraine mit der Unterzeichnung
125 des Assoziierungsabkommens die eigene Westbindung. Die schwierige Lage der Ukraine
126 zwischen den Machtblöcken hat sich auf diese Weise verschärft.

127

128 Aktuell macht sich zudem die wirtschaftliche Abwärtsspirale in der Ukraine deutlich bemerkbar.
129 2014 ist das BIP[8] um 6,8% zurückgegangen, für 2015 werden erneut 6,8% prognostiziert. Die
130 Reallöhne werden in diesem Jahr voraussichtlich um 15% fallen; die Inflation wird für das Jahr
131 2015 gegenüber dem vorangegangenen Jahr auf 30% bis 35% veranschlagt. Des Weiteren lag
132 die Jugendarbeitslosigkeit bereits 2013 bei 17,8 % und ist seitdem deutlich angestiegen.
133 Fachleute erwarten erst 2016 eine leichte wirtschaftliche Erholung. Im Umkehrschluss bedeutet
134 dies, dass die Ukraine auf wirtschaftliche Unterstützung von außen angewiesen ist, um sozialen
135 Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern. Insgesamt sieht das Land einer
136 unsicheren Zukunft entgegen.

137

138 4. Kurzfristige Maßnahmen - Auf dem Weg zu Stabilität und Sicherheit

139

140 Vor allen anderen denkbaren Maßnahmen muss auf eine konsequente **Umsetzung des**
141 **Minsker Abkommens** hingewirkt werden. Ein **Ende der Gewalt** in der Ostukraine ist dringend
142 erforderlich, um Spielräume für politische Entspannung zu schaffen. Der **Status der Krim** muss
143 geklärt werden. Ausdrücklich ist damit **keine Akzeptanz des Völkerrechtsbruches** durch die
144 Russische Föderation verbunden.

145

146 Mit dem Fortschreiten des Friedensprozesses muss die **humanitäre Unterstützung** für die
147 besonders betroffenen Gebiete in der Ukraine einhergehen. Bedingung dafür ist eine
148 schrittweise **Entwaffnung paramilitärischer Gruppen[9]** und die Schaffung der
149 Voraussetzungen für die Rückkehr der Flüchtlinge in die umkämpfte Gebiete. Parallel muss der
150 **Verfassungsprozess** und eine weitreichende Unterstützung der Demokratisierung fortgeführt
151 werden, um den Regionen größere Autonomie und den Minderheiten in der Ukraine besseren
152 Schutz zu garantieren. Der Ukraine muss langfristig eine Mitgliedschaft in der EU in Aussicht
153 gestellt werden.

154

155 Es bedarf eine gegenseitige Abrüstung **in der Rhetorik** auf die man sich gemeinsam
156 verständigen muss. Keine der Seiten sollte eine militärische Lösung in Erwägung ziehen. Eine
157 **Verpflichtung zum Gewaltverzicht** sollte diese Haltung garantieren. Auf dieser Grundlage
158 können dann die **Sanktionen für Parlamentarier und Vertreter der Exekutive** beiderseitig
159 aufgehoben werden. Das ermöglicht eine Verstärkung des politischen und zivilgesellschaftlichen
160 Dialogs. Die Rückkehr Russlands in den Kreis der G7 wäre eine weitere Maßnahme zur
161 Normalisierung der Situation.

162

163 Das verlorene Vertrauen muss durch den Wiederaufbau vertrauensvoller Kanäle nach Russland
164 zurückgewonnen werden. Dabei sollten zunächst gegenseitige **Rote Linien** identifiziert werden,
165 um davon ausgehend **gemeinsame Interessen** zu definieren. Dies umfasst insbesondere

166 Energieversorgung, wirtschaftliche Kooperation, Rohstoffversorgung, Terrorismusbekämpfung,
167 den Klimawandel und die Stabilisierung der Situation im Nahen Osten. Gemeinsame Interessen
168 in diesem Bereich sollten zudem nicht leichtfertig aufgegeben werden, weil das die Eskalation
169 von Konflikten wahrscheinlicher macht.

170

171 Zügig sollte dann über einen gegenseitigen **Abbau der Sanktionen** verhandelt werden.
172 Insbesondere die Beschränkungen im Bereich der Nahrungsmittel sind eine große Belastung für
173 die russische Bevölkerung und leisten keinen Beitrag zur Lösung des Konflikts. Klar ist, dass
174 Sanktionen nur beiderseitig abgebaut werden können. Die Kritik an den Verstößen gegen das
175 Völkerrecht bleibt dadurch unberührt. Dennoch zeigt die Entwicklung der letzten Jahre, dass die
176 Sanktionsspirale in eine Sackgasse führt. Vor diesem Hintergrund kann dann der Dialog über
177 den **Abbau von Visabeschränkungen** wieder aufgenommen werden. Verbunden wird dies mit
178 der Entwicklung eines **Jugendaustauschprogramms** zwischen der EU, den Staaten der
179 Östlichen Partnerschaft und Russland.

180

181 Die Europäische Union muss ihre Politik in Osteuropa grundsätzlich überdenken und
182 gemeinsam eine neue **Strategie formulieren**. Das eigene außenpolitische Handeln kann auf
183 diese Weise transparent gemacht werden. Die absolute Bindung von wirtschaftlicher und
184 finanzieller Unterstützung an die Mitgliedschaft in der EU muss überdacht werden. Zudem ist
185 ein strukturierter Dialog mit der Eurasischen Wirtschaftsunion notwendig. Erste
186 Rahmenbedingungen für ein **gemeinsames Freihandelsabkommen** sollten diskutiert werden.

187

188 5. Mittel- und langfristige Maßnahmen - Neue Entspannungspolitik

189

190 Eine starke Ukraine kann zu einem Mittler zwischen der Europäischen Union und Russland
191 werden. Dafür benötigt sie stabile politische Verhältnisse und eine verbesserte wirtschaftliche
192 Situation. Aus diesem Grund streben wir eine **Modernisierungspartnerschaft** mit der Ukraine
193 an. Diese umfasst gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Bereiche. Besonders im Fokus
194 stehen Kooperationen bei der **Bekämpfung von Korruption** und der **Wissenstransfer im**
195 **Bereich der beruflichen Ausbildung**. Der Wiederaufbau der zerstörten Regionen sollte
196 gemeinsam von Weltbank, EU, Russland und USA unterstützt werden.

197

198 Die Gründung der **NATO** im Jahr 1949 war die Antwort auf zunehmende Spannungen zwischen
199 den ehemaligen Alliierten des Zweiten Weltkrieges. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs
200 haben sich eine zunehmende Zahl osteuropäischer Staaten der NATO angeschlossen; dies hat
201 auf Seiten Russlands zu erheblicher Sorge geführt.

202

203 Für eine gesamteuropäische Politik müssen gemeinsame Institutionen gestärkt werden. Dazu
204 gehören insbesondere die **OSZE** und der **Europarat**. Der OSZE-Vorsitz von Deutschland in
205 2016 ist dafür der richtige Ausgangspunkt. In einer großen gemeinsamen **Konferenz** sollte die
206 **Sicherheitsarchitektur für Europa** neu verhandelt werden. Diese muss sich an den
207 gemeinsam identifizierten Roten Linien und geteilten Interessen orientieren. Voraussetzung ist,
208 dass sich die EU **eigene Leitlinien zur Außen- und Sicherheitspolitik** gibt, um als
209 transparenter Akteur aufzutreten.

210

211 Das Verhältnis zu den Ländern der Östlichen Partnerschaft muss neu geordnet werden. Es darf
212 keine Konkurrenz zwischen Europäischer Union und Eurasischer Wirtschaftsunion forciert
213 werden. Wo keine Assoziierung möglich ist, sollten **individuelle Kooperationsabkommen**
214 geschlossen werden.

215

216 Eine sozialdemokratische Ostpolitik 3.0, die sich an diesen Rahmenbedingungen orientiert, legt
217 den Grundstein für eine **verlässliche Sicherheitsarchitektur** in Europa und schafft das
218 Fundament für gutes Wirtschaften in einem gemeinsamen Raum der Freiheit und des Rechts.
219 Die strategischen Interessen der EU und Russlands überschneiden sich in vielen wichtigen
220 Bereichen. In unserer globalisierten und multipolaren Welt[10] liegen in einer **engen**
221 **Kooperation** große Potenziale. Diese sollten vor dem Hintergrund aktueller politischer
222 Spannungen nicht leichtfertig preisgegeben werden. Die Losung „Wandel durch Annäherung“ ist
223 heute so aktuell wie vor 50 Jahren.

224

225

226

227 [1] Östliche Partnerschaft: Ein Teilprojekt der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), das
228 die ehemaligen Sowjetrepubliken Armenien, Aserbaidshan, Georgien, Moldawien, Ukraine und
229 Weißrussland näher an die europäische Union bringen soll, um den Weg für eine politische
230 Assoziierung zu ebnet.
231

232 [2] NATO-Russland-Rat: Gremium zur Verbesserung der Zusammenarbeit von NATO und
233 Russland in den Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Seit 2014 ist die
234 Zusammenarbeit aufgrund der Ukraine-Krise ausgesetzt.
235

236 [3] BRICS-Staaten: Vereinigung aufstrebender Schwellenländer, die aus Brasilien, Russland,
237 Indien, China und Südafrika besteht.
238

239 [4] Monopolare Weltordnung: Ein System bei dem ein einziger Staat weltweit aufgrund
240 wirtschaftlicher und militärischer Macht dominant ist. Dieser Zustand hat sich nach dem Zerfall
241 der Sowjetunion und dem Ende der damaligen Bipolaren Weltordnung eingestellt. Die USA sind
242 als einzige Supermacht übrig geblieben.
243

244 [5] Abkommen Minsk II: Vereinbarung zwischen Ukraine, Russland, Separatisten und OSZE, die
245 am 12. Februar 2015 auf Initiative Deutschland und Frankreich zustande kam und einen
246 Friedensplan für die Ukraine skizziert,
247

248 [6] Hegemonie: Vorherrschaft eines Staates.
249

250 [7] Donbass: Eine Region beiderseits der russisch-ukrainischen Grenze, in der sich Kohleabbau
251 und Industrie konzentrieren. Teile der Region sind Schauplatz des aktuellen Konflikts in der
252 Ukraine.
253

254 [8] Brutto-Inlands-Produkt: Der Gesamtwert aller Güter, die innerhalb eines Jahres in einer
255 Volkswirtschaft, nach Abzug von Vorleistungen, produziert wurde. Dabei handelt es sich um das
256 populärste Maß für Wirtschaftskraft.
257

258 [9] Paramilitärische Gruppen: Bezeichnung für Einheiten, die militärische Gewalt ausüben, aber
259 in keine regulären staatlichen Streitkräfte eingebunden sind.
260

261 [10] Multipolare Welt: Eine Ordnung in der drei oder mehr Staaten große wirtschaftliche und
262 militärische Macht auf sich fokussieren und keine eindeutige Vormachstellung erkennbar ist.
263
264
265
266
267
268
269
270
271
272
273
274
275
276
277
278
279
280
281
282
283
284
285
286
287

Titel Entwicklung post-2015 - Von einer neuen
Agenda zu einem neuen Paradigma

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an

Entwicklung post-2015 - Von einer neuen Agenda zu einem neuen Paradigma

1 Bereits mit dem Antrag "Hoch die Internationale Solidarität", beschlossen auf dem
2 Bundeskongress 2011, definierten wir Jusos unsere grundlegende Positionierung dazu, wie eine
3 international solidarische Entwicklungszusammenarbeit für uns aussehen sollte. Wir stellten
4 fest, dass wir Entwicklung nicht als einen Begriff verstehen, dessen Erfolg sich am Wachstum
5 des Bruttoinlandsproduktes ablesen lässt. Entwicklung ist für uns auch kein linearer,
6 eindimensionaler Prozess, bei dem sich einzig und allein Länder des Globalen Südens mithilfe
7 des Globalen Nordens "entwickeln". Es ist vielmehr ein Interaktionsprozess, in dem sich die
8 Welt als Ganzes zu einem gleichen, freien und lebenswerten Ort für alle Menschen entwickelt.

9

10 **Für ein neues Verständnis von Entwicklungszusammenarbeit**

11

12

13 Für uns Jusos gehört der Internationalismus zu unseren Grundwerten. Entsprechend kämpfen
14 wir für internationale Solidarität und Zusammenarbeit. Gerade deshalb stehen wir der heute
15 praktizierten Entwicklungszusammenarbeit kritisch gegenüber. Zwar wird der problematische
16 Begriff der Entwicklungs-, „Hilfe“ nicht mehr verwendet, doch hat sich bloß die Worthülse
17 verändert. Die dahinterstehenden Konzepte und Machtstrukturen bleiben hingegen
18 weitestgehend bestehen. Das gängige Konzept der Entwicklungszusammenarbeit basiert
19 weiterhin auf der Annahme, dass Länder des Globalen Nordens wohlwollen und aus
20 "Nächstenliebe" den Ländern des globalen Südens Gelder und Ressourcen zur Verfügung
21 stellen. Die Länder des globalen Südens werden entsprechend als hilfs- und
22 entwicklungsbedürftig und arm dargestellt. Ein Schuldenerlass der Länder des Globalen
23 Nordens für jene des globalen Südens gilt weiterhin als großzügige Wohltat.

24

25 **Die globale Ungleichheit - Die globale Klassengesellschaft**

26

27 Es existiert eine Weltgesellschaft, die eine starre Klassengesellschaft ist. In der Tradition der
28 Arbeiter*innenbewegung möchten wir sie beseitigen. Dazu verstehen wir uns als Teil einer
29 grenzüberschreitenden Bewegung. Wir bekämpfen jegliche soziale Ungleichheit - egal ob es
30 sich um quantitativ bedeutendere relative Armut in einem reichen Sozialstaat oder absolute
31 Armut in einem losen Staatsgebilde handelt. Sie steht unserem Ziel, der Emanzipation jedes
32 einzelnen Menschen, im Weg. Unsere Antwort lautet deshalb: eine globale Gerechtigkeitspolitik
33 und Internationale Solidarität. Beide Begriffe sind für uns zentral und
34 „Entwicklungszusammenarbeit“ kann sie nicht ersetzen. So steckt hinter dem Wandel von „Hilfe“
35 zu Zusammenarbeit zwar begrüßenswerterweise die Abkehr vom paternalistischen und
36 konservativen Gedanken der Almosen, jedoch wird dieser zunächst nur durch eine neoliberale
37 Deutung von Zusammenarbeit ersetzt. Statt passiv Hilfe zu empfangen steht nun die Aktivierung
38 und eben die Mit-Arbeit im Vordergrund. Dabei ist eine marktförmige Zusammenarbeit unter
39 kapitalistischer Verwertungslogik so falsch, wie folgerichtig. Dafür sehen wir in der
40 Globalisierung eine Chance eine solidarische Weltgesellschaft zu schaffen. Das 'Global Village'
41 darf allerdings dazu nicht den aktuellen Machtverhältnissen überlassen werden.

42

43 Dabei ist diese Debatte jedoch eine scheinheilige. Viele der strukturellen Nachteile der Länder

44 des globalen Südens sind der kolonialen Vergangenheit anzulasten. Die heutigen
45 „wohlwollenden“ Geldgeber, zumeist ehemaligen Kolonialmächte, wurden für ihre Verbrechen
46 und die durch sie verursachten sozialen, kulturellen und strukturellen Probleme nie zur
47 Rechenschaft gezogen. Etliche Völkermorde, wie etwa jener der Deutschen Kolonialtruppen an
48 den Herero, Nama, Damara und San in Namibia, werden bis heute nicht als solche anerkannt.
49 Neben dem heutigen Namibia geschah dies auch im heutigen Tansania (z.B. gegen den Maji-
50 Maji-Aufstand), Kamerun (z.B. mit der 'Pazifizierung' des Binnenlandes), in Togo (durch
51 Ausbeutung und Zerstörung ganzer Orte), im Südpazifik (z.B. mit der Niederschlagung des
52 Sokehs-Aufstand) oder in Kiautschou (z.B. mit der Gewalt gegen den "Boxeraufstand" /
53 Aufstand der Yihetuan). Grund dafür ist zumeist die Sorge vor Entschädigungsforderungen.
54 Diese könnten zwar lediglich symbolische Bedeutung haben, da das angetane Leid und die
55 Folgen für die Betroffenen nie aufgewogen werden können. Dennoch wäre diese Anerkennung
56 wichtig und auch für die Debatte über Entwicklungszusammenarbeit relevant. An allen Orten,
57 wo das Deutsche Reich als auch die anderen Kolonialmächte aktiv wurden, haben sie
58 Verbrechen begangen. Ein klares Schuldeingeständnis für diese Verbrechen ist nicht nur auf
59 einer persönlichen Ebene bedeutsam. Sondern dies würde auch bedeuten, dass die
60 ehemaligen Kolonialmächte endlich anerkennen müssen, dass sie die Hürden, welche den
61 Ländern des globalen Südens bis heute begeben, (mit)verursacht haben.

62

63 Neben den Entschädigungen für die begangenen Verbrechen muss die Debatte jedoch auch auf
64 einer strukturellen Ebene geführt werden, denn auch der Kolonialismus als solcher wirkt sich bis
65 heute negativ auf die Länder des Globalen Südens aus. Eines von vielen Beispielen sind die
66 aus der Kolonialzeit übrig gebliebenen, nicht nur wie alle Grenzen völlig willkürlich, sondern
67 auch fremdbestimmt gezogenen Staatsgrenzen, welche innerstaatlichen Konflikten Vorschub
68 leisten. Zudem fand eine schonungslose Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, aber auch
69 der Bevölkerung der kolonialisierten Länder statt. Die koloniale Handelspolitik fußte auf einer
70 völligen Abhängigkeit der Länder des Globalen Südens von der Abnahme ihrer Primärprodukte
71 durch den globalen Norden. Die Konsequenzen sind bis heute spürbar: noch immer sind die
72 Handelsbeziehungen zwischen den Ländern des Globalen Südens sehr schwach. Der Globale
73 Norden hingegen profitiert von dieser Abhängigkeit weiterhin und verschärft sie sogar noch
74 zusätzlich mit einseitigen Handelsabkommen. Auch die fremdbestimmt eingeführten
75 Bildungssysteme und –Inhalte haben bis heute negative Folgen. Selbst das Basiswissen
76 orientiert sich bis heute an den Lehrinhalten des Globalen Nordens, welche in vielen Ländern
77 des Globalen Südens jedoch keinerlei Relevanz haben. Stattdessen verdrängte oder
78 marginalisierte das koloniale Bildungssystem indigene Sprachen und Kulturen – und damit
79 einen Reichtum, der kaum zu ersetzen sein wird.

80

81

82 All jene Erblasten aus der Kolonialzeit treffen allein die Länder des Globalen Südens. Dabei
83 wäre es eigentlich die Pflicht der Länder des Globalen Nordens, mindestens
84 Reparationszahlungen für den verursachten Schaden zu leisten. Wird heute von einer
85 „Verschuldung“ der Länder des Globalen Südens bei jenen des Globalen Nordens gesprochen,
86 so basiert dies auf einer schiefen Rechnung. Zieht man die Verbrechen und Spätfolgen der
87 Kolonialzeit mit ins Kalkül, so sind es tatsächlich die Länder des Globalen Nordens, welche bei
88 den Ländern des Globalen Südens tief in der Schuld stehen. Nur durch das beständige
89 Abstreiten und die Relativierung der Konsequenzen des eigenen Handelns entziehen sich die
90 ehemaligen Kolonialmächte den berechtigten Forderungen nach Entschädigungen und den
91 Reparationsforderungen. Dieser historische Kontext lässt nicht nur die Debatten über etwaige
92 Schulden, sondern auch jene über Entwicklungszusammenarbeit allgemein in einem anderen
93 Licht erscheinen, als der gängige öffentliche Diskurs.

94

95 Eine zentrale Ursache für Armut und Hunger sowie für die Begrenztheit der
96 "Entwicklungszusammenarbeit" ist identisch: der Kapitalismus. Die Geschichte des
97 Kolonialismus ist eng mit der Geschichte des Kapitalismus verwoben. Deshalb lassen sich die
98 Lebenssituation von Milliarden Menschen nicht allein über einen Schadensausgleich für den
99 Kolonialismus und seinen unmittelbaren Folgen dauerhaft, fundamental verbessern. Vielfach
100 reduziert sich auch sozialdemokratischen Politik darauf, einen verbesserten Marktzugang für die
101 ärmsten Erdteile als Lösung zu verkaufen. Der Kapitalismus ist darauf angewiesen,
102 'Verlierer*innen' zu produzieren. Erst Alternativen zu kapitalistischen Ausbeutungs-, Denk- und
103 Machtstrukturen würden Ungleichheit wirklich beseitigen können. Viele Formen der
104 "Entwicklungszusammenarbeit" unterbinden diese Alternativen aber, weil auch sie

105 kapitalistischen Paradigmen unterliegen.

106

107 Die lächerlich geringen Finanzmittel, die nun für Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt
108 werden, können nur als Hohn gegenüber den eigentlichen Forderungen wahrgenommen
109 werden. Noch immer geben Deutschland und der Großteil der OECD Staaten nicht einmal das
110 selbstgesteckte Minimum von 0,7% der BIPs für Entwicklungszusammenarbeit aus.
111 Für die wenigen Ressourcen die dennoch in die Entwicklungszusammenarbeit investiert
112 werden, scheint ein weiterer Rechtfertigungszwang zu herrschen. Insbesondere seit der
113 Amtszeit Dirk Niebels als Entwicklungsminister hat sich eine wirtschaftliche
114 "Rechtfertigungslogik" manifestiert. So werden Projekte und Kooperationen unter der Prämisse
115 bewertet und gefördert, dass auch die deutsche Wirtschaft von der
116 Entwicklungszusammenarbeit profitieren solle. Entwicklungszusammenarbeit und internationale
117 Solidarität werden entsprechend nicht als jener Selbstzweck gewertet, der sie eigentlich sein
118 sollten. Sinn und Zweck von Entwicklungszusammenarbeit darf aber eben nicht die heimische
119 Wirtschaftsförderung sein. Entwicklungszusammenarbeit bedarf keiner weiteren Legitimation.
120 Auch die entstandene "Entwicklungsindustrie", mit ihrem stetig wachsenden Netz an privaten
121 NGOs ist entsprechend kritisch zu betrachten. In vielen Fällen wird
122 Entwicklungszusammenarbeit als Arbeitsmarkt für qualifizierte und unqualifizierte Menschen
123 aus dem Globalen Norden genutzt, während Menschen vor Ort leer ausgehen und nicht von
124 Projekten und Stellen der NGOs profitieren. Es darf nicht Zweck der
125 Entwicklungszusammenarbeit sein, möglichst viele Arbeitsplätze im Globalen Norden zu
126 generieren.

127

128 In diesem Zusammenhang bedarf es auch einer kritischen Reflexion des Begriffs "Entwicklung"
129 und somit auch des Konzepts der "Modernisierung". Der theoretische Ansatz zur
130 „Modernisierung“ sieht eine Übernahme des Demokratie- und Industrialisierungsmodells des
131 Globalen Nordens als Anleitung für gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung für den
132 Globalen Süden vor. Das ökonomische System der Staaten des Globalen Nordens wird dabei
133 als Richtlinie für diese "Modernisierung" angesehen. Anders ausgerichtete politische Systeme,
134 Ökonomien und kulturelle Praxen werden entsprechend als "unterentwickelt" und "primitiv"
135 herabgesetzt. Diesen Ansatz von "Entwicklung", der auf einem einseitig ausgerichteten Konzept
136 der "Modernisierung" basiert und eine Diskreditierung anderer Staaten und Ökonomien
137 bedeutet, lehnen wir ab. Die Implentierung eines Bewusstseins für globale Unterschiede und
138 der Notwendigkeit für eine weltweite, gerechte Entwicklung in der gesamteuropäischen
139 Bevölkerung, insbesondere in bildungsfernen Milieus, muss dabei aber Vorrang vor dieser
140 theoretischen Weiterentwicklung haben.

141

142 In unserem Verständnis von Entwicklung steht die Verwirklichung eines selbstbestimmten,
143 emanzipierten Lebens in Würde für alle Menschen weltweit an oberster Stelle. Für uns ist klar,
144 dass Entwicklungszusammenarbeit nicht aus wirtschaftlichem Kalkül oder aus einem
145 "schlechten Gewissen" heraus erfolgen kann, sondern aufgrund gelebter internationaler
146 Solidarität. Nur so kann die Zusammenarbeit tatsächlich auf Augenhöhe stattfinden und sich an
147 den tatsächlichen Bedürfnissen orientieren. Grundlage ist der gemeinsame Kampf für eine
148 sozialistische, demokratische und feministische Welt und eine nachhaltige Sicherung der
149 Lebensgrundlage aller Menschen.

150

151

152 **Der Paradigmenwechsel muss bei den Rahmenbedingungen beginnen!**

153

154 Die "Entwicklungszusammenarbeit" wird - wenn auch häufig in gewandelten Formen - von
155 nationalstaatlichen Interessen gesteuert. So wird es nicht möglich sein, aus den Macht- und
156 Abhängigkeitsverhältnissen auszubrechen. Trotz Fortschritten in den Nachhaltigen
157 Entwicklungszielen (SDGs) muss der Rahmen der Entstehung der Entwicklungsziele
158 weiterentwickelt werden. Deshalb muss der Prozess fortgesetzt werden, der über die UN mit
159 dem Monterrey Consensus begann und mit der „Paris Declaration on Aid Effectiveness“
160 weiterging. Ihre fünf Prinzipien haben Bestand: Eigenverantwortung (Ownership),
161 Partner*innenausrichtung (Alignment), Harmonisierung (Harmonisation), ergebnisorientiertes
162 Management (Managing for Results), gegenseitige Rechenschaftspflicht (Accountability).
163 Allerdings können solche Selbstverpflichtungs-Prinzipien das Problem nicht beseitigen. Sie
164 könnten aber ein Ansatz sein, eine andere Richtung einzuschlagen.

165

166 **Die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) als Chance für einen**
167 **entwicklungspolitischen Paradigmenwechsel begreifen!**

168

169 Ergänzend zu unseren bereits vorhandenen Positionen gilt es in diesem, für die
170 Entwicklungszusammenarbeit wichtigem Jahr 2015 sich kritisch mit den vergangenen
171 Prozessen auseinanderzusetzen und weitere Schritte zu identifizieren. Denn in diesem Jahr
172 enden die Zielsetzungen der Millennium-Development-Goals der Vereinten Nationen. Ende der
173 1990er Jahre verabschiedet, sollten diese Ziele eine internationale Agenda zur weltweiten
174 Entwicklung definieren.

175

176 Die Mitglieder der VN setzten sich somit selbst Ziele und Verpflichtungen, zu deren Umsetzung
177 sie sich bekannten. Solche konkreten Zielsetzungen stellen einen Fortschritt gegenüber den
178 zuvor stets erfolglos ausgerufenen "Entwicklungsdekaden" da. Auch wenn die Zielsetzungen
179 nicht weitreichend genug waren, bieten sie zumindest die Möglichkeit den jeweiligen Fortschritt
180 zu überprüfen. Zudem war es für die Länder des Globalen Südens zumindest im begrenzten
181 Rahmen möglich, die entwicklungspolitische Zielsetzung der MDGs mit zu bestimmen.

182

183 Dennoch ist sowohl das Zustandekommen, als auch die Umsetzung der MDGs kritikwürdig. Ihre
184 Aushandlung und Umsetzung innerhalb der traditionellen Machtstrukturen von VN, IWF und
185 Weltbank ist prinzipiell für die Länder des Globalen Nordens von Vorteil. Entsprechend gelang
186 es auch nicht, über eine Selbstverpflichtung hinaus klare Zusagen zu vereinbaren. Dahingegen
187 wendeten sich von den acht definierten Zielen sieben an die Probleme der Länder des globalen
188 Südens. Diese Aufteilung suggeriert eine Rollenaufteilung, in welcher die Länder des Globalen
189 Nordens lediglich als passive Geldgeber auftreten. Eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe ist auf
190 dieser Grundlage auch nur schwer vorstellbar.

191

192 Im Jahr 2015 können wir nun Bilanz ziehen und müssen feststellen, dass nur eines der MDGs
193 tatsächlich erreicht wurde. Über den erreichten Fortschritt lässt sich hingegen streiten. So
194 lassen einige Indikatoren weiten Interpretationsspielraum zu. Zudem sagen bloße Zahlen nicht
195 ausreichend präzise Aussagen über die Wirksamkeit der Maßnahmen zu. Beispielsweise
196 bedeutet eine gestiegene Anzahl von Einschulungen noch nicht, dass mehr Kinder
197 alphabetisiert werden konnten, da die Qualität der Bildung nicht dokumentiert wurde.

198

199 Post-2015 Agenda neu definieren

200

201 Mit der Rio +20 Konferenz 2012 wurde beschlossen, die 2015 auslaufenden UN-
202 Millenniumsziele in einer post-2015 Agenda neu zu definieren. Diese neuen Ziele sollen alle drei
203 Dimensionen - ökonomisch, ökologisch und sozial - der nachhaltigen Entwicklung umfassen
204 und tradierte Nord-Süd- und Geber-Nehmer*innen Denkmuster aufbrechen. Für die
205 Neudefinition der UN-Entwicklungsziele hat die UN-Generalversammlung eine offene
206 Arbeitsgruppe eingerichtet (Open Working Group on Sustainable Development Goals). Diese
207 Arbeitsgruppe hat am 12. August 2014 ihren Bericht vorgestellt und insgesamt 17 Ziele
208 formuliert. Diese Ziele werden die Grundlage für die post-2015 Entwicklungsagenda darstellen.

209 Diese 17 Ziele lassen sich in 6 Clustern zusammenfassen:

- 210 1. Beendigung von Armut und Kampf gegen den Hunger
- 211 2. Gesundheit, Bildung/Wissen sowie Inklusion von Frauen und Mädchen
- 212 3. eine stärkere, inklusive und transformative Wirtschaft
- 213 4. Schutz von Ökosystemen
- 214 5. Sichere und friedliche Gesellschaften mit starken Institutionen
- 215 6. Globale Solidarität

216

217 Die Initiative einer Neudefinition der UN-Entwicklungsziele bewerten wir grundsätzlich positiv.
218 Gerade vor dem Hintergrund dessen, dass diese Zielformulierungen aus einem komplizierten
219 Aushandlungsprozess erwachsen sind, begrüßen wir, dass mit dem zentralen Konzept der
220 nachhaltigen Entwicklung die soziale und ökologische Dimensionen von Entwicklung
221 ebenbürtige Ziele neben der ökonomischen Entwicklung sind sowie eine allgemeine
222 Ausdifferenzierung der Ziele und Indikatoren. Insbesondere die Herausforderungen des
223 Klimawandels und die damit verbundenen Herausforderungen für nachhaltige Entwicklung
224 werden in den Zielen stärker betont. Wir begrüßen auch den formulierten
225 partner*innenschaftlichen Ansatz, der im Ziel 17 Erwähnung findet und den Anspruch erhebt,
226 die Dichotomie zwischen entwickelten Ländern und den sich entwickelnden Ländern zu

227 durchbrechen.

228

229 Allerdings sehen wir in einigen Zielformulierungen und Indikatoren die tradierte Dogmatik, die
230 auch Grundlage für die Millenniumsziele war. Zentraler Indikator für absolute Armut, und damit
231 einhergehend Armutsbeseitigung, bleibt weiterhin die 1,25 \$/Tag- Grenze. Zwar werden auch
232 andere Indikatoren ("nach nationalen Standards") herbeigezogen, allerdings ist für uns die
233 Armutsmessung anhand der 1,25\$-Grenze nicht hinnehmbar. Der Indikator gibt keine Auskunft
234 über die tatsächlichen Lebensumstände der Menschen und führt bisweilen zur Verharmlosung
235 des globalen Armutsausmaßes. Um vergleichende Armutsforschung auf globaler Ebene
236 anstellen zu können und letztlich Armut effektiv zu beseitigen, bedarf es zukünftig die Abkehr
237 von unterschiedlichen Armutskonzepten für den Globalen Norden und den Globalen Süden. Da
238 sich die Konzeption und die Erfassung von Armut gegenseitig bedingen, sollte die
239 Armutsmessung im Kontext dieser Zielformulierungen auf Armutskonzepten aufbauen, anhand
240 derer sich Lebensstandards realistisch global miteinander vergleichen lassen.

241 Wir fordern eine Messung der Armutsbekämpfung an Hand relativer, nicht absoluter Armut.

242

243 Außerdem werden die Länder des globalen Nordens weiterhin nur in diesem letzten formulierten
244 Ziel direkt in die Pflicht genommen. Trotz der veränderten Rhetorik sehen wir hier ein klares
245 Zeichen dafür, dass der Fokus der UN-Entwicklungsziele weiterhin auf den Ländern des
246 Globalen Südens liegt. Das 0,7 %-Budget Ziel gilt weiterhin als die zentrale Größe, wohingegen
247 die Nachhaltigen Entwicklungsziele weiterhin lediglich auf freiwilliger Basis verfolgt werden.
248 Und selbst zur Einhaltung des 0,7 %-Ziels können sich die Länder des Globalen Nordens nicht
249 durchringen.

250

251 Die deutsche Bundesregierung stellt ihre Verhandlungsposition in Bezug auf die SDGs in einer
252 Unterrichtung an den Bundestag vom 12.12.2014 (BT Drucksache 18/3604) dar. Sie betont die
253 Bedeutung einer neuen Globalen Partner*innenschaft und das Prinzip der gemeinsamen
254 Verantwortung. Nach Auffassung der Bundesregierung ist "neben der Überlegung, was nach
255 2015 erreicht werden soll, [...] die Fragestellung, wie diese Ziele umgesetzt werden, von
256 entscheidender Bedeutung". In der Unterrichtung definiert die Bundesregierung zudem ihre
257 Beiträge zur Umsetzung der Post 2015 Agenda, den sie unter Anderem in der Beseitigung von
258 extremer Armut, dem Beitrag zum Erhalt von natürlichen Lebensgrundlagen, nachhaltigen
259 Konsum- und Produktionsmuster, einer kohärenteren Politik für menschenwürdige Arbeit und
260 der weltweiten Stärkung von Gesundheitssystemen sieht. Zudem erklärt sie den Willen, sich für
261 eine kohärentere EU-Agrar- und Handelspolitik einzusetzen sowie auf multilateraler Ebene
262 handelsverzerrende Subventionen abzubauen. Grundsätzlich begrüßen wir, dass sich die
263 Bundesregierung versucht, neben klassischen entwicklungspolitischen Instrumenten,
264 Entwicklungshemmnisse auf deutscher und europäischer Seite abzubauen. Sie muss sich
265 allerdings auch an diesem Anspruch messen lassen. Wer einen partner*innenschaftlichen
266 Ansatz wählt, der*die muss auch bereit sein, Entwicklung im eigenen Land zuzulassen, dazu
267 gehört auch, innerstaatliche Reformen zuzulassen, wenn dies im partner*innenschaftlichen
268 Prozess sich als notwendig für eine globale Entwicklung herausstellt. Die Bundesregierung
269 sollte in diesem Zusammenhang deswegen mehr Verantwortung übernehmen, auch in
270 Bereichen, die erst auf den zweiten Blick entwicklungspolitische Relevanz besitzen.

271

272 **Unser Ziel ist eine nachhaltige Weltwirtschaftsordnung**

273

274 Die neoliberale Politik des globalen Nordens, wie sie schon im Washington Consensus zum
275 Ausdruck kommt und über G7 / G8 und anderen internationalen Netzwerken vertreten wird,
276 widerspricht dem. Vielmehr wird Nachhaltigkeitspolitik nicht selten zu einer Interessenpolitik von
277 Industriestaaten, die über diesen Weg Folgekosten versuchen zu senken, aber nicht die
278 Probleme für die Hauptbetroffenen im globalen Süden beseitigen möchten. Eine globale
279 Gerechtigkeitspolitik muss deshalb über transnationale Institutionen umgesetzt werden. Unter
280 den bestehenden noch unzureichenden transnationalen Organisationen würde sich die UN nach
281 einer grundlegenden Reform am ehesten eignen.

282

283 Deshalb fordern wir:

284

285 1. dass die Zielformulierungen im weiteren Verhandlungsprozesse nicht weiter aufgeweicht
286 werden. 17 Ziele sind zwar eine deutliche Ausweitung gegenüber den vorherigen acht Zielen,
287 sie sind aber als Mindestmaß notwendig, um die Komplexität nachhaltiger Entwicklung

288 zumindest annähernd abbilden zu können.

289

290 2. dass die 1,25 \$-Grenze als Indikator nicht mehr verwendet wird, weder auf deutscher,
291 noch auf europäischer oder UN-Ebene, und durch ein geeigneteres Indikatorenset ersetzt wird.
292 Unserer Ansicht nach, ist der relative Armutsbegriff wesentlich brauchbarer, um einen
293 geeigneten Indikator zu entwickeln.

294

295 3. dass die Länder des Globalen Nordens stärker in die Verantwortung gezogen werden.
296 Wir fordern daher die nicht nur die Erfüllung des 0,7%-Zieles sowie darüber hinaus dessen
297 deutliche Erhöhung, sondern auch, dass der Globale Norden die Folgen des Kolonialismus und
298 der Industrialisierung für den Globalen Süden entsprechend eingesteht. Aus dieser Tatsache
299 entsteht eine Entschädigungs- und Reparationspflicht, die sich nicht nur in der Bereitstellung
300 von finanziellen Mitteln niederschlägt, sondern auch in der Pflicht, in möglichst vielen
301 Politikbereichen die entwicklungspolitischen Konsequenzen zu bedenken. Das gilt vor allem für
302 die Außenhandelspolitik, aber auch für die Außen- und Sicherheitspolitik, Industriepolitik,
303 Agrarpolitik und Umweltpolitik sowie weitere Politikfelder.

304

305 Wir fordern die Bundesregierung dazu auf

306

307 1. dem formulierten Anspruch eines partner*innenschaftlichen Ansatzes und einer
308 gemeinsamen Verantwortung gerecht zu werden. Die Bundesrepublik muss darauf hinwirken,
309 Entwicklungshemmnisse in Deutschland und Europa abzubauen. Dazu gehört das Hinwirken
310 auf eine entwicklungsfördernde EU-Außenhandels- und Agrarpolitik, eine sozial und ökologisch
311 nachhaltige Ressourcenpolitik, der verstärkten Reduktion von Treibhausgasen, die Bekämpfung
312 von Steuerhinterziehung, auch im eigenen Land, und die Einführung einer
313 Finanztransaktionssteuer zum Abbau globaler Ungleichheiten sowie eine massive Aufstockung
314 der Entwicklungszusammenarbeitsetats. Darüber hinaus muss die Bundesregierung
315 sicherstellen, dass Entwicklungsgelder an staatlichen und nichtstaatlichen
316 Entwicklungsorganisation im Einklang mit den formulierten Zielen vergeben werden. Gerade –
317 aber nicht nur - die "Entwicklungsarbeit" kirchlicher Organisationen ist in diesem
318 Zusammenhang kritisch zu hinterfragen. Internationale NGOs können hierbei zum Teil eine gute
319 Ergänzung zur bilateralen Entwicklungszusammenarbeit sein.

320

321 2. dass der Völkermord an zehntausenden Herero, Nama, Damara und San von 1904 bis
322 1908 rückwirkend als solcher anerkannt wird und eine offizielle Bitte um Entschuldigung in die
323 Wege geleitet wird sowie im Dialog mit den namibischen Opferverbänden angemessene
324 Entschädigungszahlungen vereinbart werden. Für uns ist das Eingeständnis von kolonialer
325 Schuld ein elementarer Bestandteil einer erfolgreichen Entwicklungspolitik.

326

327

328 Die Ansätze und Ausrichtung deutscher Entwicklungspolitik haben sich in den vergangenen
329 Jahren mehrfach geändert und neu orientiert. Insbesondere in den letzten sechs Jahren hat sich
330 die politische Ausrichtung mehrmals gewandelt. Darüber hinaus gab es mit der Gründung der
331 GIZ 2011 eine grundlegende Umstrukturierung der zentralen Akteure* deutscher
332 Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit. Die Entwicklungen auf beiden Ebenen, der
333 politischen und der operativen, sehen wir an vielen Stellen als kritisch. Während sich
334 Deutschland zwar zu den MDGs und SDGs bekennt und vorgibt, Entwicklungszusammenarbeit
335 zunehmend mit Partner*innen auf Augenhöhe umsetzen zu wollen, lässt sich gleichzeitig
336 feststellen, dass bestimmte ökonomische und politische Interessen zunehmend Einfluss auf die
337 Entwicklungspolitik haben. Gerade die Ökonomisierungstendenzen widersprechen einer
338 werteorientierten Entwicklungszusammenarbeit. Von diesen Entwicklungen ist auch die GIZ als
339 zentrale Institution deutscher Entwicklungszusammenarbeit betroffen, weshalb hier Anspruch
340 und Wirklichkeit analysiert werden sollen und dementsprechend Forderungen zu Verbesserung
341 abgeleitet werden.

342

343

344 **Gegen eine Ökonomisierung der Entwicklungszusammenarbeit durch die GIZ**

345

346

347 Am 1. Januar wurde die GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit)
348 gegründet. Unter der schwarz-gelben Koalition leitete Dirk Niebel die Zusammenlegung der

349 GTZ (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit), dem DED (Deutschen
350 Entwicklungsdienst) und Inwent (Internationalen Weiterbildungs- und Entwicklungs-GmbH) zur
351 GIZ ein. Zum Zeitpunkt der Gründung der GIZ sind 1.111 Entwicklungshelfer*innen, 698
352 einheimische Fachkräfte* und 821 Freiwillige* im Programm *weltwärts* mit der GIZ in 46
353 Partnerländern aktiv. Bezeichnend ist hier, dass mehr unqualifizierte Freiwillige* als
354 einheimische Fachkräfte aktiv sind. Mehr als vier Jahre nach ihrer Gründung, ist es Zeit für eine
355 Analyse der Zusammenlegung und der Arbeit der GIZ.

356

357 Kommerzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit

358

359 Durch die Zusammenlegung wurde auch das Aufgabenfeld der neuen GIZ im Vergleich zu ihren
360 Vorgängerorganisationen verändert. Dabei wurde auch die Organisationsform der staatlichen
361 Entwicklungszusammenarbeitsorganisation der Bundesrepublik Deutschland in ein
362 Unternehmen in Form einer GmbH geändert. In diesem Zusammenhang stellt nicht nur die
363 gewinnorientierte Unternehmensform an sich ein Problem dar, sondern auch zahlreichen Public-
364 Private-Partnerships der GIZ mit anderen privatwirtschaftlichen Unternehmen. Der kommerzielle
365 Teil des Unternehmens ist nicht nur im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit in Ländern
366 des Globalen Südens aktiv, sondern auch in der Europäischen Union und Deutschland. Zu den
367 Kund*innen zählen neben Regierungen des Globalen Nordens und auch deutscher
368 Bundesländer auch zahlreiche privatwirtschaftliche Unternehmen. Mehr als ein Drittel des
369 Geschäftsvolumens (2011: 720 Mio. Euro) geht an die Privatwirtschaft. Dabei wurde auch der
370 Umsatz 2012 auf 2,1 Mrd. Euro erhöht, was laut Vorstandssprecherin Tanja Gönner zur
371 gewinnorientierten Neuausrichtung der GIZ dazugehöre. Neben klassischen Aufgaben der
372 Entwicklungszusammenarbeit, betätigt sich die GIZ auch immer mehr als Beraterfirma für
373 Unternehmen und Regierungen des Globalen Nordens. Dabei stehen ökonomische Interessen
374 im Vordergrund und nicht die Überwindung von globalen Ungleichheiten.

375

376 Mit dieser Neuausrichtung geht der eigentliche Charakter der Entwicklungszusammenarbeit
377 verloren und Aktivitäten der GIZ richten sich nach Rentabilitätskriterien. In der
378 Entwicklungszusammenarbeit darf es aber nicht um Rendite und privatwirtschaftliche Erfolge
379 deutscher und europäischer Unternehmen gehen. Ziel muss nach wie vor die Reduzierung von
380 globalen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten sein, ebenso wie individuelle
381 Selbstverwirklichungschancen für alle Menschen weltweit. Solange sich die GIZ mit über einem
382 Drittel ihres Geschäftsvolumens in der Privatwirtschaft engagiert, fehlen die sowieso zu
383 knappen Ressourcen an anderen Stellen. Die GIZ muss wieder zu einer Einrichtung der
384 Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern und Partner*innen des Globalen Südens werden und
385 nicht zu einem Beratungsunternehmen für Unternehmen und Regierungen des Globalen
386 Nordens.

387

388 Eigene Ansprüche erfüllen – Gender Mainstreaming

389

390 Im ersten Vorstand der GIZ saßen ausschließlich Männer. Kein einziger der sieben
391 Vorstandsposten ging an eine Frau*. Gleichzeitig versteht die GIZ Gender Mainstreaming als
392 ein Element guter Regierungsführung und schreibt sich weltweite Frauenförderung auf die
393 Fahnen. Diese Haltung ist widersprüchlich und macht eigene Ansprüche unglaubwürdig. Erst
394 der zweite Vorstand wurde im Juli 2012 mit zwei Frauen bei nun fünf Mitgliedern besetzt. Immer
395 noch zu wenig. Der aktuelle Vorstand ist auf vier Mitglieder verkleinert worden. Davon sind zwei
396 Frauen*.

397

398 Keine zivil-militärischen Kooperationen

399

400 2013 begann die GIZ im Auftrag des BMZ in Afghanistan ihre erste zivil-militärische Kooperation
401 mit der Bundeswehr. Im 14. Entwicklungspolitischen Bericht der Bundesregierung heißt es
402 dazu:

403

404 •

405 *„Gemeinsam mit dem Bundesministerium der Verteidigung hat das BMZ ein*
406 *Ausbildungsmodul zum zivilen und militärischen Zusammenwirken in fragilen Ländern*
407 *entwickelt und in einem Pilotprojekt eingeführt.“*

408

409 • *„Im Norden Afghanistans hat die Bundesregierung im Rahmen der zivil-militärischen*

410 *Zusammenarbeit mehrere Provinzentwicklungsfonds (PDF) für die drei nord-östlichen*
411 *Provinzen Badakhshan, Takhar und Kunduz aufgelegt.“*

412

413

414 Ziel der im Juni 2011 unterzeichneten Kooperationsvereinbarung mit dem
415 Bundesverteidigungsministerium ist es, „bei friedensgestaltenden und stabilisierenden
416 Maßnahmen effizienter und nachhaltiger zusammenarbeiten“.

417

418 Bisher hat die GIZ für das Ressort Baumaßnahmen im Kosovo und in Bosnien-Herzegowina, in
419 Usbekistan und Afghanistan umgesetzt. Zudem unterstützt die GIZ das BMVg bei Trainings-
420 und Ausbildungsmaßnahmen und beteiligt sich an Konferenzen und fachlichen Dialogen.
421 Grundsätzlich hat für uns die zivile Entwicklungszusammenarbeit oberste Priorität. In einigen
422 Bereiche muss deshalb auch ganz gezielt auf eine militärische Zusammenarbeit verzichtet
423 werden. Allerdings sehen wir auch die Vorteile die die Zusammenarbeit der deutschen
424 Durchführungsorganisation mit der Bundeswehr, die alleinig einen friedenssichernden und
425 friedenswiederherstellenden Auftrag hat, bringen kann. Gerade in unsicheren Regionen ist es
426 teilweise unerlässlich und fundamental, dass die zivilen Projekte militärisch abgesichert werden.
427 Auch beim Aufbau einer staatlichen Sicherheitsinfrastruktur kann eine Kooperation mit der
428 Bundeswehr denkbar sein. Die wichtigste Partnerin der GIZ ist die KfW (Kreditanstalt für
429 Wiederaufbau). Sie muss in ihrer Geschäftspraxis dringend reformiert werden, um die
430 Kommerzialisierung der "Entwicklungszusammenarbeit" auszubremsen.

431

432 Daher fordern wir:

433

434 1.

435 Die Aufgabe der GIZ muss Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern und Partner*innen
436 des Globalen Südens sein. Gelder und Ressourcen der Entwicklungszusammenarbeit
437 dürfen nicht für Beratungstätigkeiten für Unternehmen und Regierungen des globalen
438 Nordens verwendet werden.

439 2.

440 keine Kommerzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit.
441 Entwicklungszusammenarbeit soll werte- und interessensbasierte Ziele verfolgen, die mit
442 den Partner*innen gemeinsam verhandelt worden sind. Die Bedürfnisse und Prioritäten
443 der Länder des globalen Südens und ihrer Bevölkerungen müssen dabei sehr viel stärker
444 als bisher die Verhandlungsergebnisse prägen. Das kurzfristige ökonomische Interesse
445 der Länder des globalen Nordens und insbesondere die Interessen deutscher
446 Unternehmen dürfen bei der Konzeption und Aushandlung entwicklungspolitischer
447 Programme keine Rolle spielen.

448 3.

449 die GIZ muss dieselben Anforderungen erfüllen, die sie von Partner*innen einfordert. Wer
450 von anderen Regierungen Gender Mainstreaming und Frauenförderungen erwartet, muss
451 dies auch im eigenen Unternehmen umsetzen. Patriarchale Strukturen in der GIZ und der
452 Entwicklungszusammenarbeit lehnen wir ab.

453 4.

454 keine zivil-militärischen Projekte der GIZ und deutscher Entwicklungszusammenarbeit.
455 Gelder und Ressourcen der Entwicklungszusammenarbeit dürfen nicht zur Unterstützung
456 militärischer Ziele und Projekte verwendet werden.

457

458 Für eine erfolgreiche Nachhaltigkeitspolitik ist es unverzichtbar, alle Ebenen des politischen
459 Handelns einzubeziehen. So sind Kommunen des Globalen Nordens in die Verantwortung zu
460 nehmen. Solche Partner*innenschaften sind mit der Agenda 21 unter dem Motto „Global denken
461 - lokal handeln“ angestoßen worden und müssen verstärkt fortgeführt werden. Ehrenamtliches
462 Engagement muss in diesem Zusammenhang, gerade auf kommunaler Ebene, zukünftig
463 verstärkt, nicht zuletzt finanziell, gefördert werden.

464

465 Wir fordern die SPD und die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages auf, zu einem
466 Konzept der Entwicklungszusammenarbeit zu finden, dass auf den Werten der
467 Sozialdemokratie basiert. Solidarität, Freiheit, Gleichheit und Internationalismus müssen die
468 Kernelemente unserer Entwicklungspolitik sein, die Partner*innen auf Augenhöhe begegnet.

469

470

471 **Für eine kohärente und koordinierte europäische Entwicklungspolitik**

472

473

474 Bereits seit 1957, mit Inkrafttreten des Vertrages zur Gründung der Europäischen
475 Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), hat sich Europa an entwicklungspolitischen Maßnahmen
476 beteiligt und hat in diesem Rahmen den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) eingerichtet.
477 Dieser finanziert Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der
478 mit der EWG assoziierten Kolonialgebiete und späteren AKP-Staaten. Auch aktuell beruft sich
479 die Europäische Union bei der Bekämpfung und der Beseitigung von Armut als eines ihrer
480 Kernanliegen der EU-Entwicklungspolitik, auf den damals geschlossenen Vertrag zur Gründung
481 der Europäischen Gemeinschaft (Art. 177 EGV).

482

483 Für das Jahr 2015 hat die EU das "Europäische Jahr für Entwicklung" ausgerufen. Mit Hinblick
484 auf die Neudefinition der UN-Entwicklungsziele im gleichen Jahr, will die EU einen stärkeren
485 öffentlichen Fokus auf Entwicklung richten. Den Europäischen Bürger*innen soll die „EU-
486 Entwicklungshilfe“ nähergebracht werden, das Bewusstsein für globale Zusammenhänge
487 geschärft und einzelnes Bürger*innenengagement gefördert werden. Diese Ziele sollen mithilfe
488 von Veranstaltungen und Aktionen in den Mitgliedsstaaten erreicht werden. In diesem Rahmen
489 geht auch die deutsche Entwicklungspolitik mit der „Zukunftscharta“ auf Tour und fördert im
490 (interaktiven) Veranstaltungsformat den Dialog zwischen Bürger*innen, Politik und Wirtschaft.

491

492 Neben den zentralen Zielen in der Öffentlichkeitsarbeit positioniert sich die EU auf der Website
493 zum „Europäischen Jahr für Entwicklung“ interessanterweise auch folgendermaßen:

494

495 *„Es ist nicht nur gerecht, Entwicklungsländer beim Aufbau friedlicher und florierender
496 Gesellschaften zu unterstützen – die Welt wird dadurch sicherer und eröffnet Europa ein
497 besseres Wirtschafts- und Handelspotenzial.“*

498

499 Nicht nur, dass die EU mit dem Ausruf des Jahres für Entwicklung eine einseitig ausgerichtete
500 Kampagne zur Öffentlichkeitsarbeit fährt, so wird aus dem angeführten Zitat überaus deutlich,
501 welches die zentrale Ausrichtung der „EU-Entwicklungshilfe“ ist: die Förderung von stabilen
502 Handelspartner*innenschaften weltweit. Diese Vision von Entwicklungspolitik ist sehr eng
503 verknüpft mit dem von uns kritisierten westlichen Modernisierungskonzept. Anstatt sich ihrer
504 entscheidenden Rolle in der Kolonialzeit wirklich bewusst zu werden und kritisch die eigene
505 koloniale Vergangenheit aufzuarbeiten, bedient sich Europa noch immer der abwertenden
506 Modernisierungskonzeption mit der zentralen Ausrichtung auf Prosperität im eigenen
507 Wirtschaftsraum.

508

509 Dabei könnte der EU eine sehr entscheidende Rolle in der Entwicklungspolitik zuteilwerden: Die
510 Europäische Union kann durch eine eindeutige Koordinationsrolle einen erheblichen Beitrag für
511 den Erfolg und die Kohärenz staatlicher und europäischer Entwicklungspolitik leisten.
512 Überschneidungen innerhalb von Projekten der EU-Mitgliedsstaaten könnten somit vermieden
513 werden und Ressourcen nachhaltig gebündelt.

514

515 In Verbund von mitgliedsstaatlichen und unionalen Mitteln stellt die EU derzeit mehr als die
516 Hälfte der weltweiten öffentlichen Gelder zur Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung.
517 Aufgrund ihrer erheblichen historischen Mitwirkung an den aktuell vorherrschenden globalen
518 Ungerechtigkeiten, ist dies dennoch nicht genügend Mittelbereitstellung. So hat die EU im Jahr
519 2013 insgesamt 56,2 Milliarden Euro an „Entwicklungshilfe“ ausgegeben, wobei die Mittel
520 hierbei aus dem EU-Haushalt und den Haushalten der EU-Länder gemeinsam stammen. Dies
521 entspricht lediglich 0,43 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU und ist somit noch weit
522 entfernt vom Minimalziel, diesen Anteil in 2015 auf 0,7% des BNE zu erhöhen.

523

524 **Entwicklungspolitik muss für sich stehen können!**

525

526 Mit dem „Europäischen Konsens“ von 2005 wurde das Prinzip der „Policy Coherence for
527 Development“ institutionalisiert und erweist sich seitdem als prägend für die EZ der EU. Das
528 Kohärenzkonzept strebt an, die Synergien zwischen verschiedenen Politikfeldern zu nutzen, in
529 diesem Fall also entwicklungspolitische Überlegungen in andere Bereiche einfließen zu lassen
530 und Zielkonflikte zu vermeiden. Soweit die lobenswerte Theorie – die Praxis stellt sich jedoch in
531 aller Regel umgekehrt dar: Entwicklungspolitik wird von übermächtigen Politikfeldern dominiert,

532 instrumentalisiert und schlimmstenfalls ausgehöhlt. Der Eindruck entsteht, Vergemeinschaftung
533 solle um ihrer selbst Willen erzwungen werden, anstatt sich an den tatsächlichen politischen
534 Erfordernissen zu orientieren: Die Interessen der Partnerinnen und Partner bleiben in einem
535 aufgeblähten EU-internen Abstimmungsprozess schnell auf der Strecke.

536

537 Deswegen muss die Sozialdemokratie sich dafür einsetzen, dass Entwicklungspolitik sehr wohl
538 auch für sich stehen kann und zu einem als gleichwertig anerkannten Politikfeld wird. Erst wenn
539 dies gewährleistet ist, kann ein Streben nach Kohärenz seinen ursprünglichen Zweck erfüllen.
540 Geschehen kann dies auf Ebene der europäischen Institutionen beispielsweise durch eine
541 massive Kompetenzaufwertung der für Entwicklungspolitik zuständigen Generaldirektion
542 DEVCO innerhalb der Kommission oder durch eine verstärkte Einbindung des entsprechenden
543 Parlamentsausschusses in Entscheidungsprozesse. Weiterhin ist eine umfassende Reflektion
544 und in Teilen Neudefinition des eigenen Selbstverständnisses unabdingbar. Wo Freihandel zur
545 Notwendigkeit erklärt wird, wo wirtschaftliche gegen politische oder gesellschaftliche Interessen
546 ausgespielt und ihnen gegenüber priorisiert werden, wird es – egal, wie die formalen Prozesse
547 ausgestaltet sind – keine Entwicklungspolitik geben, die diesen Namen verdient.

548

549 Dies gilt, in unterschiedlichem Maße, ebenso in den verschiedenen nationalen politischen
550 Systemen. In Deutschland bedeutet dies eine Stärkung und eine noch praktischere Ausrichtung
551 des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Seine
552 Verknüpfung mit den Durchführungsorganisationen muss weiter vorangetrieben, gleichzeitig
553 muss es noch eigenständiger in Abgrenzung etwa zum Auswärtigen Amt oder zum
554 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie agieren können. In einer Koalition, in der das
555 BMZ zum „Außenministerium der CSU“ (Horst Seehofer) erklärt wird, ist der Einsatz der SPD an
556 dieser Stelle besonders gefragt – und der Nachholbedarf groß.

557

558 Wir fordern:

559

560 • Umdenken! Gute Entwicklungspolitik beginnt in den (sozialdemokratischen) Köpfen, die
561 einseitige Freihandelsdoktrin ist hinter umfassendere Ansätze zurückzustellen.

562

563 • Entwicklungspolitik institutionell stärken! DG DEVCO und das Europäische Parlament
564 müssen aufgewertet, auf nationaler Ebene parallel gehandelt werden.

565

566

567 EU-Handelspolitik neu definieren

568

569 Neben den expliziten entwicklungspolitischen Instrumenten beeinflusst die EU die „Entwicklung“
570 der Länder des Globalen Südens insbesondere durch die vergemeinschaftete Handelspolitik.

571 Die letzten Jahre sahen einen massiven Anstieg an bilateralen und plurilateralen

572 Freihandelsabkommen, wohingegen auf multilateraler Ebene kein signifikantes

573 Handelsabkommen zustande gekommen ist. Die EU hat bereits oder ist im Begriff

574 Freihandelsabkommen mit nahezu allen großen Wirtschaftsräumen der Welt abzuschließen.

575 Gerade bei Ländern des Globalen Südens zeigt sich durch das politische Gewicht und die

576 Marktmacht der EU eine starke Asymmetrie in den Verhandlungen zuungunsten der Länder des
577 Globalen Südens.

578

579 Jene Asymmetrie spiegelt sich zudem in dem zentralen entwicklungspolitischen Instrument des
580 Allgemeinen Präferenzsystems (APS) wider. Mithilfe des APS werden Zollvorteile als

581 Anreizsysteme vergeben. Dies geschieht um Länder des Globalen Südens zum erwünschten
582 politischen bzw. wirtschaftlichen Verhalten zu veranlassen. Die Idee das APS als

583 entwicklungspolitisches Instrument zu nutzen, resultiert aus dem Anspruch, Verletzungen der
584 Menschenrechte beispielsweise in der Produktion von Waren mithilfe von Zollsanktionen

585 kontrollieren und somit bestrafen zu können. Der Europäische Markt verfügt über sehr große

586 globale Marktmacht, so dass die EU zumindest theoretisch mit dem Instrument der APS die

587 Möglichkeit hätte, Arbeitsrechts- und Umweltstandards nicht nur festzuschreiben sondern auch
588 durchzusetzen. Die gängige Analyse dieser theoretischen Idee kommt jedoch zu einer

589 abweichenden Erkenntnis: Soziale Standards werden zwar in den bilateralen Handelsverträgen
590 festgeschrieben, sie sind meist jedoch derart unpräzise formuliert und ohne die Vorsehung

591 realistischer Sanktionsmaßnahmen, so dass die EU bei Verstößen gegen Arbeitsstandards in
592 den Produzent*innenländern oftmals nicht eingreift.

593

594

595 Durch die EU-Handelspolitik wird eine einseitige Wirtschaftsausrichtung der Länder im Globalen
596 Süden zumeist auf wenig profitable Wirtschaftsbereiche (wie z.B. Textil- und
597 Bekleidungsindustrie), gefördert. Die einseitige Ausrichtung der Ökonomien im Globalen Süden
598 auf einen bzw. wenige industrielle Zweige trägt dazu bei, Ungleichverhältnisse auf sozialer,
599 politischer und wirtschaftlicher Ebene innerhalb der Länder, aber ebenso die strukturellen
600 Ungleichheiten im Nord-Süd-Gefälle zu stabilisieren, anstatt diese abzubauen und langfristig zu
601 beseitigen.

602

603 Die EU-Handelsabkommen spiegeln deshalb zuvorderst die wirtschaftlichen Interessen der EU
604 wieder in Hinblick auf Ressourcen und arbeitsintensive Produkte. Diese Abkommen stellen nicht
605 zuletzt ein massives Entwicklungshemmnis dar, das es den Ländern des Globalen Südens nicht
606 ermöglicht, entsprechend von den Abkommen zu profitieren. Sogar Studien der neoliberalen
607 Bertelsmannstiftung belegen bereits jetzt, dass die von der EU derzeit verhandelten bzw.
608 abgeschlossen verhandelten Freihandelsabkommen (TTIP/CETA), bei denen die größten
609 Freihandelszonen der Welt im Globalen Norden geschaffen werden sollen, mit
610 Wohlstandsverlusten in den meisten Ländern des Globalen Südens einhergehen werden:

611

612 *"Die großen Verlierer einer Eliminierung der Zölle sind Entwicklungsländer. Diese verlieren*
613 *durch den verstärkten Wettbewerb auf dem EU- oder US-Markt dramatisch an Marktanteilen.*
614 *Alternative Märkte mit ähnlichem Marktpotenzial sind geographisch relativ weit entfernt. Dies ist*
615 *vor allem für Länder in Nord- und Westafrika ein Problem."*

616

617 **Wirtschaftspartnerschaftsabkommen stoppen bzw. rückgängig machen – die Vernichtung**
618 **von Entwicklungschancen darf nicht in Kauf genommen werden!**

619

620 Der rücksichtslose Export europäischer Standards zulasten von Entwicklungsländern durch die
621 so genannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements, kurz
622 EPAs) darf nicht weiter unkommentiert bleiben, sondern ein radikaler Kurswechsel ist geboten:
623 Die unter großem Druck seitens der EU zustande gekommenen EPAs oder Interims-EPAs
624 müssen mit sofortiger Wirkung ausgesetzt und unter völlig neuen Strukturen auf tatsächlicher
625 Augenhöhe neuverhandelt werden! Dafür muss zunächst die unsinnige regionale Zersplitterung
626 des Verhandlungspartners – der AKP-Gruppe (afrikanische, karibische und pazifische Staaten)
627 – aufgehoben werden. Nicht nur wurde dadurch die andere Partei massiv geschwächt, sondern
628 auch bestehende Integrationsprozesse unterlaufen.

629

630 Es handelt sich deshalb bei den EPAs nicht um Partnerschaftsabkommen unter EZ-
631 Gesichtspunkten, sondern um neoliberale Freihandelsabkommen mit schwerwiegenden Folgen
632 für fast alle Politikbereiche in den Partner*innenländern. Mag das bisherige Präferenzsystem
633 auch diverse Nebenwirkungen hervorgebracht haben, gefährdet eine zu plötzliche vollständige
634 „Normalisierung“ die Ökonomie und Entwicklung der Partner*innen. Deshalb muss die EU den
635 AKP-Staaten weiterhin individuelle Handelsprivilegien einräumen. Eine Marktöffnung kann nur
636 schrittweise und unter bestimmten Voraussetzungen erfolgen. „Gute“ EPAs müssen strukturelle
637 Probleme wie z.B. Rohstoffabhängigkeit adressieren, statt europäische Investor*innen zu
638 schützen und staatliche Regulierungsmöglichkeiten zu unterwandern.

639

640 „Sozialdemokrat*innen“, die bei TTIP & Co. – wo eigene Standards potentiell gefährdet werden
641 – in den Widerstand einstimmen, das egoistische Ausspielen der europäischen Machtposition
642 gegenüber Entwicklungsländern aber kommentarlos hinnehmen, haben ihren Namen nicht
643 verdient. Da die SPD, die SPE und andere politische Player*innen diese Veränderungen nicht
644 im Alleingang bewerkstelligen können, ist es ihre Aufgabe, die Bürger*innen für diese Thematik
645 zu sensibilisieren und sie auf die drastischen Konsequenzen gegenwärtiger Politik aufmerksam
646 zu machen – damit ein breites gesellschaftliches Bündnis unsere Position stützen kann.

647

648 Wir fordern:

649

650 • EPAs sofort stoppen! Faire Neuverhandlungen müssen mit der AKP-Gruppe als Ganzes
651 geführt, aber individuelle Bedarfe aller Partner*innen berücksichtigt werden.

652

653 • Kein bedingungsloser Freihandel! Institutionelle Kompetenzverlagerungen müssen

654 revidiert, für den ideologischen Kurswechsel breite Öffentlichkeit hergestellt werden.

655

656 Die aktuelle EU-Handelspolitik untergräbt demzufolge entwicklungspolitische Ziele - der
657 Anspruch der Kohärenz rückt in weite Ferne.

658

659 Multinationale Konzerne spielen eine Schlüsselrolle im Verhältnis von globalen Norden zum
660 globalen Süden. Ihre Macht muss grenzüberschreitend eingedämmt werden. Vor allem müssen
661 Maßnahmen gegen Monopolbildung ergriffen werden. Minimalstandards - wie im Global
662 Compact vereinbart - reichen nicht.

663

664 Wir Jusos fordern daher:

665

666 1. Die marktradikale Handelspolitik der EU muss endlich ein Ende finden. Stattdessen sind
667 umfangreiche Reformen nötig, damit die EU-Handelspolitik dazu beitragen kann, strukturelle
668 Ungleichheiten zwischen den Ökonomien im Globalen Norden und Globalen Süden abzutragen
669 und nicht noch zu verschärfen. Sie soll darauf ausgerichtet sein, zusammen mit der
670 Entwicklungszusammenarbeit nachhaltige Wirtschaftsstrukturen und politische Selbstständigkeit
671 der Gesellschaften des Globalen Südens zu stärken.

672

673 2. Darüber hinaus benötigt die EU eine Neudefinition ihrer handelspolitischen Interessen.
674 Soziale und ökologische Nachhaltigkeit müssen als fundamentale Ziele der Handelspolitik
675 formuliert werden. Alle außenhandelspolitischen Maßnahmen müssen deswegen auf die
676 entwicklungspolitischen Folgen überprüft werden.

677

678 3. Wir fordern eine europäische Agrar- und Handelspolitik, die Entwicklungsländern eine
679 realistische Chance auf einen eigenen funktionierenden Agrarsektor bietet und damit sowohl die
680 Versorgungssicherheit im jeweiligen Land sicher stellt, als auch die Möglichkeit schafft,
681 effektiven wirtschaftlichen Nutzen für die eigene Volkswirtschaft zu ziehen.

682

683 4. Die EU muss sicherstellen, dass alle Mitgliedstaaten eine gemeinsame Strategie für die
684 europäische Entwicklungszusammenarbeit entwickeln und gemeinsam umsetzen. Dafür muss
685 die EU für eine einschlägige Verbesserung in der Koordination der
686 Entwicklungszusammenarbeit eintreten.

687

688 5. Um der EU- Entwicklungspolitik eine größere Relevanz zuteilwerden zu lassen, muss für
689 die derzeitig in der Außen- und Sicherheitspolitik eingebettete Entwicklungspolitik ein
690 eigenständiger Politikbereich geschaffen werden.

691

692 Eine koordinierte europäische "Entwicklungszusammenarbeit" ist für uns nur ein Zwischenschritt
693 zu einer transnationalen und weniger von nationalstaatlichen Interessen beeinflussten globalen
694 Gerechtigkeitspolitik. Schlussendlich müssen Staaten wie die Bundesrepublik finanzielle Mittel
695 bereitstellen, über die sie die Entscheidungsgewalt abgeben und an zu schaffende
696 demokratische Strukturen der Betroffenen übergeben. Diese Politik kann nur dann erfolgreich
697 sein, wenn sie sich nicht als Politik zwischen einzelnen Ländern versteht. Die Probleme des
698 globalen Südens werden nicht nur dort gelöst, sondern im wirklich globalen Maßstab. Deshalb
699 kämpfen wir für einen Paradigmenwechsel – für einen sozialistischen, nicht einen
700 kapitalistischen.

701

702 Für die Neuordnung des globalen Finanzmarktes und Währungssystems

703

704 Die Ordnung des globalen Handels ist nur eine Seite der Medaille. Ihr direktes Gegenstück sind
705 die Devisen-, Kredit- und Kapitalmärkte. Diese Seite wird zu selten beleuchtet, ist aber
706 spätestens seit den 1980er Jahren ein zur Handelspolitik gleichwertiger Einfluss auf den
707 globalen Kapitalismus. Nicht selten ist die Voraussetzung für "Hilfen" und "Zusammenarbeit",
708 dass ein Land sich den Finanzmärkten öffnen soll.

709

710 Direkt mit dem Handel verknüpft sind Spekulationen mit den Rohstoffen aus den Ländern des
711 globalen Südens. Durch exzessive Preisschwankungen kommt es zu Fehlinvestitionen und Not.
712 Ab deutlichsten wird dies im Falle von Nahrungsmittelspekulation, da die Nahrungsmittel sowohl
713 zur direkten Versorgung der Bevölkerung als auch als Einkommensquelle fungieren. Gerade
714 letzteres gilt jedoch auch für eine Reihe weiterer Rohstoffe und Agrarprodukte und darf nicht

715 allein auf Nahrungsmittel reduziert werden.

716

717 Die Abhängigkeit des globalen Südens ist auch durch die Unfähigkeit begründet, in eigener
718 Währung Kredite aufzunehmen und deshalb oft Devisenspekulationen hilflos ausgeliefert zu
719 sein. Selbst moderate Auslandsschulden sind durch diese Staaten dann nichtmehr zu tragen,
720 wenn ihre Währung in Folge einer Panik oder weltwirtschaftlichen Krise rasant abwertet. Eine
721 Vielzahl von Krisen wurden durch solch eine Entwicklung ausgelöst oder zumindest
722 entscheidend beschleunigt und traf auch vergleichsweise große Staaten: Mexiko, Süd-Ost-
723 Asien, Argentinien, Russland und auch die Eurokrise kann so gedeutet werden. Die globale
724 Finanzkrise hat ab 2007 auch viele afrikanische Staaten nach fast einem Jahrzehnt allgemein
725 positiverer ökonomischer Entwicklung in große Schwierigkeiten gebracht. Schätzungen gehen
726 von einem Zuwachs der Armut, gemessen an der 1,25\$-Marke, von mehr als zehn Millionen
727 Menschen gegenüber der Entwicklung ohne Krise aus. Transmissionsmechanismen sind im
728 Zusammenspiel aus Agrarspekulationen, dem Anstieg des Ölpreises und in direkten
729 Auswirkungen der Finanzkrise zu finden. Durch Abwertung der Währung wurden importierte
730 Inputs für den Agrarsektor (v.a. Dünger und Öl) so teuer, dass oft selbst die Bauern unter der
731 Entwicklung leiden mussten und an höheren Preisen für ihre Produkte nicht verdienen konnten.
732 Durch sich verschlechternde Staatseinnahmen und der höheren Last des Schuldendienstes
733 wurden staatliche Maßnahmen massiv eingeschränkt und somit dürften die Ärmsten der Welt
734 die Hauptlast in diesen Staaten getragen haben. Nicht nur der staatliche Schuldendienst wurde
735 teurer, auch die Privatwirtschaft ist häufig auf Kredite in Fremdwährungen angewiesen, deren
736 Verfügbarkeit sich stark einschränkte und so auch die heimische Wirtschaft weiter belastete.
737 Eine noch größere Auswirkung konnten gerade die staatlichen Regulierungen verhindern, die in
738 einigen Staaten als Folge der Asienkrise installiert wurden. Spezifisch für einige Staaten waren
739 schwere Auswirkungen durch das Versiegen der Transfers von Expats an Angehörige in den
740 Herkunftsstaaten. Dies trug direkt zur Verschärfung der Armut bei und verschlimmerte durch
741 weiter sinkende Nachfrage nach heimischer Währung auch über einen indirekten Kanal die
742 Situation.

743

744 Wie auch während der Eurokrise wurden in der Vergangenheit Währungskrisen häufig als
745 Druckmittel für politische Reformen im Sinne der Gläubiger genutzt. Sie sind ein zentrales
746 Instrument der Schock-Strategie, die einer Vielzahl von sozial und ökonomisch Falschen und
747 sonst auch undurchsetzbaren "Reformen" durchzusetzen, welche die Vorherrschaft der
748 Gläubiger im globalen Norden festigen. Unter der fehlgeleiteten Ex-Post-Konditionierung,
749 welche erst dann Hilfe in Aussicht stellt, wenn gewünschte Anpassungen erfolgt oder zumindest
750 vereinbart sind, wird außerdem wertvolle Zeit verschenkt, sodass die Krise weiter Fahrt
751 aufnehmen kann. Da oft Austeritätsprogramme an erster Stelle stehen, wird außerdem die Krise
752 weiter verschärft und so die Abhängigkeit von Geldströmen weiter vertieft.

753

754 Wir fordern daher:

755

756 1. Spekulationen mit sensiblen Rohstoffen, die für breite Bevölkerungsteile eine
757 Einnahmequelle darstellen und insbesondere Grundnahrungsmittel, müssen effektiv
758 eingegrenzt und scharfer Regulierung bis hin zum Verbot oder Preissetzung unterworfen
759 werden. Absicherungsgeschäfte gegen Preisschwankungen dürfen nicht zur Spekulation
760 missbraucht werden und sind nur mit tatsächlichen Produzenten abzuschließen. Großkonzerne
761 mit exzessiver Preissetzungsmacht auf diesen Märkten müssen zerschlagen werden.

762

763 2. Schnelle und direkte Hilfe durch regionale und internationale Organisationen im Falle
764 von Währungsturbolenzen. Dazu ist ein System von Ex-Ante-Konditionalitäten zu schaffen, in
765 dem jedes Land ein Recht auf Zugriff auf Währungsreserven hat, dass sich vor der Krise an
766 vereinbarte und faire Regeln gehalten hat.

767

768 3. Förderung des Aufbaus von regionalen Währungsfonds, welche Hilfe auch ohne
769 übergewichtiges Stimmrecht des Nordens leisten können.

770

771 4. Schaffung eines stabilen internationalen Währungssystems, welches an Stelle der privat
772 dominierten Währungsmärkte ein System setzt, welches durch Fundamentaldaten und richtige
773 Anreize getrieben wird. Eine Übermacht der Gläubiger lehnen wir ab. Wir fordern, dass die
774 Europäische Union sich - ganz im Sinne ihres eigenen Währungsprojektes - für eine solche
775 globale Austauschwährung in der Tradition des Vorschlages von John M. Keynes für den

776 Bancor einsetzt.

777

778 5. Für uns gilt; Multilateralität vor Plurilateralität. Bi-und plurilaterale Freihandelsabkommen
779 sind keine geeigneten Instrumente, um Außenhandelspolitik gerecht zu gestalten. Plurilaterale
780 Abkommen zwischen Ländern des Globalen Südens nehmen wir als vorübergehendes,
781 notwendiges Übel hin. Handelsabkommen müssen wieder auf multilateraler Ebene beschlossen
782 werden. Uns ist zwar bewusst, dass die WTO in der Vergangenheit ebenfalls keine Politik im
783 Sinne der Länder des Globalen Südens gemacht hat, strukturelle Ungleichheiten haben sich
784 aber im letzten Jahrzehnt zuungunsten des Globalen Nordens verschoben, sodass die
785 Organisation stärker in der Lage ist, einen Interessensausgleich herzustellen. Nichtsdestotrotz
786 fordern wir, dass die WTO weiter demokratisiert wird und dass strukturelle Benachteiligungen
787 für Länder des Globalen Südens weiter abgebaut werden. Zudem fordern wir, dass die WTO
788 handelsrelevante Themen, wie Umweltschutz und Sozialstandards zur Grundlage von
789 zukünftigen Handelsabkommen macht.

790

791 6. Die durch Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik der global agierenden
792 Finanzinstitutionen oktroyierten Schulden der Nehmerländer bedürfen einer dringenden
793 Revision und müssen gegebenenfalls durch Schuldenschnitte erlassen werden. Das Erlassen
794 von Schulden darf allerdings nicht an Bedingungen geknüpft werden, wie beispielsweise das
795 deregulieren von Arbeitsrecht oder Zollbeschränkungen.

796

797

798 **Outputorientierter arbeiten: Die Kriterien sind da – evaluiert sie richtig!**

799

800 Ergänzend ist festzuhalten, dass es an Kriterien und Zielmarken für „gute“ Entwicklungspolitik
801 nicht mangelt – ergebnisorientiert wie die MDGs, oder prozessorientiert wie die Grundsätze der
802 Paris Declaration, welche sich auf die Abstimmung zwischen Geber*innen und Partner*innen
803 unter Berücksichtigung von deren Interessen konzentrieren. Auch die EU hat sich längst
804 konkreten gemeinsamen Werten und Zielen verschrieben. Fast alle EZ betreibenden
805 Institutionen benennen konkrete Ziele für jedes einzelne Projekt. Wegweisend für den Erfolg
806 zukünftiger Maßnahmen wird es deshalb sein, das Netzwerk der Evaluation weiter auszubauen
807 und die großen Prinzipien wie eben diejenigen der Paris Declaration nicht als wünschenswerten
808 Idealzustand vor sich herzutragen, sondern die praktische EZ permanent daran zu messen und
809 nötigenfalls in Absprache neu auszurichten. Entwicklungspolitik ist nie eine Einbahnstraße.

810

811 Das Fazit ist eindeutig: Eine EU, die Entwicklungspolitik instrumentalisiert oder „mächtigeren“
812 Interessen unterordnet, macht nichts besser. Gleichwohl hat nur Europa als Ganzes die
813 Kapazitäten, um Entwicklungspolitik gemeinsam besser zu machen als die Summe seiner
814 Mitgliedstaaten es schafft – und um wirklich globale Effekte zu erzielen. Das geht aber nur mit
815 einer klaren Abkehr vom aktuell grassierenden blinden Vertrauen in den Freihandel. An der
816 Spitze dieser Reformen hat die Sozialdemokratie zu stehen: SPD, SPE, bewegt euch endlich!

817

818

819

820

821

822

823

824

825

826

827

828

829

830

831

832

833

834

835

836

Titel Völkermord an Herero, Nama, Damara und San vollständig aufarbeiten

Antragsteller Thüringen

Zur Weiterleitung an Bundeskongress Jusos 2015

Völkermord an Herero, Nama, Damara und San vollständig aufarbeiten

1 Die Jusos setzen sich für eine vollständige Aufarbeitung des Völkermords während der
2 deutschen Kolonialherrschaft an den Herero, Nama, Damara und San im heutigen Namibia ein
3 und fordern eine lückenlose Aufklärung der Ereignisse von 1904 bis 1908. Des Weiteren fordern
4 wir die Rückführung aller sich in deutscher Hand befindlichen Gebeine, die Anerkennung der
5 Notwendigkeit von Reparationszahlungen und Entschädigungen sowie eine verpflichtende
6 Auseinandersetzung mit dem Genozid im Geschichtsunterricht an den Schulen.

7
8 Das deutsche Kaiserreich war keine Friedensmacht. Kolonialgebiete wurden militärisch erobert
9 und Widerstände der autochthonen Bevölkerung wurden mit militärischer Gewalt
10 niedergeschlagen. Höhepunkt des antikolonialen Widerstandes waren die
11 Auseinandersetzungen der Herero, Nama, Damara und San mit den Kolonialherrscher*innen in
12 „Deutsch-Südwest-Afrika“. Seit 1884 etablierte sich das Deutsche Reich als Kolonialmacht in
13 Südwestafrika und perfektionierte ein System der Abhängigkeit, dass dem mittelalterlichen
14 Feudalsystem mit seinem Schutz- und Treueverhältnis gleichkam. Deutsche Militäreliten
15 zwangen afrikanische Großleute zur Kollaboration und nötigten Tausende aus der autonomen
16 Rinderzucht in abhängige Lohnarbeit mit Deutschen. Ziel der Kolonialherrschaft war die
17 Errichtung eines auf Ordnung basierenden Musterstaates auf rassistischer Grundlage. Betrug
18 und Misshandlung von Afrikanerinnen und Afrikanern wurde nicht aufgeklärt oder verurteilt, ein
19 Schutz vor dem systeminhärenten Rassismus war nicht möglich; vielmehr lud das System zu
20 übergriffigem Verhalten ein.

21
22 Am 12. Januar 1904 kam es zum Widerstand durch die Herero, welcher mit
23 menschenverachtender Härte durch das deutsche Militär niedergeschlagen wurde. So riegelten
24 Schutztruppen die Omaheke-Wüste ab, in welche ca. 60.000 Herero geflohen waren, und ließen
25 die Wasserstellen besetzen. Fliehende sollten durch einen klar angeordneten „Schießbefehl“
26 vernichtet werden. Berichte über das Vorgehen der deutschen Kolonialherrscher*innen führten
27 bei den Nama zu einem Guerillakrieg, welcher vier Jahre andauern sollte. Um den Rückhalt aus
28 der Bevölkerung für diesen Krieg zu schwächen, wurden tausende Herero, Nama, Damara und
29 San in Konzentrationslager/Kriegsgefangenenlager, deportiert, wo sie Zwangsarbeit leisten
30 mussten und auf ihr Leben in der rassistischen Utopie der deutschen Eliten vorbereitet werden
31 sollten.

32
33 Bis heute büßen die Herero, Nama, Damara und die San für den Widerstand gegen die
34 deutsche Kolonialmacht. Sie sind in der Bevölkerung Namibias sozial wie auch zahlenmäßig
35 marginalisiert. Weiße Namibier deutscher Herkunft praktizieren noch immer eine Form des
36 Erinnerns an den militärischen Sieg der Kolonialarmee, das die Brutalität des Völkermordes
37 trivialisiert. Unter Reichskriegsflagge soll der gefallenen deutschen Soldaten gedacht werden.
38 Diese geschichtsvergessenen Versammlungen verurteilen wir. Ferner lagern in deutschen
39 Museen und Universitäten weiterhin menschliche Überreste aus Namibia, welche während des
40 Genozids zu rassenanthropologischen Untersuchungen nach Deutschland geschickt worden
41 sind. Bei Rückführungen werden namibische Vertreter*innen selten angemessen behandelt,
42 was 2011 deutlich wurde, als eine hochrangige Delegation bei einer Rückführung von 20
43 Totenschädeln von der Regierung weitestgehend ignoriert wurde. Die Anerkennung des

44 Genozids durch den Bundestag und die Bundesregierung, sowie die Leitlinie „Der
45 Vernichtungskrieg in Namibia von 1904 bis 1908 war ein Kriegsverbrechen und Völkermord.“
46 sehen die Jusos als Schritt in die richtige Richtung an, jedoch sehen wir den Staat so mehr als
47 je zuvor in der Pflicht, mit den Zahlungen der dringend benötigten Repatations- und
48 Entschädigungsleistungen zu beginnen und auf eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem
49 ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts zu drängen.

50

51 Wir fordern außerdem die Anerkennung und Entschädigung der Völkermorde in anderen
52 deutschen Kolonien, z.B. im heutigen Tansania (u.a. gegen den Maji-Maji-Aufstand), Kamerun
53 (u.a. mit der ‚Pazifizierung‘ des Binnenlandes), in Togo (u.a. durch Ausbeutung und Zerstörung
54 ganzer Orte), im Südpazifik (u.a. mit der Niederschlagung des Sokehs-Aufstand) oder in
55 Kiautschou (u.a. mit der Gewalt gegen den "Boxeraufstand" / Aufstand der Yihetuan).

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

101

102

103

104

Titel Gender Mainstreaming in der Stadt- und
Regionalentwicklung

Antragsteller Nordrhein-Westfalen

Zur Weiterleitung an

Gender Mainstreaming in der Stadt- und Regionalentwicklung

1 Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband und haben als Ziel die Gleichstellung der
2 Geschlechter. Besonders in der Regionalentwicklung muss im Rahmen von Gender
3 Mainstreaming Gleichstellung als Querschnittsaufgabe verstanden werden. Diese Aufgabe
4 richtet sich dabei nicht an einzelne, sondern betrifft alle gleichermaßen – sowohl Politik als auch
5 Verwaltung und die Gesellschaft. Vor allem ist eine Zusammenarbeit der Kommunen innerhalb
6 von Ballungsgebieten unabdingbar, um jede*n am gesellschaftlichen Leben partizipieren lassen
7 zu können.

8
9 Gender Mainstreaming dient der Förderung der Gleichstellung zwischen Frauen* und Männern*.
10 Es bedeutet, in allen Planungs- und Entscheidungsprozessen von Anfang an
11 Gleichstellungsaspekte unter der Prämisse, dass Frauen* und Männer* aufgrund ihrer sozialen
12 und kulturellen Geschlechterrollen (gender) in der Gesellschaft unterschiedliche
13 Lebensbedingungen und Chancen vorfinden und von gesellschaftlichen Prozessen und deren
14 Auswirkungen unterschiedlich betroffen sind, zu berücksichtigen und einzubeziehen.

15
16 Eine treibende Kraft für die Umsetzung von Gender Mainstreaming stellt die EU dar, welche
17 1997 im Amsterdamer Vertrag Gender Mainstreaming offiziell als verbindliche Richtlinie für alle
18 Mitgliedsstaaten zum Ziel der EU-Politik gemacht hat: „Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch
19 die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie
20 durch die Durchführung der in den Artikel 3 und 4 genannten gemeinsamen Politiken und
21 Maßnahmen in der ganzen Gemeinschaft (...) die Gleichstellung von Männern und Frauen (...)
22 zu fördern.“ Weiter heißt es im Art. 3 des Amsterdamer Vertrags: „Bei allen in diesem Artikel
23 genannten Tätigkeiten wirkt die Gemeinschaft darauf hin, Ungleichheiten zu beseitigen und die
24 Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern.“

25
26 In Deutschland wurde durch die Novellierung der Gemeinsamen Geschäftsordnung der
27 Bundesministerien durch einen Kabinettsbeschluss im Jahr 2000 Gender Mainstreaming
28 vorangetrieben, da alle Ressorts der Bundesregierung Gender Mainstreaming bei politischen,
29 normgebenden und verwaltenden Maßnahmen der Bundesregierung zu berücksichtigen haben.

30
31 Auf dieser Grundlage ergeben sich für die Jusos folgende Forderungen:

32
33 Die Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Teilhabemöglichkeiten, Sicherung des gleichen
34 Zugangs zu öffentlichen (Dienst-)Leistungen und der Gleichstellung und gleichen Verteilung von
35 Macht und Einfluss zwischen Frauen* und Männern*. Für uns sind die zentralen
36 Handlungsfelder geschlechtergerechter Regionalentwicklung Mobilität, Angsträume,
37 Siedlungsstruktur, öffentliche Verwaltung und die Finanzierung.

38
39 **Mobilität**

40
41 Mobilität muss unter dem Aspekt Geschlechtergerechtigkeit weiterentwickelt werden. Die
42 Teilhabe am öffentlichen Leben wird oftmals durch die Möglichkeiten der Mobilität bestimmt. Ob
43 öffentlicher Personennahverkehr, PKW, Fahrrad oder Fußgänger*innen. Der öffentliche

44 Personennahverkehr muss nicht nur gestärkt werden, sondern auch für eine
45 geschlechtergerechte Perspektive offen stehen. Es muss überprüft werden, ob der ÖPNV
46 gänzlich barrierefrei gestaltet ist. Bei Busfahrten in den Abend- und Nachstunden soll die
47 Möglichkeit bestehen zwischen Haltestellen zu stoppen um einen kürzeren Rückweg zu
48 ermöglichen. Die bisherigen freiwilligen Services einiger Verkehrsbetriebe soll durch eine
49 verbindliche Lösung ersetzt werden.

50

51 Insgesamt muss aber die Bereitstellung eines flächendeckenden ÖPNV-Angebots auch z.B. in
52 eher frequenzarmen Abend- und Nachtzeiten ein zentrales Ziel sein. Der Nahverkehr ist für uns
53 im Kern eine öffentliche Aufgabe, die auch dementsprechend staatlicherseits finanziert werden
54 muss. Dabei sollen selbstverständlich auch Modelle wie Anruflinientaxis, bei denen ein Taxi
55 nach einer zeitlich zumutbaren Vorbestellung zum selben Preis die Aufgabe einer ansonsten auf
56 gleicher Strecke verkehrenden Buslinie übernimmt, ausgebaut werden, sofern die Nachfrage für
57 normale Angebote nicht gegeben ist.

58

59 **Angsträume**

60

61 Das Thema Angsträume im Sinne des Gender Mainstreamings ist ein wesentlicher Punkt des
62 Gender Mainstreamings. Gerade nicht ausgeleuchtete Parkplätze, Seitenstraßen/-gassen oder
63 Bahnhöfe sowie Bushaltestellen sind sowohl für Frauen* und Männer* nachts ein Bereich der zu
64 Unwohlsein führt. Dunkle Plätze und Flächen müssen daher besser ausgeleuchtet werden.
65 Außerdem soll an Bahnhöfen und anderen zentralen Punkten des öffentlichen Raumes mehr
66 deeskalierendes Personal, für Fragen und Hilfestellungen zur Verfügung stehen. Des Weiteren
67 soll ein nächtlicher Telefondienst, der auf dem Weg nach Hause zum Zuhören bereit steht,
68 eingeführt werden. Diese Hotline soll kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Eine einfache,
69 maximal 5 stellige Zahlenabfolge soll in öffentlichen Verkehrsmitteln z.B. Bussen, U-Bahnen etc.
70 gut sichtbar in jedem Wagon plakatiert werden. Darüber hinaus muss eine flächendeckende
71 Information der Öffentlichkeit via Medien z.B. Zeitungsanzeigen, Flyer etc. über das
72 Telefondienstangebot gewährleistet werden.

73

74 **Siedlungsstruktur**

75

76 Die Siedlungs- und Raumentwicklung sollte folgende Punkte beachten: Der Ausdünnung und
77 der Zentralisierung der Infrastruktur und der Nachversorgung sollte entgegen gewirkt werden.
78 Die räumliche Verteilung und die Erreichbarkeit von Gesundheitseinrichtungen,
79 Kindertagesstätten und der Nahversorgung spielen dabei eine wichtige Rolle. Auch die
80 Wohnbebauungsplanung sollte stets unter der Berücksichtigung der Barrierefreiheit geschehen.
81 Bei allen baulichen Vorhaben und kommunalen Ausschreibungen soll der Aspekt des Gender
82 Mainstreamings berücksichtigt werden.

83

84 Die Belastung vieler innerstädtischer Bereiche aufgrund stark nachgefragter Parkplätze soll
85 durch integrierte Parkraumkonzepte der Kommunen reduziert werden. Dabei ist auf eine
86 ausgewogene Parkraumbewirtschaftung zu achten, die Bewohner*innen, Besucher*innen und
87 Beschäftigte ansässiger Unternehmen oder Einzelhändler*innen angemessen berücksichtigt.
88 Dabei sind verschiedene Konzepte denkbar, die in jedem Fall den Anwohner*innen und
89 anliegenden Händler*innen zugutekommen sollen. Je nach Bedarf sollen kostenlose oder
90 (gestaffelt) kostenpflichtige Anwohner*innenparkplätze geschaffen werden. Um integrierte
91 Konzepte nachhaltig wirksam zu machen, sind ein attraktives ÖPNV-Angebot in den
92 Wohnquartieren sowie eine angemessene Berücksichtigung von Stellplätzen für Carsharing-
93 Angebote zu beachten, um das Ausmaß des innerstädtischen Autoverkehrs zu verringern.

94

95 **Öffentliche Verwaltung**

96

97 Der Gender Mainstreaming soll ebenfalls innerhalb der kommunalen Verwaltungen
98 implementiert werden. Um dieses Ziel realisieren zu können, muss Gender Mainstreaming zur
99 Regelpraxis werden. Das bedeutet, dass alle Akteur*innen in und um die Verwaltung in allen
100 Sachgebieten, wie zum Beispiel Verkehr oder Arbeit, in allen Handlungsfeldern wie z.B.
101 Öffentlichkeitsarbeit oder Personal den Gender Mainstreaming-Ansatz mit einzubeziehen. Dies
102 beinhaltet, dass Gender Mainstreaming sowohl bei der Organisation der Verwaltung als auch
103 bei der fachlichen Arbeit Berücksichtigung findet. Dazu gehört für uns auch, dass deutlich mehr
104 Frauen* als bisher obere Verwaltungspositionen besetzen. Auf der politischen Ebene sind

105 Zielsetzungen unter dem Gender Mainstreaming-Ansatz notwendig, einerseits inhaltlich aber
106 auch im Bereich der Personalpolitik, wie zum Beispiel bei der strategischen Ausrichtung und
107 personellen Besetzung von städtischen Tochterunternehmen. Seitens der Verwaltungen ist auch
108 darauf zu achten, dass die Interessen von Frauen* im Rahmen von
109 Bürger*innenbeteiligungsprozessen wirklich ausreichend beachtet werden. Häufig finden z.B.
110 Diskussionen zu Stadtentwicklungsprozessen aus einer männlich geprägten
111 "Windschutzscheiben-Perspektive" statt, wohingegen die Interessen anderer Akteure weniger
112 Gehör finden.

113

114 **Finanzierung**

115

116 Da im europäischen Vertrag die Förderung der Gleichstellung zwischen Frauen* und Männern*
117 festgelegt ist und vorangetrieben werden soll, stehen für solche Projekte auch Fördermittel im
118 Rahmen des Europäischen Sozialfonds zur Verfügung. Es soll sich darum bemüht werden, dass
119 diese Mittel in Zukunft auch aufgestockt werden. Innerhalb dessen lässt sich sowohl auf
120 Länderebene als auch auf Bundesebene die Gender Mainstreaming-Strategie verankern. Um
121 diesen Aspekt ganzheitlich aufgreifen zu können, müssen im Rahmen des ESF folgende Punkte
122 beachtet werden: Sozioökonomische Analyse, Zielsetzung, Planung und Operationalisierung,
123 Implementierung, Umsetzung, Begleitung und Evaluierung. Zu Beginn der Förderperiode 2007-
124 2013 des ESF wurde zusätzlich in Deutschland eine begleitende Gender-Mainstreaming
125 Beratungsstruktur auf Bundesebene für den ESF etabliert.

126

127 Zur Unterstützung der ESF-Fondsverwaltung gehört das Gender Budgeting. Beim Gender
128 Budgeting handelt es sich um einen gendergerechten Haushaltsplan, welcher zunächst aus der
129 Definition von Gleichstellungszielen besteht. Ziel ist es den bestehenden Haushalt, z. B. einer
130 Kommune, einer Behörde, einer Universität oder eines Landes, bestehend aus deren
131 Einnahmen und Ausgaben im Hinblick auf diese Gleichstellungsziele anzugleichen. Dabei
132 fordern wir die weitere Implementierung des Ansatzes auf allen politischen Ebenen bis hin zur
133 Kommune. Um genderbezogene Folgeabschätzungen, Wirkungsanalysen und Evaluationen in
134 den Haushaltskreislauf zu integrieren, bedarf es einer umfassenden Sensibilisierung und
135 Schulung der zuständigen Mitarbeiter*innen. Hierfür müssen die entsprechenden finanziellen,
136 zeitlichen und personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Die Gender
137 Mainstreaming-Strategie muss gerade in der Kommunen stärker eingebracht und finanziell
138 unterstützt werden, um somit das Konzept des Gender Budgeting zu fokussieren. Darüber
139 hinaus fordern wir nicht nur eine ernsthafte Anwendung von Gender Budgeting auf kommunaler,
140 sondern auch auf Bundesebene. Die Bundesregierung vernachlässigt die breite Umsetzung
141 einer geschlechtersensiblen Haushaltspolitik. Obwohl es eine umfangreiche Machbarkeitsstudie
142 gab, wird das Konzept nur punktuell in einigen Ministerien verwendet. Hier fordern wir ganz klar,
143 das Gender Budgeting nicht mehr als Nischen-Idee wahrgenommen wird, sondern breit und
144 politikfeldübergreifend im gesamten Bundeshaushalt zur Anwendung kommt.

145

146 Der Vorteil des Gender Mainstreaming-Konzepts liegt vor allem auch darin, dass es offen ist für
147 intersektionale Ansätze. In dem Geschlecht als Querschnittsthema in allen Politik- und
148 Entscheidungsprozessen mitgedacht wird, kann dies auch die Sichtbarmachung von anderen
149 Diskriminierungsformen fördern, die im Zusammenhang mit „Geschlecht“ stehen, wie z.B.
150 Religion, Ethnizität, Klasse oder körperliche Beeinträchtigung. Wir fordern daher, dass die
151 Umsetzung von Gender Mainstreaming auf den verschiedenen politischen Ebenen vor allem
152 auch aus einer intersektionalen Perspektive gestaltet und umgesetzt wird. Wir wollen tradierte
153 Rollenbilder aufbrechen und durch die Weiterentwicklung von Gender Mainstreaming der Stadt-
154 und Regionalentwicklung für ein gleichberechtigteres und partizipatives Miteinander der
155 Gesellschaft beitragen.

156

157

158

159

160

161

162

163

164

165

Titel	Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache – Für eine Verbesserung der Situation der Frauenhäuser und Beratungsstellen
Antragsteller	Bayern
Zur Weiterleitung an	Bundesparteitag

Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache – Für eine Verbesserung der Situation der Frauenhäuser und Beratungsstellen

1 Jede dritte Frau erlebt im Laufe ihres Lebens Gewalt. Die im März 2015 erschienene Erhebung
2 der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) macht deutlich, dass es an der Zeit
3 ist, dass politische Entscheidungsträger und -trägerinnen, Maßnahmen gegen diese weit
4 verbreitete Gewalt ergreifen.

5

6 **Bessere Finanzierung der Frauenhäuser**

7

8 Eine Maßnahme, die Frauen unmittelbar Schutz bieten und es ihnen ermöglicht, aus einer
9 Gewaltsituation zu Hause - sei es, diese gehe von ihren Partnern oder von Familienangehörigen
10 aus - auszubrechen, sind Frauenhäuser. Nach einer Richtlinie der Europäischen Union muss
11 pro 7500 EinwohnerInnen ein Frauenhausplatz zur Verfügung stehen“ durch: “Gemäß Artikel 23
12 des 2011 geschlossenen Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von
13 Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt hat sich Deutschland zur Einrichtung von
14 geeigneten, leicht zugänglichen Schutzunterkünften in ausreichender Zahl verpflichtet. Der
15 Europarat empfiehlt hierbei eine Platz in einer Schutzunterkunft pro 10.000 Einwohner*innen.
16 Davon sind wir in Deutschland aber weit entfernt.

17

18 Regelmäßig kann Frauen kein Platz im nächst gelegenen Frauenhaus angeboten werden,
19 sodass diese an ein anderes Frauenhaus weiterverwiesen werden müssen. Bezieht man dabei
20 mit ein, dass nur lediglich ca. 3% der von Gewalt betroffenen Frauen überhaupt Kontakt zum
21 Frauenhaus oder einer Einrichtung für Opferschutz aufsuchen, wird deutlich, wie wenig
22 Frauenhausplätze zur Verfügung stehen.

23

24 Für uns ist klar: Jeder Frau, die zu Hause Gewalt erfahren muss, muss zu jeder Zeit
25 wohnortnah ein Platz in einem Frauenhaus zur Verfügung stehen und die entsprechende
26 Betreuung zur Verfügung stehen! In Artikel 2 des Grundgesetzes ist das Recht auf körperliche
27 Unversehrtheit verankert. Wenn das zu Hause verwehrt wird, muss ein Schutzort zur Verfügung
28 stehen, an dem Hilfe abgerufen werden kann. Deshalb fordern wir einen Rechtsanspruch auf
29 einen Frauenhausplatz. Hierfür ist eine bessere finanzielle Ausstattung von Frauenhäusern und
30 Beratungsstellen für Frauen in Not unbedingt erforderlich, damit auch die Rufbereitschaft in
31 Frauenhäusern erhöht werden kann.

32

33 Dabei ist klar: Finanzierungsmodelle wie das der Tagessatzfinanzierung lehnen wir strikt ab. Die
34 Finanzierung über Tagessätze wälzt die Kosten für den Frauenhausaufenthalt auf die einzelne
35 Frau ab und macht Gewalt gegen Frauen zu einem individuellen Problem. Gruppen wie
36 Auszubildende, Studentinnen oder erwachsene Schülerinnen und Frauen ohne gesicherten
37 Aufenthaltsstatus haben keinen Anspruch auf Leistungen wie Hartz IV und können sich somit
38 ohne Einkommen oder Vermögen den Aufenthalt im Frauenhaus nicht leisten. Hilfe für Frauen
39 in Notsituationen ist eine gesellschaftliche Aufgabe und darf nicht von der finanziellen
40 Situationen der einzelnen Frau abhängen.

41

42 Wir fordern deshalb neben einer Erhöhung der Landesmittel auch eine finanzielle Beteiligung
43 des Bundes an den Frauenhäusern, da die Kommunen mit ihrer Vielzahl an Aufgaben
44 unterstützt werden müssen.

45

46 **Barrierefreie Frauenhausplätze schaffen**

47

48 Die bessere Finanzierung der Frauenhäuser soll nicht nur die Anzahl der Plätze erhöhen, sie
49 soll auch dazu herangezogen werden, um Barrierefreiheit in den Frauenhäusern herzustellen.
50 Notwendig sind hier barrierefreie Bauten bzw. Nachbesserungen an bestehenden Bauten, mehr
51 Wohneinheiten mit eigenen Küchen, mehr abgetrennte Apartments für Frauen mit älteren
52 Söhnen, die oftmals nicht mehr in den Frauenhauszimmern mit untergebracht werden dürfen
53 (aus Rücksicht auf andere Bewohnerinnen, die sich aufgrund ihrer Gewalterfahrung durch junge
54 Männer bedroht fühlen könnten).

55

56 **Schutz für Asylbewerberinnen**

57

58 Eine besondere Situation besteht für Asylbewerberinnen, die in den Gemeinschaftsunterkünften
59 oder Erstaufnahmeeinrichtungen Gewalt erfahren. In diesen Einrichtungen müssen
60 Schutzräume für Frauen vorgehalten werden. Außerdem sind Ansprechpartnerinnen in den
61 Einrichtungen notwendig und Schulungen für das dort arbeitende Personal insgesamt für den
62 Umgang mit Menschen, die Gewalterfahrungen gemacht haben. Ebenso muss es ein
63 ausreichendes und unbürokratisches zu erreichendes Angebot an Plätzen für
64 Asylbewerberinnen in Frauenhäusern geben. Die Zuweisung, die im Zuge des Asylverfahrens
65 erfolgt, darf keinen Umzug in eine andere Stadt mit sich bringen, wenn dort keine
66 ausreichenden Schutzmöglichkeiten im Sinne der Asylbewerberinnen vorhanden sind.
67 Eventuelle Mehrkosten sind vom Bund zu tragen. Für Asylbewerberinnen, die aus
68 Frauenhäusern ausziehen, sind unbürokratische Lösungen zu erarbeiten, die es ihnen
69 ermöglicht, den Prozess der Verarbeitung ihrer Gewalterfahrung weiterzuführen und nicht zu
70 behindern.

71

72 **Flächendeckende Versorgung mit Mädchenhäusern**

73

74 Auch junge Mädchen sind bereits von Gewalt betroffen und oftmals in einer besonderen
75 Abhängigkeitssituation mit den Täter*innen. Dieser besonderen Situation können die
76 bestehenden Frauenhäuser nicht in vollem Umfang gerecht werden. Wir fordern daher die
77 flächendeckende Einrichtung von Mädchenhäusern, die einen Zufluchtsort für minderjährige
78 Mädchen bieten und deren Personal für diese besondere Situation ausgebildet ist.
79 Flächendeckend bedeutet dabei für uns, dass es jedem Mädchen bundesweit möglich ist ein
80 Mädchenhaus aufzusuchen, ohne auf ein Auto oder teure Verkehrsmittel zurückgreifen zu
81 müssen. Um Mädchen Hilfe anzubieten, fordern wir eine Bundesweite Präventionskampagne
82 sowie die finanzielle Unterstützung für Projekte in Form von Hilfetelefonen und Online
83 Beratungen. Genauso gibt es in jeder Stadt spezielle Notfallplätze vom Jugendamt, für akut
84 betroffene Mädchen. Diese gilt es bekannter zu machen. Diese Einrichtungen können junge
85 Mädchen beraten und gegebenenfalls in Verbindung mit dem Jugendamt das weitere Vorgehen
86 eruieren.

87

88 **Aktionsplan für sozialen Wohnungsbau**

89

90 Insbesondere die sehr schwierige Wohnungssuche zwingt viele Frauen in Frauenhäusern zu
91 bleiben, sie verlängert die Notsituation der Frauen. Wir fordern daher landesweite Aktionspläne
92 für sozialen Wohnungsbau. Dieser Aktionsplan würde auch anderen Bevölkerungsgruppen, die
93 auf dem Wohnungsmarkt benachteiligt sind, zugutekommen.

94

95

96

97

98

99

100

101

102

Titel Mehr Rechtsstaat – Keine Vorurteile

Antragsteller Hamburg

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Mehr Rechtsstaat – Keine Vorurteile

- 1 Wir fordern,
- 2
- 3 1. Anlasslose Polizeikontrollen – wie etwa in den §§22 Abs. 1a, 23 Abs.1 Nr.3
- 4 Bundespolizeigesetz vorgesehen und um menschenrechtswidrige Diskriminierungen zu
- 5 verhindern, dürfen Personenkontrollen nur aufgrund spezifischer
- 6 Ermächtigungsgrundlagen erfolgen.
- 7 2. Die Einführung detaillierter Vorschriften zum Verbot von „Racial Profiling“ sowie eines
- 8 Verwertungsverbots eines aus Grundlage von „Racial Profiling“ erlangten Beweises.
- 9 3. Eine mündliche Begründungspflicht für Personenkontrollen gegenüber den Betroffenen,
- 10 nach der Beamt*innen den Betroffenen mitteilen müssen, auf Grund welcher konkreten
- 11 Anhaltspunkte die Personenkontrolle erfolgt und ergänzend eine behördeninterne
- 12 Rechenschafts- und Dokumentationspflicht für die kontrollierenden Beamt*innen
- 13 eingeführt werden.
- 14 4. Schulungen zu Kommunikationsstrategien und interkultureller Kompetenz sowie *Anti-*
- 15 *Bias*-Schulungen in die Aus- und Weiterbildung von PolizeibeamtInnen im Außendienst
- 16 aufgenommen werden.
- 17 5. die Einführung einer von der Polizei und Staatsanwaltschaft unabhängigen Ermittlungs-
- 18 und Kontrollinstanz. Diese soll immer dann Tätig werden, wenn ein Verdacht auf
- 19 diskriminierende Polizeimaßnahmen oder Polizeigewalt, besteht.
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38
- 39
- 40
- 41
- 42
- 43
- 44

Titel Vermummungsverbot abschaffen!

Antragsteller Mecklenburg-Vorpommern

Zur Weiterleitung an

Vermummungsverbot abschaffen!

1 **Vermummungsverbot abschaffen!**

2

3 Das letzte Jahr hat uns gezeigt, wie leicht gesellschaftliche Stimmungen kippen können, wie
4 unter der Oberfläche schwelender Rassismus ausbrechen kann und beginnt sich in politische
5 Vertretungen zu manifestieren. Es hat uns gezeigt wie Misstrauen und Vorurteile in Hass und
6 blanke Gewalt umschlagen können. PEGIDA, AfD und ihre Geistesverwandten hetzen gegen
7 alle, die nicht in ihre Vorstellung einer deutschen Volksgemeinschaft passen, seien es
8 Asylsuchende, People of Colour, LGBTIQ*-Menschen, (linke) Politiker*innen und Aktivist*innen,
9 Medienvertreter*innen oder andere.

10

11 **Vermummung als Selbstschutz**

12

13 In dieser Situation sind viele Menschen, auch viele Jusos, wöchentlich auf der Straße, um sich
14 für eine offene Gesellschaft und gegen den ausufernden Hass und Rassismus einzusetzen. Sie
15 kommen dabei nicht umhin sich erheblichen Gefahren auszusetzen. Übergriffe auf
16 Aktivist*innen, die sich für die Rechte von Asylsuchenden einsetzen, häufen sich. Körperliche
17 Angriffe, Verfolgungen, Vandalismus, Brand- und Bombenanschläge, Attentate, die
18 Hemmschwelle ist gesunken und die politische Rechte agiert immer aggressiver.
19 Neonazifotograph*innen fotografieren gezielt Aktivist*innen, Betroffene werden diffamiert und
20 persönlich bedroht, oft sogar mit dem Leben.

21

22 Betroffene, die in der Öffentlichkeit stehen, haben zum Teil die Möglichkeit eben diese als
23 Schutz zu nutzen. Betroffene, ohne diese Möglichkeit, sind daher angreifbarer.

24

25 Alle Teilnehmer*innen einer Demonstration haben jedoch das verfassungsmäßig garantierte
26 Recht am eigenen Bild sowie das Recht auf Gesundheit und Leben. Diese werden besonders
27 dann schwer eingeschränkt und gefährdet, wenn auf Nazi-Demonstrationen rechtsradikale
28 Photograph*innen Gegendemonstrant*innen fotografieren und die Polizei nicht fähig oder willens
29 ist, Aktivist*innen hiervon ausreichend zu schützen. In dieser Situation wirkt das Verbot der
30 Vermummung fatal. Menschen die ihre eigene Identität schützen wollen, um nicht ins
31 Fadenkreuz von Neonazis oder anderen Rechten zu geraten, werden kriminalisiert. Es bleibt
32 nur die Wahl zwischen der Gefahr rechter Übergriffe, oder sich bei Vermummung nach §17a
33 Versammlungsgesetz strafbar zu machen. Hier stellt das Vermummungsverbot dem
34 Grundrechtsschutz das Prinzip einer funktionsfähigen Strafverfolgung entgegen und trifft eine
35 schwerwiegende Entscheidung: Die Verfolgung von Einzeltäter*innen wird höher gewertet, als
36 der Schutz der Grundrechte und das Recht, die eigenen Rechte zu schützen, einer Vielzahl von
37 Menschen. Dies ist eine auf Dauer gesellschaftlich nicht tragbare Wertung.

38

39 **Legitime Motive für Vermummung**

40

41 Das Vermummungsverbot stellt alle Demonstrant*innen unter einen Generalverdacht und geht
42 davon aus, dass die Vermummung generell nur zur Vereitelung von Straftaten stattfindet. Dies
43 ist jedoch in den seltensten Fällen so. So wie auf Demonstrationen unterschiedliche Menschen
44 zusammenkommen, so sind auch die Motive der Vermummung plural und vielschichtig. Angst

45 vor Verfolgung durch den politischen Gegner insbesondere bei Anti Nazi-Aktionen,
46 Diskriminierung durch Arbeitgeber*innen, sozialen Sanktionen aus dem Familien- und
47 Freundeskreis oder der allgemeine Wunsch nach Anonymität sind besonders häufige und
48 vollkommen legitime Motive. Was jedoch legitim ist, sollte in einer gerechten Rechtsordnung
49 auch legal sein!

50

51 **Vermummungsverbot als Vorwand für Repression**

52

53 Wer sich verummmt, also in einer "Aufmachung, die geeignet und den Umständen nach darauf
54 ausgerichtet ist, die Feststellung der Identität zu verhindern" §17a (2) I VersG an einer
55 Versammlung teilnimmt, macht sich strafbar und gibt der Polizei die Möglichkeit der Repression.
56 Viele von uns konnten leider bereits erleben, wie unverhältnismäßige Polizeiaktionen mit dem
57 Verbot der Vermummung begründet wurden.

58

59 Doch nicht nur auf Demonstrationen wirken diese Nebeneffekte des Vermummungsverbotes,
60 bereits auf dem Weg zu einer Demonstrationen ist es nach §17a (2) I VersG verboten sich zu
61 verummten.

62

63 Als ob das schon nicht genug wäre, ist es sogar verboten: "(..)Gegenstände mit sich zu führen,
64 die geeignet sind und den Umständen nach dazu bestimmt sind, die Feststellung der Identität
65 zu verhindern."§17a (2) II VersG.

66

67 Die Formulierung geht allzu weit. Objektiv macht man sich schon strafbar, wenn man auf dem
68 Weg zu einer Demonstration im Winter einen Schal, der geeignet ist die Feststellung der
69 Identität zu verhindern, dabei hat. Die subjektive Auslegung des Tatbestandsmerkmals ob
70 Gegenstände den „Umständen nach dazu bestimmt sind“ eine Identitätsfeststellung zu
71 verhindern, wird zunächst der Polizei überlassen. Dieses ist jedoch derart unbestimmt, dass der
72 Polizei unnötige Repressionsmöglichkeiten eröffnet werden.

73

74 Es ist höchst zweifelhaft, ob es legitim ist Polizeibeamt*innen die Macht zu verleihen, den Willen
75 einer anderen Person bezüglich eines einfachen Kleidungsstückes auszulegen, bei dem kein
76 offensichtlicher Schutzwaffencharakter erkennbar ist.

77

78 **Vermummungsverbot wirkungslos**

79

80 Das Vermummungsverbot ist geschaffen wurden, um Demonstrant*innen daran zu hindern
81 Straftaten zu begehen und dabei die Feststellung ihrer Identität zu verhindern. Allerdings
82 verfehlt es nicht nur in der Realität, sondern bereits theoretisch seinen Sinn und Zweck.

83

84 Wer im Rahmen einer Demonstration willens ist Straftaten zu begehen, nimmt bereits das
85 Risiko der Strafverfolgung für eben diese Straftaten in Kauf. Es widerspricht jeglicher Logik
86 anzunehmen Menschen, die Straftaten begehen wollen, würden sich einem höheren Risiko der
87 strafrechtlichen Verfolgung aussetzen, indem sie sich dabei aufgrund eines Verbotes nicht
88 verummten. Bei einer möglichen Festnahme ist dann die Vermummung in der Regel nicht der
89 schwerste Rechtsbruch, welcher der Person angelastet wird.

90

91 Folglich ist klar, durch die Kriminalisierung der Vermummung wird sich niemand von Straftaten
92 abhalten lassen.

93

94 **Vermummungsverbot ist keine Selbstverständlichkeit!**

95

96 Historisch betrachtet ist das Vermummungsverbot eine ziemlich neue Regelung. Es wurde erst
97 am 28. Juni 1985 von einer schwarz-gelben Koalition unter der Führung Helmut Kohls in Kraft
98 gesetzt. Dies bedeutet, dass das Vermummungsverbot keine Selbstverständlichkeit ist. 36
99 Jahre lang gab es in der BRD ein Versammlungsrecht ohne Vermummungsverbot. In diesem
100 Zeitraum fallen eine Vielzahl besonders schwerer Auseinandersetzungen zwischen
101 verschiedenen Bewegungen und der Staatsgewalt. Diese konnten nachweislich auch ohne
102 Vermummungsverbot ohne Schäden an der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gelöst
103 werden.

104

105 **Vermummungsverbot als deutscher Sonderweg**

106

107 Weiterhin ist das Vermummungsverbot ein deutscher Sonderweg. In der Betrachtung
108 vergleichbarer Rechtsordnungen muss man feststellen, dass das Vermummungsverbot
109 außerhalb des deutschen Sprach- und Kulturkreises sowohl im europäischen Ausland als auch
110 darüber hinaus ist weitgehend unbekannt ist. Folglich ist ein Vermummungsverbot keine
111 immanente Voraussetzung für die Existenz eines stabilen, demokratischen Rechtsstaates.

112

113 Es zeigt sich: das Verbot der Vermummung auf Demonstrationen ist weder historisch betrachtet
114 noch im Vergleich mit anderen Rechtsordnungen notwendig, es schränkt die Grundrechte von
115 Demonstrant*innen ungerechtfertigt ein, verfehlt seinen Sinn und Zweck, ermöglicht jedoch
116 polizeiliche Repression und kriminalisiert Selbstschutz.

117

118 Daher:

119

120 Die Jusos fordern die Abschaffung des sogenannten Vermummungsverbot im deutschen
121 Versammlungsrecht. Wir fordern die §§ 17a Abs. 2, 27 Abs. 2 Nr. 2, Nr. 3c, 29 Abs. 1 Nr. 1a
122 Versammlungsgesetz außer Kraft zu setzen sowie alle etwaigen Parallelvorschriften in den
123 einzelnen Landesversammlungsgesetzen zu streichen.

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

161

162

163

164

165

166

Titel Wohnheimslotterie 9 aus 100? Für
ausreichenden Wohnraum für Studierende, überall!

Antragsteller Braunschweig

Zur Weiterleitung an

Wohnheimslotterie 9 aus 100? Für ausreichenden Wohnraum für Studierende, überall!

1 1. Wo wollen wir hin?

2

3 Wir JungsozialistInnen haben schon immer gefordert, dass Bildung und die Möglichkeit
4 Bildungsangebote wahrnehmen zu können nicht vom Inhalt des Geldbeutels abhängig sein darf.
5 Dies bezieht sich nicht nur auf die Gebührenfreiheit eines Studiums. Die Mietkosten zehren
6 einen Großteil des monatlichen Budgets der Studierenden auf. Wer ein Studium beginnen will,
7 soll sich nicht erst mit dem Mietspiegel des potentiellen Studienortes auseinandersetzen
8 müssen. Studierendenfreundliches Wohnen als faktische Voraussetzung für eine freie Wahl des
9 Studienorts ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und vom Staat zu gewährleisten.

10

11 Grundsätzliches Ziel muss es sein, die Studierendenwerke in die Lage zu versetzen, ein
12 ausreichendes Angebot an günstigem und zeitgemäßem Wohnraum für Studierende
13 bereitstellen zu können. Bei der Verteilung der verfügbaren Wohnplätze muss es andere
14 Kriterien als „Vitamin B“ und „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ geben. Eine gerechtere
15 Verteilung, die besondere soziale Umstände und Härten berücksichtigt, ist notwendig. Für den
16 Ausbau des Angebots an Wohnraum für Studierende gilt für uns das gleiche wie bei anderen
17 Aspekten der Planung des städtischen Raum: Leitbild ist die sozial gemischte Stadt.

18

19 2. Wie ist die Situation?

20

21 Aufschluss über das vorhandene Angebot an Wohnraum speziell für Studierende bietet die
22 jährliche Erhebung des Deutschen Studentenwerk e.V. (DSW). Dieses erfasst zum Stichtag
23 01.01. den öffentlich geförderten Wohnraum für Studierende. Hierzu werden zum einen
24 Wohnheimplätze der Studierendenwerke mit Belegungs- und Mietbindung gezählt (im Einzelfall
25 auch solche, die ohne öffentliche Förderung errichtet wurden) als auch sonstiger Wohnraum,
26 der durch die Studierendenwerke für Studierende angemietet wurde. Darüber hinaus wird auch
27 der öffentlich geförderte Wohnraum für Studierende in privater Trägerschaft erhoben.

28

29 Die aktuellen Zahlen von 2014 weisen in ganz Deutschland rund 234.000 Wohnplätze für
30 Studierende aus. Bei etwa 2,7 Mio. Studierenden bedeutet dies, dass nicht einmal 10% ein
31 öffentlich geförderter Wohnplatz angeboten werden kann. Diese sog. Unterbringungsquote liegt
32 bei 9,5%. Ein Blick auf die Zahlen der vergangenen Jahre offenbart, dass wir am vorläufigen
33 Tiefpunkt einer negativen Entwicklung angelangt sind. Lag die Unterbringungsquote um die
34 Jahrtausendwende noch bei ca. 12%, ging sie seither konstant auf den heutigen Wert zurück.
35 Die absoluten Zahlen an vorhandenen Wohnplätzen lassen dies zunächst nicht vermuten. Seit
36 dem Jahr 2000 ist die Zahl an Wohnplätzen sogar um 13.000 (+7,1%) gestiegen. Dieses Plus
37 entsprach jedoch bei Weitem nicht dem Anstieg der Studierendenzahlen im selben Zeitraum
38 (+39,5%).

39

40 Neben den Zahlen für das gesamte Bundesgebiet, lohnt ein Vergleich der Zahlen nach
41 Bundesländern. Hierbei treten zum Teil erhebliche regionale Unterschiede zu Tage. Besonders
42 die Stadtstaaten fallen mit äußerst geringen Unterbringungsquoten auf (Berlin: 5,7%, Bremen:
43 6,39%, Hamburg: 8,39%). Aber auch Hessen, das Saarland und Schleswig-Holstein liegen hier

44 mit Werten von unter 7,5% im unteren Bereich. Da sich in Bremen, dem Saarland und Sachsen
45 Anhalt aktuell weder Wohnheime im Bau befinden, noch Neubauten geplant sind, ist mit einer
46 weiteren Verschlechterung der Lage zu rechnen. Dabei ist anzumerken, dass gerade in den
47 Stadtstaaten mit ohnehin geringen Unterbringungsquoten ein meist ebenso angespannter
48 Mietwohnungsmarkt existiert. Mieten für Wohnungen unter 30qm liegen hier zwischen 15,23
49 €/qm (Hamburg) und 10,73 €/qm (Bremen). Dies stellt besonders Studierende mit einem
50 geringen Budget 25% der Studierenden verfügen nach der Sozialerhebung des DSW über
51 weniger als 680€ monatlich vor unbillige Härten.

52

53 Nur in einem Punkt jedoch liefert die Erhebung Aufschluss nicht nur über die Quantität sondern
54 auch über die Qualität des Angebots: Bei der Zahl der für RollstuhlfahrerInnen geeigneten
55 Wohnplätze. Diese wird bundesweit mit 1.481 angegeben. Somit sind gerade einmal 0,63% der
56 verfügbaren Wohnplätze baulich für die Benutzung durch RollstuhlfahrerInnen vorbereitet.

57

58 Wie bereits festgestellt, herrscht bei der Unterbringungsquote in den verschiedenen
59 Bundesländern eine recht heterogene Situation. Insbesondere in den Stadtstaaten mit ihrer
60 angespannten Wohnungslage verschärft sich die Situation für StudentInnen deutlich. Es ist vor
61 allem zu beobachten, dass die Versorgung mit Wohnplätzen mit der finanziellen Lage der
62 Länder korreliert. Wobei die Verschuldungsquote kein Grund ist und sein darf, dass in diesen
63 Bundesländern keine oder nicht ausreichend Wohnheimplätze geschaffen werden.

64

65 4. Was ist zu tun?

66

67 Um die Situation für Studierende auf dem Wohnungsmarkt zu verbessern, fordern wir
68 JungsozialistInnen folgende Maßnahmen:

69

- 70 • Erhöhung und dauerhafte Bereitstellung der zweckgebundenen Finanzmittel für Neubau
71 und Sanierung von Studierendenwohnplätzen

72

73 Um das unzureichende Angebot an Wohnheimplätzen ausbauen zu können, führt kein Weg an
74 einer besseren finanziellen Ausstattung der Studierendenwerke vorbei. Hierbei ist auch der
75 Bund in der Pflicht, den Grundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu
76 verwirklichen. Bei Neubauten und Renovierungen muss besonderes Augenmerk auf die
77 Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung gelegt werden.

78

- 79 • Erhöhung der Personalkosten der Studierendenwerke für die Koordinierung mehrerer
80 Bauten

81

82 Nicht selten können Bauvorhaben nur an einem Standort durchgeführt werden. Aufgrund der
83 derzeitigen Wohnheimsituation sollte eine flächendeckende Bebauung möglich sein und dafür
84 bedarf es an ausreichend Personal.

85

- 86 • Berücksichtigung der Belange der Studierendenwerke an Stadtplanungsprozessen vor Ort

87

88 Stadtentwicklung muss politisch gestaltet werden. Insbesondere an (Fach)Hochschulstandorten
89 ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auch für Studierende ein übergeordnetes Ziel.
90 Deshalb sollen die Belange der Studierendenwerke als Träger studentischen Wohnens in der
91 städtebaulichen Rahmenplanung Berücksichtigung finden.

92

- 93 • Ausbau der Kooperationsmöglichkeiten zwischen Studierendenwerken und kommunaler
94 und Wohnungswirtschaft (z.B. GenossInnenschaften)

95

96 Neuer Wohnraum entsteht nicht über Nacht. Zur Abdeckung von Bedarfsspitzen können
97 Kooperationen, die es Studierendenwerken ermöglichen, auf Wohnungen Dritter zurückgreifen
98 zu können, ein sinnvolles Mittel sein.

99

100 Wichtig ist jedoch, dass die Kooperationen zur Beschaffung studentischen Wohnraums nicht zur
101 Benachteiligung von anderen Wohnungssuchenden führen darf. Es ist sicherzustellen, dass
102 Wohnungsbau grundsätzlich für alle Menschen zur Verfügung gestellt werden kann. Diese
103 Modelle brauchen jedoch einen klaren Rahmen, der u.a. verhindert, dass leerstehender
104 Wohnraum subventioniert wird.

105 • Studentischen Wohnraum dauerhaft sichern
106
107 Einmal geschaffener studentischer Wohnraum muss von dauerhafter Natur sein und darf nicht
108 in späteren Jahren in einfache Mietverhältnisse (ohne Hochschulkontext) umgewandelt werden.
109 Lediglich die Studierendenwerke sichern den angebotenen Wohnraum Studierenden dauerhaft
110 zu.
111
112 • Leerstand nutzen
113
114 Darüber hinaus muss auch der Leerstand nutzbar gemacht werden. Insbesondere spekulativer
115 Leerstand ist zu bekämpfen.
116
117 • Darüber hinaus muss auch der Leerstand nutzbar gemacht werden. Insbesondere
118 spekulativer Leerstand ist zu bekämpfen.
119
120 Eine reine Vergabe von Wohnplätzen nach Warteliste und ohne Rücksicht auf finanzielle
121 Bedürftigkeit, die verbleibende Zeit für die Wohnungssuche oder die örtliche Herkunft des
122 Studierenden schafft Ungerechtigkeiten. Zum einen können sich viele Studierende außerhalb
123 der Studierendenwerke schlicht kein Zimmer oder gar eine eigene Wohnung leisten, zum
124 anderen ist der Zugang zu diesen für Studienanfänger aus dem Ausland oder von weit entfernt
125 innerhalb Deutschlands deutlich schwerer. Auch sind diejenigen benachteiligt, die aufgrund
126 eines schlechteren Notenschnittes ggf. erst durch das Nachrücken für ein Studium in der
127 jeweiligen Stadt zugelassen werden. Doch was tun? Schon jetzt sorgt oft ein Hauptwohnsitz bei
128 den Eltern in der Hochschulstadt zum Ausschluss von den dortigen Wohnplätzen. Doch ist es
129 gerecht, automatisch auf das Zimmer bei den Eltern angewiesen zu sein oder aber deutlich
130 mehr Geld für ein Zimmer zahlen zu müssen? Nein, das ist es nicht, sondern es wird von vorn
131 herein die mögliche Nachfrage kleiner gemacht. Es braucht daher endlich einen
132 Bedarfsgerechten Ausbau der von den Studierendenwerken zur Verfügung gestellten
133 Wohnplätze. Eine Absicherung über Kontingente muss bis dahin jedoch für ausländische
134 Studierende und soziale Härtefälle geschaffen werden.
135
136 • Mietobergrenzen einführen
137
138 Die Studierendenwerke orientieren sich vielerorts bereits an der BAföG-Wohnpauschale. Diese
139 muss jedoch überall als absolute Mietobergrenze (ab Oktober 2016 250 Euro) gelten.
140
141 • Bezahlbaren Wohnraum für alle gewährleisten
142
143 Gerade die aktuelle Situation von Geflüchteten zeigt einmal mehr die dringende Notwendigkeit,
144 neuen Wohnraum zu schaffen. Studierende sind bei weitem nicht die einzige von Wohnungsnot
145 betroffene Gruppe. Dabei ist für uns klar, dass von Wohnungsnot Betroffene nicht
146 gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Es braucht bezahlbaren Wohnraum für alle! Dies ist
147 ein gemeinsamer Kampf! Denn Wohnen und Mieten sind heute zu einer sozialen Frage eines
148 Großteils der Gesellschaft geworden.
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160
161
162
163

Titel Links Leben!

Antragsteller Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

Links Leben!

1 Links Leben – Über lange Zeit war mehr oder weniger klar was das bedeutet: Mit Hammer und
2 Meißel unterm Arm, „Glück auf“ auf den Lippen und dem „Kapital“ unterm Kopfkissen machte
3 man sich auf zur Maloche, nach 8 Stunden harter körperlicher Arbeit entweder zum
4 Arbeitergesangsverein, auf den Bolzplatz oder in den Lesezirkel. Am Wochenende ging's zur
5 Demo oder auf die Scholle. Oder zumindest stellte man sich das gerne so vor. Später war es die
6 Studi-WG, Stricken während der Vorlesung, die Friedensdemo und die freie Liebe. Auch wenn
7 die plakativen Vorstellungen nie auf die Mehrheit der Jusos zugetroffen haben, eine Vorstellung
8 davon, wie ein „gutes linkes Leben“ auszusehen hatte gab es meistens. Und heute? So viele
9 Möglichkeiten stehen uns offen: von der selbstverwalteten Microbrewery über Sozialarbeit oder
10 in der öffentlichen Verwaltung Teil des politischen Systems werden – was davon ist wirklich
11 „links“, oder besser noch „am linkensten“? Müssen wir dafür VeganerInnen werden oder in
12 Erinnerung an unsere Wurzeln in der Arbeiterbewegung Feuerwehrmarmelade zum Frühstück
13 essen? Gründen wir eine möglichst große Familie um uns selbst zu verwirklichen und viele
14 SozialistInnen groß zu ziehen oder bleiben wir in Verweigerung der Gesamtgesellschaft besser
15 alleine um nicht aus Versehen Teil des Systems zu werden? Ist der eigene Bio-Hof in
16 Brandenburg die Lösung oder ist das nicht Zersiedelung der Landschaft? Und tragen wir
17 eigentlich zur Gentrifizierung bei? Ist die fortschreitende Digitalisierung ein Weg zu mehr
18 Selbstbestimmung und Flexibilität oder führt zu Entgrenzung und Stresssymptomen? Auf diese
19 und viele andere neue Fragen, können bisherige Richtschnüre für jungsozialistisches Handeln
20 nur bedingt Antworten geben – es hilft nichts, wir müssen sie uns selber suchen. Dazu haben
21 wir uns in den letzten zwei Jahren auf den Weg gemacht, um Leitlinien für jungsozialistische
22 Politik im 21. Jahrhundert zu suchen. Entwickelte und diskutierte Thesen können dabei nur
23 erste Aufschläge sein, für eine jungsozialistische Erzählung eines guten linken Lebens. In den
24 kommenden Jahren müssen wir diese weiterentwickeln, mit Leben füllen und immer wieder auf
25 den Prüfstand stellen. Denn klar ist: Wir Jusos geben uns nicht zufrieden mit einmal
26 erarbeiteten Antworten. Wir wissen, dass die Welt sich ununterbrochen verändert und wir
27 deshalb immer wieder neue Antworten auf neue Fragen finden müssen. Wir wollen die Zukunft
28 gestalten, nur zuzuschauen reicht uns nicht.

29

30 Das eine richtige Leben haben, werden und wollen wir nicht entwickeln. Wir können dabei nur
31 Leitthesen zur Orientierung diskutieren, die jedeR für sich selbst mit Leben füllen muss – und im
32 Zweifelsfall muss auch die Dialektik einer jungsozialistischen Einstellung in einer kapitalistischen
33 Gesellschaft ausgehalten werden. In den letzten Jahren beobachten wir, dass unsere
34 Gesellschaft vielfältiger, Lebensentwürfe pluralistischer und individueller werden. Dies ist eine
35 wichtige Leitlinie für unsere Diskussionen gewesen. Jungen Menschen ist es enorm wichtig,
36 dass sie selbstbestimmt entscheiden können, wie sie leben. Und, dass sie sich frei entfalten
37 können – ohne Zwänge und ohne Angst. Die Digitalisierung schreitet weiter voran und verändert
38 unsere Gesellschaft und das Zusammenleben fundamental. Sie wirkt sich auf alle
39 Lebensbereiche aus; Chancen und Risiken liegen oft nah beieinander.

40

41 Wir Jusos sehen auch, dass die Antworten auf die drängenden gesellschaftlichen Fragen
42 zunehmend individualisiert werden. Für viele, auch in der Linken, geht es darum was der oder
43 die Einzelne in seinem eigenen Leben verbessern kann. Das spiegelt sich zum Beispiel in der
44 Diskussion um strategischen Konsum wieder. Das neoliberale Dogma, Probleme seien am

45 besten individuell zu lösen, reicht weit hinein ins Bewusstsein vieler junger Leute. Im
46 Vordergrund steht zuallererst sich selbst und die eigene Leistung zu problematisieren, statt
47 gesellschaftliche Lösungen zu erkämpfen. Erfolge wiederum sind stets der Erfolg des
48 Einzelnen, gesellschaftliche Unterstützungsleistungen werden nicht als solche erkannt.
49

50 Für uns ist weiterhin klar: gesellschaftliche Machtverhältnisse prägen unsere Gesellschaft. Es
51 reicht deshalb nicht, nur jedem Einzelnen und jeder Einzelnen gleiche Chancen einzuräumen
52 und auf das Prinzip Eigenverantwortung zu setzen. Ein „gutes Leben“ kann niemals nur die
53 Aufgabe eines Individuums sein. Es ist und bleibt unsere Überzeugung, dass echte
54 gesellschaftliche Fortschritte und Gerechtigkeit nur durch den gemeinsamen Kampf erreicht
55 werden können. Das heißt Solidarität mit den weniger Begünstigten und gesellschaftlichen
56 Ausgeschlossenen, Solidarität bei der Verteilung der Arbeit, damit junge Menschen eine Chance
57 auf ein selbstbestimmtes Leben haben. Solidarität auch bei den ökologischen
58 Herausforderungen, denn auch hier müssen starke Schultern mehr tragen als schwache. Und
59 Solidarität nicht zuletzt mit den krisengebeutelten Menschen überall in Europa und der ganzen
60 Welt. Ein gutes linkes Leben für jedeN EinzelneN kann es nur in Solidarität und durch die
61 Überwindung systematischer gesellschaftlicher Ausschlussmechanismen geben.
62

63 Im gesellschaftlichen Mainstream und auch für viele junge Menschen scheint es einen
64 Widerspruch zu geben: Frei leben und entscheiden auf der einen Seite – Rücksicht nehmen und
65 solidarisch sein auf der anderen Seite. Für uns Jusos ist klar: Freiheit und Solidarität sind kein
66 Widerspruch, sondern können nur gemeinsam funktionieren. Deshalb haben wir uns die letzten
67 zwei Jahre aufgemacht und gemeinsam diskutiert: Wie viel wir braucht das ich? Wie sieht ein
68 gutes linkes Leben für alle aus? Wie wollen wir in 20 Jahren zusammen leben?
69

70 Diese Debatte haben wir nicht alleine geführt, sondern breit in den Verband getragen, in
71 Zukunftswerkstätten, auf dem Linkskongress sowie unserem Sommercamp haben wir mit euch
72 diskutiert, argumentiert und Themen aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet. Auch mit
73 unseren BündnispartnerInnen, wie den Gewerkschaften, Naturschutzverbänden oder anderen
74 Jugendparteien haben wir unsere Ideen rückgekoppelt und verschiedenen Meinungen
75 eingeholt.
76

77 In verschiedenen Themenblöcken von „Wie viel Gewissen braucht die Wirtschaft?“ und „Wie viel
78 Arbeit braucht das Leben?“ bis hin zu „Wie viel eigenen Kopf braucht die Bildung?“ und „Wie
79 viel Freiräume braucht das Zusammenwohnen?“ haben wir Thesen entwickelt und Antworten
80 formuliert. Das sind unsere Ergebnisse:
81

82 **Thesen: Wieviel Gewissen braucht die Wirtschaft?**

83
84 1. Natürliche Monopole müssen in die öffentliche Daseinsvorsorge überführt werden
85

86 Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge sind für uns jene Güter und Dienstleistungen, die der
87 Mensch braucht, um leben zu können. Für die Bereitstellung dieser Güter und Dienstleistungen
88 ist der Staat verantwortlich. Darüber hinaus ist er auch für deren Organisation und
89 Ausgestaltung verantwortlich. Der Staat muss das Soziokulturelles Existenzminimum
90 sicherstellen. Dieses muss an linken Maßstäben ausgerichtet sein. Zu den Gütern der
91 öffentlichen Daseinsvorsorgen gehören für uns unter anderem die Bildung, die Infrastruktur, der
92 Energiesektor, der Gesundheitssektor und die öffentliche Sicherheit. Auch einige Güter, bei
93 denen es ein natürliches Monopol gibt, gehören in öffentliche Hand und zur öffentlichen
94 Daseinsvorsorge, um deren Bereitstellung trotz hoher Fixkosten für alle Menschen
95 sicherzustellen.
96

97 Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge dürfen nicht ökonomisiert werden. Das bedeutet, dass
98 eine öffentliche Daseinsvorsorge nicht auf die Maximierung von Gewinnen ausgerichtet sein
99 darf, sondern sich am Wohl des Menschen ausrichten muss und nur sich selbst finanzieren darf.
100 Eine Privatisierung von Gütern der öffentlichen Daseinsvorsorge ist abzulehnen. Dort wo Güter
101 der öffentlichen Daseinsvorsorge privatisiert wurden müssen sie wieder zurück in staatliche
102 Hand gebracht werden.
103

104 Güter und Dienstleistungen, sowie auch deren Produktion, die nicht zur öffentlichen
105 Daseinsvorsorge zählen oder kein natürliches Monopol darstellen bedürfen einer umfassenden

106 staatlichen Regulierung im Sinne des Wohles aller Menschen.

107

108 Eine privatwirtschaftliche Organisation bestimmter Güter, die gerade in der Zukunft zu Gütern
109 der öffentlichen Daseinsvorsorge werden könnten ist dann zu akzeptieren, wenn sie konsequent
110 an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet und für alle gleichermaßen zugänglich ist. Dies
111 gilt bis zu dem Zeitpunkt an dem diese Güter ein natürliches Monopol darstellen.

112

113

114 2. Wir brauchen ein Wachstum nach neuen Paradigmen

115

116 Wachstum ist kein Selbstzweck, sondern muss langfristig neue Handlungsspielräume für
117 Wohlfahrt eröffnen. Dazu bedarf es einem langfristig und keinem kurzfristig ausgerichteten
118 Wirtschaften.

119

120 Dies ist in einem System in dem Wohlstand und Wachstum an den harten Fakten des BIP
121 gemessen wird nicht möglich. Deshalb bedarf es einer Abkehr vom BIP, einer Neudefinition von
122 Wohlstand und einem Paradigmenwechsel des Wachstums. Vor allem soziale Aspekte, sowie
123 Aspekte der Effizienz, Effektivität und Nachhaltigkeit müssen zukünftig herangezogen werden
124 um Wachstum zu berechnen.

125

126 Aufgabe des Staates ist es daher einerseits neue Maßstäbe zur Berechnung von Wachstum
127 und Wohlstand zu setzen. Darüber hinaus muss der Staat durch Regulierung darauf hinwirken,
128 dass eine Langfristigkeit des Wirtschaftens Einzug ins Wirtschaftssystem erhält. Auch muss er
129 dies fördern und absichern. Eine Möglichkeit um einen finanziellen Spielraum für diese
130 Umgestaltung zu generieren könnte eine Ressourcenbesteuerung bzw. Sanktionierung für
131 Unternehmen unter bestimmten Konditionen bzw. bei der Nichteinhaltung von bestimmten
132 Konditionen sein.

133

134 3. Wir brauchen nachhaltiges Wirtschaften das natürliche Ressourcen schont und die Umwelt
135 schützt

136

137 Eine Langfristigkeit des Wirtschaftens bedeutet, dass Wirtschaften sozial ökonomisch,
138 ökologisch und kulturell nachhaltig sein muss. Ein langfristiges und somit auch nachhaltiges
139 Wirtschaften ist allerdings nicht durch einen erzwungenen Verzicht der Individuen möglich,
140 sondern nur durch einen technologischen Fortschritt, durch den Ressourcenschonung und
141 Umweltschutz gefördert werden können möglich, da es nur so zu einem ressourcenneutralen
142 Wachstum kommt.

143

144 Somit ist nachhaltiges Wirtschaften als ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen.
145 Dazu bedarf es einer staatlichen Regulierung unter anderem durch die Setzung von
146 ökologischen Standards, die aber auch soziale und kulturellen Aspekte zwingend integriert.

147

148 Wir setzen aufgrund einer ökologischen Verantwortung auf nachhaltiges Wachstum. Nur so
149 können wir jenseits der Energiewende unsere Umwelt schützen und erhalten, Ressourcen über
150 Generationen gerecht verteilen und somit Fortschritt und Wohlstand für die gegenwärtige und
151 zukünftige Generationen sicher stellen.

152

153

154

155 4. Wir brauchen eine stärkere Teilhabe von ArbeitnehmerInnen an

156 Unternehmensentscheidungen und eine Beteiligung an

157 Gewinnen

158

159 Erwerbsarbeit ist lohnabhängige Arbeit, die in Entfremdung und Ausbeutung Tauschwert
160 schafft. Zudem schafft Arbeit einen Gebrauchswert und die Menschen können sich durch sie
161 selbstverwirklichen. Arbeit hat somit einen Doppelcharakter. Im Kapitalismus fließen Gewinne
162 nicht an den ArbeitnehmerInnen, sondern an die Kapitaleseite. Wir wollen, dass diejenigen, die
163 ihre Arbeitskraft veräußern an den Gewinnen des durch sie erwirtschafteten Mehrwerts stärker
164 beteiligt werden. Ein Mittel dazu sind Gewinnausschüttungen.

165

166 Genossenschaften stellen eine Alternative zu den vorherrschenden traditionellen

167 Wirtschaftsformen dar. Sie ermöglichen der ArbeitnehmerInnenseite sich an unternehmerischen
168 Entscheidungen zu beteiligen. Dadurch können sie eine Abmilderung der kapitalistischen
169 Effekte fördern und somit den Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital abschwächen. Aufgabe
170 des Staates ist es vor diesem Hintergrund Genossenschaften einen größeren
171 Handlungsspielraum (z.B. Ring der Genossenschaften) zu ermöglichen und Hürden zur
172 Überführung von Unternehmen in genossenschaftliche Wirtschaftsform abzubauen, sowie die
173 Neugründung von Genossenschaften zu fördern.

174

175 Neben Genossenschaften gehört zu einer Demokratisierung der Wirtschaft aber auch die
176 Stärkung der Betrieblichen Mitbestimmung. Diese soll auch auf operative und strukturelle
177 Unternehmensentscheidungen ausgedehnt werden, unabhängig von Betriebsgröße und
178 Rechtsform. Dies führt auch zu einer Stärkung der Gewerkschaften, da sie über die Betriebsräte
179 mehr Einflüsse auf die Unternehmen gewinnen.

180

181 5. Die EU braucht eine gemeinsame Steuer- und Fiskalpolitik

182

183 Die EU verkommt aktuell zu einem neoliberalen Konstrukt, welches wirtschaftliche Gewinne vor
184 die Würde des Menschen stellt. Der Fiskalpakt sowie die von Deutschland betriebene
185 Austeritätspolitik veranschaulicht dies exemplarisch. Eine gemeinsame Währung braucht auch
186 eine gemeinsame Steuer und Fiskalpolitik. Nur so kann garantiert werden, dass neben einer
187 Wirtschaftsunion auch eine Sozialunion etabliert werden kann. Säulen einer Sozialunion sind
188 nicht nur vor dem Hintergrund der aktuellen Krise ein Staatsfinanzausgleich, ein europäischer
189 Mindestlohn ausgerichtet am nationalen Existenzminimum, eine europäische
190 Unternehmensbesteuerung, eine Angleichung der Steuersystemen und eine
191 Kompetenzverlagerung von bestimmten steuerlichen Kompetenzen von der nationalen auf die
192 europäische Ebene.

193

194 Ein globaler Markt birgt neben den Vorteilen des freien Handels auch zahlreiche damit
195 einhergehende Risiken. Statt Freihandel brauchen wir einen partnerschaftlich organisierten
196 sozialen Welthandel. Dieser bedarf soziale, demokratische, ökologische
197 menschenrechtsbezogene und nachhaltige Standards. Dazu brauchen wir eine Abkehr von
198 Bilateralen Handelsverträgen, die meist zuungunsten der schwächeren Handelsparteien
199 ausgestaltet sind sowie eine Neuausrichtung und Stärkung von WTO und IWF.

200

201 **Wie viel Teilhabe braucht die Demokratie?**

202

203 1. Materielle Sicherheit und Bildung sind Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe

204

205

206 Die Teilhabe einer jeden/eines jeden an unserer Gesellschaft und Demokratie ist ein hohes
207 soziales Gut, für welches wir Jusos seit jeher einstehen. Gesellschaftliche Teilhabe ist aber
208 durch vielerlei Dinge beeinflusst und determiniert. So bedarf es als Grundvoraussetzung einer
209 materiellen Absicherung jedes Individuums, um überhaupt am sozialen Leben der Gesellschaft
210 teilhaben zu können. Ein linkes Leben bedeutet für uns deshalb, dass durch gute Arbeit und
211 gerechte Entlohnung jeder/jedem eine materielle Basis zur Befriedigung ihrer/seiner
212 Lebensbedürfnisse geboten wird. Diese Basis gehört für uns durch die Solidargemeinschaft und
213 den Staat abgesichert, damit niemand vom Gesellschaftsleben exkludiert wird.

214

215 Neben der materiellen Absicherung, bedarf es im Sinne gleicher und freier Menschen, weitere
216 Grundvoraussetzungen, damit jede/jeder am sozialen und politischen Leben teilhaben kann.
217 Hierzu zählt zuvorderst, dass für uns alle Menschen das allgemeine und gleiche Recht auf
218 Partizipation haben! Nur auf einer solchen Grundlage kann eine gesellschaftliche Teilhabe aller
219 gelingen. Daneben bedarf es aber auch der individuellen Befähigung: Bildung ist auch hier der
220 Schlüssel zu einer erfolgreichen Teilhabe am gesellschaftlichen und sozialen Leben sowie an
221 politischen Prozessen. Emanzipatorische Bildung hat dabei einen hohen Stellenwert, die jede
222 Einzelne/jeden Einzelnen zu mündigem, selbstdenkendem, reflektierendem und kritisch-
223 analysierendem Handeln befähigt, für eine gleichberechtigte Teilhabe aller darstellt.

224

225

226

227 2. Links leben heißt Demokratisierung aller Lebensbereiche

228

229 Für uns stellt die Demokratisierung aller Lebensbereiche die soziale Praxis zur Etablierung
230 eines demokratischen Sozialismus dar. Was sich träumerisch und sozialromantisch anhört, hat
231 für uns einen ganz realen Hintergrund. Für uns heißt Demokratie und Sozialismus, dass wir
232 nicht nur alle vier oder fünf Jahre über Vertretungskörperschaften abstimmen. Vielmehr handelt
233 es sich um einen aktiven Prozess, der sich in allen Lebensbereichen niederschlägt, bzw.
234 niederschlagen sollte. Wir sind davon überzeugt, dass ein grundsätzlicher Wandel in unserer
235 Wirtschaftsweise über eine Stärkung von Wirtschaftsdemokratie zu erreichen ist. Wir wollen,
236 dass die Belegschaften in den Betrieben stärker in die operativen Geschäftsbereiche
237 eingebunden sind und aktiver Part in der Gestaltung der Firmenpolitiken werden. Wirtschaften
238 ist für uns ein solidarischer Prozess. Links leben bedeutet daher, einen neuen Konsens über
239 den Stellenwert von Wirtschaften als solidarischen und demokratischen Prozess der
240 Bedürfnisbefriedigung einer gesamten Gesellschaft zu erreichen.

241

242 Die Demokratisierung des Wirtschaftsprozesses ist zentral für die Überwindung kapitalistischer
243 Strukturen, sie endet aber nicht dort. Für uns heißt dies praktisch, dass
244 Mitbestimmungsstrukturen in Schule oder Universität wieder gestärkt werden müssen, dass
245 Verfahren zur Beteiligung innerhalb politischer Prozesse ausgebaut werden und dass
246 letztendlich auch politische Parteien - insbesondere die sozialdemokratische - ihre Praxen
247 ändern müssen, um wieder verstärkt ein Ort des demokratischen Lebens und der
248 demokratischen Willensbildung in unserer Gesellschaft zu werden. Für uns ist hiermit aber
249 zugleich auch ein Bekenntnis zu repräsentativen Formen der Demokratie verbunden, da viele
250 Untersuchungen zeigen konnten, dass diese, im Vergleich zu direkten bzw. ergänzenden
251 Formen der Demokratie weniger sozial selektiv sind. Wir stehen zu einem Bekenntnis für die
252 direkte Beteiligung in Entscheidungsprozessen, wir glauben allerdings nicht, dass sich diese
253 zwangsläufig in einfachen Ja-oder-Nein-Entscheidung widerspiegeln kann. Politische Debatten
254 und Diskurse sind komplexer. Sie brauchen einen breiteren Diskussionsrahmen in unserer
255 Gesellschaft. Hierfür müssen durch eine fortschreitende Demokratisierung gesellschaftlicher
256 Strukturen Räume etabliert werden.

257

258 3. Den Kampf um mehr Demokratie in die Parteien tragen

259

260 Parteien haben den Auftrag, gesellschaftliche Stimmungen aufzunehmen, zu diskutieren und in
261 den parlamentarischen Prozess einzubringen. Die Mitglieder sind die tragende Säule einer
262 Partei, dies gilt insbesondere für die SPD, als Selbstorganisation politischer Subjekte, die sich
263 unter einem verbindenden Wertegerüst sammeln, für gesellschaftlichen Fortschritt kämpfen und
264 sich gegen Benachteiligung und Ausbeutung Vieler durch die Wenigen stark machen.

265

266 Wollen wir für die Demokratisierung aller Lebensbereiche kämpfen, müssen wir diesen Kampf
267 auch in unserer Partei führen. Wir erleben eine zunehmende Zentralisierung und Zuspitzung
268 politischer Entscheidungen auf wenige Spitzenfunktionäre und -gremien. Parteipolitik muss aber
269 für das einzelne Mitglied erlebbarer sein – Diskussionen müssen offen geführt werden und
270 dürfen keinen vorfestgelegten Ausgang haben. Dies heißt auch, dass wir Politik entschleunigen
271 müssen. Abwägungsprozesse brauchen Zeit und reifliche Überlegungen, einen Austausch über
272 das Für und Wider. Hierfür braucht es geeignete Räume. Dazu zählt auch eine kollegiale und
273 faire Streitkultur. Nur wenn wir es schaffen, dass wieder mehr Menschen die Mitgliedschaft und
274 das Engagement in unserer Partei als eine persönliche Bereicherung empfinden, bei der man
275 zu der Überzeugung gelangt, selber Teil gesellschaftlichen Fortschritts und der Veränderung zu
276 sein, wird die SPD eine Zukunft haben.

277

278 4. Ohne handlungsfähige Kommunen stirbt die Demokratie

279

280 Teilhabe am gesellschaftlichen und sozialen Leben erfolgt direkt vor Ort in den Städten und
281 Kommunen, sie sind die Wiege politischer Partizipation. Deshalb halten wir es für notwendig,
282 dass der Weg zur stärkeren Demokratisierung gerade über die Schaffung von
283 Beteiligungsmöglichkeiten in den Kommunen zu bestreiten ist. Wir wollen uns dafür einsetzen,
284 dass auf der lokalen Ebene ein offeneres und partizipativeres Demokratieverständnis erprobt
285 und praktiziert wird, welches Vorbild für die weiteren Ebenen werden kann. Auf der kommunalen
286 Ebene gibt es bereits heute weitreichendere Beteiligungsmöglichkeiten: So sind hier
287 UnionsbürgerInnenwahlberechtigt oder spezielle Beiräte (bspw. für Senioren, Jugendliche oder
288 Ausländerinnen und Ausländer), ermöglichen eine Einbindung weiterer AkteurInnen. Für uns

289 heißt inklusives Demokratieverständnis allerdings auch, dass die Beteiligungsrechte weiter
290 ausgebaut werden müssen. Nicht nur UnionsbürgerInnen sollen kommunales Wahlrecht
291 erhalten, sondern alle Menschen, die in der jeweiligen Kommune leben.

292

293 Das gilt natürlich auch für alle Menschen, die noch nicht 18 sind. Die Absenkung des Wahlalters
294 auf 16 Jahre, ist auf vielen Ebenen bereits umgesetzt. Es wird Zeit, dass dies auch auf
295 Bundesebene Standard wird. Viele Kommunen stehen allerdings zur Zeit stark unter Druck.
296 Kommunale Demokratie kann nur funktionieren, wenn die Kommunen handlungsfähig sind. Die
297 finanzielle Lage in den meisten Landesteilen ist jedoch mehr als miserabel. Wer die Kommunen
298 verelenden lässt, der lässt auch die Demokratie bereitwillig sterben. Die Verantwortung hierfür
299 liegt bisweilen nicht immer bei den Kommunen selbst, sondern bei der fehlenden finanziellen
300 Ausstattung durch die Länder und den Bund, die den Kommunen zwar zunehmend mehr
301 Aufgaben zuweisen, diese aber nicht ausreichend ausfinanzieren. Für "freiwillige Leistungen",
302 bleibt da meist kaum noch Spielraum, mit der Folge, dass Theater oder Schwimmbäder
303 geschlossen, Busverbindungen ausgedünnt oder Betreuungsschlüssel in Kindertagesstätten
304 erhöht werden. Dies ist kein Vorbild für eine lebendige Demokratie. Links leben heißt für uns
305 deshalb, dass wir handlungsfähige Kommunen brauchen, die vor Ort gesellschaftliche und
306 soziale Teilhabe ermöglichen, weil sie hierfür ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung
307 haben.

308

309 **Thesen: „Wie viel Freiräume braucht das Zusammenleben?“**

310

311 1. Öffentlicher Raum ist Lebensraum! Wir haben ein Recht auf Stadt!

312

313 Gesellschaftliches Leben bedeutet Kunst, Kultur, Politik und vieles mehr. Jede und Jeder hat
314 das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe, nicht umsonst hat das Bundesverfassungsgericht
315 mehrmals betont, dass JedeR ein Anrecht auf das kulturelle Existenzminimum hat. Für uns geht
316 es aber um mehr. Denn neben individueller Befähigung zur Teilhabe am gesellschaftlichen
317 Leben braucht es zugängliche Räume und Platz für Gemeinschaft. Wir erleben die zunehmende
318 Privatisierung vormals öffentlicher Räume und Räumlichkeiten und damit das Entstehen immer
319 neuer Zugangshürden. Wir wollen, dass junge Menschen sich auch dann mit ihren FreundInnen
320 treffen können, wenn sie sich die Getränkepreise im Szeneclub oder in der Innenstadt kneipe
321 gerade nicht leisten können. Wir wollen, dass politische und kulturelle Veranstaltungen auch
322 dann stattfinden können, wenn sie nicht genug Gewinn für hohe Raummieten abwerfen. Linke
323 Stadtentwicklungspolitik muss Innenstädte und Quartiere zu attraktiven Orten des
324 Zusammenlebens machen und nicht zu Konsummeilen. Öffentlicher Raum muss barrierefrei
325 zugänglich sein, damit wirklich Platz für Alle ist. Wir wollen auch keine abgeschotteten
326 Nobelviertel und soziale Segregation in unseren Städten, sondern sozial durchmischte
327 Quartiere, die Angebote für alle bereithalten. Angemessener Wohnraum ist dabei ein
328 Grundrecht! Bezahlbares Wohnen in sozial gemischten Quartieren muss staatlich abgesichert
329 und alternative Wohnformen ermöglicht werden.

330 Des Weiteren müssen Angsträume abgebaut werden. Wir stehen für eine feministische
331 Stadtpolitik!

332

333 2. Seen und Parks gehören uns allen!

334

335 Seen und Parks sind öffentliche Orte der Naherholung und müssen zugänglich bleiben. Immer
336 öfter lässt sich dagegen beobachten, dass der Zugang zu Seeufern kaum mehr möglich ist, weil
337 sich alle Ufergrundstücke in Privatbesitz befinden. Wir sagen: Es kann nicht sein, dass es in
338 einer reichen Gesellschaft wie unserer nicht möglich ist, in einen See zu springen, ohne das
339 nötige Kleingeld mitzubringen. Gebiete der Naherholung müssen frei und kostenlos zugänglich
340 sein, sie gehören in öffentliches Eigentum.

341

342 3. Jugend braucht Freiräume!

343

344 Jugend braucht Freiräume, egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Der Zugang zu Sport, Kunst
345 und Kultur muss gerade für junge Menschen kostengünstig und ohne Konsumzwang möglich
346 sein. Im ländlichen Raum bedeutet das vor allem, überhaupt Angebote zu schaffen oder solche
347 zu erhalten, die von der Schließung bedroht sind. Es darf keine weißen Flecken in der
348 Jugendarbeit geben, jede und jeder hat ein Recht auf Angebote zur Teilhabe und auf
349 Möglichkeit zur gemeinsamen Gestaltung der eigenen Freizeit – egal ob in der Metropole oder

350 auf dem platten Land. Die Formen der Jugendarbeit sind vielfältig und sollen es bleiben. Offen,
351 selbstverwaltet oder staatlich organisiert – alle diese Angebote haben ihre Berechtigung. Unser
352 Anspruch ist, dass Jugendliche selbst gestalten und mitbestimmen können und nicht über ihre
353 Köpfe entschieden wird, egal in welcher Form Jugendarbeit stattfindet. Es müssen deshalb die
354 Rahmenbedingungen geschaffen und hauptamtliche Begleitung sichergestellt werden, damit die
355 notwendigen Freiräume für ehrenamtliches Engagement eigenständige Angebotsgestaltung
356 durch Jugendliche geschaffen werden.

357

358 4. Freiräume brauchen Zeit!

359

360 Immer deutlicher wird: Immer mehr junge Menschen wollen sich nicht mehr zwischen beruflicher
361 Perspektive, Familienplanung und Freundschaften entscheiden. Gerade in der sog. „Rushhour
362 des Lebens“ prasseln unzählige Anforderungen auf uns und viele andere unserer Generation
363 ein. Wir wollen, dass Menschen eigenständig über die Gestaltung ihres Lebens bestimmen
364 können. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist Zeitsouveränität. Deshalb wollen wir in
365 Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften für eine Verkürzung der Regelarbeitszeit und mehr
366 Flexibilität in der Gestaltung von Arbeitszeiten streiten. Es gilt, für eine neue Balance zwischen
367 Arbeit und Freizeit zu sorgen! Damit ermöglichen wir auch mehr gesellschaftliches Engagement
368 und schaffen die Rahmenbedingungen für ein Leben, in dem Familien- und Sorgearbeit,
369 Ehrenamt und Erwerbsarbeit miteinander im Einklang und nicht sich gegenseitig im Weg
370 stehen. Freiräume braucht es aber nicht erst mit dem Eintritt in Ausbildung und Erwerbsleben –
371 auch Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf unverzweckte Zeit, die sie selbst gestalten
372 können. Wir wollen, dass neben Ganztagsangeboten an der Schule – welche wir auch für
373 Vereine und Verbände öffnen wollen - noch Zeit für außerschulische Aktivitäten oder einfach nur
374 eigenständig gestaltbare Freizeit bleibt.

375

376 5. Teilhabe braucht Mobilität!

377

378 Whatsapp, Facebook, zahlreiche Möglichkeiten über Entfernung in Kontakt zu bleiben – viele
379 Dinge erleichtert der Digitale Wandel. Und dennoch bleibt es im Kern dabei: Nur wer dorthin
380 kommt, wo etwas passiert kann auch Teil sein und teilhaben. Gerade junge Menschen sind
381 deshalb auf nicht-individuelle Mobilität angewiesen. Für alle zugängliche und regelmäßige
382 ÖPNV-Angebote, die sich JederR leisten kann sind für uns deshalb eine Grundvoraussetzung
383 für gesellschaftliche Teilhabe. Unser Ziel ist ein kostenloser ÖPNV in Stadt und Land. So
384 reduzieren wir auch motorisierten Individualverkehr und schützen die Umwelt.

385

386 6. Gleichwertige Lebensverhältnisse sind nicht verhandelbar!

387

388 Stadt und Land bieten unterschiedliche Vorzüge und Nachteile, die sich aufgrund der
389 verschiedenen strukturellen Bedingungen ergeben. Für uns ist jedoch klar, dass es in staatlicher
390 Verantwortung liegt, gleichwertige Lebensverhältnisse auch zwischen Stadt und Land zu
391 gewährleisten. Dazu müssen wir intelligente Konzepte entwickeln, wie Metropolen und
392 Oberzentren mit dem Umland in Verbindung stehen und gegenseitig voneinander profitieren
393 können. Nicht in allen von Abwanderung betroffenen Regionen wird sich der
394 Schrumpfungsprozess stoppen lassen. Das darf aber kein Grund für einen Rückzug des
395 Staates und eine Absage an politische Gestaltungsansprüche sein. Gerade hier braucht es
396 Konzepte und damit verbundene Investitionen, um auch schrumpfende Städte und Gemeinden
397 als lebenswerte Räume zu erhalten. Insbesondere die Digitalisierung bietet auch für den
398 ländlichen Raum enorme Potentiale, indem sie Sharing-Modelle ermöglicht und Dinge von
399 Daheim erledigt werden können, für die sonst weite Wege nötig werden. Deshalb setzen wir uns
400 für den flächendeckenden, sozialen, Breitbandausbau ein – egal ob in der Stadt oder auf dem
401 Land.

402

403 **Thesen: „Wie viel eigenen Kopf braucht die Bildung?“**

404

405 1. Bildung ist Erziehung zu Mündigkeit und kritischem Denken

406

407 Bildung ist die soziale, gesellschaftliche und ökonomische Frage unserer Zeit. Sie befähigt zu
408 demokratischer Teilhabe und sozialer Verantwortung, sie soll Chancen für alle eröffnen. Bildung
409 darf deshalb nicht kapitalistischen Prinzipien unterworfen sein. Sie soll sinnstiftend aber auch
410 Selbstzweck sein. Ziel ist nicht die wirtschaftliche Verwertbarkeit von Bildungsinhalten. Bildung -

411 auch nonformale Bildung – ist vielmehr eine der wesentlichen Voraussetzungen für ein
412 selbstbestimmtes Leben, für die Befähigung zur kritischen Auseinandersetzung mit
413 gesellschaftlichen Zuständen aber auch für Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt. Obgleich
414 diese Chancengleichheit ein Bildungsziel ist, werden wir unser System des lebenslangen
415 Lernens niemals dem ökonomischen Druck zum Opfer fallen lassen.

416

417 Wir wollen demokratische Bildungsinstitutionen, die für alle Beteiligten individuelle Lernprozesse
418 ohne starre Vorgaben ermöglichen. Ziel unseres Bildungsideals ist deshalb nicht das
419 Auswendiglernen von Inhalten, sondern die Erziehung zur Mündigkeit und zum kritischen
420 Denken. Wir wollen ein Bildungssystem, das allen Menschen Chancen bietet – von
421 frühkindlicher bis Erwachsenenbildung.

422

423 In Bildungsinstitutionen soll die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Zuständen und
424 Veränderungen im Mittelpunkt stehen. Unser Ziel ist es, so die Steigerung der politischen
425 Partizipation zu erreichen. Eine progressive Bildungspolitik ist entscheidend für
426 Selbstbestimmung und soziale Teilhabe und fördert die demokratische Entwicklung. Bildung in
427 dieser Form bedeutet ständige gesellschaftliche Selbstreflexion und ist Lebensgrundlage
428 menschlicher Gemeinschaft.

429

430 2. Ein inklusives Bildungssystem muss frei von Wettbewerbsgedanken allen offen stehen.

431

432 Das Bildungssystem ist heute ein Raum, in dem Menschen von Beginn an in verschiedene
433 Schubladen gesteckt und voneinander separiert werden. Das dreigliedrige Schulsystem trennt
434 SchülerInnen, bevor sie sich überhaupt richtig entwickeln können. Ein Studium an einer
435 Hochschule können sich nur die leisten, die finanziell unterstützt werden. Und längst nicht alle
436 Betriebe bilden aus. Wir setzen uns dafür ein, dass jedeR eine Chance und, wenn notwendig,
437 auch weitere Chancen bekommt.

438

439 Bildung ist aber nicht nur als Bringschuld der Politik an die BürgerInnen zu betrachten, sondern
440 als durch den Staat unterstützter – nicht gelenkter – Prozess, an dem alle Menschen
441 partizipieren. Der muss Staat die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle Menschen in der
442 Lage sind, Bildung zu erfahren, aber auch die zeitlichen wie örtlichen Freiräume haben, sich zu
443 bilden.

444

445 Wir wollen deshalb ein inklusives Bildungssystem, an dem alle partizipieren können, damit sie
446 auch an gesellschaftlichen Prozessen teilhaben können. Kein Mensch darf aufgrund einer
447 Beeinträchtigung und/oder chronischen Erkrankung, des Elternhauses, der finanziellen
448 Möglichkeiten oder einem besonderen Förderbedarf „aussortiert“ werden. Bildungsinstitutionen
449 müssen allen offen stehen – beispielsweise auch Geflüchteten. Unser inklusives
450 Bildungssystem beginnt mit einer Kindertagesstätte für alle und verhindert die Spaltung in
451 unterschiedliche Schulformen.

452

453 3. Die Demokratisierung von Bildungseinrichtungen ist Voraussetzung der Demokratie.

454

455 Wir wollen, dass alle Menschen zum aktiven Leben demokratischer Teilhabe befähigt sind.
456 Partizipation an demokratischen Prozessen – von der Wahl bis zur Demonstration – ist Teil
457 unseres Bildungsziels. Wir begreifen Bildungsinstitutionen daher als Schulen der Demokratie.
458 Diese müssen ihrerseits aber auch demokratischen Strukturen unterliegen. Wir fordern daher
459 die Demokratisierung aller Bildungseinrichtungen. Das meint die gleichberechtigte
460 Mitbestimmung aller an den jeweiligen Institutionen beteiligten Menschen in
461 Selbstverwaltungsgremien. Mitbestimmung muss möglichst früh im Kindesalter beginnen und
462 stets altersgerecht ausgestaltet werden. Das Alter darf nicht als Ausrede für mangelnde
463 Beteiligung genutzt werden. Langfristig verlangen wir die Abschaffung unterschiedlicher
464 Statusgruppen, damit allen Beteiligten das gleiche Stimmgewicht eingeräumt wird.

465

466 Neben der paritätischen Mitwirkung aller Gruppen in Selbstverwaltungsgremien braucht es
467 starke autonome Vertretungen von SchülerInnen, Studierenden und Auszubildenden, die auf
468 allen Ebenen gesetzlich verfasst sind. Um das Engagement in diesen Strukturen allen
469 gleichermaßen zu ermöglichen, muss es ausreichend Freiräume in Schule und Hochschule
470 geben. Die Vertretungen brauchen ein allgemeinpolitisches Mandat, damit sie die Interessen
471 ihrer Gruppen angemessen wahrnehmen können. Die konstruierte Trennung zwischen

472 Bildungs- und Allgemeinpolitik ist falsch. Bildungsinstitutionen sind Teil der Gesellschaft und
473 deshalb nicht von ihr getrennt zu betrachten.

474

475 Auch die Erziehung zum Antimilitarismus ist für uns Bildungsziel. Die Präsenz der Bundeswehr
476 in Bildungseinrichtungen zur Werbung lehnen wir ab. Diskussionen, bei denen SoldatInnen,
477 FriedenspädagogInnen und ExpertInnen kontrovers diskutieren, können dennoch sinnvoll sein –
478 denn die Mitglieder von Bildungsinstitutionen haben auch ein Recht auf Information und
479 Austausch. Die Veranstaltungen müssen freiwillig ausgestaltet und für alle interessierten
480 Menschen offen sein.

481

482 4. Die Bildungsfinanzierung ist staatliche Aufgabe – aber zum Teil auch Pflicht der
483 Privatwirtschaft.

484

485 Bildungsinstitutionen müssen vom Staat bedarfsgerecht ausfinanziert werden.
486 Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen aber auch Weiterbildungseinrichtungen und
487 Kulturinstitutionen zu unterhalten und zu fördern, ist allein staatliche Aufgabe. Eine
488 privatwirtschaftliche Einflussnahme auf Lern-, Lehr- und Forschungsinhalte lehnen wir ab. Doch
489 nur wenn der Staat die Möglichkeiten des lebenslangen Lernens sichert, hat er selbst die Hoheit
490 über Bildungsinhalte. Das bedeutet auch, dass in religiösen Fragen Neutralität gelten muss.
491 Bildungsinhalte sollen frei von jeglicher Religion sein. Wir stehen für eine Bildung für Vielfalt und
492 fordern daher Ethiklehre statt Religionsunterricht. Religiöse Bildung und Ausbildung sind
493 Privatsache und nicht von staatlicher Seite zu subventionieren.

494

495 Schrankenlose Privatisierungen im Bildungsbereich, die die Verwertung kultureller Leistungen
496 voraussetzen, haben zum massiven Abbau öffentlicher Infrastruktur geführt. In diesem
497 staatlichen Handeln wird aber zugleich ein großes Dilemma des Neoliberalismus deutlich: Er
498 möchte einerseits die Ausgaben für die öffentliche Bildungspolitik möglichst gering halten, aber
499 andererseits zugleich Bildung, Wissenschaft und Forschung als Standortvorteile und
500 ökonomische Ressourcen nutzen. Dass diese Politik zum Scheitern verdammt ist, ist
501 offenkundig. Es muss bei der Bildung stets um die soziale Ebene als Teil von
502 Gesellschaftspolitik gehen.

503

504 Zugleich sehen wir die Wirtschaft aber in einer besonderen Verantwortung für die Finanzierung
505 der betrieblichen Aus- und Weiterbildung. Wir wollen eine solidarische Ausbildungsplatzumlage,
506 damit Betriebe, die nicht ausbilden, sich an den Kosten beteiligen. Die duale Ausbildung wollen
507 wir weiter stärken. Die Berufsschulen müssen besser ausgestattet werden. Die Qualität der
508 Ausbildung muss gestärkt werden. Diese Weiterbildung muss auch die Privatwirtschaft
509 mitfinanzieren. Der Staat und die Privatwirtschaft müssen gemeinsam ein Recht auf
510 Weiterbildung und Bildungsurlaub in einem angemessenen Umfang gewährleisten.

511

512 5. Der Zugang zu Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein

513

514 Wir stehen ein für ein Bildungssystem für alle. Von der frühkindlichen Bildung bis zur
515 Hochschule und zur betrieblichen Weiterbildung verlangen wir die Kostenfreiheit von Bildung für
516 alle, um allen die gleichen Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe und zur Partizipation an
517 Bildung zu ermöglichen. Eine Unterschiedliche soziale Herkunft oder finanzielle Ungleichheiten
518 im Elternhaus dürfen keine Bedeutung haben. Wir wollen sie frühestmöglich abfangen. Für die
519 bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf verlangen wir staatliche, gebührenfreie
520 Kindertagesstätten. Es braucht einen Rechtsanspruch auf die Ganztagsbetreuung.

521

522 Auch das dreigliedrige Schulsystem ist falsch und ungerecht. Wir wollen eine integrierte
523 Gemeinschaftsschule für alle: eine Ganztagsschule, die allen die gleichen Möglichkeiten gibt.
524 Jedem Kind müssen durch individuelle Betreuung Chancen und Entwicklungsperspektiven
525 gegeben werden. Um dies zu erreichen, setzen wir uns für eine bessere Qualifizierung und
526 Weiterbildung des pädagogischen Personals ein. Wir wollen auch den Zugang zur Hochschule
527 für alle möglich machen. . Insbesondere muss allen ein Studium ermöglicht werden, indem
528 Studienplatzkapazitäten ausgebaut und Hürden beim Zugang abgebaut werden.

529

530 Wir lehnen jede Form von Bildungsgebühren aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen
531 Gründen ab. Zugleich streiten wir für eine sozial gerechte Ausbildungsförderung, die
532 bedarfsgerecht ausgestaltet ist und allen Menschen unabhängig von ihren Eltern eine

533 Ausbildung oder Studium ermöglicht. Es darf niemals darum gehen, im Bildungsbereich eine
534 Gewinnmaximierung durch Sparen auch im Bereich der Ausbildungsfinanzierung zu betreiben.
535 Auch hier gilt: Bildung ist keine Ware.

536

537 6. Die Digitalisierung des Bildungsbereiches muss als Chance der Inklusion genutzt werden.

538

539 Die Digitalisierung des Bildungsbereiches sehen wir als Herausforderung, die wir gestalten
540 wollen. Wir betrachten sie vor allem als Chance für Inklusion. Diese wollen wir fördern.

541 Technische wie soziale Ursachen tragen jedoch heute dazu bei, dass nicht jeder
542 gleichermaßen an der digitalen Entwicklung teilhaben kann. Nur wenn nicht nur der Ausbau
543 technischer Infrastruktur sondern auch eine Stärkung der Medien- und Informationskompetenz
544 gelingt, können alle von den Potentialen der Digitalisierung profitieren. Wir verstehen
545 Medienkompetenz als Querschnittsaufgabe, die in allen Bildungseinrichtungen weiter in den
546 Mittelpunkt gerückt werden muss. Auf dem Weg dorthin braucht es ein eigenes Schulfach
547 „Computing“, um Medienkompetenz möglichst früh zu vermitteln.

548

549 Die Digitalisierung ermöglicht es, weltweite Bildungsangebote in Anspruch zu nehmen. Doch die
550 kritische Auseinandersetzung mit anderen Menschen in Diskussionen und Debatten ist
551 essentieller Bestandteil unseres Bildungsideals. Die digitale Lehre darf daher nicht zur
552 Verdrängung des Präsenzlernens führen, sondern ist ganz im Sinne des blended learning als
553 eine Ergänzung einzusetzen, wo Lernprozesse dies sinnvoll zulassen. Doch erkennen wir auch
554 an, dass durch digitale Bildungsangebote sich Menschen weiterbilden können, die aufgrund der
555 Ort- und Zeitgebundenheit bisher keine Weiterbildung wahrnahmen. Diese Form der
556 Weiterbildung wollen wir unterstützen.

557

558 „Open Educational Resources (OER)“ können einen wesentlichen Beitrag zur inhaltlichen
559 Weiterentwicklung unseres Bildungssystems leisten. Frei zugängliche Lehr- und Lernmaterialien
560 die weitergegeben, weiterentwickelt und geteilt werden können, stärken vor allem die
561 Chancengleichheit. OERs sollten in unser Bildungssystem integriert und die didaktischen
562 Möglichkeiten mittels freier Lizenzen und Formate weiterentwickelt werden. Eine umfassende
563 technische Ausstattung und die Schaffung entsprechender Infrastrukturen sind notwendige
564 Voraussetzungen für den erfolgreichen Einsatz digitaler Medien in der Bildung. Beim Einsatz
565 mobiler Endgeräte muss aus sozialen Aspekten die Anschaffung einheitlicher Geräte durch die
566 Bildungsinstitution die Regel sein.

567

568 **Thesen: „Wie viel Neues braucht die Gesellschaft?“**

569

570 1. Tolerante und Diskriminierungsfreie Gesellschaft

571

572 Wir wollen in einer offenen, akzeptierenden und diskriminierungsfreien Gesellschaft leben. Noch
573 immer gehören jedoch Diskriminierung, Rassismus, Sexismus und Frauenfeindlichkeit zu
574 unserem Alltag.. Alle Menschen sollen sich frei entfalten können, ohne dabei auf Grund ihres
575 Geschlechts, ihrer Religion, ihrer sexuellen Identität, ihrer Hautfarbe ausgegrenzt oder
576 schikaniert zu werden. Damit dies Realität wird, braucht es weiterhin demokratische Arbeit, um
577 Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt oder auf der Straße entgegen zu wirken. Dazu gehören
578 sowohl Antidiskriminierungsgesetze, als auch ein Entgeltgleichheitsgesetz, um endlich der
579 unterschiedlichen Bezahlung von Männern und Frauen entgegen zu wirken. Darüber hinaus
580 braucht es einen gesellschaftlichen Wandel, damit Rassismus und Sexismus in den Köpfen der
581 Menschen wirksam bekämpft werden kann.

582

583 2. Alte Rollenmuster überwinden - Verantwortung übernehmen

584

585 Der Ehe- und Familienbegriff haben sich im Laufe der Zeit stark verändert. Immer öfters gibt es
586 Paare, die zusammenleben möchten, ohne dabei den Bund der Ehe eingehen zu wollen. Diese
587 Menschen lieben sich genauso wie verheiratete Paare. Wenn sie Kinder haben, übernehmen
588 sie genauso Verantwortung für diese. Wir Jusos wollen uns dafür einsetzen, dass alle
589 Menschen die Verantwortung für Kinder oder füreinander übernehmen, gleichberechtigt
590 nebeneinander stehen - Mit Trauschein oder ohne. Als Grundlage dazu könnten das Konzept
591 der PACs (pacte civil de solidarité) aus Frankreich sein. Darüber hinaus wollen wir die
592 LebenspartnerInnenschaft für alle ebenso öffnen wie die Ehe. Kinder brauchen Eltern, die sich
593 um sie kümmern, dabei ist es aber unerheblich, ob dies nun Vater und Vater, Mutter und Mutter

594 oder Vater und Mutter sind. Die Hauptsache ist, dass es den Kindern gut geht. Ein besonderes
595 Augenmerk muss auch auf Alleinerziehenden Eltern liegen. Eine modere Gesellschaft muss es
596 ihnen ermöglichen Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen. Mit alten Rollenmustern
597 brechen heißt für uns auch, das klassische Familienmodell mit einem männlichen
598 Hauptverdiener und einer weiblichen Reproduktionsarbeiterin zu überwinden. Männer und
599 Frauen sollen zu gleichen Teilen Erwerbs- und Reproduktionsarbeit nachgehen. Dies sichert
600 Frauen über eigene, gut bezahlte Erwerbsarbeit langfristig und selbstständig ab und erlaubt es
601 Männern, sich selbst in Haus- und Sorgearbeit zu verwirklichen. Dabei wollen wir außerdem
602 sicher stellen, dass sich Elternteile nicht aus ihrer Verantwortung stehlen, und dem anderen
603 Elternteil die alleinige finanzielle Belastung und Sorgearbeit überlässt.

604

605 3. Die Digitalisierung aller Lebensbereiche gestalten anstatt nur zur verwalten

606

607 Der technische Fortschritt und die Digitalisierung aller Lebensbereiche haben in den
608 vergangenen Jahren immer größere Sprünge nach vorne gemacht. Dabei kann die Politik dies
609 nicht aufhalten, sondern allerhöchstens ausbremsen. Ziel jungsozialistischer Politik muss es
610 daher sein, diesen Fortschritt so zu gestalten, dass er dem Wohle aller Menschen dient.

611

612 Damit aber alle Menschen daran teilhaben können, muss unbedingt der Zugang zum Internet
613 als Grundrecht der Daseinsvorsorge definiert werden und die Vermittlung von Internet- und
614 Medienkompetenz bereits in den Kinderschuhen unterrichtet werden.

615

616 An weiten Teilen unserer Kommunikation und Internetnutzung haben große Konzerne teil und
617 sammeln dabei personenbezogene Daten. Wir müssen die Selbstbestimmung der Nutzer*innen
618 bei der Verwendung ihrer Daten durch Dritte sichern und den allgemeinen Datenschutz
619 ausbauen.

620

621 Auch auf unser Arbeitsleben hat die fortschreitende Digitalisierung großen Einfluss. Sie kann die
622 Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern, aber auch zu ständiger Erreichbarkeit und
623 Überwachung führen. Sie beeinflusst ganze Berufsbranchen. Die Politik muss hier daher klare
624 Regeln zum Schutz der ArbeitnehmerInnen treffen.

625

626 4. Selbstbestimmte Gesellschaft - Cannabis legalisieren

627

628 Viele Menschen in Deutschland kiffen regelmäßig, daran ändern auch Verbote nichts. Die
629 allermeisten der KifferInnen in Deutschland konsumieren bewusst und verantwortungsvoll. Sie
630 schaden niemandem und doch werden sie wie Kriminelle behandelt. Damit muss Schluss sein!
631 Wir wollen, dass der Konsum von Cannabis, Anbau und Handel legal werden und jedeR selbst
632 bestimmen kann, ob sie kiffet oder es lässt.

633

634 5. Miteinander Entscheiden statt über Köpfe hinweg

635

636 Wir müssen die Beteiligungsmöglichkeiten der Menschen an politischen Entscheidungen
637 verbessern. Dies ist ein Schritt um einer zunehmenden Politikverdrossenheit entgegenzuwirken.

638

639 Besonders die Beteiligung junger Menschen muss ausgebaut werden. Heute entscheidet die
640 Politik über sie, aber oftmals nicht mit Ihnen. Ein Wahlrecht ab 16 Jahren auf allen Ebenen soll
641 helfen, dass bei politischen Entscheidungsprozessen auch die Belange junger Menschen
642 stärker berücksichtigt werden. Junge Leute sind keinesfalls unpolitisch. Aber viele nervt
643 gewaltig, dass sie nicht mitbestimmen dürfen. Sie müssten schon in der Schule oder der
644 Ausbildung merken, dass sie Einfluss auf Entscheidungen haben. Dass sich konkret etwas
645 verändert, weil sie da sind und sich einbringen.

646

647 Parteien müssen einen Teil ihrer vorderen Listenplätze bei Wahlen für junge Menschen
648 reservieren. Junge Menschen sollten entsprechend dem Anteil ihrer Altersgruppen an der
649 Bevölkerung in den Parlamenten vertreten sein.

650

651 **Wie viel Arbeit braucht das Leben?**

652

653 1. Wir brauchen einen Rechtsanspruch auf Arbeit

654

655 Erwerbsarbeit bleibt für uns zentral. Sie sichert Menschen ein Auskommen und hat eine
656 wichtige Integrationsfunktion in die Gesellschaft. Wir fordern einen Rechtsanspruch auf Arbeit,
657 der es Menschen erlaubt, selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen zu können und die
658 integrativen Funktionen von Arbeit zu nutzen.

659

660 2. Arbeitszeit muss umverteilt werden

661

662 Viele Menschen arbeiten deutlich mehr als sie gerne würden – leisten große Zahlen an
663 Überstunden und haben kaum Zeit für ihre Familien, ihr soziales Umfeld oder zur individuellen
664 Entfaltung. Andere, insbesondere Frauen, können von ihrem Halbtagsjob nicht auf mehr
665 Stunden aufstocken oder finden gar nicht erst eine Arbeitsstelle. Deshalb wollen wir Arbeit
666 umverteilen! Menschen müssen mehr Zeit haben, sich um ihre Angehörigen zu kümmern, Zeit
667 mit ihrer Familie zu verbringen, Zeit für Ehrenamt und Muße. Wir brauchen ein neues
668 Normalarbeitsverhältnis, das von einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 30 Stunden
669 ausgeht. Darüber hinaus müssen auch andere Arbeitszeiten neben der Erwerbsarbeit (bspw.
670 Pflege- und Sorgearbeit) deutlich besser abgesichert werden. Dafür ist für uns die
671 Arbeitsversicherung das Mittel der Wahl.

672

673 3. Mitbestimmungsrechte am Arbeitsplatz müssen radikal ausgeweitet werden

674

675 Wirtschaftsdemokratie, Teilhabe und Partizipation an Arbeits- und Produktionsstätten ist viel zu
676 lange in den Hintergrund der politischen Debatte getreten. Mitbestimmung am Arbeitsplatz ist
677 der zentrale Angriffspunkt zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe und der Verflüssigung der
678 Grenzen zwischen Arbeit und Kapital und bestes Instrument im Kampf für gute Arbeit. Neben
679 traditionellen Teilhabemöglichkeiten sollten wir gesellschaftlichen Wandel nutzen, und neue
680 Partizipationsmöglichkeiten diskutieren. Dabei brauchen wir mehr Verantwortung statt mehr
681 Verstaatlichung. Menschen wollen und sollen an ihren Arbeitsstätten teilhaben und mehr
682 Verantwortung übernehmen. Neben kollektiver Mitbestimmung brauchen wir auch mehr
683 individuelle Partizipationsmöglichkeiten. Dies entspricht einerseits dem Puls der Zeit und dem
684 Wunsch von vielen Menschen nach mehr direkter Teilhabe und individuellen Lösungen,
685 gleichzeitig können Gewerkschaften über eine Verabschiedung von der StellvertreterInnenpolitik
686 ArbeitnehmerInnen direkter einbinden.

687

688 4. Digitalisierung ist die Zukunft der Arbeit

689

690 Der Digitale Wandel hat die Arbeitswelt längst erreicht. Wir können und wollen diese nicht
691 aufhalten sondern gestalten. Dabei müssen Arbeits- und Aufgabenfelder natürlich unseren
692 Standards guter Arbeit entsprechen. Technischer Fortschritt kann z.B. dabei helfen, gefährliche
693 und unattraktive Arbeit zu reduzieren oder generelle Spielräume für Arbeitszeitverkürzungen
694 schaffen. Arbeit wird darüber hinaus flexibler, und kann sich damit mehr an die Bedürfnisse der
695 Menschen anpassen. Wichtig ist dabei, dass sich Flexibilität an den Bedürfnissen der
696 ArbeitnehmerInnen orientiert (nicht an denen, der ArbeitgeberInnen). Für die Gleichstellung der
697 Geschlechter sind flexiblere Arbeitszeiten eine wichtige Voraussetzung, um Frauen und
698 Männern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Damit dies gelingen kann und
699 möglichst viele Menschen von der Flexibilität profitieren, müssen neben den Menschen selbst
700 auch Gewerkschaften und Betriebsräte auf diese Herausforderung vorbereitet werden. Um die
701 Digitalisierung der Arbeitswelt kritisch und konstruktiv zu begleiten müssen Betriebsräte
702 zukünftig besser aus- und weitergebildet werden. Neben positiven Entwicklungen kann die
703 Digitalisierung durch technischen Fortschritt auch z.B. zu dem Wegfall bestimmter Arbeitsfelder
704 führen. Wir benötigen Kompensation und Alternativen, für Menschen deren bisherige
705 Aufgabenfelder davon betroffen sein können. Insgesamt muss die Digitalisierung der Arbeitswelt
706 zu einem Mehr an guter Arbeit für alle führen. Die Schaffung neuer atypischer Formen von
707 Arbeit, z.B. durch einen höheren Grad an Flexibilisierung, lehnen wir entschieden ab.

708

709 5. Menschen müssen sich während des ganzen Lebensverlaufs weiterbilden

710

711 Nicht nur aber auch auf Grund von Digitalisierung und ständigem Wandel der Arbeitswelt
712 müssen Menschen im Laufe ihres Lebens kontinuierlich weiterbilden. Die
713 Qualifikationsanforderungen für Arbeitsplätze steigen und verändern sich stetig, dem
714 entsprechend wollen wir Weiterbildung für alle Menschen ermöglichen und sie dabei, zeitlich
715 und monetär unterstützen. Die von uns beschriebene Arbeitsversicherung ist unser Garant für

716 die Ermöglichung einer dauerhaften und gut abgesicherten Weiterbildungs- und
717 Qualifizierungsphase.

718

719 6. Gleichstellung wird auf dem Arbeitsmarkt entschieden

720

721 Die Gleichstellung zwischen Frau und Mann wird auf dem Arbeitsmarkt entschieden. Dafür
722 brauchen wir weiterhin jegliche Unterstützung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für
723 Frauen und die stetige Forderung und Förderung von Männern, mehr Familien- und Sorgearbeit
724 zu übernehmen. Unser Ziel ist es, so viel wie möglich Reproduktionsarbeit zu Erwerbsarbeit
725 machen und somit mehr und mehr unbezahlte Arbeit zu bezahlter zu machen und zu
726 vermarktlischen. Dies bedeutet natürlich nicht, sie allein der Willkür des freien Marktes zu
727 überlassen, sondern notwendige Tätigkeiten z.B. Kinder- oder Altenpflege staatlich zu
728 unterstützen. Damit muss für uns einher gehen, dass Sozialberufe finanziell deutlich
729 aufgewertet werden. Um die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt weiter zu fördern ist die
730 obligatorische Vaterschafts-Auszeit ein Instrument, das Männer (analog zum Mutterschutz)
731 zwischen 8 und 10 Wochen bei der Geburt eines Kindes vom Arbeitsplatz fern halten soll.
732 Obwohl der Gender Pay Gap längst nicht überwunden ist, sinkt dieser Dank verschiedener
733 politischer Maßnahmen zumindest ein wenig. Weiterhin massiv hoch sind Gender Income Gap
734 und Gender Pension Gap. Sowohl Vermögen als auch Rentenansprüche sind weiterhin massiv
735 ungleich zwischen den Geschlechtern verteilt. Dagegen wollen wir sowohl mit den natürlichen
736 Mitteln des Arbeitsmarktes als auch geschlechterspezifischer Umverteilungsinstrumente
737 entgegen wirken.

738

739 **Wie viel Kampf braucht die Welt?**

740

741 1. Politik muss weltweit Voraussetzungen für Selbstentfaltung schaffen

742

743 Jeder Mensch ist täglich Kämpfen ausgesetzt. Diese können im kleinen, privaten Kreis
744 stattfinden oder sich über ganze Menschengruppen und Regionen ziehen.

745

746 Unser Kampf ist immer ein politischer, der sich vor allem auf Veränderungen im Sozialen und
747 Wirtschaftlichen bezieht. Wir führen ihn gegen Strukturen, die die Selbstentfaltung der
748 Menschen verhindern. Dieser Kampf endet nicht an nationalstaatlichen Grenzen. Wir führen ihn
749 international. Zum Internationalismus zählt für uns das Organisieren in großen, globalen
750 Netzwerken, die demokratisch agieren und das Wissen und die Fähigkeiten aller verbinden.
751 Ihnen werden die nötigen Kompetenzen und Mittel zur Verfügung gestellt, um Beschlüsse in
752 Handeln umzusetzen.

753

754 2. Demokratisierung aller Lebensbereiche durch die Europäische Union

755

756 Die Europäische Union ist ein erster Schritt zu einem internationaleren Kampf. Sie muss eine
757 Vorreiterrolle auf dem Weg zum demokratischen Sozialismus übernehmen. Damit geht eine
758 umfassende Demokratisierung aller Politik- und Lebensbereiche einher. Auch muss sie eine
759 größere Rolle bei der Vermeidung und Bewältigung von Konflikten spielen. Um das zu
760 ermöglichen, müssen Ungleichheiten zwischen und in Gesellschaften abgebaut werden - nicht
761 nur in Europa, sondern weltweit. Auch spielt die EU eine herausragende Rolle, wenn es darum
762 geht, die Welt friedlicher zu machen. Ein erster Schritt dazu ist, dass nationale Armeen
763 abgeschafft und eine europäische Armee geschaffen wird. Das kann aber nur geschehen, wenn
764 linke, progressive Kräfte die Deutungshoheit über die EU erlangen und wir sie nach unseren
765 Idealen gestalten.

766

767 3. Entwicklungszusammenarbeit muss die Bedürfnisse der Menschen nach vorne stellen

768

769 Die globale Verteilungsungerechtigkeit ist allgegenwärtig. Die Spaltung zwischen dem globalen
770 Süden und dem Globalen Norden ist weder überwunden, noch zurückgegangen. Sie schreitet
771 aufgrund der auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Produktionsweise immer weiter voran. Die
772 Bedürfnisse von Menschen geraten in den Hintergrund; Armut und Existenzängste prägen den
773 Alltag. Die Umwelt wird auf Kosten der schwächsten ausgebeutet. Ein selbstbestimmtes Leben
774 in Würde ist vielerorts nicht möglich.

775

776 Internationale Solidarität erfordert vor dem Hintergrund des Nord-Süd-Gefälles, den „Schutz“,

777 der Unterstützung der Menschen und somit auch der Umwelt. Dazu müssen Systeme die
778 Existenzängste erzeugen überwunden werden. Wir wollen Menschen dazu befähigen sich
779 selbständig zu verwirklichen. Daher muss Entwicklungszusammenarbeit so gestaltet sein, dass
780 die Bedürfnisse der Menschen an erster Stelle stehen und nicht die der Wirtschaft. Es kann uns
781 dabei nicht nur darum gehen die Folgen des Widerspruches zwischen Arbeit und Kapital im
782 globalen Norden abzufedern und die Folgen im globalen Süden zu vernachlässigen. In einer
783 globalisierten Welt muss auch der Arbeitskampf global geführt werden.

784

785 Globale Verteilungsgerechtigkeit sorgt für Sicherheit und bringt freie Entfaltungs- und
786 Entscheidungsmöglichkeiten für alle mit sich. Sie ist somit ein wichtiger Baustein für globalen
787 Frieden. Und eine unumgängliche Voraussetzung des demokratischen Sozialismus.

788

789 4. Konfliktmanagement muss langfristige Perspektiven schaffen und Präventionsarbeit
790 betreiben

791

792 Kriege und Konflikte finden oftmals nicht mehr zwischen zwei Staaten statt. Asymmetrische
793 Kriege und Konflikte treten immer mehr und mehr an deren Stelle. Die Gründe sind so
794 unterschiedlich wie die Konflikte. Ungleiche Zugänge, zu natürlichen Ressourcen, Armut,
795 gesellschaftliche Ungleichheit, unzureichende Freiheiten, staatliches Versagen oder
796 Unterdrückung sind nur einige der Auslöser dieser neuen Kriege und Konflikte.

797

798 Für asymmetrische Konflikte und Kriege kann es kein Allgemeinrezept geben. Es zeigt sich
799 aber, dass ein Konfliktmanagement, das nur auf Interventionen und kurzfristige Waffenruhe
800 ausgerichtet ist keine Lösung ist. Es gilt die Ursachen dieser Kriege und Konflikte zu
801 bekämpfen.

802

803 Präventionsarbeit und Konfliktmanagement stellen daher die wichtigste Säule unserer
804 Außenpolitik dar. Krieg und Krisen begegnen wir prinzipiell mit dem Vorrang nichtmilitärischer,
805 friedens- und vertrauensbildender Ansätze. Jedwedes Eingreifen in bewaffnete Konflikte in
806 souveränen Staaten bedarf aus Sicht der Jusos eines Mandats der UN. Keinesfalls dürfen
807 nationale Alleingänge oder "Koalitionen der Willigen" sich als moralisches Recht zur Intervention
808 konstruieren. Ebenso müssen entsprechend bewaffnete und zivile Missionen unter dem
809 Oberbefehl der Vereinten Nationen stattfinden. Nur so ist eine glaubwürdige, von der
810 internationalen Gemeinschaft getragene Intervention zu legitimieren, welche im Sinne der
811 internationalen Schutzverantwortung ausschließlich den Schutz der allgemein gültigen
812 Menschenrechte der betroffenen Bevölkerung zum Ziel hat. Wir sehen an dieser Stelle die
813 Weltgemeinschaft als Ganzes in der Verantwortung.

814

815 Damit diese langfristig ihrer Aufgabe gerecht werden kann müssen Funktionalität und Integrität
816 der UN, besonders des Sicherheitsrates verbessert werden. Was wir brauchen ist eine
817 Demokratisierung der UN. Es bedarf einer Abschaffung des Vetorechts, eine Besetzung des
818 Sicherheitsrates nach Proporz, eine zwingende Mandatierung.

819

820 **Links leben – dafür braucht es Bewegung!**

821

822 Links leben – das geht nicht von heute auf morgen. Gemeinsam haben wir in den letzten zwei
823 Jahren aber erste Ideen erarbeitet, wie jungsozialistisches Leben im 21. Jahrhundert aussehen
824 kann. Dabei ist immer klar: wir wollen, dass Jeder und Jede ihr Leben so leben kann, wie er
825 oder sie will. Wir wollen, dass Lebensträume keine Träume bleiben. Wir sind fest davon
826 überzeugt, dass das nicht alleine, sondern nur gemeinsam funktioniert. Freiheit, Gerechtigkeit
827 und Solidarität gehen dafür Hand in Hand.

828

829 An unseren Ideen werden wir weiter feilen – wir bleiben in Bewegung. Im Austausch mit jungen
830 Leuten, GewerkschafterInnen, Jugendverbänden, WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen und
831 vielen mehr gehen wir voran. Schritt für Schritt werden wir Verbündete für unsere Vorstellungen
832 suchen. Schritt für Schritt werden wir unsere Ideen auch in die SPD tragen. Denn auch die SPD
833 braucht endlich eine überzeugende Vorstellung davon, wie sie diese Gesellschaft gestalten will.
834 Dafür auf die Jugend zu hören ist immer die beste Idee!

835

836 Mit unseren Überzeugungen bringen wir diese Gesellschaft und diese Welt in Bewegung!
837 Gemeinsam sind wir stark! Los geht's!

Titel Die Architektur jungsozialistischer
Asylpolitik

Antragsteller Saarland

Zur Weiterleitung an

Die Architektur jungsozialistischer Asylpolitik

1 Auch heute, nach jahrelangem Massensterben im Mittelmeer und inmitten des Syrischen
2 Bürgerkrieges, erleben wir in Deutschland tagtäglich einen unmenschlichen Umgang mit
3 denjenigen, die ihre Flucht bis hierhin überlebt haben, der dem Mut, den Geflüchtete
4 aufgebracht, dem Leid, das sie auf ihrer Flucht erfahren haben, ja schlichtweg dem Menschsein
5 unwürdig ist. Die deutsche und auch die europäische Asylpolitik sind nach wie vor von der
6 Einstellung geprägt, dass es sich bei den Geflüchteten ganz überwiegend um solche handelt,
7 die keinen Schutz verdient hätten, die "nur" eine wirtschaftliche Besserstellung suchen. Daraus
8 leitet sich die primäre Zielsetzung der Abwehr und Abschottung ab. Doch selbst wer offiziell als
9 Geflüchteter anerkannt wurde, dem wird die realitätsferne Prämisse entgegengebracht, dass
10 man nur vorübergehend Asyl suche, bevor man in die Heimat zurückkehre. Verkannt wird, dass
11 eben diese Heimat in der Regel nicht länger existiert, sei es aufgrund ethnischer Säuberungen,
12 klimatischer Veränderungen oder ökonomischer Rahmenbedingungen. Die meisten Menschen,
13 die zu uns kommen, sind gekommen, um zu bleiben – nicht aus freiem Entschluss, sondern weil
14 sie ihre Heimat aus guten Gründen verlassen mussten. Diese Analyse muss auch
15 Konsequenzen für praktisches politisches Handeln haben. Wer zu uns kommt, muss an unserer
16 Gesellschaft teilhaben können – alles andere bedeutet nichts anderes als eine Rolle der
17 Geflüchteten als "Fremde" zu verfestigen.

18
19 Im Jahr 2001 verpflichteten sich die Staaten der Vereinten Nationen bis 2015 eine Reihe von
20 humanitären, sozialen und ökologischen Zielen, die sogenannten Millenniumsziele, zu erreichen.
21 Hierbei versprach Deutschland die Leistungen im Entwicklungsbereich auf 0,7% des
22 Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu steigern. Bisher ist allerdings lediglich eine geringe Erhöhung auf
23 0,4% umgesetzt worden, während beispielsweise die skandinavischen Länder mit nahezu 1%
24 des jeweiligen BIPs eine weitaus stärkere Steigerung vollbracht haben (Stand 2013). Nachdem
25 die MDGs nicht universell erreicht wurden, entwickelten die Vereinten Nationen eine neue
26 Entwicklungsagenda. Mit den Sustainable Development Goals wurde die Zahl der expliziten
27 Ziele erhöht und ein genaueres Monitoring ihrer Erreichung festgeschrieben.

28
29 Diese Thematik ist im Rahmen des zunehmenden Aufkommens von AsylbewerberInnen
30 insofern relevant, als dass viele Menschen ihre Heimatländer gar nicht verlassen würden, wenn
31 sie dort lebensermöglichende Bedingungen vorfinden würden. Daher fordern wir eine
32 konsequente Verfolgung der SDGs sowie die Einhaltung und perspektivische Erhöhung des
33 0,7% Zieles.

34
35 **Wir fordern sichere Wege nach Europa statt Abschottung**

36
37 Was feststeht ist, dass auch heute weiter gestorben wird. Geflüchtete, beispielsweise aus
38 Syrien, Eritrea, Afghanistan oder Somalia, stehen verzweifelt an Europas verschlossenen
39 Grenzen; vor ihnen die tödlichste Grenze der Welt, das Mittelmeer. Die 366 Toten im Herbst
40 2013 und 700 Toten im Februar 2015 von Lampedusa waren nur einige von vielen tausenden in
41 den letzten Jahren. Die Reaktion auf die Katastrophe von Lampedusa im Jahr 2013 war, dass
42 Italien die Mission "Mare Nostrum" ins Leben rief. Diese Rettungsmission war den EU-Ländern
43 mit 9 Mio. € pro Monat zu teuer und wurde infolge dessen 2014 eingestellt. Auf „Mare Nostrum“

44 folgte keine weitere humanitäre Mission. Die EU rief im November 2014 „Triton“ ins Leben, eine
45 unter dem Dach der EU-Grenzschutzagentur Frontex angesiedelte Mission. Ihr Ziel: Der reine
46 Grenzschutz! Natürlich muss und soll auch Triton Schiffbrüchige retten, aber eben nur noch in
47 der Nähe der italienischen Küsten. Im Mai 2015 wurde die Lücke im staatlichen
48 Rettungsbereich, die die Ersetzung von Mare Nostrum durch Triton gerissen hat, zunächst
49 durch einen improvisierten Rettungseinsatz vieler EU Länder geschlossen. Im Juni 2015 wurde
50 dieser Rettungseinsatz durch den EU-Militäreinsatz EUNAVFOR Med abgelöst. Auch hier ist der
51 Auftrag nicht die Seenotrettung, die sowieso für alle Schiffe verpflichtend ist, sondern zunächst
52 die Aufklärung und Überwachung der Schleppernetze, und später deren Bekämpfung.

53

54 Doch nur mit der Schaffung von legalen Fluchtwegen kann ein weiteres Ausweichen auf
55 lebensgefährliche Routen verhindert werden. Dafür brauchen wir gefahrenfreie und legale Wege
56 für Flüchtende nach Europa und dauerhaft laufende Programme zur menschenwürdigen
57 Geflüchtenaufnahme. Auch die Landesregierungen stehen hierbei in der Pflicht ihre
58 Möglichkeiten, insbesondere durch den Winterabschiebestopp und die Weiterführung der
59 Landesaufnahmeprogramme, zu nutzen. Menschen, die um ihr Leben fürchten müssen,
60 brauchen unseren Schutz!

61

62 Wir Jusos halten daher weiterhin an unserer Forderung nach einem globalen Recht auf
63 Migration und Bewegungsfreiheit fest. Menschen sollen selbst entscheiden können, wo sie
64 leben wollen. Grenzen müssen überwunden werden! Bis wir dieses Recht verwirklicht haben
65 fordern wir:

66

67 Allen Menschen, die in Notsituationen in der Bundesrepublik um Asyl bitten, sei es aufgrund von
68 politischer Verfolgung, Kriegen und Konflikten, systematischer Diskriminierung oder auch
69 wirtschaftlichem Elend, muss ein uneingeschränktes Bleiberecht eingeräumt werden. Dies
70 bedeutet insbesondere, dass das Bleiberecht nicht im Rahmen einer Verwertungslogik an das
71 wirtschaftliche Potenzial von Menschen geknüpft werden darf.

72

73 **1. Grenzen auf!**

74

75 Die Aussetzung des Schengener Abkommens und die Wiedereinführung von Grenzkontrollen
76 durch die Bundesregierung ist ein Verrat an einer der größten Errungenschaften der EU: Der
77 Bewegungs- und Reisefreiheit über Ländergrenzen hinweg. Wir sehen unsere Idee von einem
78 solidarischen Europa existenziell bedroht. Das Schließen der Grenzen löst keine Probleme.
79 Geflüchtete, die nach Deutschland wollen, werden gezwungen auf illegale Wege
80 zurückzugreifen, um die Grenze zu überwinden, oder sich in die Gewalt von Schlepper*innen zu
81 begeben. Statt dem Druck der CSU von Rechtsaußen nachzugeben, sollte die Bundesregierung
82 ihre Kraft darauf verwenden die Kommunen und vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer zu
83 unterstützen. Wir fordern die sofortige Beendigung der Grenzkontrollen!

84

85 **2. Einführung des Botschaftsasyls**

86

87 Wir fordern die Einführung des Botschaftsasyls für die Bundesrepublik Deutschland und alle
88 weiteren Mitgliedsstaaten der EU. Die bisherige Rechtslage in Deutschland erlaubt es
89 Geflüchteten nicht, in den deutschen Botschaften der Herkunfts- oder Durchreisestaaten einen
90 Asylantrag zu stellen. Durch Botschafts asyl wäre dies möglich; der Antrag würde in Deutschland
91 im regulären Verfahren vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nach den Regeln
92 des Asylrechts geprüft werden. Die Antragsstellung muss nicht notwendigerweise in der
93 Botschaft im Herkunftsland erfolgen. Dies ist mangels Vertretung in einigen Gegenden ohnehin
94 nicht möglich und im akuten Fluchtfall kontraproduktiv. Flucht über Grenzen muss nach wie vor
95 möglich bleiben. Das Botschafts asyl minimiert die Gefahren für die Betroffenen und senkt
96 gleichzeitig die Kosten für die Bundesrepublik Deutschland. Es ist nötig, dass die Erlangung des
97 Botschaftsasyls durch zeitnahe Termine und eine unverzügliche Bearbeitung gewährleistet wird.
98 Dabei ist darauf zu achten, dass ein Netz an Botschaften und Konsulaten besteht, dass für jede
99 und jeden erreichbar ist.

100

101 Die Bundesregierung hat über das bestehende Asylrecht hinaus die souveräne Möglichkeit
102 seine jährlich im Rahmen des Resettlement-Programms der UNHCR (Flüchtlingskommissariat
103 der Vereinten Nationen) zur Verfügung gestellten Plätze für Geflüchtete zu erhöhen.
104 Resettlement ermöglicht die Neuansiedlung von Geflüchteten in einem anderen als ihr

105 Aufnahmeland. Im Rahmen des deutschen Resettlement-Programms werden Geflüchtete
106 aufgenommen, die einen dauerhaften Aufenthaltsstatus in Deutschland bekommen können.
107 Derzeit nimmt Deutschland jährlich nur 500 Menschen über das Resettlement-Programm auf.
108 Es muss den Geflüchteten nicht nur eine unbürokratische Einreise, sondern auch eine wirkliche
109 Sicherheit und Integrationschancen ermöglicht werden. Wir fordern daher:

110

- 111 • eine drastische und dauerhafte Erhöhung der durch die Bundesregierung zur Verfügung
112 gestellten Plätze im Rahmen des Resettlement-Programms
- 113 • eine Reform des Resettlement-Verfahrens: Das Resettlement-Auswahlverfahren darf nicht
114 nach Bildungsstand, Herkunft oder Religionszugehörigkeit entschieden werden, sondern
115 je nach Notlage. Das Verfahren soll von der vor Ort in den Geflüchtetenlagern
116 funktionierenden Aufnahmestellen organisiert werden. Familienmitglieder der
117 Geflüchteten müssen automatisch auch an dem Programm eingebunden und bei der
118 Einreise die Familienzusammenführung beachtet werden. Zudem sollte unmittelbar nach
119 der Ankunft eine intensive Erstbetreuungsphase mit gesundheitlicher und psychologischer
120 Unterstützung stattfinden. Geflüchtete erhalten eine unbefristete
121 Aufenthaltsgenehmigung, eine Niederlassungserlaubnis und eine Anerkennung als
122 Geflüchtete nach der Genfer Flüchtlingskonvention. Wie alle Geflüchteten erhalten diese
123 eine freie Wohnortwahl ohne Residenzpflicht. Kommunen stellen für sie ausreichende
124 Kontingente im öffentlichen Wohnungsbau bereit.

125

126 **3. Abschaffung des Flughafenverfahrens**

127

128 Wir fordern die Abschaffung des in Deutschland nach § 18a AsylVfG geltenden
129 Flughafenverfahrens. Dieses Verfahren findet zurzeit an den Flughäfen München, Frankfurt am
130 Main, Berlin und Düsseldorf statt. Auch die hier ankommenden Menschen haben das Recht auf
131 ein normales Asylverfahren. In dem Flughafen-Asylschnellverfahren können sich die
132 Asylsuchenden oft nur unzureichend auf die Befragungen durch die zuständigen Behörden
133 vorbereiten. Das führt zum Beispiel dazu, dass sie in der Eile nicht all ihre Fluchtgründe nennen,
134 die ihr Asylgesuch begründen würden. Die Folge kann die Ablehnung, trotz eines bestehenden
135 Asylanspruchs sein.

136

137 **4. Familiennachzug gewährleisten**

138

139 Wir fordern die bisher bestehenden Möglichkeiten zum Familiennachzug weiterhin zu
140 gewährleisten. Der Familiennachzug darf nicht ausgesetzt oder anderweitig beschränkt werden.
141 In vielen Fällen werden die jungen Männer einer Familie vorgeschickt, da sie die Strapazen
142 einer Flucht am ehesten einigermaßen überstehen. Nun den Familiennachzug aussetzen zu
143 wollen nur um die zynisch so genannten "Pulleffekte" zu verringern ist unmenschlich.

144

145 **5. Fähren statt Frontex – Menschenschutz statt Grenzschutz**

146

147 Anstatt das Retten hunderter Menschenleben auf die ohnehin geschwächten Anrainerstaaten
148 des Mittelmeeres abzuwälzen, sollten die EU-Länder gemeinsam Verantwortung übernehmen
149 und eine dauerhafte humanitäre Mission zur Seenotrettung auflegen. Die strafrechtliche
150 Verfolgung von couragierten Seeleuten, die havarierten Geflüchteten zu Hilfe kommen, und
151 EUNAVFOR Med müssen endlich aufhören. Triton muss durch eine wirkliche
152 Seenotrettungsmission ersetzt werden, die speziell darauf angelegt ist Geflüchtete zu schützen.
153 Seenotrettung muss das oberste Gebot sein und die EU muss "mare nostrum" sofort reaktivieren
154 und finanzieren, damit ein angemessener Beitrag zum Schutz von Geflüchteten auf hoher See
155 geleistet werden kann. Alternativ rufen wir die EU dazu auf, ein vergleichbares
156 Seenotrettungsprogramm zu implementieren, mit welchem eine deutliche Erhöhung der
157 finanziellen und personellen Mittel einhergeht.

158

159 Ähnliche Beschlüsse der EU, wie der vom 17. Juni 2015, der die bestehenden Militäroperationen
160 in Mali und im Sudan in Grenzsicherungsmaßnahmen umwandelt, dürfen nicht umgesetzt
161 werden. Mit solchen völker- und europarechtlich höchst fragwürdigen Beschlüsse will die EU
162 Migrant_innen in den Transitstaaten abfangen und schon dort daran hindern in die EU
163 einzureisen. So wird verhindert dass eventuell Asylberechtigte überhaupt europäischen Boden
164 betreten können, was allerdings nach geltender Rechtslage notwendig ist, um einen Asylantrag
165 stellen zu können.

166

167 Eine Maßnahme, die in die gleiche Richtung zielt, ist die beschlossene verstärkte Kooperation
168 mit der Türkei hinsichtlich der Situation in Syrien und dem Irak. Es ist geplant die Türkei noch
169 stärker in den Grenzschutz der EU zu integrieren, damit Asylberechtigte nicht über die türkisch-
170 bulgarische oder türkisch-griechische Landgrenze auf europäischen Boden gelangen können.
171 Grund ist auch hier, dass die Voraussetzungen zur Stellung eines Asylantrags gar nicht erst
172 geschaffen werden sollen. Auch diese Maßnahme darf im Interesse der Flüchtenden nicht
173 umgesetzt werden. Kriegsflüchtlingen, wie aus Syrien und dem Irak, darf der Weg in die EU
174 nicht versperrt werden.

175 Das einzige konsequente Mittel um das Sterben vor den Toren und auf dem Weg nach Europa
176 zu stoppen ist sichere Fluchtwege einzurichten. Es muss sowohl aktiv dafür gesorgt werden
177 Europa sicher auf dem Landweg erreichen zu können als auch auf dem Seeweg. Ein System,
178 dass auf der einen Seite SchlepperInnen ablehnt und sich auf der anderen Seite abschottet,
179 lehnen wir ab.

180

181 **Wir fordern daher eine echte europäische Seenotrettungsmission einzuführen, die**
182 **speziell für das Retten von Asylsuchenden im Mittelmeer ausgestattet und ausgebildet**
183 **ist. Alle militärischen Abschreckungsmaßnahmen und Abschottungsoperationen mit**
184 **Drittstaaten müssen abgeschafft beziehungsweise eingestellt werden. Außerdem fordern**
185 **wir das aktive einrichten von sicheren Fluchtrouten nach Europa auf See und Land.**

186

187 **6. Teuer – Undemokratisch – Flüchtlingsbekämpfend: Gegen Eurosur!**

188

189 Wir lehnen das europaweite Grenzüberwachungs- und Informationsaustauschsystems, das
190 "European Border Surveillance System"(Eurosur) ab. Im Rahmen von Eurosur soll in jedem
191 Land der europäischen Union ein sogenanntes nationales Koordinierungszentrum errichtet
192 werden. Diese Koordinierungszentren sammeln die Informationen aller
193 Grenzüberwachungsbehörden (d.h. Zoll, Grenzschutz, Einwanderungsbehörde etc.) und weitere
194 Daten, die durch neu installierte Grenzüberwachungsinstrumente (Schiffssensoren, Drohnen,
195 Satellitenüberwachung etc.) erhoben werden, um sie in einem nationalen Lagebild
196 zusammenzufassen. Das nationale Lagebild soll in erster Linie als Informationsquelle für
197 Frontex, der europäischen Grenzschutzbehörde, dienen und unter anderem eine Einstufung des
198 Gefährdungspotenzials aller Ereignisse an den Grenzen beinhalten. Eurosur ist demnach ein
199 teures Datensammelprojekt, das allein der Geflüchtetenbekämpfung dient und ist demnach
200 abzuschaffen.

201

202 **7. Das Prinzip der freien Wahl des Mitgliedsstaates**

203

204 Bislang regelt die Dublin-III-Verordnung, welcher Mitgliedsstaat in der EU für das Asylverfahren
205 eines Geflüchteten zuständig ist. Flüchtende können sich den Staat nicht selbst aussuchen,
206 sondern müssen ihren Antrag in demjenigen Staat stellen, in dem sie zum ersten Mal
207 europäischen Boden betreten haben. Dies sind regelmäßig die Staaten der EU- Außengrenzen
208 wie Bulgarien, Italien, Malta oder Griechenland. In der Praxis gilt das Dublin-System als
209 gescheitert, trotzdem wird von der Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten daran festgehalten.

210

211 **Wir lehnen das ungerechte Dublin-System weiterhin ab.**

212

213 Auf europäischer Ebene wird ihm Rahmen eines Pilotprojekts die zeitweise Abkehr von den
214 Dublin-Regelungen zugunsten einer einmaligen quotierten Verteilung von Geflüchteten
215 diskutiert. Für die geplante EU-Quote wurden das Wirtschaftswachstum, die Arbeitslosenquote,
216 die Größe des Mitgliedsstaates und die bisherige Zahl der Asylbewerber_innen berücksichtigt.
217 Der Verteilungsschlüssel zielt darauf ab, dass jeder Mitgliedsstaat der EU gerecht an der
218 Aufnahme von Geflüchteten in Europa beteiligt wird. Der Schritt weg von einer einseitigen
219 Belastung einzelner Staaten ist zu begrüßen. Hier liegt aber auch das Problem dieses neuen
220 Ansatzes: Er berücksichtigt nur den Ausgleich zwischen den EU Mitgliedsstaaten und nicht das
221 Wohl der Geflüchteten. Humanitäre und individuelle Gesichtspunkte für eine
222 Geflüchtetenaufnahme werden außer Acht gelassen.

223

224 Für eine humanitäre Flüchtlingspolitik müsste auch berücksichtigt werden, ob in den jeweiligen
225 Staaten schon gewachsene Communities aus den jeweiligen Herkunftsländern bestehen
226 beziehungsweise ob ein Netzwerk von Verwandten oder engen Bekannten besteht, die den

227 Flüchtenden die Ankunft enorm erleichtern können. Des Weiteren sollte beachtet werden, ob es
228 den Migrant_innen möglich sein wird in den jeweiligen Ländern Arbeitsplätze zu finden oder ob
229 es soziale Sicherungssysteme gibt, die ein Existenzminimum garantieren können. Teilweise liegt
230 die Wahl von Zielländern auch in der kolonialen Vergangenheit begründet. Untersuchungen
231 haben ergeben, dass in dieser Zeit entstandene Verbindungen betreffend Sprache, sozialen
232 Netzwerken und bestehende Handelsbeziehungen zwischen dem Herkunftsland und dem
233 Aufnahmestaat ein starkes Motiv für die Wahl des Mitgliedsstaates durch den Asylsuchenden
234 sein können. Diese Verantwortung aus ihrer Geschichte heraus müssen die betreffenden
235 Staaten annehmen.

236

237 Das Dublin System selbst, aber auch die prekäre wirtschaftliche und soziale Lage, haben dazu
238 geführt, dass zahlreiche EU-Länder ihre Schutzstandards senken und einige überhaupt keine
239 Asylanträge mehr annehmen. In der Folge müssen Flüchtende in diesen Staaten systematisch
240 unter unmenschlichen Bedingungen leben. Diese gravierenden Unterschiede in den
241 europäischen Asylsystemen bestehen noch immer. Es wird wohl auch in naher Zukunft keine
242 einheitlichen Asylstandards in Europa geben und die Quote alleine wird dieses Problem nicht
243 lösen können. Eine wirklich gerechte Verteilung der Geflüchteten ist nur möglich, wenn die
244 Schutzstandards und Garantien des Asylverfahrens in den EU-Mitgliedsländern vergleichbar
245 sind. Wir fordern daher eine Harmonisierung und Angleichung nach oben. Die
246 Wahrscheinlichkeit als Geflüchtete anerkannt zu werden und die Einhaltung europäischer
247 Standards der Leistungen für Geflüchtete und damit auch ihre Chance auf Teilhabe am
248 gesellschaftlichen Leben und ganz allgemein auf ein menschenwürdiges Dasein darf nicht
249 davon abhängen in welchem EU-Land der Antrag gestellt wird.

250

251 Erhebliche Bedenken haben wir aktuell auch wegen dem latenten gesellschaftlichen
252 Rassismus, der in einigen EU-Ländern staatlich protegiert oder gar zum Motiv staatlicher
253 Handlungen wird. Solch ein Klima muss verhindert beziehungsweise bekämpft werden, damit
254 Geflüchtete sich nicht faktisch zur Weiterreise in einen anderen Mitgliedsstaat gezwungen
255 sehen. In einem solchen Klima würde die freie Wahl des Ziellandes für Länder einen Anreiz
256 setzen die Situation für Geflüchtete so weit zu verschlechtern, damit diese möglichst ein anderes
257 Land zur Einreise suchen. Solche rise-to-the-bottom- Effekte müssen vermieden und
258 stattdessen die solidarische Aufgabenteilung zwischen allen Länder klar im Mittelpunkt stehen.

259

260 Wir fordern daher kurzfristig die Einführung eines Quotensystems, welche alle EU-Länder an
261 der Aufnahme von Geflüchteten gerecht beteiligt. Die Aufnahmequote soll sich nach der Größe,
262 wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, Arbeitslosenzahlen und Bevölkerung jedes Landes richten.
263 Es muss außerdem gewährleistet sein, dass Geflüchtete Priorisierungen für Zielländer abgeben
264 dürfen. Dabei sollen Kriterien, wie Sprachkenntnisse, persönliche Bindungen an oder
265 Erfahrungen mit einem bestimmten Land zwingend in die Entscheidungsfindung mit einfließen.

266

267 Längerfristig fordern wir aber die freie Wahl des Mitgliedsstaates durch die Flüchtenden.

268

269 Mit diesem System könnten sich die betroffenen Menschen selbst aussuchen in welchem Staat
270 in der EU sie leben wollen. Natürlich würde dieses System nicht zu einer solch gerechten
271 Aufteilung der Geflüchteten zwischen den Mitgliedsstaaten führen wie das Quotensystem, aber
272 dafür könnte Abhilfe über finanzielle Ausgleichszahlungen für Mitgliedsstaaten geschaffen
273 werden, die unverhältnismäßig hoch in Anspruch genommen würden. Außerdem würden
274 unverhältnismäßige Belastungen weniger ins Gewicht fallen, weil die Asylsuchenden durch ihre
275 familiären und engen bekannschaflichen Netzwerke aufgenommen und unterstützt würden.
276 Nur eine Berücksichtigung von individuellen Interessen der Geflüchteten respektiert diese als
277 Menschen

278

279 Ein weiterer Vorteil des Prinzips der freien Wahl des Mitgliedsstaates wäre die Legalisierung der
280 Binnenwanderung der Geflüchteten im Gegensatz zur jetzt vorherrschenden irregulären
281 Weiterwanderung innerhalb der EU. Die irreguläre Weiterwanderung in der Union ist inzwischen
282 Bestandteil der zwischen Flüchtenden und ihren Schleppern ausgehandelten Bedingungen. Das
283 geltende Dublinsystem, sowie das erwogene Quotensystem können wegen ungenügender
284 Berücksichtigung individueller, familiärer, sozialer und kultureller Interessen der Geflüchteten
285 eine Weiterwanderung nicht verhindern. Eine starre Verteilung auf beliebige Mitgliedsstaaten
286 würde dieses Phänomen eventuell noch verstärken, weil sie zum Teil größere Wege
287 zurücklegen müssten, um in das von ihnen favorisierte Land zu gelangen. Es würde ihnen

288 dadurch nur erschwert werden und sie wären schutzlos auf ihrem illegalen Weg durch Europa.
289 Ein Untertauchen nach der ersten Meldung wäre weiterhin üblich, um zu den aus der Heimat
290 bekannten sozialen Netzwerken in Europa zu gelangen. Eine geregelte Binnenwanderung in der
291 Union durch das Prinzip der freien Wahl des Mitgliedsstaates würde den Schutz der
292 Asylsuchenden sicher stellen.

293

294 **Wir fordern kurzfristig die Einführung eines Quotensystems, welches alle EU- Länder an**
295 **der Aufnahme von Geflüchteten gerecht beteiligt. Es muss außerdem gewährleistet sein,**
296 **dass Geflüchtete Priorisierungen für Zielländer abgeben dürfen.**

297

298 **Langfristig fordern wir das Prinzip der freien Wahl des Mitgliedsstaates einzuführen.**

299

300 **8. „Sichere“ Drittstaaten**

301

302 Wir lehnen das Konzept der sicheren Drittstaaten ab. Niemand lässt grundlos sämtliche
303 sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bindungen zurück und verlässt die Heimat. Mit dem
304 Instrument der Deklaration von sog. sicheren Drittstaaten, sollen Geflüchtete aus ebendiesen
305 Staaten von vornherein keine Möglichkeit erhalten ein Asylverfahren anzustreben. Am 19.
306 September 2014 wurde vom Bundesrat eine höchst umstrittene Ergänzung des geltenden
307 Asylrechts mit knapper Mehrheit verabschiedet. So wurden drei neue Länder zur Kategorie der
308 sicheren Drittländer hinzugefügt: Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina. Als Ergebnis
309 des Asylgipfels vom September 2015, wurde nun auch beschlossen Albanien, Kosovo
310 und Montenegro als sichere Drittstaaten zu deklarieren.

311

312

313

314 Seit dem „Asylkompromiss“ von 1993 werden Asylanträge aus den so klassifizierten Staaten in
315 einem Schnellverfahren bearbeitet. Dabei geht man von der gesetzlichen Vermutung aus, dass
316 in diesen Ländern keine politische Verfolgung vorliegt. Dementsprechend ist die prinzipielle
317 Chance auf einen erfolgreichen Asylantrag verschwindend gering bis unmöglich.

318

319 Doch besteht großer Zweifel daran, dass diese gesetzliche Vermutung der Wirklichkeit gerecht
320 wird. Betrachtet man gerade die neu hinzugefügten Staaten, so kann man sicherlich kaum von
321 sicheren Drittländern reden.

322

323 So ist die Freiheit der Medien nur begrenzt gegeben. Beispielhaft hierfür steht Mazedonien, das
324 auf dem Index zur Pressefreiheit 2014 von Reporter ohne Grenzen den 123. von 180 Plätzen
325 belegt und mittlerweile nur noch den Status eines halbfreien Staates inne hat. Repressionen
326 und Haftstrafen gegen regierungskritische Journalist_innen, kommen vermehrt vor.

327

328 Im Kosovo sind weiter NATO Truppen stationiert, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu
329 garantieren. Es ist wohl an Zynismus nicht zu überbieten, dass ein Land gleichzeitig durch
330 deutsche Truppen gesichert werden muss und als sicheres Herkunftsland deklariert wird.

331

332 Die Lebensrealität des LGBTI-Anteils der Bevölkerung ist in der Balkan-Region nach wie vor
333 unzumutbar. Kirchen, Organisationen, Parteien und z.T. Medien agitieren offen gegen
334 Meinungsfreiheit oder rufen zu Gewalt auf. Queere Vereine, Organisationen und
335 Veranstaltungen existieren nur unter massivem Polizeischutz und sind und bleiben Angriffsziel
336 konservativer, religiöser, nationalistischer und faschistischer Kräfte. Prides, so sie denn
337 zugelassen werden, sind ohne den Einsatz von polizeilichen Spezialeinsatzkommandos nicht
338 durchführbar. Der CSD 2014 in Belgrad konnte so zum Beispiel nur unter Einsatz von 7000
339 Polizist_innen „erfolgreich“ ohne Zwischenfall durchgeführt werden. Bosnien und Herzegowina,
340 Serbien und Mazedonien stellen in dieser Hinsicht allerdings, EU-Mitgliedsstaaten in der
341 Region eingeschlossen, keinen Sonderfall dar.

342

343 Eine Diskriminierung von Roma findet in allen Staaten des osteuropäischen Raumes, aber auch
344 in Westeuropa statt. Sie gehören bestenfalls zu BürgerInnen zweiter Klasse. Die ihnen durch
345 Vorurteile und Klischees zugeschriebene Lebensweise führt dazu, dass sie nur selten am
346 gesellschaftlichen Leben teilhaben dürfen oder können. Der Zugang zu Bildung, dem
347 Gesundheits- und Sozialsystem oder Arbeit wird Roma aktiv oder passiv staatlich verwehrt. Um
348 die Ausreise und Beantragung von Asylverfahren in anderen Staaten zu erschweren werden

349 ihnen oftmals Staatsbürgerschaft und/oder Ausweispapiere vorenthalten. Auch in diesem Fall
350 stellen Bosnien und Herzegowina, Serbien und Mazedonien keine Sonderfälle dar.
351
352 Ein sicheres und repressionsfreies Leben ist für die Betroffenen aus den genannten Ländern
353 nur schwer bis nicht möglich. Die Situation in den nun durch den Bundestag als unbedenklich
354 einzustufenden Staaten Albanien, Montenegro und Kosovo ist äquivalent oder noch schwieriger.
355 In EU-Staaten, wie Ungarn oder Rumänien sind die Verhältnisse nur marginal besser. Eine
356 Deklaration als sichere Heimatstaaten ist als Verhöhnung der Situation dieser Menschen zu
357 betrachten und nicht akzeptabel.
358
359 Eine derartige systematische Diskriminierung begründet jedoch nach heutiger
360 deutscher Rechtslage keinen individuellen Asylanspruch. Es handelt sich schlicht nicht um
361 anerkannte Asylgründe, wobei nicht selten jedoch eine Rückführung in eben diese elenden
362 Verhältnisse nach Ablehnung des Asylantrages nicht stattfinden, weil eben Leben und
363 Gesundheit der Antragssteller_Innen nicht gewährleistet werden kann. Der Vollständigkeit
364 halber sei zudem darauf hingewiesen, dass auch Vertreter_Innen der albanischen Minderheit in
365 Mazedonien ernsthaft und zunehmend staatlich administrierten und geduldeten Repressionen
366 unterliegen.
367
368 Wo eine solche Behandlung eigener Minderheiten jedoch gängige und eben auch staatliche
369 Praxis ist, fällt es nicht schwer sich die Behandlung Einzelner auszumalen, die sich in
370 irgendeiner Art und Weise die Aufmerksamkeit oder gar den Unmut eines solchen Regimes und
371 seiner Organe zugezogen haben. Die Prüfung und Würdigung von individuellen Asylgründen
372 erfolgt im angestrebten „beschleunigten Asylverfahren“, nicht wie geboten und kann ihn diesem
373 auch nicht wie geboten erfolgen. Die Einzelfallprüfung wird dort zur Farce, wo ein Antrag initial
374 als „automatisch offensichtlich unbegründet“ eingestuft wird und es den, häufig ja recht
375 hilflosen, Antragssteller_innen auferlegt wird, das BAMF von diesem vorgefassten Urteil
376 abzubringen.
377 Dies zeigt sich auch in den Aufnahmequoten anderer EU-Länder. Die Schweiz und Finnland
378 zum Beispiel erkennen ca. 40% der Flüchtenden aus dem Kosovo als Asylberechtigte an, im
379 Fall von bosnischen Antragsteller_innen liegt die Anerkennungsquote in Frankreich und Belgien
380 bei ca. 20%. Die erheblich geringeren Aufnahmequoten in Deutschland zwischen 0,0 und 0,3%
381 werfen vor allem Fragen über das Asylsystem Deutschlands auf.
382 Diese Fragwürdigkeit wird gerade bei der Gruppe der Sinti und Roma, im deutschen Diskurs
383 häufig pauschal als „Armuts“- oder gar „Wirtschaftsflüchtlinge“ betitelt, besonders
384 augenscheinlich.
385 Bei der Gruppe der Sinti und Roma erreichen andere westeuropäische Staaten wie zum
386 Beispiel Frankreich oder die Schweiz zweistellige Anerkennungsquoten, ohne das einsichtig
387 wäre, in weit die dort Schutzsuchenden sich in irgendeiner signifikanten Art und Weise von
388 jenen Sinti und Roma unterscheiden sollten, die bei uns einen Asylantrag stellen. Wir setzen
389 uns daher für eine Anpassung (im Sinne einer Lockerung) der Anerkennungskriterien ein, um
390 mittelfristig einen gemeinsamen (zumindest west-) europäischen Schutzstandard herstellen zu
391 können.
392
393 Daher fordern wir, dass die Regelungen bzgl. der sicheren Drittstaaten abgeschafft wird.
394
395 Ein Schnellverfahren nur aufgrund der generellen Einstufung des Herkunftslands als "sicher"
396 steht im krassen Widerspruch mit der Garantie der Einzelfallbetrachtung und wirft damit auch
397 rechtliche Bedenken auf. Das Konzept „sicherer Drittstaat“ beinhaltet außerdem die Möglichkeit
398 eines Einreise- und Aufenthaltsverbot, das dauerhaft EU-weit gilt und damit verbundene
399 strafrechtliche Sanktionierung vorsieht. Außerdem wird durch das Konzept der sicheren
400 Herkunftsländer die Duldung von jungen Menschen zu Ausbildungszwecken grundsätzlich
401 ausgeschlossen, wodurch grade junge Menschen zusätzlich diskriminiert werden. Dieses
402 Vorgehen ist schlicht unverhältnismäßig, und die Ausweitung einer solchen rein
403 diskriminierenden Praxis kann, wie die Äußerungen seitens CSU auch Leistungskürzungen und
404 Beschäftigungsverbote einzuführen, in Zukunft uferlos betrieben werden.
405 Daher fordern wir auch weiterhin, dass jedes einzelne Schicksal gewürdigt werden muss und
406 eine Entscheidung über einen Asylantrag nicht von einer gesetzlichen Vermutung abhängen
407 darf. Gerade die Beispiele Mazedonien, Serbien, Bosnien-Herzegowina u.a. machen deutlich,
408 dass der Begriff eines sicheren Drittstaats reine Illusion ist.
409

410 **Aus diesem Grund fordern wir die Abschaffung der Einstufung sicherer Drittstaaten.**

411

412 **9. Teilhabe von Geflüchteten**

413

414 Der einzige Unterschied zwischen dir, mir und einem Geflüchteten? Genau, wir haben einen
415 europäischen Pass. Keine besonders herausragende Eigenschaft und für die mit einem solchen
416 Pass Geborenen schon gar keine eigene Leistung. Es ist daher für uns schlichtweg
417 unmenschlich, dass Geflüchtete, Asylbewerber_innen und Geduldete nicht die gleichen Rechte,
418 wie wir haben. Wir wollen, dass allen die gleichberechtigte Teilhabe in unserer Gesellschaft
419 möglich ist. Voraussetzung dafür ist die Befriedigung der Grundbedürfnisse eines jeden
420 Menschen. Die Bereiche Unterbringung, Bildung, staatliche Leistungen und Arbeitsmarkt
421 bedürfen wichtiger Verbesserungen.

422

423 9.1 Unterbringung

424

425 Die Unterbringung von Geflüchteten wird in jedem Bundesland anders geregelt. Während in
426 Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein 2013 zum Beispiel über 90% der Geflüchteten in
427 Wohnungen untergebracht wurden, sind es in Baden-Württemberg nur rund ein Drittel. Auch
428 wenn sich die Zahlen durch die ansteigenden Geflüchtetenzenzahlen mittlerweile verändern, zeigen
429 sie doch, dass die Unterbringung je nach Bundesland eigenen Grundsätzen folgt. Da aber die
430 Verteilung von Flüchtenden zufällig erfolgt, ist es ein Glücksspiel für den Geflüchteten wo er
431 oder sie nun landet.

432

433 Eine **bundesweite Umverteilung von minderjährigen Geflüchteten lehnen wir ab.** Jede
434 weitere Umsiedlung stellt für Geflüchtete eine extreme Belastung dar, da erneut das bekannte
435 Umfeld zwangsweise ins Unbekannte verlassen werden muss. Auf soziale Bindungen,
436 Wünsche oder Bedürfnisse wird dabei nicht eingegangen. Gerade Minderjährige stellen eine
437 besonders schutzbedürftige Gruppe dar. Traumatisierungen treten gehäuft auf. Auch flüchten
438 sie oft in Gruppen mit anderen Minderjährigen oder Jugendlichen, die die Funktion einer
439 Ersatzfamilie einnehmen. Diese einzig verbleibende Konstante durch die erneute Umverteilung
440 zu zerstören lehnen wir strikt ab.

441

442 **Wir fordern eine Harmonisierung der Unterbringungsstandards nach oben.**

443

444 Fundamental ist dabei, dass wir die zentralisierte Unterbringung in Lagern, abseits von der
445 Erstaufnahme, ablehnen. Der Aufenthalt in einer Erstaufnahmestelle ist auf die kürzest mögliche
446 Zeit zu beschränken. Deshalb lehnen wir, neben anderen Maßnahmen aus dem
447 Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz, die Ausweitung der maximalen Erstaufnahmezeit auf
448 Sechs Monate ab und fordern die Rückkehr zu einer höchstens 3-monatigen Verweildauer in
449 der Erstaufnahmestelle. Asylbewerber_innen sollten so schnell wie möglich in eine normale
450 Wohnung ziehen dürfen. Die Erstaufnahmeeinrichtungen wollen wir zu Willkommenszentren
451 entwickeln. Innerhalb von maximal drei Monaten können dort alle wichtigen
452 Verwaltungsmaßnahmen und erste Integrationsmöglichkeiten gebündelt werden. Eine Prüfung
453 der Qualifikation bereits in der Erstaufnahme ermöglicht die Einbeziehung der
454 Arbeitsmarktsituation in die Verteilung auf die Kommunen. Diese können sich aufgrund des
455 ausreichenden zeitlichen Vorlaufes optimal auf die Unterbringung vorbereiten. **Sogenannte**
456 **Gemeinschafts- und Sammelunterkünfte widersprechen unserem Verständnis von einer**
457 **angemessenen und menschenwürdigen Unterbringung Geflüchteter. Mittelfristig fordern**
458 **wird daher ihre Schließung; kurzfristig sehen wir sie aufgrund der hohen Belastung der**
459 **Kommunen als leider notwendiges Übel, das einer Unterbringung in Zelten o.ä. vor allem**
460 **im Winter vorzuziehen ist.**

461 Wir lehnen jedoch Gemeinschaftsunterkünfte nicht grundsätzlich ab. Vielmehr muss es endlich
462 bundesweit einheitliche Mindeststandards geben, die solche Unterkünfte gewährleisten müssen.
463 Selbstverständlich muss der Aufenthalt in einer solchen Einrichtung auf freiwilliger Basis
464 erfolgen. Wir erkennen jedoch an, dass gut geführte Gemeinschaftsunterkünfte oftmals eine
465 wichtige Stütze für geflüchtete Menschen in den ersten Wochen darstellen. Sie bieten den
466 Menschen, die dort wohnen eine erste Möglichkeit der Kontaktaufnahme zu anderen
467 Geflüchteten in der Nähe ihres Wohnorts und zu Menschen, die schon länger an diesem Ort
468 leben. Sie bieten außerdem Raum, dass sich Menschen, die sich für und mit geflüchteten
469 Menschen engagieren wollen, organisieren können.

470

471 Wir fordern außerdem, dass Menschen, die einen Unterstützer_innenkreis für eine
472 Gemeinschaftsunterkunft gründen möchten, hierbei stärker unterstützt werden.
473 Unterstütz_innenkreise leisten viel, wo es an staatlicher Unterstützung fehlt. Ohne Blick auf
474 Herkunftsstaat und angebliche Bleibeperspektive wird hier Menschen unkompliziert geholfen, ob
475 beim Einkaufen, dem Spracherwerb oder der Suche nach einer Wohnung.
476
477 Damit Menschen der Umzug in eine Wohnung leichter gelingen kann, müssen dezentrale
478 Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden. Wir halten nichts davon, Menschen auf
479 Wohnungen zu verteilen, sondern möchten, dass sich diese selbst für eine Wohnung
480 entscheiden können, die ihren Wünschen entspricht.
481
482 In den Kommunen sollten Flüchtlingsunterkünfte in allen sozialen Quartieren eingerichtet
483 werden können. Insbesondere wohlhabendere Viertel sollen sich nicht durch den Einsatz ihrer
484 privilegierten Verhandlungsposition aus der Verantwortung ziehen können. Die Verwaltung hat
485 zudem dafür zu sorgen, dass die Anwohner*innen rechtzeitig informiert und sensibilisiert
486 werden, damit Ressentiments im Keime erstickt werden.
487
488 **Wir fordern, dass die Unterbringung dezentral aber eingebunden erfolgen muss, also die**
489 **tatsächliche Möglichkeit Einkäufe zu tätigen und medizinische Versorgung, Bildungs-**
490 **und Kulturangebote etc. wahrnehmen zu können bieten muss.**
491 **Die Mobilität wird darüber hinaus durch ein kostenloses „Soli-Ticket“ für den**
492 **kommunalen ÖPNV gewährleistet.**
493
494 All diese Maßnahmen setzen voraus, dass genug bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht.
495 Durch jahrelange Reduzierung von Unterbringungskapazitäten waren die heute so oft von
496 Gemeinden und Ländern beklagten Schwierigkeiten bei der Unterbringungen absehbar und
497 hausgemacht. Die Unterbringung von Geflüchteten kann also nicht ohne die **Wiederaufnahme**
498 **des sozialen Wohnungsbaus** gedacht werden. Uns ist dabei wichtig, zu betonen, dass der
499 soziale Wohnungsbau schon seit langem hätte angegangen werden müssen. Die Forderung
500 nach Wiederaufnahme ist deshalb unabhängig von der Zahl der Geflüchteten. Die finanziellen
501 Auswirkungen dieser Maßnahme sind deshalb auch nicht auf die gestiegene Anzahl der
502 Geflüchteten zurückzuführen. Darüber hinaus soll **flexibler Wohnraum** geschaffen werden,
503 welcher die Gemeinden in die Lage versetzt, auch bei kurzfristigen Schwankungen der
504 Geflüchtetenzahlen Wohnraum zu schaffen, ohne das auf Notunterkünfte aus Zelten
505 zurückgegriffen werden muss oder Flüchtende gar auf der Straße verbleiben müssen.
506
507 Auch sind verstärkt zivilgesellschaftliche Unterstützung bei der Wohnungssuche oder Aufnahme
508 in WGs oder Privatwohnungen zu fördern und Gleichzeitig bürokratische Hürden abzubauen.
509 Dies ermöglicht Geflüchteten direkten sozialen Kontakt und erleichtert die Eingewöhnung in
510 einer unbekanntem Umgebung.
511
512 **Wir fordern außerdem die Einführung eines Übergangsmanagements.**
513
514 Einem jeden Geflüchteten ist zur Eingewöhnung Hilfestellung zu geben, das bezieht sich von
515 dem Kennenlernen der Umgebung, hin zu Einkaufsmöglichkeiten oder der Nutzung des
516 öffentlichen Nahverkehrs. Nur durch solche praktische Unterstützung ist ein selbstbestimmtes
517 Leben möglich.
518
519 Für Geflüchtete sind Internetzugänge, explizit auch in Form von WLAN-Netzwerken, essenziell
520 und teilweise überlebenswichtig. Über das Internet kann nicht nur Kontakt zu Familien,
521 Freund*innen und Bekannten gehalten werden. Die meisten Flüchtenden sind während und
522 nach ihrer Flucht ganz konkret auf das Internet angewiesen: um Fluchtrouten zu planen, sich
523 über Gefahren und Neuigkeiten auszutauschen oder Überweisungen durchzuführen. Das gilt
524 auch nach der Ankunft in Deutschland in Erstaufnahmelagern, Flüchtlingsheimen oder anderen
525 Unterbringungsformen. So kann ein Teil des Schriftverkehrs mit Behörden über E-Mail erledigt
526 werden, Informationen und Formulare in Bezug auf den Aufenthalt heruntergeladen werden
527 oder Übersetzungen im Internet gemacht werden. Darüber hinaus ist es auch ihr gutes Recht
528 Kontakte zu halten, mit Familienangehörigen zu sprechen oder aus dem Exil politisch aktiv und
529 vernetzt zu sein.
530
531 Daher fordern wir:

- 532 • flächendeckenden offenen WLAN-Zugang durch die Abschaffung der Störerhaftung auch
533 für nicht-gewerbliche Betreiber*innen ermöglichen
534 • Rechtssicherheit für WLAN-Betreiber*innen zu schaffen, die ihre Netzzugänge für Dritte
535 öffnen
536 • auf Identifikations- oder Dokumentationspflichten für WLAN-Anbieter*innen zu verzichten
537 • die Errichtung von WLAN-Netzwerken in Flüchtlingsunterkünften zu unterstützen und zu
538 fördern
539

540 Wir begrüßen die Abschaffung der Residenzpflicht in einzelnen Bereichen. Dies ist aber bislang
541 nur Flickwerk. Da sich Geflüchtete sowieso regelmäßig an dem ihnen zugewiesenen Ort zu
542 melden haben, um bürokratische Verfahren durchzuführen, ist die Residenzpflicht reine
543 Schikane. **Deshalb fordern wir die Aufhebung der Residenzpflicht im gesamten**
544 **Bundesgebiet.**

545
546 **Wir fordern außerdem, dass Kommunen die Kosten der Unterbringung nicht mehr**
547 **pauschal sondern tatsächlich abrechnen** dürfen. Das Pauschalssystem kommt in den
548 Bundesländern zu sehr unterschiedlichen Sätzen pro Kopf, die wohl hauptsächlich auf
549 politischen Kompromissen, statt auf nachvollziehbaren, offengelegten und tatsächlichen
550 Bedarfen beruhen. Dies führt zu einem massiven Druck der Kommunen, Ausgaben zu senken –
551 im wahrsten Sinne des Wortes auf Kosten der Geflüchteten. Auf regional unterschiedliche
552 Bedingungen, wie Wohnungsmarkt oder Verkehrsanbindung und daraus entstehenden
553 Folgekosten, wird keinerlei Rücksicht genommen. Die gesamten Kosten die durch die
554 Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten anfallen sind durch den Bund und die Länder zu
555 tragen und sollten die ohnehin angespannten Haushalte der Kommunen nicht zusätzlich
556 belasten.

557
558 Bis heute gibt es nicht in allen Bundesländern Mindeststandards für die Unterbringung. Und
559 selbst dort wo sie existieren, sind diese oft windelweich. Es kann daher auch nicht der Schluss
560 gezogen werden, dass die Unterbringung überall dort schlecht ist, wo keine Standards bestehen
561 und dort gut, wo es solche auf dem Papier gibt. Wir kritisieren vielmehr, dass in Deutschland bis
562 heute gar keine Einigung über diese gefunden werden konnte – und dabei geht es um so
563 banales wie eine Toilette in jeder Wohnung. **Wir fordern daher die Schaffung von**
564 **Mindeststandards zur Unterbringung**, welche mindestens folgende Bereiche abdecken:
565 Mindestwohn- und Schlaffläche. Anzahl der pro Raum untergebrachten Personen,
566 abgeschlossene Wohnbereiche, Sanitär- und Kochbereiche pro Person, Gemeinschaftsräume
567 und Freizeitmöglichkeiten.

568
569 Wir lehnen Abschiebehaft ab. Abschiebehaft ist eine Erleichterung des Aktes der Abschiebung
570 für die Behörden und dient u.a. auch der Abschreckungskultur. Aktuell kann bei einer
571 angeordneten „Abschiebung“ ein Geflüchteter bis zu 18 Monate in Haft genommen werden.
572 Vom EuGH wurde 2014 geurteilt, dass die deutschen Abschiebegefängnisse unrechtmäßig
573 sind. Gesetzlich soll ein milderes Mittel immer vorgezogen werden, um die Abschiebung
574 umzusetzen. Jede Inhaftierung der Bundespolizei oder Ausländerbehörde muss begründet sein,
575 um Willkür zu verhindern. Durch die letzten Gesetzesänderungen wurde zusätzlich der
576 Ausreisegewahrsam eingeführt und die Haftgründe praktisch auf jeden Asylbewerbenden
577 ausgeweitet. So reicht die Einreise über einen anderen EU-Staat oder die Zahlung von
578 erheblichen Summen an einen Schleuser zur Inhaftierung. Das sind aber praktisch nahezu die
579 einzigen Möglichkeiten überhaupt nach Deutschland zu kommen und diese Regelung
580 kriminalisiert Flucht damit insgesamt.

581
582 **Wir Jusos fordern, dass sowohl die Abschiebehaft, als auch der Ausreisegewahrsam**
583 **abgeschafft und werden.**

584 **Abschiebungen dürfen nicht ohne vorherige Ankündigung stattfinden.**

585

586 **Wir fordern also insgesamt bezüglich der Unterbringung:**

587

- 588 • die Rückkehr zu einer höchstens 3-monatigen Verweildauer in der Erstaufnahmestelle.
589 • Dass die Unterbringung dezentral aber eingebunden erfolgen muss, also die tatsächliche
590 Möglichkeit Einkäufe zu tätigen und medizinische Versorgung, Bildungs- und
591 Kulturangebote etc. wahrnehmen zu können bieten muss.
592 • Eine Harmonisierung der Unterbringungsstandards nach oben.

- 593 • Die Aufhebung der Residenzpflicht im gesamten Bundesgebiet.
- 594 • Dass die Kommunen, die Kosten der Unterbringung im tatsächlichen Wert abrechnen
- 595 dürfen.
- 596 • Die Schaffung von Mindeststandards bei der Unterbringung.
- 597 • Abschaffung der Abschiebehaft und des Ausreisegewahrsams
- 598 • Die separate und geschützte Unterbringung mit spezifischer Beratung für alleinreisende
- 599 Frauen und alleinerziehenden Frauen mit Kinder.
- 600 • Frauen dürfen während der Schwangerschaft oder kurz nach Geburt nicht auf andere
- 601 Erstaufnahmestellen umverteilt werden. Eine familiengerechte Unterbringung muss
- 602 gewährleistet sein.

603

604 Zur Reduzierung langfristiger Ungewissheit auf Seiten der AsylbewerberInnen und zur Senkung
 605 von Unterbringungs- sowie Verwaltungskosten fordern wir eine schnellstmögliche
 606 Entscheidungsfindung bei Asylverfahren. Hierzu ist eine personelle Aufstockung der
 607 zuständigen behördlichen Stellen nötig. Es sind in diesem Bereich zwar schon Fortschritte zu
 608 verzeichnen, jedoch dauert das durchschnittliche Verfahren in Deutschland noch immer mehr
 609 als sieben Monate. In diesem Zeitraum darf der oder die AsylbewerberIn keiner Arbeit
 610 nachgehen. Daher unterstützen wir das Ziel der Bundesregierung, die Verfahrensdauer auf drei
 611 Monate zu verkürzen.

612

613

614

615 **9.1.1 Unbegleitete Minderjährige Geflüchtete – besonderer Schutz, besondere** 616 **Verantwortung**

617

618 Der Umgang mit in Deutschland ankommenden sogenannten Unbegleiteten Minderjährigen
 619 Flüchtlingen (UMF) widerspricht den Regelungen und Schutzvereinbarungen der UN
 620 Kinderrechtskonvention.

621

622 Von Aufnahme über Unterbringung und Betreuung ist die Situation von Flüchtlingskindern und
 623 Jugendlichen desaströs und bedarf dringender Veränderung und gezielter politischer
 624 Maßnahmen zur Verbesserung.

625

626

627 **Daher fordern wir Jusos endlich eine kindeswohlorientierte Praxis im Umgang mit den**
 628 **minderjährigen Geflüchteten hinsichtlich der folgenden Kriterien:**

629

- 630 • Aufnahme und Registrierung

631

632

633 Unter-16-Jährige werden meist in einer Jugendhilfeeinrichtung untergebracht und erhalten einen
 634 Vormund. Die Vormundschaft ist hierbei entweder Amts- oder Privativormundschaft. Diese
 635 Vormundschaften verfügen einerseits selten über die Sachkenntnis zur Beratung bezgl. des
 636 Aufenthalts- und Asylrechts, andererseits können Interessenskonflikte entstehen. **Daher müssen**
 637 **Unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten eine unabhängige Beratung in asyl- und**
 638 **aufenthaltsrechtlichen Fragen bereitgestellt werden.**

639

640 In vielen Bundesländern durchlaufen UMF ein sogenanntes "Clearingverfahren". Dabei soll
 641 geklärt werden, welche Fluchtgründe vorliegen, wo noch Angehörige sind und welche
 642 Perspektive es in Deutschland gibt.

643

644 **Hier besteht aus Sicht der Jusos die dringende Notwendigkeit entsprechende**
 645 **beschleunigte Aufnahmeverfahren für minderjährige Geflüchtete getrennt von**
 646 **allgemeinen Aufnahmestellen einzurichten, sowie eine Harmonisierung der Standards**
 647 **zur Unterbringung von unbegleiteten Minderjährigen Geflüchteten herbeizuführen.** Die
 648 Feststellung des Alters der Flüchtlinge muss unter behördlicher Kontrolle im Sinne des
 649 Kindeswohls auf Basis psychologischer Gespräche erfolgen – Untersuchungen der
 650 Geschlechtsorgane, wie beispielsweise in Hamburg, müssen als Praxis zur Altersfeststellung
 651 bundesweit verboten werden.

652

- 653 • Unterbringung

654

655 Die derzeitige Unterbringung, Betreuung und Begleitung von UMF ist aus Sicht der Jusos
656 insbesondere für die 16- bis 18-Jährigen untragbar. Hier verstößt das Deutsche Asylrecht
657 grundlegend gegen die UN-Kinderrechtskonvention!

658

659 Daher fordern wir Jusos unter 16-Jährige möglichst familiär in kleinen betreuten Wohngruppen
660 oder Pflegefamilien unterzubringen, um den zumeist stark traumatisierten Kindern und
661 Jugendlichen schnellstmöglich ein stabiles und sicheres Umfeld zu bieten, das dem
662 Schutzbedürfnis gerecht wird.

663

664 Für die älteren ankommenden Jugendlichen ab 16 dürfen nicht mehr über Wochen gemeinsam
665 mit Erwachsenen in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben und anschließend ebenso wie
666 diese in Sammelunterkünften untergebracht werden.

667

668

669 **Wir Jusos fordern die Einhaltung der seit 2010 vorbehaltlos ratifizierten**
670 **UNKinderrechtskonvention und daher eine getrennte Unterbringung von Jugendlichen,**
671 **auch über 16 Jahre, und Erwachsenen. Wir fordern, dass UMF über 16 ebenfalls sofort**
672 **nach ihrer Ankunft in kleinen betreuten Wohngemeinschaften oder sogar Pflegefamilien,**
673 **nach den Standards des Jugendhilferechts, untergebracht werden.**

674

675

676 • Begleitung und Betreuung

677

678 UMF bedürfen besonderer Begleitung, Betreuung und besonderem Schutz. Die Leistungen für
679 unbegleitete minderjährige Geflüchtete nach dem SGB VIII werden jedoch partiell durch
680 Regelungen des Asylbewerberleistungsgesetzes v.a. im Bereich der Gesundheitsversorgung
681 eingeschränkt. Wir Jusos fordern eine umfassende und intensive persönliche gesundheitliche,
682 psychologische und soziale Begleitung der Kinder und Jugendlichen. Dafür braucht es
683 spezialisiertes Personal, das für jedes Kind und jeden Jugendlichen zur Verfügung steht. Die
684 Kindheit und Jugend der UMF ist durch Krieg, Gewalt und Flucht ruckartig unterbrochen
685 worden. Das bedeutet, dass Traumata aufgearbeitet werden müssen und die UMF
686 Unterstützung dabei brauchen, das Erlebte zu ver- bzw. aufzuarbeiten.

687

688

689

690 **Wir Jusos fordern daher mehr zu tun als diese Kinder und Jugendliche medizinisch zu**
691 **versorgen. Die psychische und soziale Begleitung sind als gleichwertig zu betrachten.**
692 **Auch Flüchtlingskinder haben ein Recht auf Kindheit.**

693

694

695 • Perspektiven

696

697 UMF haben in den meisten Fällen mehrere Jahre in Krieg, Gewalt und auf der Flucht gelebt.
698 Daher ist es aus Sicht der Jusos eine zwingende Notwendigkeit den Kindern und Jugendlichen
699 gemäß ihrer Begabungen und Wünsche unabhängig vom Alter Unterstützung zukommen zu
700 lassen. **Das bedeutet auch, dass an Schulen das Lehrpersonal geschult werden muss,**
701 **dass für UMF andere Zugangs- und Prüfungsvoraussetzungen gelten sowie**
702 **Klassenstufen über längere Zeiträume erreicht werden können.** Perspektiven aufzeigen
703 heißt auch hier eine individuelle Betreuung gewährleisten, die unabhängig von sprachlicher
704 Qualifikation mit dem Kind beziehungsweise Jugendlichen gemeinsam entscheidet, welche Art
705 der Bildung und Ausbildung angestrebt wird. Hier geht es um Mut machen, Chancen erkennen
706 und Förderung!

707

708 • Rechtliche Regelungen und Finanzen

709

710 Wir fordern eine kindeswohlorientierte Praxis. Das bedeutet im Sinne der Kinderrechte, dass
711 gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen entschieden wird, welche Maßnahmen und
712 Angebote genutzt werden. Gleichzeitig bedeutet es jedoch auch, dass Kindern und
713 Jugendlichen besonderer Schutz und besondere Förderung zukommen muss.

714

715 Wir Jusos fordern zudem, dass keine Abschiebung von UMF möglich ist. UMF, die während
716 Krieg und Flucht von ihren Familien getrennt wurden oder Waisen sind, müssen
717 uneingeschränkten Aufenthalt bekommen. Dieser dauerhaft garantierte Aufenthalt darf auch mit
718 dem 18. Geburtstag nicht enden! Bisher ist es so, dass UMF nur geduldet werden und ihr
719 Asylverfahren meist erst zum 18. Geburtstag gekoppelt an bestimmte Kriterien, wie
720 beispielsweise der 6-jährige Schulbesuch, entschieden wird. Diese Praxis widerspricht unserer
721 Forderung nach einem dauerhaft sicherem Umfeld mit einer Zukunftsperspektive in Frieden für
722 die UMF.

723

724 **Wir fordern, dass die Begleitung und Betreuung von UMF Bundesangelegenheit wird und**
725 **eine deutliche Finanzierungssteigerung erwirkt wird.** Im Bundeshaushalt soll daher ein
726 eigener Titel für die Versorgung der UMF veranschlagt werden, um so Länder und Kommunen
727 zu entlasten sowie eine flächendeckende, einheitliche Finanzierung zu garantieren.

728

729 • Umdenken in der Verwaltung

730

731

732 **Wir fordern ein grundlegendes Umdenken in den Verwaltungsstrukturen von Bund,**
733 **Ländern und Kommunen.** Dazu gehören Weiterbildungsmaßnahmen von
734 Behördenmitarbeiter_innen mit dem Ziel sie für den Umgang mit UMF zu schulen. Ebenso ist es
735 wichtig klare Regelungen zur Beachtung des Kindeswohls in Durchführungsverordnungen und
736 denen für die Ausländerbehörden verbindlichen Verwaltungsvorschriften zu den einschlägigen
737 Gesetzen zu schaffen. Außerdem ist eine kindgerechte personelle und finanziell ausreichende
738 Ausstattung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahrensberatungsstellen unabdingbar."

739

740 9.2 Bildung

741

742

743

744 Die Bildung von Geflüchteten, egal ob bei Kindern oder Erwachsenen sollte mit im Mittelpunkt
745 der Integration vor Ort stehen. Dazu zählen die frühkindliche Bildung, die Schule, der Erwerb
746 der Sprache oder auch Dinge wie zum Beispiel die Anerkennung von Bildungsabschlüssen für
747 den Zugang zum Arbeitsmarkt, beziehungsweise den Erwerb des Führerscheins.

748

749 · 9.2.1 Kindertagesstätten/ Kindergarten

750

751 In Deutschland sollte jedes Kleinkind, das mit seiner Familie nach Deutschland kommt ab dem
752 ersten Lebensjahr, das Anrecht auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung haben, genauso
753 wie jedes andere Kind in Deutschland. Dieses Anrecht sollte bestehen, sobald die Familie mit
754 dem Kind die Erstaufnahmeeinrichtung verlassen kann. Erst ab dem Zeitpunkt kann größtenteils
755 gewährleistet werden, dass das Kind dauerhaft in einer Gruppe bleiben kann. Das Anrecht ist
756 sehr wichtig, damit die Kinder von Beginn an die Möglichkeit haben, gemeinsam mit anderen
757 Kindern und nicht abgeschottet in ihren Familien aufzuwachsen. Sie lernen andere Kinder
758 kennen und erlernen die deutsche Sprache durch Kontakt und Beziehung zu Gleichaltrigen. So
759 beginnt die Integration in die Gesellschaft vor Ort direkt. Um den Kindertagesstätten optimale
760 Bedingungen für alle Kinder zu schaffen, begrüßen wir Initiativen, wie die Einrichtung
761 sogenannter „Willkommenskitas“, welche mit Sensibilisierungs- und Qualifizierungsangeboten
762 einher gehen.

763

764 Um vermehrte Konkurrenz um Kita-Plätze zu vermeiden, **fordern wir die Aufstockung von**
765 **KiTa-Plätzen, damit es für alle Kinder die Möglichkeit auf einen solchen Platz gibt.** Auch
766 hier möchten wir unterstreichen, dass es schon vor dem Anstieg der Zahl der Geflüchteten
767 einen hohen Bedarf einer Aufstockung von KiTa-Plätzen gab.

768 Damit einher geht die Forderung nach deutlich mehr Personal. Der Betreuungsschlüssel ist jetzt
769 schon vieler Orts katastrophal. Mehr Kita Plätze funktionieren nur mit mehr qualifiziertem
770 Personal.

771

772 **Wir fordern außerdem die Qualifizierung und finanziell bessere Entlohnung des KiTa-**
773 **Personals, damit trotz der Herausforderungen eine qualitativ hochwertige**
774 **Kinderbetreuung ermöglicht wird.**

775

776 Wir fordern außerdem eine konsequente Verbesserung der Ausbildung. Die Anforderungen
777 steigen aber die Ausbildung hängt zurück. Qualifizierte PädagogInnen brauchen für die Arbeit
778 mit geflüchteten Kinder und Jugendlichen Kompetenzen in interkultureller Pädagogik und
779 müssen Ansätze wie den Anti-Bias anwenden können.

780

781 9.2.2 Grundschulen/weiterführende Schulen

782

783 In Deutschland herrscht allgemeine Schulpflicht für alle Kinder und Jugendlichen im
784 schulpflichtigen Alter. Aus diesem Grund gilt dieses Recht auch für Kinder und Jugendliche, die
785 als Geflüchtete nach Deutschland kommen. Allerdings ist dieses Recht in den Bundesländern
786 deutlich unterschiedlich ausgestaltet beziehungsweise noch gar nicht für Geflüchtete speziell
787 geregelt, wie in Bremen oder Schleswig Holstein. In diesen beiden Ländern besteht Schulpflicht
788 für Alle, die eine Wohnung in diesen Bundesländern haben, woraus dort die Schulpflicht für
789 Asylsuchende abgeleitet wird. So unterliegen Asylsuchende in den drei Bundesländern Berlin,
790 Hamburg und Saarland von Anfang an der Schulpflicht. In den sechs Ländern Brandenburg,
791 Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland Pfalz
792 besteht die Schulpflicht, sobald ein_e Asylsuchende_r nicht mehr verpflichtet ist, in einer
793 Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen bzw. einer Gemeinde zugewiesen wurde. In Bayern und
794 Thüringen tritt die Schulpflicht drei Monate, in Baden-Württemberg sechs Monate nach Zuzug
795 ein. Sachsen und Sachsen-Anhalt normieren keine Schulpflicht, sondern lediglich ein
796 Schulbesuchsrecht. Dies bedeutet, dass in diesen Ländern keine Garantie darauf besteht, dass
797 diese Kinder tatsächlich beschult werden.

798

799 **Aus diesem Grund fordern wir, dass mindestens nach der Erstaufnahme, spätestens**
800 **nach 3 Monaten, für die Kinder und Jugendlichen eine Schulpflicht besteht, sie also das**
801 **Recht darauf haben beschult zu werden.**

802

803 Dies ist ohne Kenntnisse der deutschen Sprache sehr schwierig und von Schulen wird oft der
804 Grund einer Kapazitätsauslastung vorgeschoben, um keine minderjährigen Geflüchteten
805 aufnehmen zu müssen.

806

807 **Wir fordern die Ausweitung der Sprachförderangebote an Schulen insbesondere der**
808 **"Sprachlernklassen"**

809

810 Sprache ist der Schlüssel für Bildungsteilhabe. Aus diesem Grund ist die Ausweitung der
811 Sprachförderangebote an allen Schulformen von großer Bedeutung. Diese Angebote sollen
812 individuell auf die unterschiedlichen Voraussetzungen der geflüchteten Schülerinnen und
813 Schüler angepasst werden. So könnten Sprachlernklassen, Förderkurse Deutsch als
814 Zweitsprache, Förderunterricht in Fördergruppen, oder der Einsatz von Stunden nach speziellen
815 Sprachförderkonzepten gute Möglichkeiten der sprachlichen Förderung und Sicherstellung von
816 Bildungsteilhabe der Kinder und Jugendlichen sein. Bei all diesen Maßnahmen ist besonders
817 wichtig, dass diese inklusiv gedacht werden. Die geflüchteten Schülerinnen und Schüler sollen
818 stets die Möglichkeit haben am Regelunterricht teilzunehmen, damit diese
819 Sprachfördermaßnahmen nicht zur Separation dieser Lernenden führen kann.

820

821 Wir sind der festen Überzeugung das Sprache nicht nur durch schulischen Unterricht
822 (gesteuerter Spracherwerb) vermittelt wird. Vielmehr ist der ungesteuerte Spracherwerb durch
823 die Beteiligung an einer Sprachgemeinschaft mindestens gleichbedeutend. Dementsprechend
824 müssen auch die Voraussetzungen für eine solche Form des Spracherwerbs gegeben sein. Die
825 Beteiligung von Geflüchteten an außerunterrichtlichen Aktivitäten in der Schule, vielfältige
826 Betreuungsangebote sowie der Ausbau der Ganztagschule sind hierfür geeignete
827 Maßnahmen.

828

829 Innerhalb des gesteuerten Spracherwebs im Unterricht nehmen Sprachlernklassen eine
830 besondere Rolle ein. Sprachlernklassen sollten in Erreichbarkeit für alle an zentralen Schulen
831 geschaffen werden. Sie sollen das Erlernen der Sprache zusammen mit der Weiterbildung und
832 das „Mitkommen“ beim Stoff erleichtern. Hierbei gibt es in den Ländern unterschiedliche
833 Konzepte. In verschiedenen Bundesländern wird nach dem sogenannten niedersächsischen
834 Erlass mit dem Titel »Integration und Förderung von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher
835 Herkunftssprache« eine Sprachlernklasse eingerichtet, wenn eine Schule von mindestens zehn
836 solcher Schüler_innen besucht wird. „Sprachlernklassen können auch jahrgangübergreifend sein,

837 wobei maximal 16 Schüler_innen eine Sprachlernklasse besuchen können. Der Unterricht soll
838 auch fachbezogen und in enger Abstimmung mit dem Unterricht in den Regelklassen erteilt
839 werden; in ausgewählten Fächern sollen die Schüler_innen am Unterricht der künftigen
840 Regelklasse teilnehmen. Die Einrichtung von zentralen Sprachlernklassen im Sekundarbereich I
841 und II ist an zentralen Schulstandorten in einer Region auch jahrgangs- und
842 schulformübergreifend möglich. Der Besuch einer Sprachlernklasse dauert in der Regel ein
843 Jahr, kann aber entsprechend dem Stand der Deutschkenntnisse verkürzt werden. Bei
844 Schüler_innen der Jahrgänge 8 bis 10 kann die Besuchsdauer generell auf zwei Jahre
845 verlängert werden".

846

847 **In Sachen Schule fordern wir also insgesamt:**

848

- 849 • Dass mindestens nach der Erstaufnahme, spätestens nach 3 Monaten, für Kinder und
850 Jugendlichen eine Schulpflicht besteht, sie also das Recht darauf haben beschult zu
851 werden.
- 852 • Wir fordern die Ausweitung der Sprachförderangebote an Schulen insbesondere der
853 "Sprachlernklassen".
- 854 • Unabdingbar ist für uns auch die Forderung nach der stetigen Verbesserung des
855 Studiums. Zu diesem Zwecke sollten Integration und interkulturelles Arbeiten starker
856 Bestandteil des Lehramtstudiums werden.

857

858 · 9.2.3 Hochschule

859

860 Bisher wird der Hochschulbesuch von Geflüchteten durch verschiedene Regularien erschwert,
861 zum Teil sogar verhindert. Rechtliche und tatsächliche Hürden müssen daher umfassend
862 beseitigt werden. Internationale Abschlüsse müssen besser und zügiger anerkannt werden.
863 Eine verbesserte Anerkennungspraxis betrifft auch die Weiterführung eines bereits begonnenen
864 Studiums. Auch müssen kurzfristig kostenlose Gasthörer*innenschaften für Geflüchtete
865 ermöglicht werden. Das kann aber nur eine Zwischenlösung sein. Denn wir wollen die möglichst
866 schnelle Integration in den regulären Studienbetrieb. Deshalb muss auch die Möglichkeit
867 bestehen, Prüfungen abzulegen und ECTS-Punkte zu sammeln. Auch die individuelle
868 Studienfinanzierung muss gewährleistet werden. Wir fordern deshalb einen BAföG-Anspruch für
869 alle Studierende - unabhängig von Voraufenthaltsdauer und Aufenthaltsstatus! Beratung und
870 Betreuung an den Hochschulen müssen für Geflüchtete ausgebaut werden. Hier sehen wir auch
871 die Studierendenschaften in der Pflicht, die Inklusion von Geflüchteten durch Mentoring-
872 Programme zu unterstützen. Studienkollegs, die geflüchtete Menschen auf die Hochschulen
873 vorbereiten, müssen an allen Standorten massiv ausgebaut werden. Sprach- und
874 Vorbereitungskurse im Vorfeld eines Studiums müssen kostenlos sein.
875 Für Geflüchtete, die ihren Studien- oder Schulbesuch nicht nachweisen können, muss nach
876 einem fachlichen und sprachlichen Eignungsnachweis der Zugang zu Studiengängen
877 unbürokratisch ermöglicht werden. Vorreiterin in diesem Bereich ist die Universität des
878 Saarlandes, die im Bereich verschiedener MINT-Fächer dies vorsieht.

879

880 Wir sind überzeugt: Menschen, die sich in einer Ausbildung jeglicher Art befinden, sind das
881 größte und wichtigste Potenzial für die Zukunft einer Gesellschaft. Durch Einbindung in das
882 Bildungssystem erhalten Menschen nicht nur die Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben,
883 sie tun es auch bereits. Durch die Erfahrungen, die Zuwanderer aus anderen Kulturen
884 mitbringen, sind sie zudem eine Bereicherung für das deutsche Bildungssystem, die in dieser
885 Art und Weise niemals durch ein staatliches Angebot geleistet werden könnte. Hinzu kommt,
886 dass Personal und Finanzmittel der Schulen und Ausbildungsbetriebe verschwendet würden,
887 wenn Auszubildende plötzlich gezwungen sind, die Ausbildung abzubrechen. Es muss für beide
888 Seiten Planungssicherheit gewährleistet sein.

889

890 Deshalb fordern wir ein Abschiebeverbot für Menschen, die als SchülerInnen, Studierende oder
891 Auszubildende Teil des Bildungssystems sind, indem sie beispielsweise eine Schule besuchen,
892 eine Ausbildung machen oder an einer Hochschule eingeschrieben sind. Der Schul-, Berufs-
893 oder Studienabschluss in Deutschland muss zu einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis führen.

894

895 · 9.2.4 Sprachkurse

896

897 Der Erwerb der Sprache ist für die gesellschaftliche Teilhabe, die Weiterbildung, den Zugang

898 zum Arbeitsmarkt und im alltäglichen Leben unabdingbar.

899

900 Der Besuch eines sogenannten „Integrationskurses“ ist jedoch erst nach Gewährung von Asyl
901 möglich. Bis dahin ist der Zugang zu offiziellen Kursen nicht möglich. Dieser Zugang kann vor
902 der Anerkennung nur durch ESF-Kurse geschehen, die je nach Kurs allerdings bestimmte
903 Zugangsvoraussetzungen haben und mit einem hohem bürokratischen Aufwand im Vorhinein
904 beginnen. Dies stellt für Bildungsträger_innen einen enormen Verwaltungsmehraufwand dar.
905 Derzeitige Alternativen bieten oft ehrenamtlich geleitete Sprachförderkurse. Die Möglichkeit des
906 Besuches eines Sprachkurses ab dem Tag nach der Ankunft, ist wichtig, damit sich die
907 Menschen, auch wenn sie vielleicht nicht bleiben dürfen, in Deutschland einfinden können und
908 so erst die Voraussetzung dafür geschaffen werden, dass sie ihren Fall vorbringen und ihre
909 Rechte ausüben können. Dies muss auch in ländlichen Gebieten mit Mobilitätshemmnissen
910 garantiert werden.

911

912 **Deshalb fordern wir: Integrationskurse und Sprachkurse müssen für jede_n**
913 **Asylbewerber_innen vom ersten Tag an zugänglich sein.**

914

915 · 9.2.5 Führerschein und Mobilität

916

917 Geflüchteten muss ein Zugang zu kostengünstigen Ticketangeboten wie Sozialtickets für den
918 kommunalen ÖPNV gewährleistet werden.

919 Unabhängig vom Aufenthaltsstatus hat jeder Mensch in Deutschland außerdem theoretisch die
920 Möglichkeit einen Führerschein zu erwerben. Dies ist vor allem im Hinblick auf einen
921 Arbeitsplatz und die Mobilität auf dem Land sehr wichtig. In Deutschland kann der Führerschein
922 neben Deutsch auch in 11 weiteren Sprachen abgelegt werden. Diese sind: Englisch,
923 Französisch, Griechisch, Italienisch, Kroatisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Russisch,
924 Spanisch und Türkisch. Viele Geflüchtete/Asylbewerber_innen kommen allerdings aus Ländern,
925 in denen zum Beispiel Arabisch Landessprache ist.

926

927 Mobilität ist für Geflüchtete von essentieller Bedeutung. Vieles können sie über den öffentlichen
928 Nahverkehr erreichen – ein Fahrrad ist aber genauso wichtig. Mittlerweile häufen sich allerdings
929 die Unfälle von Geflüchteten, die mit den Regeln des deutschen Straßenverkehrs nicht vertraut
930 sind, weshalb Verwaltungen zurückhaltender mit der Bereitstellung von Fahrrädern werden. Das
931 ist die falsche Konsequenz: Wir fordern deshalb, dass Geflüchtete direkt zu Beginn ihres
932 Aufenthaltes in Deutschland spätestens aber bei ihrer Zuweisung sowohl in der Nutzung des
933 ÖPNV als auch in den Regeln des Straßenverkehrsrechts für Fahrradfahrende von Seiten der
934 Verwaltung unterrichtet werden.

935

936 **Deswegen fordern wir zur Erleichterung des Erwerbs die Möglichkeit die theoretische**
937 **Führerscheinprüfung zusätzlich zu den elf anerkannten Sprachen auch auf weiteren**
938 **durchführen zu können.**

939

940 · 9.2.6 Anerkennung von Bildungsabschlüssen

941

942 Viele hier ankommende Menschen sind gut oder hoch gebildet. Auch wenn im Bereich
943 Anerkennung in letzter Zeit viele Verbesserungen zu verzeichnen sind, können Kompetenzen
944 oft nicht anerkannt werden, beziehungsweise die Möglichkeiten zur Anerkennung werden durch
945 hohe bürokratische Hürden genommen. So kostet die formale Anerkennung, die für Feststellung
946 eines Bildungsabschlusses nötig ist, wie zum Beispiel die Übersetzung der Dokumente,
947 mehrere hundert Euro, die von den Menschen getragen werden müssen. Dieses Geld können
948 sie natürlich nicht selbst aufbringen, wodurch diese Anerkennung oft nicht möglich ist. Vielen ist
949 dieses Verfahren auch unbekannt so dass die Gefahr besteht, dass viele in den
950 Niedriglohnbereich „einsteigen“ und dort verhaftet bleiben. Die Anerkennung und Feststellung
951 eines Abschlusses ist für Menschen somit eine Möglichkeit, einen Beruf auszuüben, der ihrer
952 Qualifikation entsprechend ist.

953

954 Wir begrüßen ausdrücklich auch Initiativen, welche die Anerkennung non- und informeller
955 Kompetenzen ermöglichen. Über den tatsächlichen Nachweis von Kenntnissen in
956 Lernergebniseinheiten, können so auch Menschen, die praktische Kompetenzen haben ohne
957 jedoch je ein Zertifikat oder offiziellen Berufsabschluss erworben haben, diese auch zukünftig in
958 Deutschland ausüben.

959

960 Wir fordern, dass jede Stelle, die berechtigt ist, eine Berufsqualifikation anzuerkennen, auch ein
961 Verfahren anbietet, das bei Verlust von Dokumenten die Anerkennung der Qualifikation
962 ermöglicht (beispielsweise durch theoretische und/oder praktische Überprüfung der Kenntnisse
963 nach dem Modell der HWK & IHK). Auch wenn es bei nicht reglementierten Studienabschlüssen
964 kein Anerkennungsverfahren gibt, so muss es auch in diesem Bereich Menschen ohne
965 Dokumenten ermöglicht werden, einen gleichwertigen Abschluss bescheinigt zu bekommen,
966 denn die Fachkenntnis ist vorhanden – es fehlt nur der Nachweis. Aus diesem Grund soll für
967 nicht reglementierte Studienabschlüsse eine zuständige Stelle in jedem Bundesland eingerichtet
968 werden, um das „sonstige Verfahren“ anzuwenden. Hierfür bieten sich beispielsweise
969 Universitäten an, die eine umfassende Kenntnisprüfung abnehmen.

970

971 **Wir fordern daher, dass diese Anerkennung von Berufsabschlüssen, kostenlos ist. Wir**
972 **begrüßen außerdem die Möglichkeit durch Arbeitsproben, durch erleichterten Zugang zur**
973 **Ablegung von Abschlussprüfungen, der Einführung von Kenntnissprüfungen oder**
974 **ähnlichem bei Fehlen von Zeugnissen die Qualifikation anderweitig nachweisen zu**
975 **können.**

976

977 · 9.2.7 Zugang zu Sport- und Vereinswesen

978

979 Zu Teilhabe zählen auch die Bildung sozialer Kontakte und der Umgang mit Gleichaltrigen. Dies
980 geschieht vor allem beim Sport oder anderen Freizeitausgleich in Vereinen. Der Zugang dazu
981 ist meist mit Mitgliedsbeiträgen verbunden, die von den Geflüchteten selbst oft nicht getragen
982 werden kann. So bleibt vielen dieser Zugang verschlossen. Vielerorts ist es so, dass Vereine
983 einen kostenfreien Zugang von sich aus ermöglichen, jedoch sollte dieses Konzept des
984 kostenfreien Zugangs die Regel und nicht die Ausnahme sein.

985

986 Deswegen fordern wir die Finanzierung weitgreifender Integrationsprogramme für Vereine,
987 deren Mittel zur Integration von Geflüchteten in den Vereinsalltag zur Verfügung gestellt
988 werden. Sie sollen ermöglichen, dass Geflüchtete und ebenso Menschen in schwerer sozialer
989 Lage, die einen Mitgliedsbeitrag nicht zahlen können, trotzdem am Vereinsalltag teilnehmen
990 können. Natürlich kann kein Verein dazu gezwungen werden, und der Aufruf bezieht sich nicht
991 auf Vereine, bei denen nur die Rechtsform „Verein“ für eine quasi unternehmerische Tätigkeit
992 gewählt wurde und der Beitrag als Versicherung oder als Vorauszahlung zur eventuellen
993 Erbringung einer Dienstleistung oder Ähnlichem verbunden ist, wie etwa bei der Lohnsteuerhilfe
994 oder dem ADAC

995

996 **10. Teilhabe durch Arbeit!**

997

998 Wesentliches Medium gesellschaftlicher Teilhabe in Deutschland ist eine sinnvolle und
999 würdevolle Beschäftigung. Auch eine neue Heimat kann nur dort aufgebaut werden, wo die
1000 Möglichkeit geboten wird, seine Zeit in sinnvoller Interaktion mit anderen zu verwenden.
1001 Deswegen fordern wir Jusos:

1002

- 1003 • **Die vollständige Abschaffung der Vorrangprüfung; sie diskriminiert unnötig**
- 1004 **zwischen Asylbewerber_innen und Arbeitsinländer_innen und schafft Barrieren, wo**
- 1005 **es Hilfen im Zugang zum Arbeitsmarkt braucht.**
- 1006 • **Die komplette arbeitsrechtliche Gleichstellung von Asylbewerbenden mit**
- 1007 **Deutschen nach 3 Monaten.**

1008

1009 Perspektiven müssen jedoch nicht nur denjenigen eröffnet werden, die schon Qualifikationen
1010 mitbringen; auch und gerade jüngere Geflüchtete, denen häufig schon im Herkunftsland Schul-
1011 und/oder Ausbildung verwehrt blieben, brauchen eine Chance auf ein selbstbestimmtes Leben.

1012

1013 · **Damit die Menschen eine Chance haben einen Ausbildungsplatz zu**
1014 **bekommen, fordern wir die Garantie einer Aufenthaltserlaubnis für die komplette**
1015 **Ausbildungszeit und die Dauer der darauffolgenden Weiterbeschäftigung bei Erhalt eines**
1016 **solchen Vertrages.** Auch muss den Personen danach Zeit eingeräumt werden eine
1017 Arbeitsstelle zu finden. Der Erhalt einer Ausbildungsstelle für eine_n Asylsuchende_n stellt
1018 allerdings momentan noch keine Garantie dar, in Deutschland bleiben zu dürfen. Aus dem
1019 Grund der Planungsunsicherheit verweigern sich viele Arbeitgeber_innen einem_r qualifizierten

1020 Asylsuchenden einen Ausbildungsplatz zu geben. Die aktuellen Gesetzesänderungen
1021 Auszubildende mit Duldungen abzuspeisen reichen nicht dazu aus, das Problem zu beheben.
1022

1023 · **Wir fordern die Subventionierung zusätzlicher**

1024 **betrieblicher Ausbildungsplätze für Geflüchtete.** Der schwierigste Schritt für junge
1025 Geflüchtete auf dem Weg in die deutsche Arbeitswelt ist der Erste - deswegen braucht es eine
1026 notfalls auch materielle Motivation gerade für kleinere und mittlere Betriebe, ihnen einen
1027 Ausbildungsvertrag anzubieten. Noch wichtiger ist darüber hinaus die Förderung des
1028 Übergangs vom Ausbildungs- in das Arbeitsverhältnis. Auch hier sind materielle Förderungen
1029 für sich engagierende Betriebe wichtig, um Teilhabe zu ermöglichen.

1030

1031 **Kein Abschluss ohne Anschluss**

1032

1033 Wir fordern eine Ausbildungsgarantie für alle Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben.
1034 Wo der Markt keine ausreichende Versorgung sicherstellt, sind Ausbildungsplätze öffentlich zu
1035 fördern. Davon profitieren Geflüchtete und deutsche Jugendliche mit Startschwierigkeiten
1036 gleichermaßen. Eine qualifizierte Berufsausbildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit. Nur
1037 durch Arbeit können soziale und wirtschaftliche Teilhabe umfänglich gewährleistet werden.

1038

1039 · **Wir fordern die Vereinfachung des Hochschulzuganges für Geflüchtete. Dies**
1040 **beinhaltet eine schnelle und umfängliche Anerkennung von Schulabschlüssen und**
1041 **anderen Qualifikationen sowie den Ausbau englischsprachiger Kurse. Eine umfassende**
1042 **Betreuung während des Studiums ist essentiell für erfolgreiches Lernen.**

1043

1044 Einbindung in die Arbeitswelt setzt Einbindung in den akademischen Betrieb nicht nur häufig
1045 voraus - diese Einbindung in die Universitäten und Fachhochschulen kann auch helfen,
1046 Vorurteile abzubauen und gleichzeitig aufzeigen, dass denjenigen, die bei uns Asyl suchen,
1047 tatsächlich alle Türen offen stehen. Sprachliche und andere fachspezifische Qualifikationen
1048 müssen nachgewiesen, ihr Erwerb jedoch ermöglicht und gefördert werden.

1049

1050 · **Wir fordern die Schaffung eines solidarischen kommunalen Beschäftigungssektors, in**
1051 **dem auch eine Mindestquote an Arbeitsplätzen für Geflüchtete vorgehalten wird;** eine
1052 Sofortmaßnahme, die aus kommunaler Perspektive sofort realisiert werden kann, um direkt die
1053 Arbeit an kommunalen Aufgaben sozial sinnvoll zu verteilen.

1054

1055 Es müssen schnelle Möglichkeiten dafür geschaffen werden, dass Geflüchtete unbürokratisch
1056 andere Geflüchtete unterstützen können. Zum Beispiel dürfen medizinisch geschulte
1057 Geflüchtete nicht zur Untätigkeit verdammt sein, während dringend notwendige medizinische
1058 Versorgung für Geflüchtete fehlt.

1059

1060 **11. Leistungen/ Gesundheit:**

1061

1062 **Wir halten an unserer Forderung der Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes**
1063 **fest.**

1064

1065 Es kann nicht sein, dass es Menschen zweiter Klasse gibt, die noch unter dem
1066 Existenzminimum der Sozialleistungen gehalten werden.

1067

1068 Dadurch wäre auch gewährleistet, dass Asylbewerber_innen einen gleichwertigen **Zugang zur**
1069 **Gesundheitsversorgung** erhalten. Die Behandlung, die Asylsuchenden momentan zur
1070 Verfügung steht, bedarf unbedingt einer Änderung. So werden zwar akute Erkrankungen und
1071 Schmerzzustände versorgt und die Mittel zur Linderung der Schmerzen und Besserung der
1072 Krankheit werden auch zur Verfügung gestellt, doch die Betonung liegt bei dieser Leistung auf
1073 dem Wort „akut“. So werden chronische Erkrankungen höchstens im Falle eines akuten Notfalls
1074 behandelt.

1075

1076 Die Verpflegungssituation mit Essen und Getränken ist für Asylsuchende vor allem in zentralen
1077 Einrichtungen gesichert. Anders sieht es bei der gesundheitlichen Versorgung aus. Die
1078 ungenügende Untersuchung bei der Erstaufnahme begrenzt sich lediglich auf wenige
1079 Untersuchungsschritte und ist sowohl von wissenschaftlicher als auch von gesellschaftlicher
1080 Seite aus vielfach - und zurecht - starker Kritik ausgesetzt. Hieraus ergibt sich die Forderung

1081 nach einer Überarbeitung der Erstaufnahmeuntersuchung auch im Hinblick auf
1082 Schwangerschaften, Chronischen und Krebserkrankungen der Asylsuchenden. Will einE
1083 ErkrankteR Asylbewerberin oder Asylbewerber medizinische Hilfe erhalten, muss sie_er eine
1084 Krankenversicherung bzw. einen Personalausweis vorzeigen. Dies ist bei Menschen mit
1085 illegalem Aufenthalt natürlich nicht möglich. Die Ärztinnen und Ärzte des Krankhauses/der
1086 Arztpraxis sind aber hierzu gezwungen. Jenseits von Notfällen kann die Behandlung verweigert
1087 werden, bis die Kostenfrage geklärt ist. Zur ambulanten Versorgung müssen Patientinnen und
1088 Patienten beim Sozialamt einen Krankenschein beantragen. Für ein Land, das sich stets auf
1089 Menschenrechte beruft, ist es unhaltbar, dass sich ein Menschen durch eine bloße Meldung in
1090 die Gefahr begibt, abgeschoben zu werden.

1091

1092 Die Vergütung des zuständigen Haus- oder Zahnarztes läuft hierbei über die zuständige
1093 Verwaltung, das heißt man muss vor dem Besuch eines Arztes erst beim Amt die Erlaubnis
1094 einholen überhaupt zum Arzt gehen zu dürfen. Schwangere und Wöchnerinnen werden hierbei
1095 zum Glück umfassend versorgt. Übergangsweise fordern wir zumindest die Einführung einer
1096 Krankenkarte nach dem Bremer Modell durch die Bundesländer.

1097

1098 Eine Vielzahl von Geflüchteten ist aufgrund ihrer Erlebnisse im Heimatland oder auf der Flucht
1099 traumatisiert. Dem steht aber nur ein geringes Angebot an qualifizierten Psycholog_innen
1100 gegenüber. **Wir fordern daher den Ausbau von Trauma-Zentren**, die sich gerade auf
1101 Geflüchtete und minderjährige Geflüchtete spezialisieren, so wie die sprachlichen
1102 Voraussetzungen einer erfolgreichen Therapie schaffen können. Der Zugang soll bereits
1103 Asylbewerber_innen ermöglicht werden.

1104 Viele Geflüchtete haben in ihrer Heimat schreckliche Dinge erlebt. Sie brauchen psychologische
1105 Betreuung, um das Erlebte hinter sich zu lassen und nicht allein gelassen zu werden. Wir
1106 fordern deshalb psychologische Betreuung für die Geflüchteten ab ihrer Ankunft in den
1107 Kommunen!

1108

1109 Wir halten die Abschaffung des Sachleistungsprinzips weiterhin für die einzig richtige Lösung.
1110 Es muss Geflüchteten allgemein ermöglicht werden ihre Einkäufe selbst zu erledigen. Die
1111 Verteilung von standardisierten Essenspaketen ist, und das wird so auch zugegeben, als reine
1112 Schikane gedacht. Sie verhindert Selbständigkeit, ermöglicht keine individuellen Wünsche oder
1113 Notwendigkeiten bei der Essensvergabe und ist darüber hinaus durch den Lager- und
1114 Personalaufwand auch deutlich teurer, als das Geldleistungsprinzip. Finanzielle Ressourcen, die
1115 an anderer Stelle dringend gebraucht werden.

1116

1117 Geflüchtete sollten außerdem sofort nach ihrer Ankunft die **Möglichkeit haben ein Konto zu**
1118 **eröffnen**. Elektronischer Zahlungsverkehr sollte jedem Menschen zur Verfügung stehen und ist
1119 oft auch Voraussetzung, um zum Beispiel Miete zu zahlen. Das Überfallrisiko auf Geflüchtete
1120 kann so außerdem gesenkt werden.

1121

1122 **Wir fordern somit in den Bereichen Gesundheit/Leistungen:**

1123

- 1124 • Die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes das Asylbewerberleistungsgesetz
- 1125 besteht fordern wir die Einführung einer Gesundheitskarte
- 1126 • Einen gleichwertigen Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle Asylbewerber_innen.
- 1127 • Die Abschaffung des Sachleistungsprinzips.
- 1128 • Die Bereitstellung eines/r Dolmetscher/in eine „Pflichtleistung“ des Staates sein muss.
- 1129 • Den Ausbau von Trauma-Zentren, die sich gerade auf Geflüchtete und minderjährige
- 1130 Geflüchtete spezialisieren.
- 1131 • Die Möglichkeit für Geflüchtete ein Konto zu eröffnen.

1132

1133 **12. Geflüchtete in unserer Gesellschaft**

1134

1135 Geflüchtete haben, zumindest anfänglich, kaum Möglichkeiten die Gesellschaft
1136 mitzubestimmen, in der sie angekommen sind. Aufnahme und Teilhabe von ihnen kann aber nur
1137 gelingen, wenn auch die Zivilgesellschaft eine offene und inklusive ist. Eine solche Gesellschaft
1138 wollen und müssen wir aktiv fördern und ständig einfordern.

1139

1140 Hierzu gehört vor allen Dingen, dass Geflüchtete von staatlicher Seite Unterstützung erhalten
1141 und nicht lange Wartezeiten bei jedweder benötigten Hilfe in Kauf nehmen müssen. Dies liegt

1142 vor allem an dem überforderten Verwaltungspersonal.
1143 Deshalb fordern wir: Zur Entlastung müssen auf kommunaler-, Landes- und Bundesebene in
1144 den zuständigen Verwaltungen flächendeckend ausreichend Stellen geschaffen werden, um
1145 zeitnah Anträge und Anfragen beantworten zu können. Gerade auch auf kommunaler Ebene
1146 können so die zahlreichen Ehrenamtlichen koordiniert sowie die Angebote zahlreicher
1147 Flüchtlingsinitiativen, -verbände und Selbstorganisationen präsentiert und bei Wunsch auf
1148 Seiten der Organisationen auch koordiniert werden. Für die Arbeitnehmer_innen, die in diesen
1149 Stellen arbeiten, sollen verpflichtend interkulturelle Trainings angeboten werden, damit die
1150 Hemmungen vor fremden Kulturen abgebaut und das Verständnis für die Menschen gesteigert
1151 wird. Außerdem soll gewährleistet sein, dass in den Verwaltungen jedes Angebot in den
1152 benötigten Sprachen vorhanden ist.
1153 Die Migrationsdienste vor Ort, welche oft den Wohlfahrtsverbänden, wie Caritas, AWO, IB etc.
1154 oder Kirchen angegliedert sind, müssen mit weiteren hauptamtlichen Stellen, die vom Bund
1155 bezahlt werden, aufzustocken. Dadurch kann eine gute Beratung der Geflüchteten in rechtlichen
1156 Fragen innerhalb des Asylverfahrens oder zum Beispiel bei der Job-Suche ausgeweitet werden,
1157 damit jeder und jede von ihnen die Möglichkeit zu einer solchen kostenfreien und nicht-
1158 staatlichen Beratung haben kann.
1159
1160 12.1 Geflüchtete sind bei uns willkommen
1161
1162 Asylrecht ist Menschenrecht. Jeder Mensch hat ein Recht darauf, in freiheitlichen und sozialen
1163 Strukturen zu leben. Wir brauchen daher ein unbürokratisches Asylverfahren, damit wir das
1164 Verfahren zu einer Willkommenskultur umwandeln. Zu dieser Willkommenskultur gehört für uns
1165 neben der Änderung im Umgang mit Geflüchteten auch die Einrichtung so genannter
1166 „Willkommensseminare“, auf denen den Geflüchteten und Asylsuchenden die notwendigen
1167 Grundlagen für ein kurzes oder auch längeres Leben in Deutschland vermittelt werden. Neben
1168 einer solchen „Willkommensseminaren“ ist ebenfalls die Reduktion bürokratischer
1169
1170 Abläufen im Zuge der Erstaufnahme in einer Landesaufnahmestelle und bei der weiteren
1171 Bearbeitung des Asylantrages von besonderer Bedeutung. Hierzu gehört eine Entschlackung im
1172 bürokratischen Ablauf des Bundesamtes für Migration. Denn wir müssen die speziellen
1173 Umstände von Geflüchteten und Asylsuchenden akzeptieren und respektieren.
1174
1175 12.2 Ehrenamt stärken!
1176
1177 Seit vor ca. zwei Jahren die Vertreibung von Menschen, zum Beispiel durch den Krieg in Syrien
1178 und den IS, immer größer wurde, ist auch die Zahl der Ehrenamtlichen im Bereich Hilfe für
1179 Geflüchtete stark angestiegen. Viele Menschen engagieren sich vor allem vor Ort oft täglich für
1180 die Unterstützung dieser Menschen.
1181
1182 Dazu gehören auch so „banale“ Dinge, wie die Erklärung der Mülltrennung. Aber vor allem geht
1183 es darum die Menschen zu bestimmten Terminen zu den Ämtern zu fahren und dort auch zu
1184 begleiten, ihnen bei Arztbesuchen unterstützend zur Seite zu stehen, wie auch kulturelles
1185 Wissen und alltägliche Gepflogenheiten zu erklären, damit es nicht zu Missverständnissen
1186 kommt und die Teilhabe vor Ort gelingen kann. Dem Anliegen Kontakt zwischen Geflüchteten
1187 und „Einheimischen“ zu ermöglichen, tragen Bemühungen Rechnung, Begegnungscafés/
1188 Begegnungsstätten oder ähnliche Zentren zu schaffen. Hier können dann niedrig schwellig
1189 Kontakte zwischen Ortsansässigen und Geflüchteten aufgebaut, aufrechterhalten und
1190 ausgebaut werden und sie eröffnen oft zahlreiche weitere Möglichkeiten der gemeinsamen
1191 Freizeitgestaltung und Unterstützung.
1192
1193 Dies alles erfordert viel Zeit, Geduld und Aufopferungsbereitschaft und es verdient den
1194 allergrößten Respekt, was Ehrenamtliche leisten! Fest steht: das was der Staat bereitstellt,
1195 könnte nie auffangen, was durch Ehrenamt geleistet wird. Ehrenamtliches Engagement darf
1196 aber nicht dazu führen, dass sich der Staat aus seinen Aufgaben zurückzieht.
1197
1198 Ehrenamtliche hingegen berichten von teilweise herabwürdigenden Umgang mit Geflüchteten,
1199 wenn sie unbegleitet in Ämtern Termine wahrnehmen. Ehrenamtliche übernehmen hier oft den
1200 Part des_r Fürsprechers_in und Vermittlers_in.
1201
1202 **Deshalb fordern wir die Anerkennung dieser ehrenamtlichen Leistung von Seiten des**

1203 **Staates!**

1204

1205 Das bedeutet, dass die Ehrenamtlichen in ihrer Arbeit als Hilfe für die Geflüchteten auf den
1206 Ämtern wahrgenommen werden sollen und nicht als Menschen, die dort nichts zu suchen
1207 haben. Die Steine, die ihnen in ihrer alltäglichen Arbeit in den Weg gelegt werden, sollen der
1208 Anerkennung der Arbeit und des Engagements weichen.

1209

1210 Dadurch können die Ehrenamtlichen unterstützt werden und die Beratung der Geflüchteten in
1211 rechtlichen Fragen innerhalb des Asylverfahrens oder zum Beispiel bei der Job-Suche, kann
1212 ausgeweitet werden, damit jeder und jede von ihnen die Möglichkeit zu einer solchen
1213 kostenfreien Beratung haben kann.

1214

1215 **Zu diesen Zwecken fordern wir die großflächige Aufstockung der hauptamtlichen Stellen
1216 mit Zuständigkeit für die Geflüchteten.**

1217

1218 Zum Ehrenamt gehört auch meist, dass sich die Ehrenamtlichen mit amtlichen Vorschriften und
1219 Formularen und Verordnung beschäftigen, wenn Geflüchtete Hilfe brauchen. Dies ist jedoch oft
1220 sehr schwer zu bewerkstelligen, da oft nicht klar ist, was gemeint ist oder das Formular sehr
1221 bürokratisch und mit Fachbegriffen gespickt ist.

1222

1223 **Deshalb fordern wir: Zu Unterstützung dafür müssen auf kommunaler Ebene in den
1224 zuständigen Verwaltungen flächendeckend ausreichend Stellen geschaffen werden, um
1225 die Ehrenamtlichen in diesen Punkten zu entlasten.** Diese Stellen sollen auch als

1226 Koordinierungsstellen und Ansprechstellen für die Ehrenamtlichen dienen.

1227 Den sich aufgrund der bereits lange vor der aktuellen Situation bestehenden angespannten
1228 Finanzlage in einer Haushaltsaufsicht durch übergeordnete Behörden befindlichen Kommunen
1229 soll von diesen Behörden die Möglichkeit eingeräumt werden, außerplanmäßig Personal für die
1230 Koordinierung und Umsetzung von Aufgaben der Unterbringung, Versorgung und Integration
1231 von Geflüchteten einzustellen.

1232

1233 **Wir fordern außerdem die Qualifizierung von Ehrenamtlichen.**

1234

1235 Denn auch hier gilt: nur gut gemeint, ist nicht gut gemacht. Oft können Missverständnisse,
1236 Fehler und Frustration vermieden werden, wenn die Ehrenamtlichen zum Beispiel über
1237 Möglichkeiten und den rechtlichen Rahmen eines Ehrenamts informiert und verschiedene
1238 Dokumente und Verfahren erklärt werden, die jeder Geflüchtete braucht.

1239

1240 Geflüchtete bringen von ihrer Flucht und aus ihren Herkunftsländern oft schreckliche
1241 Erfahrungen mit, die dann auch Ehrenamtlichen in Gesprächen erzählt werden. Damit diese
1242 Bilder und übertragenen Ängste verarbeitet und eingeordnet werden können, brauchen
1243 Ehrenamtliche die Möglichkeit der Supervision.

1244

1245 **Wir fordern daher die Schaffung von Supervisions- und psychischen
1246 Betreuungsangeboten für Ehrenamtliche.**

1247

1248 **Zur besseren Koordinierung der zahlreichen Flüchtlingsinitiativen, -verbände und
1249 Selbstorganisationen fordern wir zentrale Koordinierungsstellen, welche die oben
1250 genannten Qualifizierungs- und Supervisionsangebote ermöglichen können.**

1251

1252 **Daneben fordern wir im Bereich Ehrenamt insgesamt:**

1253

- 1254 • eine Anerkennung der ehrenamtlichen Leistungen vom Staat.
- 1255 • Eine Aufstockung von hauptamtlichen Stellen mit der Zuständigkeit für Geflüchtete.
- 1256 • Stellen in kommunalen Verwaltungen zur Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen.
- 1257 • Sowie die Qualifizierung der Ehrenamtlichen.

1258

1259 12.3 Menschenfeindliche Umtriebe stoppen!

1260

1261 Neben wachsendem ehrenamtlichen Engagement nehmen leider aber auch die Aktivitäten
1262 gegen Geflüchtete und deren Unterkünfte stark zu.

1263

1264 Dies reicht von „friedlichem Protest besorgter Anwohner“, die zum Beispiel im Februar 2014 im
1265 bayrischen Anzing plakatierten: "30 Männer an der Zahl wird im Wohngebiet zur Qual", bis hin
1266 zu Brandanschlägen, wie im niedersächsischen Tröglitz am 04.04.2015.
1267
1268 Während das Bundeskriminalamt bereits von 2012 auf 2013 einen Anstieg von Gewalt- und
1269 Propagandadelikten gegen Flüchtlingsunterkünfte von 24 auf 58, und damit um mehr als das
1270 Doppelte vermeldete, stieg diese Zahl 2014 um das Dreifach auf 162 rechtsextrem motivierte
1271 Angriffe auf Unterkünfte. Die Chronik der Antonio-Amadeu-Stiftung und Pro Asyl kommt allein
1272 für das Jahr 2014 zu auf 186 gewalttätige Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, darunter 35
1273 Brandstiftungen, und 79 tätliche Übergriffe auf Einzelpersonen. Diese Zahlen sind mehr als
1274 alarmierend! Und sie sind wohl nur die Spitze des Eisbergs. Die Dunkelziffer wird wie immer
1275 deutlich höher liegen.
1276
1277 Auch wenn Berlin, Nordrhein-Westfalen und Sachsen als Spitzenreiter der Statistik gelten, sind
1278 die Angriffe geographisch überall im Bund verteilt. Es ist also bei weitem kein „Ost“- oder reines
1279 „Land“-Problem. Rassismus sitzt eben tief in der Mitte der gesamten Gesellschaft.
1280
1281
1282
1283 Es ist offensichtlich, dass rassistische Gewalttaten auf Schutzsuchende in den vergangenen
1284 Wochen eine neue Dimension erreicht haben.
1285
1286 Der Rechtsstaat muss gegen rassistische Gewalttaten ein deutliches Signal setzen - nicht nur
1287 im Hinblick auf die konsequente Bestrafung der TäterInnen, sondern auch in Bezug auf die
1288 Opfer. Asylsuchende, sind als Opfer rechter Gewalt, in laufenden Gerichts- und
1289 Strafverfolgungsprozessen doppelt entrechtet. Es ist schlimm genug, dass die Bundesrepublik
1290 die Sicherheit hier Schutz suchender Menschen oft nicht gewährleisten kann. Hinzu kommt,
1291 dass die Opfer trotz ihrer Rolle als NebenklägerInnen oder Zeuginnen eines Prozesses
1292 dennoch abgeschoben werden können. Sie haben damit nicht nur die Folgen von Ausgrenzung
1293 und Hass hinzunehmen, sondern gegebenenfalls auch die drohende Abschiebung. Das ist vor
1294 dem Hintergrund der grassierenden Gewalt gegen Asylsuchende nicht länger hinnehmbar.
1295
1296 Daher fordern wir, dass die Opfer rassistischer Gewalttaten, soweit dies durch rechtskräftiges
1297 Urteil festgestellt, ein unbefristeten Aufenthaltstitel bekommen. Damit wird die Bundesrepublik
1298 nicht nur ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gegenüber den Opfern und ihrem sozialen
1299 Umfeld gerecht, sondern setzt auch ein klares politisches Signal an TäterInnen und
1300 Gesellschaft. Wir bieten den Betroffenen nach ihrer traumatischen Gewalterfahrung Sicherheit
1301 und Schutz an und signalisieren, dass sie nicht allein gelassen werden."
1302
1303
1304
1305 Die Grundlage für solche Aktionen ist in der öffentlichen Verbreitung von Rassismus und dem
1306 Schüren von Hass zu sehen. Rund 80 Proteste gegen bestehende oder geplante
1307 Flüchtlingsunterkünfte wurden von staatlicher Seite 2014 gezählt, die Antonio-Amadeu-Stiftung
1308 kommt auf 270. Rechte Gruppierungen und Parteien nutzen Sozialneid und Ängste von
1309 Menschen gezielt für ihre menschenfeindliche Propaganda aus. Dem muss man sich klar
1310 entgegenstellen!
1311
1312 **Wir rufen daher regelmäßig zum Gegenprotest auf und werden uns auch weiter öffentlich in**
1313 **aller Deutlichkeit mit Geflüchteten solidarisieren.** Proteste gegen Geflüchtete und
1314 Flüchtlingsunterkünfte müssen gesamtgesellschaftlich endlich klar als das erkannt werden was
1315 sie sind: die geistige Grundlage für gewaltsame Übergriffe auf Geflüchtete und Brandanschläge
1316 auf ihre Wohnungen.
1317
1318 Es müssen außerdem die vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um
1319 fremdenfeindliche Proteste in unmittelbarer Nähe von Asylunterkünften zu untersagen. Diese
1320 haben massive Auswirkungen auf das Wohlbefinden der Bewohner_innen und führen im
1321 schlimmsten Fall zu einem Rückfall in erlebte Traumata.
1322
1323 Die Einrichtungen, in denen Geflüchtete bis dahin untergebracht sind, müssen zu jedem
1324 Zeitpunkt ausreichend geschützt werden. Die sprunghaften Anstiege der Angriffszahlen auf

1325 Unterkünfte von Geflüchteten zeigen, dass der bisherige staatliche Schutz nicht ausreichend ist.
1326 Weiterhin erwarten wir von der Polizei, dass Angriffe auf Asylbewerber*innenunterkünfte
1327 gründlich aufgeklärt werden.

1328

1329 Wir wissen aber auch, dass dies allein nicht das Vorhandensein von Vorurteilen in der
1330 Gesellschaft beseitigt. Wir drängen daher auf die **frühzeitige und partizipative Beteiligung**
1331 **der Bevölkerung an geplanten Flüchtlingsunterkünften** durch die Gemeinden. Es hat sich
1332 gezeigt, dass sich durch Informationsschreiben, Bürger_innensprechstunden und ähnlichem die
1333 Anwohner_innen ernst genommen fühlen, Ängste und Vorurteile abgebaut werden und oftmals
1334 daraus Angebote entstehen, die Einrichtung und Geflüchtete zu unterstützen. Dies fördert nicht
1335 nur die Akzeptanz, sondern entzieht rassistischen Akteur_innen den Nährboden und kommt
1336 damit auch den Geflüchteten zu gute.

1337

1338 12.4. Keine Asylrechtsverschärfungen mit Stimmen der SPD!

1339

1340 Die SPD darf sich – egal ob in Regierungsbeteiligung oder nicht – nicht an Verschärfungen des
1341 Asylrechts beteiligen, auch wenn dafür Verbesserungen z.B. beim Bleiberecht „erkauft“ werden.
1342 Diese Verbesserungen sind Notwendigkeiten, für die zu streiten selbstverständlich ist. Sie sind
1343 aber nicht gegen andere Einschränkungen für Geflüchtete abwägbar. Die Sozialdemokratie darf
1344 sich nicht auf das Spiel einlassen, Geflüchtete in „echte“ und „falsche“ oder „gute“ und
1345 „schlechte“ einzuteilen.

1346

1347 Eine Flüchtlingspolitik die auf Abschreckung setzt und „Fehlanreize“ in den Zielländern zu
1348 Fluchtgründen erklärt, ist ein gefährlicher Irrweg.

1349

1350 Letztlich bedeutet Abschreckung, Menschen hier genauso schlecht oder noch schlechtere
1351 Lebensbedingungen zu bereiten als in ihren Herkunftsländern.

1352

1353 Bezogen auf die Grenzsicherung bedeutet Abschreckung, die Einreise mindestens so riskant zu
1354 machen, wie das Leben in den Herkunftsländern.

1355

1356 Diese Strategie ist zynisch und in ihrem Versuch, Zufluchtsuchende das Leben so unangenehm
1357 wie möglich zu machen, uferlos. Wir brauchen eine Lösung der momentanen Krise, die die
1358 tatsächlichen Fluchtgründe angeht und nicht die sozialen und humanitären Mindeststandards
1359 der Bundesrepublik zu Fluchtgründen erklärt und für Asylsuchende deshalb faktisch abschafft.

1360

1361 Wir brauchen somit in Deutschland und Europa eine menschliche Flüchtlingspolitik, die eine
1362 sichere und legale Einreise in die EU ermöglicht, die Unterbringung und Verteilung von
1363 Geflüchteten menschenwürdig und solidarisch organisiert, die Hilfsbereitschaft in der
1364 Gesellschaft tatkräftig unterstützt, um für eine solidarische Willkommenskultur zu sorgen, und
1365 sich aktiv gegen rechte Gewalt, rechten Terror und Populismus wendet. Geflüchtete sind keine
1366 Bedrohung. Sie sind Menschen. Das muss das Denken der Flüchtlingspolitik bestimmen. Es
1367 geht um Menschen.

1368

1369 **13. Fluchtursachen bekämpfen und internationale Hilfe verstärken**

1370

1371 Täglich machen sich Menschen aus Not und Elend, aus Verfolgung und Unterdrückung, aus
1372 Krieg und Leid auf. Sie wagen sich auf einen Weg, der meist ebenso gefährlich ist, wie ihre
1373 Heimat. Sie lassen ihre Angehörigen zurück, nur für die vage Hoffnung auf ein besseres und vor
1374 allem sicheres Leben. Viele von denen, die sich aufmachen, erreichen den Ort ihrer Hoffnung
1375 nie. Sie bleiben auf halber Strecke stecken, weil sie die SchlepperInnen nicht mehr bezahlen
1376 können. Sie geraten in die unmenschlichen Fänge von skrupellosen MenschenhändlerInnen.
1377 Sie werden unter den absurdesten Vorwürfen inhaftiert. Sie verhungern, verdursten, erfrieren
1378 und ertrinken zu vielen im Mittelmeer. Nochmal: Menschen fliehen nicht ohne Grund!

1379

1380 All das passiert, weil die Bedrohungen in den Herkunftsländern der Geflüchteten so viel
1381 schlimmer sind, dass sie all die Gefahren als hinnehmbar erscheinen lassen. Krieg, Hunger und
1382 Armut beherrschen das Leben vieler Menschen auf dieser Welt.

1383

1384 Für uns Jusos sind Forderungen nach einem menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten hier
1385 elementar. Darüberhinaus ist es uns genauso wichtig sich für gute Lebensstandards und die

1386 Einhaltung der Menschenrechte in Herkunftsländern einzusetzen. Niemand soll gezwungen
1387 sein, seine/ihre Heimat zu verlassen und eine lebensgefährliche Flucht auf sich nehmen zu
1388 müssen.

1389

1390 Daher fordern wir unsere politischen EntscheidungsträgerInnen auf, sich aktiv mit
1391 Fluchtursachen auseinanderzusetzen und diese zielgerecht und vor allem umgehend und
1392 umfassend zu bekämpfen. Strukturelle Ursachen sollen ebenso im Fokus liegen, wie
1393 kriegsrische Gefährdungen, wie derzeit der IS in Syrien und dem Irak. Alle internationalen
1394 AkteureInnen müssen umgehend Strategien zum gezielten Umgang mit derartigen
1395 Organisationen entwickeln und diese umsetzen.

1396

1397 Außerdem müssen die kurdischen Parteien zu unterstützen, die vielerorts die Versorgung von
1398 Geflüchteten übernommen haben, die Mittel zur Verfügung gestellt werden, die sie für eine
1399 optimale Betreuung der Geflüchteten brauchen.

1400

1401 Weitergehend ist es für uns nicht akzeptierbar, dass sich Regierungen aus ihren Verpflichtungen
1402 gegenüber internationalen Hilfsorganisationen mit dem Argument der Kosten für Geflüchtete im
1403 eigenen Land herauswinden. Dies erzeugt weiteres Leid und Elend unter den Opfern und macht
1404 den Hilfsorganisationen ihre Arbeit vor Ort unmöglich. Das finanzielle Ausbluten zum Beispiel
1405 der Refugeeecamps des UNHCRs im Nordirak ist ein Akt der Unmenschlichkeit

1406

1407 Wir fordern daher:

1408

- 1409 • Fluchtursachen müssen umgehend umfassend bekämpft werden
- 1410 • Refugeeecamps internationaler Hilfsorganisationen müssen ausfinanziert werden um ein
1411 Mindestmaß an Versorgung und Schutz zu gewährleisten
- 1412 • Es muss eine transnationale Strategie zur Bekämpfung des IS und anderer ähnlicher
1413 Gruppierungen entwickelt werden

1414

1415 **Fluchtursachen nachhaltig bekämpfen – Globale Ungleichheit begrenzen**

1416

1417 Teil jungsozialistischer Flüchtlingspolitik ist auch die Bekämpfung von Fluchtursachen. Nur ein
1418 Bruchteil der 60 Millionen, die aktuell auf der Flucht sind, hat die eigene Heimat freiwillig
1419 verlassen. Ziel unserer Politik muss – neben der humanitären Versorgung – muss deshalb eine
1420 umfassende Verbesserung der Situation in den Herkunftsländern sein, so dass keine weiteren
1421 Menschen fliehen müssen und diejenigen, die wollen, sicher zurückkehren können.

1422

1423 Notwendig sind dazu vier zentrale Maßnahmen.

1424

1425 1. **UNHCR, WFP und Afrika Fonds sind mit den dringend notwendigen finanziellen**
1426 **Mitteln auszustatten**, damit die Flüchtlingslager in der Türkei, Jordanien, dem Libanon und
1427 Ägypten unter menschenwürdigen Bedingungen betrieben werden können. Es ist ein Skandal,
1428 dass das UN-Flüchtlingshilfswerk die Kopfpauschale in den Lagern im Nahen Osten seit Anfang
1429 des Jahres fast halbieren musste und Menschen deshalb drohen zu verhungern. Viele
1430 Geflüchtete wollen ihre Region nicht verlassen. Das ist aber nur möglich, wenn sie zu
1431 angemessenen Bedingungen untergebracht werden.

1432

1433 2. **Mehr Bedeutung für das internationale Konfliktmanagement.** Formate wie die Wiener
1434 Syrien-Konferenz müssen eine wesentlich höhere Bedeutung erhalten. Sie können zu
1435 dauerhaften Frieden und Stabilität führen, was allein durch militärische Gewalt nicht erreicht
1436 werden kann. Auch der Friedensprozess in der Ukraine zeigt, dass ausdauernde
1437 Verhandlungen auf Augenhöhe zum Erfolg führen können. Es ist deshalb entscheidend, dass
1438 Europa, die Vereinigten Staaten, Russland und China in enger Kooperation mit den weltweiten
1439 Konflikten umgehen.

1440

1441 3. **Konsequente Bekämpfung von extremer Armut.** Das bedeutet die schrittweise
1442 Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs). Aber auch endlich die Gewährung
1443 fairer Handelsbedingungen und ein Ende der Ausbeutung ökonomisch schwacher Staaten. Es
1444 muss Schluss sein mit der kurzsichtigen europäischen Agrar- und Fischereipolitik, die Armut
1445 außerhalb Europas forciert und neue Ursachen für Konflikte und Flucht schafft.

1446

1447 4. **Verstärkte Bekämpfung des Klimawandels und seiner Folgen.** Es braucht zusätzliche
1448 Investitionen in Küstenschutz und Wasseraufbereitung, um besonders gefährdete Regionen zu
1449 schützen. Erhebliche Teile der Welt werden langfristig nicht mehr zu guten Bedingungen
1450 bewohnbar sein. In diesen Bereichen sind Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel von
1451 den verursachenden Industriestaaten zu finanzieren. An den Orten wo Verlust & Schäden
1452 auftreten und somit unbewohnbar werden, müssen frühzeitig Resettlement-Programme
1453 gestartet werden. Das ermöglicht eine gerechte Verteilung der Menschen auf die
1454 Staatengemeinschaft und verhindert plötzliche, massive Fluchtbewegungen mit allen
1455 Problemen, die diese mit sich bringen.

1456

1457

1458

1459

1460

1461

1462

1463

1464

1465

1466

1467

1468

1469

1470

1471

1472

1473

1474

1475

1476

1477

1478

1479

1480

1481

1482

1483

1484

1485

1486

1487

1488

1489

1490

1491

1492

1493

1494

1495

1496

1497

1498

1499

1500

1501

1502

1503

1504

1505

1506

1507

Titel Widerspruchslösung in der Organspende
einführen

Antragsteller Brandenburg

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Widerspruchslösung in der Organspende einführen

1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass
2 auch in Deutschland hinsichtlich der Organspende die Widerspruchslösung eingeführt wird. Die
3 Widerspruchslösung besagt: Hat der/die Verstorbene einer Organentnahme zu Lebzeiten nicht
4 ausdrücklich widersprochen, z.B. in einem Widerspruchsregister, so können Organe zur
5 Transplantation entnommen werden. Ein Widerspruchsrecht der Angehörigen kann diskutiert
6 werden. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür
7 einzusetzen, dass auch in Deutschland hinsichtlich der Organspende die Widerspruchslösung
8 einzuführen. Die Widerspruchslösung besagt: Hat der/die Verstorbene* einer Organentnahme
9 zu Lebzeiten nicht ausdrücklich widersprochen, z:b. in einem Widerspruchsregister, so können
10 Organe zur Transplantation entnommen werden. Es soll eine zentrale Datenbank geschaffen
11 werden, in welcher die Entscheidung eines jeden/ einer jeden, ob und welche Organe
12 gespendet werden sollen, gespeichert ist.

13
14

15 Wir fordern die Aufklärung über Organspende im Kindesalter zu verstärken, indem wir
16 Kinderärzte dazu auffordern, dieses höchst sensible Thema im Rahmen der U6-
17 Vorsorgeuntersuchung mit den Eltern zu besprechen. Für Menschen, die im Laufe ihres Lebens
18 so schwer erkranken, dass es notwendig wird, einen Vormund zu bestellen, soll festgelegt
19 werden, dass die von ihnen getroffene Entscheidung bezüglich ihres Spendestatus im
20 Nachhinein nicht durch den Vormund revidiert werden darf. Die Speicherung der Entscheidung
21 soll entsprechend in einem dezentralen Widerspruchsregister bei den einzelnen Krankenkassen
22 erfolgen.

23 Der Status im Widerspruchsregister soll, von Aufklärungskampagnen flankiert, regelmäßig
24 durch die betreffende Krankenkasse mitgeteilt werden

25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

Titel Der solidarische Wohlfahrtsstaat: Für eine moderne Familien- und Elternpolitik

Antragsteller Hessen-Süd

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag

Der solidarische Wohlfahrtsstaat: Für eine moderne Familien- und Elternpolitik

1 Familie im Wandel

2

3 Das vom Staat vorgegebene Familienbild wird den vielfältigen Problemlagen der Betroffenen
4 nicht gerecht. Fest steht, dass das Bild von Familie im Wandel und vielfältig ist. Zwar bildet das
5 klassische Familienmodell von heterosexueller Partnerschaft mit Kindern das häufigste Modell,
6 jedoch sinkt dessen Anteil gegenüber Alleinerziehenden, gleichgeschlechtlichen Paaren,
7 Patchworkfamilien und anderen Formen stetig. Einen einheitlichen Familienbegriff gibt es nicht.
8 Insbesondere junge Menschen sind offen für alternative Lebensformen, werden aber frühzeitig
9 in die traditionellen Lebensformen gepresst oder müssen sich durch nicht geplanter Elternschaft
10 oder plötzlicher Pflegepflichten komplett um-orientieren wegen der gesetzlichen
11 Rahmenbedingungen. Auch reagieren die Menschen pragmatisch auf die Lebensumstände und
12 versuchen im Rahmen der Möglichkeiten das Beste für sich und den Menschen ihrer Umgebung
13 heraus zu schlagen.

14

15 Soziales Dilemma

16

17 Wir stellen wir fest, dass durch staatliche steuer- und sozialrechtliche Regelungen(wie z.B.
18 durch das Ehegattensplitting) Menschen weiterhin in das klassische Familienbild gepresst
19 werden. In keinem anderen Politikfeld macht sich die konservative Prägung unseres
20 Wohlfahrtsstaates so bemerkbar wie in der Familien- und Elternpolitik. Insbesondere Frauen
21 sind von dieser verkrusteten Politik besonders schwer betroffen. Ehe und Kinderkriegen ist für
22 sie oftmals verbunden mit einem geringerem Einkommen und verminderten Aufstiegschancen
23 im Beruf. Daneben sorgt der demographische Wandel für einen erhöhten Pflegebedarf von
24 Angehörigen, was oftmals auch von Frauen übernommen werden muss. Der deutsche
25 Wohlfahrtsstaat wälzt somit seine Pflichten an Frauen ab. Diese haben dann ein erhöhtes
26 Risiko, von Altersarmut betroffen zu sein. Noch mal prekärer ist die Lage für die
27 alleinerziehenden Eltern, von denen der überwiegende Anteil auch Frauen ist. Diese befinden
28 sich meist im SGB II Bezug und haben trotz des Wunsches nach Erwerbsarbeit nicht die
29 Möglichkeit, sich auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren. Zudem führt der Spardruck in den
30 Ländern und Kommunen zum Abbau von essentieller sozialer Infrastruktur wie
31 Ganztagsbetreuungsangeboten, Vereinsstrukturen, Musikschulen oder Bibliotheken. Daneben
32 steht der Ausbau von privaten Angeboten, die jedoch nur für eine geringe Anzahl von Eltern zur
33 Verfügung steht und hier auch wieder exklusive Prozesse verstärkt.

34

35 Vereinbarkeit von Familie

36

37 Familien erleben außerdem einen wachsenden Zeitstress bei der Vereinbarkeit von Beruf und
38 Familie. Die Wirtschaft reagiert auf die unterschiedliche Lebenssituation der Eltern, die nunmehr
39 zunehmend beide berufstätig sind, immer noch unzureichend und reflektiert zu wenig, dass
40 durch die gängigen Arbeitszeit- und Mobilitätsanforderungen das Zeitbudget für Familien immer
41 weiter verknappt wird. Ansätze der Wirtschaft für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und
42 Familie gibt es, sie sind aber unzureichend. Auch junge Eltern stehen vor ähnlichen
43 Rahmenbedingungen während ihres Studiums oder ihrer Ausbildung. Noch immer sind die

44 Ansätze für eine Ausbildung oder eines Studiums in Teilzeit weniger stark ausgeprägt. Daneben
45 verfügen Universitäten sowie Ausbildungsstätten über keine ausreichende Infrastruktur von
46 Betreuungseinrichtungen. Das erhöhte Zeitmanagement, der eigenständigen Betreuungssuche-
47 bzw. organisation und der Bewältigung von Studium und Ausbildung können nicht alle
48 bewältigen.

49

50 **Neue Trends**

51

52 Darüber hinaus lässt sich ein allgemeiner Trend der Verwirklichung in der Familie erkennen.
53 Immer weniger Menschen begreifen die aktive Familienschaft durch Partnerschaft oder durch
54 Elternschaft als einen karrieretechnischen Nachteil. Insbesondere Männer nehmen ihre
55 Vaterschaft immer positiver auf und wünschen sich wie Frauen eine bessere Vereinbarkeit von
56 Familie und Beruf.

57

58 Hier muss ein partnerschaftliches Lebensmodell verwirklicht werden, was jeden elterlichen Teil
59 gleichstellt. Die sich aus der Analyse ergebenden Problemstellungen lassen sich vielmals nur
60 durch verbesserte gesetzliche Rahmenbedingungen lösen. *Ein derartiges Familienverständnis*
61 *muss sich aber auch in konkreter sozialer Absicherung und der Rechtspraxis wiederfinden und*
62 *verankert werden. Deshalb fordern wir weiterhin die Abschaffung des Ehegattensplittings und*
63 *die rechtliche Anerkennung von mehr als zwei Elternteilen (wie beispielsweise kürzlich in*
64 *Argentinien geschehen).*

65

66 *Daher fordern wir unverzüglich eine Neuorientierung der Familienpolitik einzuleiten, die folgende*
67 *Punkte umfasst:*

68

69 • Für unser wohlfahrtsstaatliches Verständnis steht fest, dass Familie dort ist, wo Menschen
70 füreinander soziale Verantwortung übernehmen, unabhängig von Trauschein oder
71 sexueller Orientierung. In diesem Zusammenhang ist es nicht Aufgabe des Staates
72 bestimmte Lebensformen als gesellschaftliche Normalität vorauszusetzen.

73

74 • Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbildung sowie Studium zu stärken ist
75 wesentlicher Bestandteil einer sozialen und geschlechtergerechten Familien- und
76 Elternpolitik. Wir setzen uns für den Ausbau einer hochwertigen und beitragsfreien
77 Infrastruktur von Betreuung ein, die neben Angeboten für Kinder und Jugendliche die
78 Vereinbarkeit von Familie und Arbeit gewährleistet und den zeitlich entgrenzten
79 Arbeitszeitmodellen gerecht wird. Auch die Betriebskindergärten sollen weiter gefördert
80 werden.

81

82 • Insbesondere Ausbildungsbetriebe und Universitäten müssen im Rahmen der jeweiligen
83 Möglichkeiten entsprechende Betreuungsangebote für junge Eltern anbieten.

84

85 • Bei Teilzeitausbildung in Betrieben soll gesetzlich verankert werden, dass zukünftig nur
86 noch unter der Bedingung, dass zwingende betriebliche Gründe dem entgegenstehen,
87 Teilzeitausbildungen versagt werden können.

88

89 • Für die akademische Ausbildung muss gelten, dass die finanziellen Nöte von
90 Studierenden mit Kind und die entsprechenden Bafög-Sätze an die Lebenssituation der
91 Eltern angepasst werden. Hier muss der flexible Einsatz von Teilzeit- und Vollzeitstudium
92 ermöglicht werden.

93

94 • Wir begrüßen das Familienzeitmodell. Eltern sollen nach der Elternzeit für die Dauer von
95 3 Jahren ihre Arbeitszeit unter einem sozial gestaffeltem Lohnausgleich aus Steuermitteln
96 und unter arbeits- und sozialversicherungsrechtlicher Absicherung reduzieren können.
97 Weiterhin soll die von Manuela Schwesig eingebrachte 30 Stunden Woche für Eltern
98 eingeführt werden. Nichtsdestotrotz setzen wir uns weiterhin für eine
99 Arbeitszeitverkürzung in diesem Umfang für alle Arbeitnehmer*innen ein, unabhängig
100 davon, ob sie ‚Eltern‘ sind oder nicht

101

102 • Eine gebührenfreie, bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige Kinderganztagesbetreuung
103 inklusive einer kostenfreien, gesunden Essenversorgung, die den unterschiedlichen und
104 altersspezifischen Bedürfnissen der Kinder gerecht wird, ist aufzubauen. Daneben setzen

- 105 wir uns für einen Rechtsanspruch auf Betreuung für Kinder ab einem Jahr ein.
106
- 107 • Kindern und Jugendlichen muss ein gebührenfreier Zugang zu öffentlichen kulturellen
108 Einrichtungen wie Museen, Bibliotheken, Theatern und Musikschulen ermöglicht werden.
109 Darüber hinaus sind im Rahmen von einer flächendeckenden Ganztagschule die Vereine
110 zu integrieren und ein Angebot von kostenloser Hausaufgabenbetreuung bereit zu
111 stellen. Das sogenannte Betreuungsgeld lehnen wir weiterhin ab und setzen uns für
112 sozialverträgliche Alternativen ein.
113
 - 114 • Die soziale Absicherung von Familien muss gewährleistet sein. Das Elterngeld muss
115 insgesamt ausgebaut werden und darf nicht auf andere Transferleistungen wie Hartz IV
116 angerechnet werden. Kindergeld und Kinderzuschlag sind zu einer bedarfsorientierten
117 Kindermindestsicherung weiterzuentwickeln.
118
 - 119 • Die Hartz-IV-Sätze müssen Verfassungsgerecht erhöht werden. Der Bedarf für Kinder und
120 Jugendliche muss eigenständig ermittelt werden und die Regelsätze sind entsprechend
121 anzuheben. Das Konstrukt der Bedarfsgemeinschaft ist zu überwinden. Viel mehr muss
122 vom Individualprinzip ausgegangen werden.
123
 - 124 • Alleinerziehende tragen ein hohes Maß an Verantwortung. Sie dürfen dabei nicht mehr
125 von Armut bedroht sein und verdienen daher eine besondere staatliche Unterstützung.
126 Alleinerziehende benötigen mehr Unterstützung, um ins Berufsleben zurückzukehren
127 sowie gegebenenfalls eine Ausbildung absolvieren zu können.
128
 - 129 • Der Bezug von Elterngeld soll für Alleinerziehende ausgebaut werden. Zudem ist der
130 staatliche Unterhaltsvorschuss von derzeit bis zu sechs Jahren zu entfristen. Er muss bis
131 zur Vollendung des 18. Lebensjahres des Kindes bereit stehen.
132
 - 133 • Wir setzen uns weiterhin für die volle gesetzliche Gleichstellung aller
134 Lebenspartner*innenschaftsmodelle ein. Daher setzen wir uns für ein gesetzliches
135 Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare ein.
136
 - 137 • Eine teilhabesichernde und humane Pflege im häuslichen Umfeld ist sicherzustellen. Die
138 Pflege durch Angehörige darf nicht dazu führen, dass insbesondere Frauen berufliche
139 Nachteile erhalten. Für Personen, die die Pflege dauerhaft übernehmen wollen, sind
140 Teilzeitmöglichkeiten und flexible Arbeitsorganisations- und Arbeitszeitregelungen zu
141 ermöglichen. Während der Pflegezeit erhalten abhängig Beschäftigte eine
142 beitragsfinanzierte Leistung, die den Lohn in Höhe des SGB I ersetzt.
 - 143 • Wir fordern eine Sensibilisierung für alle Erscheinungsformen von Familien beispielweise
144 im Schulunterricht.
145 •
 - 146 • Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum für Familien. Die Wohnungsknappheit sorgt für
147 Probleme für Familien, insbesondere in Städten.
 - 148 • Kindertagesstätten in freier Trägerschaft müssen unter staatlicher Aufsicht stehen und
149 klare Qualitätsstandards erfüllen. Kinderbetreuung stellt eine zentrale Aufgabe der
150 öffentlichen Daseinsvorsorge und damit Staatsaufgabe dar. Zu dem fordern wir eine
151 Erhöhung der Betreuungsqualität. Gründe für den Fachkräftemangel sind geringe
152 Vergütung, fehlende Zeit für Elternzusammenarbeit, eine hoher Krankenstand im Beruf
153 und fehlende Anerkennung. Diese müssen behoben werden. Eine Akademisierung des
154 ErzieherInnenberufs lehnen wir ab.
155
 - 156 • Wir wollen emanzipierte Mitglieder der Gesellschaft, die für sich selber sorgen können
157 und von ihrem_ ihrer Partner_in unabhängig sind. Die Orientierung an
158 Bedarfsgemeinschaft und damit an einem Haushaltsvorstand in der Sozialpolitik
159 verhindert aber dies gerade. Es ist zudem unverständlich weshalb unverheiratet
160 zusammen lebenden Partnern die steuerliche Privilegierung einer Ehe vorenthalten wird,
161 sie aber im Falle sozialer Härte finanziell einer Ehe gleichgestellt sind. Deshalb wollen wir
162 auf lange Sicht die Bedarfsgemeinschaft als grundsätzliche Regel abschaffen.
163
164
165

Titel Schluss mit Lebensmittelverschwendung -
Containern legalisieren

Antragsteller Rheinland-Pfalz

Zur Weiterleitung an SPD Bundestagsfraktion, Bundesministerium für Justiz und
Verbraucherschutz

Schluss mit Lebensmittelverschwendung - Containern legalisieren

1 Die Jusos fordern, den Abfall aus Entsorgungscontainern von Supermärkten zwischen dem
2 Zeitpunkt seiner Entsorgung in Containern und der Abholung durch Entsorgungsunternehmen
3 als abgetretenes Eigentum im Sinne einer herrenlosen Sache zu erklären. Zudem muss der
4 Handel verpflichtet werden, einen ungehinderten Zugang zu nicht mehr verkaufsfähigen aber
5 noch genießbaren Lebensmitteln sicherzustellen. Wir fordern zudem, dass alle noch
6 brauchbaren Lebensmittel und Verbrauchsgüter des täglichen Bedarfs, primär an einheitliche
7 und unabhängige kommunale Stellen, die durch den Staat finanziert werden an alle
8 Interessierten abgeben werden. Für den Verzehr geeignete Lebensmittel müssen
9 weitergegeben werden. Nicht mehr für den Verzehr geeignete Lebensmittel müssen
10 entsprechend verwertet werden, d.h. zur Energiegewinnung genutzt oder wenn nicht kosten-
11 und ressourceneffizient durchführbar kompostiert oder anderweitig in den Kreislauf
12 zurückgeführt werden.

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

Titel Zukunft gibt's nicht für lau! - Investitionen in
Mobilität

Antragsteller Nordrhein-Westfalen

Zur Weiterleitung an

Zukunft gibt's nicht für lau! - Investitionen in Mobilität

1 **ZUKUNFT gibt's nicht für lau! - Für eine zukunftssichere Mobilität**

2

3 Wir jungen Menschen wollen gute Startbedingungen für eine gute Zukunft. Wir wollen keine
4 verfallenden Straßen, keine kaputten Schulen oder geschlossenen Schwimmbäder – kurz: wir
5 wollen keinen kaputtgesparten Staat. Funktionierende öffentliche Einrichtungen sind für uns
6 junge Menschen wichtiger als ausgeglichene öffentliche Haushalte. Wir vererben der
7 kommenden Generationen nicht nur Kontostände, sondern auch unsere Infrastruktur, die als
8 Grundlage für unseren kommenden Wohlstand steht, unsere Umwelt, die als Grundlage für das
9 kommende Leben steht, unsere Daseinsvorsorge, die für die Teilhabe an der Gesellschaft und
10 Befriedigung der Grundbedürfnisse steht und unsere Bildung, die die Grundlage für ein gutes
11 Leben der kommenden Generationen sein wird. Für uns Jusos ist die Freiheit jeder Generation
12 durch die Verantwortung gegenüber künftigen Generationen begrenzt. Für uns bedeutet
13 Generationensolidarität, dass die Grundlage für unsere Zukunft erhalten bleiben muss. Zum
14 Beispiel darf die Infrastruktur, die unsere und zukünftige Generationen für ein gutes Leben
15 brauchen, auch mit dem Verweis auf ausgeglichene Haushalte nicht immer weiter
16 heruntergewirtschaftet werden. Diese Generationensolidarität ist eine unserer zentralen
17 Forderungen, die wir uns nicht durch eine schwache „Generationsgerechtigkeits“-Definition, wie
18 sie von Konservativen vertreten wird, kaputt machen lassen. Für uns gilt es also, den
19 konservativen, zunächst moralisch vorgebrachten Verweis auf künftige Generationen für die
20 Begründung einer schwarzen NULL als das zu enttarnen, was es ist: neoliberale
21 Verteilungsinteressen in der Gegenwart.

22

23 Für uns ist klar, wir brauchen schon heute umfangreiche Investitionen, denn die Zukunft gibt es
24 nicht für lau!

25

26 **Ausgangslage**

27

28 In den Kommunen werden Schulen und Schwimmbäder geschlossen. In vielen Städten und
29 Kreisen mangelt es an den nötigsten Dingen. In den Medien häufen sich die Meldungen von
30 verfallender Infrastruktur. Gesperrte Autobahnbrücken und Stromausfälle sind nur zwei
31 Beispiele. Kurzum: In Deutschland droht der Infarkt. Dass Investitionen dringend nötig sind, ist
32 in der breiten Öffentlichkeit angekommen. Sogar in konservativen Kreisen wird mittlerweile eifrig
33 über Investitionspakte schwadroniert. Aber warum solche Symbolhandlungen verpuffen werden
34 und woher die Misere stammt, zeigt eine Analyse der Situation.

35

36 In den 1960er und 1970er Jahren lag die öffentliche Investitionsquote in Deutschland noch
37 zwischen 4 und 5 Prozent des BIP. Mit diesen Investitionen konnte sich der Staat einen eigenen
38 „Kapitalstock“ aufbauen. Kapitalstock bedeutet hier Straßen, Brücken, Schulen, Hochschulen
39 etc., also alles, was im Endeffekt für alle da ist. Seit dieser Zeit wurden die öffentlichen
40 Investitionen immer weiter gekürzt und betragen im Jahr 2000 nur noch weniger als 2 Prozent
41 des BIP. Diese Investitionskürzungen führten schließlich im Jahr 2004 dazu, dass die
42 Nettoinvestitionen negativ wurden. Seit diesem Zeitpunkt sind die Abschreibungen also höher
43 als die Investitionen. Das heißt, seit dem verfällt unsere Infrastruktur; wir leben sozusagen nur

44 noch von der Substanz. Die Gründe für diese Entwicklung sind nicht „gottgegeben“ oder
45 „natürlich“, sondern auf politische Entscheidungen zurückzuführen. Das Paradigma der
46 ausgeglichenen Haushaltsführung sorgt dafür, dass eine nachhaltige, langfristige
47 Haushaltsführung vernachlässigt wird. Kurzfristige Haushaltsoptimierung steht für viele
48 Kommunen im Vordergrund. Dass vernachlässigte Investitionen auf Dauer aber Mehrkosten
49 verursachen, wird in der Regel vernachlässigt. Drei Gründe sind darüber hinaus zentral für den
50 Rückgang der Investitionen:

51

52 (1) Steuersenkungen,

53

54 (2) finanzschwache Kommunen und

55

56 (3) Verabschiedung der Schuldenbremse

57

58 Steuersenkungen

59

60 Vor allem die Steuersenkungen seit 1998 führten dazu, dass der Staat weniger Einnahmen und
61 somit auch weniger Spielräume für Investitionen hat. Nach Berechnungen des Instituts für
62 Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) verzichtet die öffentliche Hand so auf einen
63 zweistelligen Milliardenbetrag pro Jahr. Allein im Jahr 2011 wären 51 Milliarden Euro mehr in die
64 Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen geflossen, würden noch die Steuergesetze von
65 1998 gelten.

66

67 Die Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte wurde besonders durch die folgenden
68 politischen Entscheidungen belastet: Senkung des Spitzensteuersatzes, Reform der Steuer auf
69 Kapitalerträge, Änderung der Erbschaftssteuer und Senkung der Unternehmenssteuer
70 verbunden mit vielen Steuerschlupflöchern. Die verlorenen Einnahmen durch diese
71 Steuergeschenke fehlen heute an vielen Stellen, denn zuerst wurde bei den Investitionen
72 gekürzt.

73

74 Finanzschwache Kommunen

75

76 Die Kommunen sind der größte Investor in Deutschland. Im Jahr 1970 war noch ein Drittel eines
77 kommunalen Haushaltes für Investitionen vorgesehen. Heute beträgt der Anteil gerade einmal
78 ein Zehntel. Die Gründe für diese tiefgreifende Veränderung? Bund und Länder haben die
79 gesamtgesellschaftlich wichtigen Aufgaben des Sozialstaats finanziell auf die Kommunen
80 abgeschoben. Plakativ beschrieben wurden die Investitionshaushalte der 1970er Jahre in
81 Sozialhaushalte verwandelt.

82

83 Kommunale Entlastungen führen direkt zu mehr öffentlichen Investitionen, denn die Kommunen
84 tätigen zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen. Ziel unserer Politik muss es sein, dass
85 kommunale Haushalte wieder Investitionshaushalte werden.

86

87 Dem enormen Investitionsstau stehen, für manche Kommunen nicht mehr zu bewältigende,
88 Schuldenberge gegenüber. Die beschriebenen Veränderungen führten dazu, dass Kommunen
89 das laufende Geschäft nur durch Kassenkredite, vergleichbar mit Dispotkrediten, finanzieren
90 konnten. Es knarzt und kracht an allen Stellen.

91

92 Die zuletzt von der Bundesregierung angekündigten Entlastungen sind der richtige Weg.
93 Wenngleich es sich bei den Entlastungen nur um einen Tropfen auf den heißen Stein handelt.
94 Die zugesagten 4,5 Milliarden Euro bis 2018 und die anschließenden jährlichen Entlastungen
95 von 5 Milliarden Euro treffen auf einen Investitionsstau von ca. 118 Milliarden Euro. Dies
96 bedeutet, dass der heutige Investitionsstau erst in 20 Jahren behoben sein wird. Den weiteren
97 Investitionsbedarf, der sich in diesem Zeitraum entwickeln wird, also den strukturellen
98 Investitionsbedarf haben wir damit aber noch lange nicht gedeckt.

99

100 Verabschiedung der Schuldenbremse

101

102 Seit 2011 ist auf Bundesebene die Schuldenbremse in Kraft. Sie nimmt dem Bund die
103 Möglichkeit Investitionen durch Schulden zu finanzieren. Der Politik ist dadurch ein wichtiges
104 Handlungsinstrument genommen worden, mit dem sie beispielsweise auf schwankende

105 Steuereinnahmen reagieren konnte. Die Folge sind wegbrechende öffentliche Investitionen.
106
107 Jahr für Jahr übersteigt die Produktion in Deutschland den gesamten inländischen Konsum
108 (privater Konsum, private Investitionen und Staatsausgaben). Diese jährliche Differenz
109 zwischen Konsum und Produktion wirkt sich aber nicht positiv aus, sondern wirkt im Gegenteil
110 destabilisierend auf andere Länder im Euroraum. Ziel jeder stabilisierenden Finanzpolitik ist der
111 Ausgleich zwischen der inländischen Produktion und den drei Komponenten Staatsausgaben,
112 privatem Konsum und Investitionen. Wegen der Schuldenbremse kann der Staat diese Lücke
113 jetzt nicht mehr schließen.
114
115 Jetzt, da sich die Bundesrepublik für historisch niedrige Zinsen refinanzieren könnte, wird die
116 absurde Tragik der Schuldenbremse besonders deutlich. Die Politik muss das buchstäblich
117 geschenkte Geld auf der Straße liegen lassen, während die öffentliche Infrastruktur verfällt und
118 in Zukunft mit hohen Folgekosten zu Buche schlägt. Aber auch ohne die politisch falsche
119 Entscheidung der Schuldenbremse zurückzunehmen, stehen uns immerhin 0,35% des BIP, also
120 ca. 10 Milliarden Euro pro Jahr für Investitionen zur Verfügung. Aber selbst dieser Spielraum
121 wird zugunsten der schwarzen Null nicht ausgenutzt und das, obwohl es noch nie so günstig für
122 den deutschen Staat war, sich Geld zu leihen. Die Einhaltung der Schuldenbremse führt dazu,
123 dass Investitionen die ersten Ausgaben sind, die gekürzt werden.
124
125 **ZUKUNFT gibt es nicht für lau!**
126
127 Wer eine gute Zukunft will, muss schon heute etwas dafür bezahlen. Damit der Staat die
128 Voraussetzungen für eine gute Zukunft gestalten kann, muss er mit den nötigen finanziellen
129 Mitteln und Möglichkeiten ausgestattet sein. Die staatlichen Einnahmen müssen durch eine
130 verantwortungsvolle, gerechte Steuerpolitik (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer,
131 Finanztransaktionssteuer, Körperschaftssteuer, Kapitalertragssteuer) erhöht werden. Mittelfristig
132 fordern wir die Rücknahme der Schuldenbremse. Kurzfristig soll der gesamte Spielraum der
133 aktuellen Gesetzeslage für Zukunftsinvestitionen ausgenutzt werden.
134
135 Außerdem fordern wir: Gerade bei so wichtigen Bereichen wie Sozialpolitik muss das Prinzip
136 gelten, wer eine Entscheidung trifft, muss auch die Last der Finanzierung übernehmen. Wir
137 fordern, dass kommunale Haushalte wieder Investitionshaushalte werden. Dies ist aber kein
138 Selbstzweck für die Kommunalpolitik. Diese zu stärken, heißt für uns, Demokratie auszubauen,
139 öffentliche Infrastruktur zu stärken und den Sozialstaat zu festigen.
140
141 Wir fordern aber nicht nur mehr Einnahmen, sondern wollen konkret aufzeigen, wo investiert
142 werden soll. Wir Jusos kämpfen für den Ausbau der Infrastruktur, den Ausbau der Bildung und
143 den Ausbau unserer Daseinsvorsorge.
144
145 **Investitionen in Daseinsvorsorge**
146
147 Der Kerngedanke der Daseinsvorsorge ist es, dass alle notwendigen Dienstleistungen und
148 Einrichtungen für eine Versorgung mit grundlegenden Gütern und Leistungen, für eine Teilhabe
149 aller Menschen an der gesellschaftlichen Entwicklung vorhanden sind und allen Menschen zur
150 Verfügung stehen. In vielen Bereichen der Daseinsvorsorge sorgt der Staat dafür, dass Güter
151 und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge verbilligt oder gar kostenlos durch private
152 AnbieterInnen abgegeben werden. Die Differenz zwischen Kosten und Erlös wird vielfach durch
153 Steuermittel ausgeglichen. Wir lehnen dieses Verständnis der Daseinsvorsorge ab.
154
155 Die immer mal wieder diskutierten Vorschläge zur Finanzierung der öffentlichen
156 Daseinsvorsorge durch Öffentlichen-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) stehen unserem
157 Verständnis von Daseinsvorsorge entgegen. Wir nehmen zustimmend zur Kenntnis, dass viele
158 Städte und Gemeinden immer häufiger Güter und Dienstleistung im Bereich der
159 Daseinsvorsorge rekommunalisieren.
160
161 **Investitionen in die Infrastruktur oder:**
162
163 **Volle Kraft voraus! Für eine zukunftssichere Mobilität**
164
165 Mobilität ist für uns ein Grundrecht. Wir setzen uns für eine moderne Mobilitätspolitik ein, die

166 allen Menschen mehr Freiheit zur Erfüllung ihrer Bedürfnisse gibt. Jede und Jeder muss die
167 Möglichkeit haben, sein/ihr Leben und seinen/ihren Alltag mobil zu gestalten. Dabei ist es egal,
168 ob es sich um den Weg zur Arbeit oder um die Freizeitgestaltung handelt. Mobilität geht nur
169 sozial gerecht. Das heißt auch, die Lücken der öffentlichen Verkehrsdienstleistungen zwischen
170 Stadt und Land müssen geschlossen werden. Mobilität stellt somit einen wesentlichen Baustein
171 dar um die soziale und kulturelle Teilhabe aller Menschen zu gewährleisten. Für uns umfasst
172 Mobilität die Beförderung von Personen und den Transport von Gütern. Die
173 Verkehrsinfrastruktur hat besonders unter der Sparpolitik der letzten Jahre gelitten. Straßen,
174 Schienen und Brücken wurden regelrecht kaputt gespart. Wer diese Politik fortsetzt, erreicht
175 den totalen Verkehrsinfarkt, aber niemals ausgeglichene Haushalte. Die Reparaturkosten
176 aufgrund verzögerter Investitionen überstiegen meist den Aufwand für frühzeitige Investitionen
177 um ein vielfaches. Um den Kreislauf von steigendem Reparaturbedarf und verschobenen
178 Investitionen zu durchbrechen, muss jetzt dringen investiert werden!

179

180 **Der Weg zu einer guten Mobilität**

181

182 In den letzten Jahrzehnten hat sich die Art und Weise, wie wir uns fortbewegen verändert. Die
183 Personenverkehrsleistung, also die vom Menschen in unterschiedlichen Verkehrsmitteln
184 zurückgelegten Entfernungen, nimmt in der Bundesrepublik Deutschland kontinuierlich zu. In
185 den letzten 20 Jahren ist sie um 25 Prozent gestiegen. Das beliebteste Fortbewegungsmittel ist
186 dabei unangefochten das Automobil. Der motorisierte Individualverkehr (MIV) spielt eine sehr
187 große Rolle, allerdings sehen statistische Erhebungen einen relevanten Rückgang des Autos,
188 gerade im innerstädtischen Verkehr. Der Anteil der Wege, die heutzutage durch motorisierten
189 Individualverkehr zurückgelegt werden, beträgt rund 60 Prozent. Für acht Prozent der Wege
190 werden öffentliche Verkehrsmittel genutzt, für zehn Prozent das Fahrrad. Weitere 23 Prozent
191 der Wege werden zu Fuß zurückgelegt. Hierbei gibt es einerseits Unterschiede zwischen
192 ländlichen und städtischen Regionen, dem Haushaltseinkommen, sowie dem Alter der
193 VerkehrsteilnehmerInnen.

194

195 Alter der VerkehrsteilnehmerInnen

196

197 Es lassen sich zwei entgegenlaufende Tendenzen für die Entwicklungen festhalten auf die es
198 unterschiedlich zu reagieren gilt. Auf der einen Seite, werden die Menschen zunehmend älter
199 und bleiben weiterhin aktiv und somit auch mobil. Entweder sie fahren mit ihren eigenen Autos
200 oder sie nutzen den ÖPNV- (öffentlichen Personennahverkehr) oder SPNV-Anbindung
201 (Schienenpersonennahverkehr).

202

203 Auf der anderen Seite nimmt der Anteil von jungen Menschen an der Gesamtbevölkerung
204 deutlich ab. Anders als für Generationen vor uns, hat der Besitz eines eigenen PKWs im
205 urbanen Raum keinen so hohen emotionalen Stellenwert mehr. Junge Menschen setzen
206 häufiger auf eine integrative Nutzung von Mobilität.

207

208 Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Regionen

209

210 In städtischen Regionen ist zu erwarten, dass Wege in Zukunft häufiger mit dem Fahrrad oder
211 dem öffentlichen Verkehr zurückgelegt werden, wobei insbesondere die Fahrradnutzung
212 vielerorts steigen wird, wenn der Radverkehr entsprechend gefördert wird. Die Entwicklung in
213 ländlichen Regionen geht in dieselbe Richtung, wobei der Anstieg im Bereich der
214 Fahrradnutzung und der Nutzung des öffentlichen Verkehrs deutlich geringer ausfällt und auch
215 der Rückgang des motorisierten Individualverkehrs nicht in dem Ausmaß zu erwarten ist, wie in
216 städtischen Regionen.

217

218 Unterschiedliche NutzerInnen bei unterschiedlichen Haushaltseinkommen

219

220 Auch vom Einkommen der Menschen hängt ab, auf welche Mobilitätsangebote zugegriffen wird.
221 Je höher das Einkommen, desto größer der Wunsch nach individuellen Lösungen. Menschen
222 mit geringen oder gar keinem Einkommen, sind auf öffentliche Lösungen angewiesen. Somit
223 sind Investitionen in den Bereich des ÖPNVs auch immer als ein Umverteilungsaspekt zu
224 begreifen.

225

226 **Die Mobilität der Zukunft**

227

228 Aus diesen unterschiedlichen Entwicklungen resultieren auch unterschiedliche Ansprüche für
229 jedeN NutzerIn der öffentlichen Infrastruktur, sei es beim motorisierten Individualverkehr oder
230 beim Umweltverbund. Unser Ziel ist es, sozial gerechte und ökologische Projekte zu fördern und
231 damit die Weichen auf einen progressiven Weg zu stellen.

232

233 Klimafreundliche Mobilität

234

235 Umweltbelastungen senken die Lebensqualität von uns und zukünftigen Generationen. Um dies
236 zu entschärfen, ist eine klimafreundliche Verkehrsplanung unabdingbar. Gerade im städtischen
237 Bereich kann hinsichtlich des Umweltschutzes viel verbessert werden. Anstatt den
238 Individualverkehr weiter zu fördern und Stadtentwicklungen auf Autos auszulegen, müssen
239 Städte und Kommunen den Ausbau des ÖPNVs sowie der Rad- und Fußwege fördern. Des
240 Weiteren müssen auf bundespolitischer Ebene Wege gefunden werden den nicht zu
241 verhindernden Individualverkehr mit Verbrennungsmotor durch klimafreundlichen
242 Individualverkehr zu ersetzen. Den größten Hebel hierbei stellt die E-Mobilität, die in vielen
243 Ländern schon erfolgreich durch den Gesetzgeber gefördert wird. Deutschland droht auf diesem
244 Feld im Vergleich mit anderen Industrienationen den Anschluss zu verlieren. Wir unterstützen
245 daher die Initiativen einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

246

247 Mobilität in der Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik

248

249 Die Mobilitätsbedürfnisse einer Person werden durch ihre jeweiligen Lebenssituationen und die
250 entsprechenden Alltagsanforderungen geprägt. Männer sind immer noch häufiger voll
251 erwerbstätig, während Frauen eine Vielfalt von Aufgaben und Wegen miteinander kombinieren
252 müssen. Insbesondere der öffentliche Personennahverkehr ist überwiegend auf männliche
253 Pendler zu Standardarbeitsbeginn und –ende ausgelegt. In einem solchen Mobilitätsverständnis
254 spielen kurze Fahrzeit und Taktung zwischen Arbeitszentren die Hauptrolle. Es geht darum,
255 möglichst schnell und möglichst häufig eine große Raumüberwindung durchzuführen.
256 Querverbindungen zwischen einzelnen Quartieren und zeitliche Abdeckung am Abend und am
257 Wochenende treten zurück. Frauen haben aber nicht nur das Bedürfnis, schnell ihren
258 Arbeitsplatz zu erreichen, sondern sind häufig auch noch für Versorgungsaufgaben und
259 Betreuung und Pflege von Angehörigen zuständig. In diesen Bereichen können ÖPNV-Systeme
260 durch die Dominanz des männlichen Pendlerverkehrs die Mobilitätsbedürfnisse von Frauen
261 nicht erfüllen. Infrastrukturangebote, wie medizinische Versorgung, Kinder- und Altenbetreuung
262 oder Einkaufsmöglichkeiten, müssen von Mobilitätskonzepten einbezogen werden.

263

264 In unserem feministischen Verständnis ist es natürlich unser Ziel, diese Ungleichheiten
265 zwischen Männer und Frauen zu beseitigen und geschlechtergebundene Rollenbilder zu
266 überwinden. Nichtsdestotrotz besteht jetzt Handlungsbedarf, dass auch Frauen im gleichen
267 Maß an Mobilität teilhaben können wie Männer. Damit rücken wir nicht davon ab, dass Frauen
268 genauso vollerwerbstätig sein können und Männer auch für Versorgungsaufgaben und die
269 Betreuung und Pflege von Angehörigen zuständig sind. Von einem Ausbau der
270 Mobilitätsdienstleistungen und einem integrativem Verständnis von Mobilität profitieren alle,
271 unabhängig vom Geschlecht.

272

273 Außerdem vernachlässigen Mobilitätskonzepte Sicherheits- und Wohlfühlaspekte. Erschließung
274 von Haltestellen, die Haltestellen an sich, Fahrzeuge und Verbindungen müssen so ausgebaut
275 sein, dass sich alle sicher fühlen. Unbelebte Haltestellen mit nicht funktionstüchtigen
276 Lichtanlagen in der Unterführung hindern an der Mobilitätsteilhabe. Wege und Haltestellen
277 müssen beleuchtet, Personen der Verkehrsbetriebe rund um die Uhr ansprechbar sein,
278 Fahrzeuge und Haltestellen müssen zu belebten Orten werden. Hierfür sind die
279 Verkehrsbetriebe aufgefordert einerseits ihr Image zu verbessern, andererseits Maßnahmen zu
280 ergreifen, die Haltestellen und Fahrzeuge belebter zu machen.

281 Mobilität und Siedlungs- bzw. Stadtentwicklung müssen immer gemeinsam gedacht werden.

282 Dichte, gemischte Strukturen sind der beste Weg, unnötigen Verkehr zu vermeiden.

283 Zersiedlungstendenzen im Bereich Wohnen und Gewerbeflächenausweisungen im

284 Außenbereich müssen daher verhindert werden. Stattdessen müssen funktional gemischt
285 Strukturen, die durch den öffentlichen Verkehr erschlossen sind, forciert werden.

286

287 Barrieren weiter abbauen

288

289 Für Menschen mit Handicaps ist es immer noch nicht alltäglich die Angebote des ÖPNV oder
290 des SPNV wahrzunehmen. Dort gilt es möglichst alle Barrieren abzubauen. Wir bewerten es
291 positiv, dass der Umbau zu barrierefreien Haltestellen voranschreitet, wenn auch noch nicht
292 flächendeckend. Kritisch ist es aber zu sehen, dass es immer noch Schienenfahrzeuge ohne
293 barrierefreien Einstieg gibt. Diese müssen schnellstens umgerüstet oder ausgetauscht werden.
294 Der Einstieg muss an allen Einstiegsstellen gewährleistet sein. Hierbei muss im Besonderen ein
295 Augenmerk auf die Angleichung der verschiedenen Gleishöhen im interkommunalen ÖPNV
296 gelegt werden. Die Aufteilungen in Bussen und Bahnen müssen stetig überprüft und überdacht
297 werden. Wir können uns gut vorstellen, dass ein Wegfall der ersten Klasse in Zügen, genügend
298 Platz schaffen würde um eine echte Barrierefreiheit zu gewährleisten.

299

300 Der öffentliche Personennahverkehr

301

302 Überfüllte Autobahnen und der belastende CO²-Ausstoß im Verkehr sind, wie beschrieben,
303 bekannte Probleme des motorisierten Individualverkehrs. So wahr diese Aussagen auch sind,
304 so wenig Alternativen gibt es vielerorts zum PKW-Verkehr. Der ÖPNV muss daher allgemein an
305 Attraktivität gewinnen. Eine Möglichkeit ist, den ÖPNV zur echten Konkurrenz zum Auto
306 auszubauen. Das wird vielerorts nur mit einer höheren Taktung gelingen. Für den
307 außerstädtischen Verkehr vor allem im ländlichen Raum fordern wir eine bessere Anbindung.
308 Uns ist bewusst, dass der Bedarf in ländlichen Regionen geringer ist, deswegen ist Mobilität
309 aber nicht unwichtiger. In ländlichen Regionen ist das ÖPNV-Netz meist dünner ausgebaut,
310 sodass die Menschen weiterhin auf den motorisierten Individualverkehr setzen. Dies schließt
311 allerdings die Menschen aus, die sich entweder kein Auto leisten können oder keinen
312 Führerschein besitzen. Deswegen bedarf es hier besonderer Mobilitätskonzepte, die auf die
313 örtlichen Gegebenheiten angepasst sind. Sammelbusse, die auf Abruf kommen oder
314 Bedarfshaltestellen könnten vielerorts Abhilfe leisten. Auch sind Linientaxis oder öffentliche Car-
315 Sharing-Modelle eine Alternative. Ein ÖPNV-System ist nur so gut, wie auch die Anschluss- und
316 Kombinationsmöglichkeiten mit anderen Verkehrsmitteln. Besonders wichtig ist, dass die
317 Fahrradmitnahme im ÖPNV verbessert und ausgebaut wird. Nur so kann darauf hingewirkt
318 werden, dass Menschen auf dem Weg hin zum oder weg vom ÖPNV nicht den motorisierten
319 Individualverkehr wählen. Wir fordern integrative Systeme, die Anschlüsse ermöglichen; egal,
320 ob die NutzerInnen danach das Fahrrad, den Zug, den Bus oder das Anruftaxi nehmen.

321

322 Um auch in den späteren Abendstunden sicher von einem Punkt zum anderen zu kommen,
323 bedarf es eines gut ausgebauten Nachtverkehrs.

324

325 Attraktivität gewinnt der ÖPNV auch, wenn er die Qualität und Kommunikation zu den
326 KundInnen verbessert, zum Beispiel durch Echtzeitauskünfte an Bahnhöfen oder öffentliches
327 Wi-Fi an Haltestellen und in Fahrzeugen. Attraktivität bedeutet aber auch, dass Bahnhöfe so
328 gestaltet sind, dass sich Menschen gerne dort aufhalten und bei Zugverspätungen
329 Sitzmöglichkeiten und gute Aufenthaltsmöglichkeiten vorfinden.

330

331 Schiene vor Straße auch im Fernverkehr

332

333 Die Verfügbarkeit und Abdeckung des Schienenfernverkehrs ist zumindest in den
334 Ballungsräumen gut ausgebaut. Hier gilt es in den Erhalt und in die Erneuerung von Strecken
335 und Fahrzeugflotten zu investieren. Der Plan der Deutschen Bahn weitere Bahnhöfe an das
336 Schienenfernverkehrsnetz anzuschließen muss zügig umgesetzt werden, damit nicht nur die
337 Ballungsräume gut miteinander vernetzt sind. Hierbei ist vor allem eine deutliche
338 Differenzierung zwischen dem ICE- und IC-Netz vorzunehmen. Während die Anbindung aller
339 Städte, die mehr als 100.000 EinwohnerInnen zählen, in das Fernverkehrsnetz der IC sinnvoll ist,
340 würde dieses Vorhaben das ICE-Netz weiter verlangsamen und so Fahrzeiten erhöhen. Im
341 Gegenteil, vor allem für das ICE-Netz ist eine deutliche Erhöhung der Geschwindigkeit nötig,
342 was ein grobmaschigeres Netz und teilweise eigene Trassen erfordert. Als Vorbild kann die
343 Schnellfahrstrecke zwischen Köln und Frankfurt am Main dienen. Die IC sind dann auch als
344 Zubringerinnen zu ICE-Bahnhöfen auszugestalten, was auch in der Tarifstruktur berücksichtigt
345 werden muss. Der Schienenfernverkehr ist für viele Menschen zu teuer. Zwar gibt es
346 Sparangebote oder Ermäßigungen, aber selbst damit entstehen häufig hohe Kosten. Dabei ist
347 oft unklar, wie sich die Preise zusammensetzen. Hier fordern wir die Deutsche Bahn auf,
348 Transparenz in ihre Angebote zu bringen und Ermäßigungen, wie günstigere Bahncards nicht

349 nur einzelnen Gruppen zur Verfügung zu stellen. Insbesondere für junge Menschen unter 27
350 Jahren und Menschen ohne bzw. mit geringen Einkommen muss es unkomplizierte Angebote
351 geben, ähnlich wie die französische SNCF diese vorhält.

352

353 Außerdem muss es im Fernverkehr wieder einen besseren und gut ausgebauten
354 Nachtzugverkehr geben. Die Planungen zum Abbau des Nachtverkehrs lehnen wir ab und
355 fordern stattdessen in diesen zu investieren. Gerade im Hinblick auf den grenzüberschreitenden
356 Verkehr innerhalb Europas ist dies sehr wichtig. Für einen pünktlichen und reibungslosen
357 verlaufenden Schienenverkehr braucht es eine vernünftige Planung. Wir fordern deshalb einen
358 integralen Taktfahrplan und unterstützen somit die Initiative „Deutschland-Takt“.

359

360 Eine moderne Verkehrsplanung muss ebenfalls den grenzübergreifenden Schienenverkehr
361 berücksichtigen. Im Rahmen der Schaffung des gemeinsamen europäischen Eisenbahnraums
362 ist zwar eine Zunahme an Mehrländerverbindungen zu verzeichnen, allerdings beruht diese
363 Zunahme hauptsächlich auf neuen Angeboten im relativ teuren Hochgeschwindigkeits-
364 Fernverkehr (beispielsweise die Verbindung Köln-Paris). Günstigere grenzübergreifende
365 Nahverkehrs- und „InterCity“-Verbindungen (beispielsweise auf der Strecke Aachen-Brüssel)
366 werden nicht im selben Maße ausgebaut oder sogar durch profitablere
367 Hochgeschwindigkeitsangebote ersetzt. Dieser Trend muss gestoppt und der Ausbau von
368 kostengünstigen Angeboten im grenznahen Raum sowie im europäischen Fernverkehr
369 gefördert werden.

370

371 Aus unserer Haltung gegenüber dem Schienenfernverkehr, der Mobilität für Menschen aller
372 Einkommensklassen günstig bereitstellen muss, ergibt sich unsere Haltung gegenüber
373 Fernbussen. Der Markt für private Fernbuslinien muss stark reguliert werden, private
374 Fernbuslinien, die der Bahn im Fernverkehr auf den hochfrequentierten Strecken Konkurrenz
375 machen, würden die Bemühungen um die Schaffung eines sozialen Fernverkehrskonzepts
376 konterkarieren. Auf Strecken, für die sich Investitionen ins Schienennetz nicht lohnen oder die
377 Kapazitäten zu gering für eine wirtschaftliche Lösung über den Bahnverkehr sind, können
378 Fernbusse eine sinnvolle Lösung sein. Für den Betrieb sollen von staatlicher Seite zeitlich
379 begrenzte Lizenzen versteigert werden. Der Erwerb der Lizenzen muss an die Auflage
380 sozialverträglicher und stabiler Preise gebunden sein. Durch die Lizenzvergabe soll der Markt
381 kontrolliert und vermieden werden, dass die Fernbusse den Verkehrsverbänden oder der Bahn
382 Konkurrenz machen. Die Fernbusse müssen regelmäßig kontrolliert werden. Die Bestimmungen
383 zum Arbeitnehmer*innenschutz und die Sicherheitsauflagen für die Fahrzeuge sind einzuhalten.
384 Durch die Erhebung einer Maut sollen Fernbusunternehmen an den Kosten, die durch die
385 Abnutzung entstehen, beteiligt werden.
386 Zudem müssen die Fahrgastrechte, die derzeit im Schienenverkehr gelten, auch für den
387 Fernbus eingeführt werden. Des Weiteren müssen die Kontrollen der Fernbusse hinsichtlich der
388 Lenkzeiten deutlich erhöht werden.

389

390 •

391 Kommunen, in denen Fern- und Reisebusse Haltepunkte und (Dauer-) Parkplätze haben,
392 erhalten durch Änderung des Personenbeförderungsgesetzes die Möglichkeit zur
393 Erhebung von Benutzungsgebühren.

394 •

395 Stärkere Kontrolle der Lenk- und Pausenzeiten.

396 •

397 Angleichung der Fahrgastrechte, v.a. für Entschädigungszahlungen bei Verspätungen
398 oder Ausfällen, an die Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr.

399 •

400 Einhaltung und Überprüfung der gesetzlich geregelten Barrierefreiheit ab 2016 bei neuen
401 Bussen und ab 2020 bei allen Bussen.

402

403 Kraftfahrzeuge und Car-Sharing-Modelle

404

405 Immer wieder wird deutlich, dass das Auto als individuelles Verkehrsmittel so schnell nicht
406 abgelöst ist. So findet aktuell Car-Sharing zunehmend Anklang in der Gesellschaft. Als Jusos
407 sollten wir weiterhin dafür eintreten, dass die Güter so verteilt werden, dass die Bürger*innen
408 sich nicht in eine Abhängigkeits- und Ausbeutungssituation von Großunternehmen begeben
409 müssen. Der Markt für Car-Sharing weist bereits jetzt oligopolistische Tendenzen auf und ist

410 zwischen Daimler (Car2Go), der Bahn (Flinkster) und BMW (DriveNow) aufgeteilt. Die geringen
411 Preise erklären sich durch die hohe Elastizität der Nachfrage und die geringe Marktmacht durch
412 die geringen Marktanteile am Gesamtmarkt für Automobilität und dadurch, dass die Anbieter
413 teilweise durch Daten bezahlt werden (BigData), die sie durch Tracking der Automobile erheben
414 und für andere Geschäftsfelder ihrer Großunternehmen nutzen. Diese Tendenz ist kritisch zu
415 betrachten. Mobilität kann unmöglich langfristig auf dem wettbewerbsorientierten Markt sozial
416 und umweltfreundlich bereitgestellt werden. Car-Sharing ist ein grundsätzlich gutes Konzept. Es
417 ist nicht mehr zeitgemäß, dass im urbanen Raum jeder allein ein Auto sein Eigentum nennt. Die
418 bisherigen dominierenden privaten Car-Sharing-Modelle sind aber keine gute Lösung. Deshalb
419 fordern wir eine Bereitstellung von Car-Sharing Angeboten durch die lokalen Verkehrsverbände.
420 Hierfür müssen die Verkehrsverbände, die sich nicht durch den Verkauf von Daten finanzieren
421 können, finanzielle Unterstützung aus Bundesmitteln erhalten. Auch in ländlichen Regionen
422 halten wir Car-Sharing-Modelle gerade für eine alternde Gesellschaft für sinnvoll. Daher
423 sprechen wir uns für die weitere Förderung von Carsharing-Konzepten aus. Insbesondere
424 hinsichtlich der allgemeinen Zugänglichkeit für alle Menschen. Strukturschwache Regionen
425 müssen sinnvoll berücksichtigt werden. Im Hinblick auf den demographischen Wandel und die
426 immer älter werdende Gesellschaft müssen neue Wege der Mobilität geschaffen werden.
427 Hierbei geht es im ländlichen Bereich weniger um die Nutzung eines gemieteten Autos, sondern
428 um die Schaffung eines Mitfahrgelegenheitensystems bzw. der gemeinschaftlichen Anschaffung
429 von Autos oder einer Art Auto-Patinnenschaft, bei der ältere Menschen ihr Auto an mobil nicht-
430 eingeschränkte Personen verleihen, dafür aber in ihrem Alltagsleben unterstützt werden.

431

432 Autofahren in der BRD ist immer noch verhältnismäßig kostengünstig, weshalb bisher wenige
433 Anreize bestehen, auf den Kauf eines eigenen Autos zu verzichten. Daher sollen sowohl im
434 städtischen als auch im ländlichen Raum unter anderem folgende Ansätze zur Reduzierung des
435 Autoverkehrs gefördert werden:

436

437 In städtischen Regionen sollen kostenlose Parkplätze außerhalb der Innenstädte entstehen, die
438 mit Gondel-Systemen anderer Verkehrsmittel angebunden (z.B. Parken und Reisen) werden
439 sollen. Dadurch ergibt sich eine bessere Kombinationsmöglichkeit unterschiedlicher
440 Verkehrsmittel.

441

442 Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Instandhaltung der Autobahnen und die Schaffung von mehr
443 Parkplätzen für den LKW-Verkehr, um Ruhezeiten nicht auf Haltestreifen verbringen zu müssen.
444 Insgesamt gilt aber für das Straßennetz: Erhalten und Reparieren statt Ausbauen.

445

446 Fahrradwege fördern

447

448 Radfahren ist nicht nur die gesündeste Variante der Mobilität, sie gehört neben dem Fußweg
449 auch zu den umweltschonendsten. Trotzdem wirkt das Radfahren auf viele BürgerInnen nicht
450 attraktiv. Als Hauptgründe für die Nichtnutzung des Fahrrads als Alternativmodell zum
451 motorisierten Individualverkehr wird von Befragten angegeben, dass Fahrradfahren zu
452 gefährlich und zu unattraktiv sei. Besonders in städtischen Regionen fühlen sich potenzielle
453 NutzerInnen durch einen starken Autoverkehr, zu wenige Radwege, schlechte Beleuchtung und
454 unsinnige Radwegsysteme in ihrer Sicherheit als VerkehrsteilnehmerInnen eingeschränkt.
455 FahrradnutzerInnen sehen sich in heutigen Radverkehrssystemen nicht als gleichberechtigte
456 VerkehrsteilnehmerInnen. Wir fordern die Kommunen auf, das Radverkehrswesen endlich als
457 relevante Alternative für den motorisierten Individualverkehr und als gleichberechtigtes
458 Verkehrsmittel zu begreifen. Investitionen in Erhalt und Ausbau von Radwegen sowie in die
459 Sicherheit von RadfahrerInnen sind unabdingbar. Bei städtebaulichen Planungen müssen
460 Radverkehrssysteme immer mitgedacht werden, das schließt auch ausreichende Stellplätze auf
461 öffentlichen und privaten Grundstücken ein. Unattraktiv ist Fahrradfahren dann, wenn keine
462 oder zu wenige Mitnahmemöglichkeiten im ÖPNV oder im Schienenfernverkehr vorhanden sind
463 und Fahrradstellplätze nicht als sicher empfunden werden. Außerdem geben Befragte an, dass
464 sie eher zum Fahrrad greifen würden, wenn es mehr Reparaturmöglichkeiten, Wasch- und
465 Umkleidemöglichkeiten oder Boni für die Fahrradnutzung gäbe, zum Beispiel Gutscheine oder
466 Firmenräder der ArbeitgeberInnen.

467

468 Hier müssen die Verkehrsbetriebe einerseits an ihren Haltestellen sichere Abstellmöglichkeiten,
469 andererseits mehr Stellplätze und Sicherungsmöglichkeiten in ihrer Fahrzeugflotte schaffen.
470 Aufgabe der politischen EntscheidungsträgerInnen im Mobilitäts-, Infrastruktur-, Umwelt- und

471 Gesundheitsbereich ist eine Attraktivitätssteigerung des Fahrrads als alternatives
472 Fortbewegungsmittel. Wir brauchen zügig Kampagnen, die die breite Bevölkerung zum
473 Radfahren und eine Verhaltensänderung in Bezug auf das Fahrrad anregen. Solche
474 Kampagnen dürfen aber nicht nur potenzielle NutzerInnen des Fahrrads ansprechen, es muss
475 auch Aufklärungsarbeit bei NutzerInnen des PKW betrieben werden.

476

477 Des Weiteren fordern wir den Ausbau und die Schaffung von Radstationen, die oft an
478 Bahnhöfen zu finden sind. Der Vorteil liegt in der Kombination mit anderen Mobilitätsangeboten,
479 wie dem ÖPNV. Fahrräder können in Radstationen sicher geparkt werden. Außerdem ist ein
480 flächendeckender Ausbau der Bike-Sharing-Stationen nötig, um Kombinationsmöglichkeiten
481 (Rad – Bahn – Rad) zu schaffen. Ebenso wichtig ist eine Beachtung der unterschiedlichen
482 Anforderungen verschiedener Alters- und Gesellschaftsgruppen (z.B. E-Bikes, Lastenfahrräder,
483 Kindersitze etc.). Nicht unwesentlich ist, wie bereits angesprochen, die Mitnahmemöglichkeit,
484 z.B. im Zug oder Bus. Wir fordern eine kostenlose Mitnahme aller Fahrräder in den Zügen und
485 Bussen. Auch die Anschaffung von Fahrradanhängern für Busse ist eine Möglichkeit,
486 Attraktivität zu steigern.

487

488 Logistik

489

490 Jährlich wird der Niederrhein von knapp 200.000 Schiffen befahren. Dies entspricht im
491 Durchschnitt etwa 500 Schiffen am Tag. Der Rhein ist somit die verkehrsreichste Wasserstraße
492 Europas.

493

494 Jährlich werden in Deutschland über die Bundeswasserstraßen bis zu 240 Millionen Tonnen
495 Güter mit einer Transportleistung von 65 Milliarden Tonnen-Kilometer transportiert. Das sind fast
496 75 Prozent der Güterverkehrsleistung der Eisenbahnen bzw. rund circa 14 Millionen LKW-
497 Fahrten. Ferner werden im Binnenschiffsverkehr etwa 1,5 Millionen Container transportiert: Eine
498 Beförderungsmenge, die weitere 700.000 Lkw-Fahrten entspricht.

499

500 Damit die Binnenschifffahrt zur Bewältigung der künftigen Verkehrsprobleme verstärkt beitragen
501 kann, braucht eine zukunftsstarke Binnenschifffahrt leistungsfähige Wasserstraßen.
502 Investitionen sind daher unter Beachtung ökologischer Kriterien auf den Erhalt des vorhandenen
503 Wasserstraßennetzes sowie auf ein modernes Netz- und Betriebsmanagement (Abbau von
504 Wartezeiten an Schleusen, Anpassung der Fahrrinnenbreiten an Abflussdynamik) zu
505 konzentrieren. Beim Erhalt des Wasserstraßennetzes wollen wir allerdings überprüfen,
506 inwieweit diese Investitionen wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll sind. Bei einigen
507 Wasserstraßen (z.B. am Oberlauf der Elbe) ist das Transportaufkommen recht übersichtlich und
508 die für einen wirtschaftlichen Güterverkehr eigentlich notwendige Fahrrinntiefe ist aufgrund
509 des Klimawandels ohnehin kaum noch zuverlässig herstellbar. Die Binnenschifffahrt muss
510 gezielt bei der Modernisierung der Flotte und der Schiffstechnik unterstützt werden. Neben der
511 Binnenschifffahrt ist es für eine moderne Logistik besonders wichtig auf den Schienenverkehr zu
512 setzen. Die Güter kommen schnell und pünktlich an und sorgen auf Autobahnen nicht für
513 unnötige Staus. Besonders für den europäischen Transitverkehr bietet die Schiene eine sehr
514 gute Alternative zum LKW. Hier ist es besonders wichtig, dass auf gute Verladesysteme gesetzt
515 wird. Diese sollte die Politik unterstützen und nicht behindern.

516

517 Die Schnittstellen zwischen Wasser, Schiene und Straße müssen ausgebaut, Häfen zu
518 modernen Logistikzentren weiterentwickelt werden. Für SpediteurInnen müssen Anreize gesetzt
519 werden, damit sie die Binnenschifffahrt überhaupt in die Planung ihrer Logistikketten
520 einbeziehen.

521

522 Die öffentliche Hand als Eigentümerin wichtiger Knotenpunkte wie Häfen, Güterbahnhöfe und
523 als Anbieterin von Gewerbefläche hat nicht nur die Aufgabe, eine bessere Infrastruktur für
524 SpediteurInnen und ProduzentInnen zu sorgen. Gemeinsam mit den TarifpartnerInnen hat sie
525 dafür Sorge zu tragen, dass auch in der Logistikbranche der Grundsatz der „Guten Arbeit“
526 gelten soll. Leistungsgerechte Bezahlung und unter anderem die Einbehaltung von Fahrt- sowie
527 Pausenzeiten dürfen in dieser Branche nicht unbeachtet bleiben.

528

529 Kombinationsmöglichkeiten schaffen

530

531 Zu den Zukunftsherausforderungen unserer Verkehrsinfrastruktur gehört es, verschiedene

532 Verkehrsmittel miteinander zu vernetzen. Die komfortable Kombination aus Fahrradfahrt zum
533 Bahnhof, Bahnfahrt zur Arbeit und Einkaufen mit dem Car-Sharing-Auto sollte zur gängigen
534 Praxis werden.

535

536 Die öffentliche Hand hat dafür auf allen Ebenen Rahmenbedingungen zu setzen. Dafür sollte
537 eine hinreichende Anzahl von Carsharing-Stationen, Park and Ride-Parkplätzen,
538 Leihfahrradplätzen sowie gut gesicherten Fahrradparkplätzen an allen Bahnhöfen sichergestellt
539 werden. Dies geschieht durch entsprechende Rahmenplanung, öffentliche Angebote oder das
540 Ausschreiben von privaten Leistungen (des Carsharings, der Leihfahrräder etc.).

541

542 Darüber hinaus wird es immer notwendiger, dass die öffentliche Hand auf eine Vernetzung der
543 bisherigen Carsharing- und Fahrradleih-Angebote unterschiedlicher AnbieterInnen hinwirkt. Für
544 die/den NutzerIn sollte es (preislich und bürokratisch) keine Rolle spielen, welches
545 Unternehmen vor Ort den Service anbietet.

546

547 **Mobilität gibt's nicht für lau**

548

549 Die Jusos bekennen sich zum Schienenfernverkehr als Mobilitätskonzept Nummer Eins. Der
550 Schienenverkehr ermöglicht schnelle, komfortable und umweltfreundliche Mobilität. Damit ist der
551 Schienenverkehr essentieller Bestandteil der Infrastruktur und sollte von staatlicher Seite als Teil
552 der Daseinsvorsorge umfassend bereitgestellt werden. Die Deutsche Bahn gehört zu 100% dem
553 Staat, ist aber trotzdem kein typisches Staatsunternehmen, sondern ein Aktienunternehmen mit
554 dem Staat als einzigem Anteilseigner, das nach marktwirtschaftlichen, gewinnorientierten
555 Grundsätzen geführt wird. Gleichzeitig verfügt die Bahn weiterhin über das faktische Monopol
556 auf den Schienenverkehr. Wohingegen die Bahn der wichtigste und auf vielen Strecken der
557 einzige Nutzer des Schienennetzes ist, werden Ausbau und Instandhaltung weitgehend von
558 Subventionen des Bundes getragen. Derzeit wird im Bahnfernverkehr das Schlechteste aus
559 Privat- und Staatswirtschaft kombiniert. Der Bahnverkehr ist letztendlich ein Staatsmonopol, das
560 aber ausschließlich nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen betrieben wird, unangemessen
561 hohe Preise verlangt und gleichzeitig stark staatlich subventioniert wird. Das ist die schlechteste
562 aller Lösungen. Wir Jusos fordern deshalb, wenn staatlich, dann auch richtig. Die Privatisierung
563 der Bahn soll gestoppt werden. Die Bahn soll von einem Aktienunternehmen in ein öffentlich-
564 rechtliches Unternehmen umgewandelt werden und das gesetzliche Monopol auf den
565 Schienenfernverkehr erhalten. Die nicht den Schienenfernverkehr betreffenden Geschäftsfelder
566 der Bahn können in eine eigene Gesellschaft ausgegliedert werden, in Teil- oder Vollbesitz des
567 Staates. Die Bahn soll über Bundesmittel ausfinanziert werden, um kostenlosen oder zumindest
568 ausgesprochen kostengünstigen Fernverkehr für die Bürger*innen zu ermöglichen. Die hierfür
569 notwendigen Mittel sollen über zwei Kanäle generiert werden. Durch eine Anhebung der KfZ-
570 und Energiesteuer wird eine positive umweltpolitische Anreizwirkung erzielt, durch eine
571 Finanzierung durch eine Anhebung der Einkommenssteuer als zweitem Kanal werden die
572 Kosten nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip verteilt und die Sozialverträglichkeit garantiert.

573

574 Mit öffentlichem Personenverkehr lässt sich kein Geld verdienen. Zumindest nicht, wenn die
575 Kosten für die NutzerInnen in einem angemessenen Rahmen bleiben sollen. Kommunale
576 Verkehrsbetriebe werden üblicherweise durch Betriebe, wie zum Beispiel
577 Wohnbaugesellschaften oder Stadtwerke, querfinanziert, damit es für die kommunalen
578 Haushalte erschwinglich ist, ein gutes Angebot auf die Straße oder die Schiene zu bringen.

579

580 Vielerorts geht diese Querfinanzierung nicht mehr auf. Die gewinnstarken Betriebe haben mit
581 immer neuen Herausforderungen, wie mit der Energiewende, zu kämpfen. Für Kommunen wird
582 das Angebot immer teurer und nimmt einen immer größeren Teil des städtischen Haushalts ein.

583

584 Prinzipiell ist es erfreulich, dass auf dem Papier Städte und Kommunen mehr für ihren ÖPNV
585 ausgeben. Nur leider beinhalten diese Posten lediglich Verlustausgleiche und weniger
586 Investitionen in den Bestand oder in den Ausbau von Netzen. Die Kommunen können den
587 massiven Investitionsbedarf nicht mehr alleine stemmen und geraten durch die schlechte
588 Ausfinanzierung und die immer wachsenden Pflichtausgaben weiter unter Druck.

589

590 Das Land, den Bund und die EU auf sich an den Kosten zu beteiligen. Netze und Schienen
591 machen weder an Bezirks- noch an Landesgrenzen Halt. Investitionstöpfe dürfen nicht mehr nur
592 auf Neuinvestitionen ausgelegt werden, sondern müssen auch dazu genutzt werden, den

593 Bestand an Infrastruktur zu sanieren und zu modernisieren. Dazu gehört aber auch eine
594 gerechte Verteilung, der jetzt schon knapp bemessenen Bundesmittel. Vor allem in
595 Flächenländern dürfen nicht nur Fahrgastzahlen ausschlaggebend sein, sondern dort muss es
596 einen Flächenfaktor geben, der absichert, dass alle Teile des Landes vom ÖPNV profitieren. Die
597 bisherige Finanzierung von kommunalen Betrieben gerät massiv ins Wanken. Es braucht
598 langfristige neue Finanzierungskonzepte. Es muss umgehend einen Ersatz für das auslaufende
599 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz geben. Die zweckgebundenen Mittel müssen erhöht
600 werden, um Planungssicherheit zu gewährleisten und den bestehenden Sanierungsrückstau zu
601 bewältigen. JedeR profitiert von einem guten ÖPNV. Wir streben einen fahrscheinlosen und
602 kostenlosen steuerfinanzierten ÖPNV, an. Um den Kommunen Druck zu nehmen und ein
603 Ausspielen von Bussen und Bahnen gegenüber Theatern, Sportplätzen oder Schwimmbädern
604 zu vermeiden, darf der ÖPNV nicht länger als freiwillige Aufgabe der Kommunen bewertet
605 werden. Er gehört für uns zu den Pflichtaufgaben der Kommune.“ durch „wollen wir, dass v.a.
606 kleinere Kommunen in die Lage versetzt werden individuelle ÖPNV-Angebote anzubieten.
607

608 Nur wenn alle Menschen die Möglichkeit zur Teilhabe an Mobilität haben, dann ist Mobilität
609 zukunftssicher. Also: volle Kraft voraus!

610

611 **Zukunftsinvestitionen - Unsere Forderungen:**

612

- 613 • Generationensolidarität muss das Ziel aller Zukunftsinvestitionen sein!
- 614 • Umverteilung durch Zukunftsinvestitionen mit dem Ziel der Verteilungsgerechtigkeit
- 615 • Mehreinnahmen möglich machen (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer,
616 Finanztransaktionssteuer, Körperschaftssteuer, Kapitalertragssteuer) und Steuerflucht
617 aktiv bekämpfen
- 618 • Schuldenbremse mittelfristig abschaffen und Spielräume schnellstmöglich nutzen
- 619 • Fokus der Investitionen MUSS auf den Kommunen liegen! Die Übernahme der
620 kommunalen Altschulden in einem Altschuldenfond des Bundes bleibt für uns weiterhin
621 eine zentrale Forderung.
- 622 • Zukunftsinvestitionen sind Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Daseinsvorsorge,
623 nicht in Renditewünsche privater Hände, wie es bei ÖPP der Fall ist.
- 624 • Zukunftsinvestitionen sind Investitionen in die Zukunft!

625

626

627

628

629

630

631

632

633

634

635

636

637

638

639

640

641

642

643

644

645

646

647

648

649

650

651

652

653

Titel Die ökologischen Grenzen unseres Planeten
respektieren! - Wohlstand statt Wachstum in den Fokus
nehmen

Antragsteller Projekt Transformation der Wirtschaftsweise über den Juso
Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

**Die ökologischen Grenzen unseres Planeten respektieren! -
Wohlstand statt Wachstum in den Fokus nehmen**

1 Spätestens mit der 1972 vom Club of Rome veröffentlichten gleichnamigen Studie hat die
2 Diskussion zu den "Grenzen des Wachstums" breite Resonanz in Politik und Öffentlichkeit
3 gefunden. Wenngleich die Prognosefähigkeit komplexer Simulationen zur globalen Entwicklung
4 notwendigerweise begrenzt bleiben muss, können wir heute - über 40 Jahre nach erscheinen
5 der Studie - konstatieren, dass wesentliche Vorhersagen des verwendeten Standardmodells
6 eingetreten sind. Es besteht kein Zweifel, dass unsere aktuelle Form des Wirtschaftens die zur
7 Verfügung stehenden Umweltressourcen in vielen Dimensionen bereits heute massiv übernutzt.
8 Besonders deutlich wird dies mit Blick auf die Treibhausgasemissionen, den Verlust von
9 Biodiversität und den Stickstoffeintrag in die natürliche Senken. Diese Fakten zwingen uns, den
10 absoluten Ressourcenbedarf zu verringern und stellen die vorherrschende Form des
11 kapitalistischen Wirtschaftens grundsätzlich in Frage.

12

13 Gleichzeitig müssen wir konstatieren, dass nur ein kleiner Teil der Weltbevölkerung vom, auf
14 Kosten der Umwelt und zu Lasten breiter Teile der Bevölkerung, produzierten Reichtum
15 profitiert. Dieser Teil der Weltbevölkerung lebt vornehmlich in den westlichen Industrienationen,
16 welche für den Großteil des globalen Ressourcenverbrauchs und der globalen
17 Umweltbelastungen verantwortlich sind. Es liegt folglich auf der Hand, dass wir auch künftig
18 materielles Wachstum benötigen werden, um der Unterentwicklung in weiten Teilen der Welt zu
19 begegnen, bestehende Verteilungskonflikte politisch zu lösen und eine gerechtere
20 Wohlstandsverteilung zu erreichen. Für uns ist dabei jedoch klar, dass Wirtschaftswachstum
21 nicht gleichbedeutend mit Wohlstandsmehrung ist.

22 Um Fortschritt beurteilen zu können und bedürfnisangemessenes Wirtschaften zu ermöglichen,
23 bedarf es eines erweiterten Wohlstandsbegriffs, welcher die für Wohlstand und Lebensqualität
24 relevanten Dimensionen erfasst.

25

26 Als Jusos stellen wir uns der Frage, was Wohlstand zu Beginn des 21. Jahrhundert bedeutet
27 und in welchem Verhältnis Wohlstand und Wirtschaftswachstum stehen. Davon sind
28 grundlegende Fragen über die Art und Weise unseres Wirtschaftens berührt, welche nach
29 gesamtgesellschaftlichen Antworten verlangen und Folgefragen mit Blick globale Gerechtigkeit
30 aufwerfen. Wir sind überzeugt, dass eine gleichmäßigere und damit gerechtere
31 Wohlstandsverteilung moralisch und politisch geboten ist. Sie ist aber auch deshalb eine
32 Notwendigkeit, weil es globale Entwicklung nur geben kann, wenn es gelingt, Verteilungs- und
33 Ressourcenkonflikte als Hauptgrund für Krieg und Bürgerkrieg durch eine gerechtere
34 Wohlstandsverteilung aufzulösen. Dies wird ohne grundlegende institutionelle Reformen des
35 strukturell ungerechten und krisenhaften internationalen Währungs- und Finanzsystem, welches
36 eine kontinuierliche und stabile wirtschaftliche Entwicklung massiv behindert, nicht zu erreichen
37 sein. Für den somit umrissenen Themenkomplex soll der vorliegende Beschluss Denkanstöße
38 geben und politische Lösungsstrategien formulieren.

39

40 **Unser Begriff von Wohlstand**

41

42 Wenn wir Jusos über Wohlstand sprechen, dann sind wir uns darüber im Klaren, dass es im
43 Spiegel unterschiedlicher Lebens- und Gesellschaftsmodelle keine eindeutige und bis ins Detail
44 messbare Definition für diesen Begriff gibt. Aus der Zielperspektive ist Wohlstand das, was die
45 Menschen als Grundlage für die Verwirklichung eines guten Lebens aus ihrer individuellen
46 Perspektive und im gesellschaftlichen Kontext benötigen. Dabei spielen neben den objektiven
47 Lebensbedingungen auch die Verwirklichungschancen der Menschen eine besondere Rolle.

48

49 Zwischen den zahlreichen Wohlstandsdimensionen muss jede Gesellschaft und jeder Mensch
50 selbst eine Entscheidung treffen. Einen einheitlichen Wohlstandsbegriff kann es deshalb nicht
51 geben. So ist es beispielsweise möglich, dass sich Gesellschaften für geringere
52 Konsummöglichkeiten entscheiden, um mehr der verfügbaren Ressourcen für Kultur- und
53 Freizeitmöglichkeiten aufzuwenden.

54

55 Das über die Ausgestaltung von Wohlstand Gesellschaften und Individuen unterschiedlich
56 entscheiden können ist jedoch keine Rechtfertigungsgrundlage für die weltweite Ungleichheit.
57 Im Gegenteil: Bevor über Wohlstand überhaupt zu sprechen ist, müssen zunächst elementare
58 Grundbedürfnisse der Menschen erfüllt sein. Dazu gehört Frieden, ausreichend Nahrung und
59 Trinkwasser und die Sicherstellung der weiteren existenziellen Lebensbedürfnisse ebenso wie
60 Meinungsfreiheit, Zugang zu Informationen, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit,
61 Geschlechtergerechtigkeit und die Abwesenheit von Diskriminierung. Diese
62 Grundvoraussetzungen müssen garantiert sein, damit in einer Gesellschaft die Diskussion über
63 Wohlstand und wie er aussehen soll überhaupt ernsthaft geführt werden kann.

64

65 Es ist und bleibt unser Ziel, dass der Wohlstand global gerecht verteilt wird. Armut,
66 Perspektivlosigkeit und fehlende Freiheit zur Verwirklichung eines individuellen, glücklichen
67 Lebens sind für uns an jedem Ort der Welt von enormer politischer Bedeutung. Globale
68 Wohlstandsunterschiede führen zu einer gravierenden Ungerechtigkeit, die sich nicht zuletzt in
69 Verteilungskriegen oder unfreiwilligen Migrationsbewegungen ausdrückt. Dies ist auch Folge
70 eines Wohlstandsmodells in den Industriestaaten, das darauf beruht, sich unbegrenzt die dafür
71 notwendigen Ressourcen anzueignen und damit anderen Menschen den Zugang zu Wohlstand
72 zu verweigern.

73

74 Für uns Jusos lautet das Ziel, zukünftig gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, die eine
75 Umverteilung des Wohlstandes nicht mehr notwendig machen, da realer Wohlstand bereits
76 gleichverteilt erwirtschaftet wird. Dies kann nur mit einem anderen Wirtschafts- und
77 Gesellschaftssystem gelingen, in dem über den Ressourceneinsatz grundsätzlich demokratisch
78 in der Gesellschaft entschieden wird.

79

80 Dimensionen von Wohlstand

81

82 Welche Bestandteile zur umfassenden Verwirklichung von Wohlstand gehören ist abhängig vom
83 jeweiligen Blickwinkel und der entsprechenden Lebenswirklichkeit. Trotz dieser
84 Kontextabhängigkeit des Begriffes lassen sich unterschiedliche Wohlstandsdimensionen
85 ermitteln. Eine nicht abschließende Liste von betroffenen Dimensionen ist:

86

- 87 • Arbeit
- 88 • Bildung
- 89 • Erhalt der Umwelt
- 90 • individuelle und gesellschaftliche Freiheit
- 91 • Geschlechtergerechtigkeit
- 92 • Gesundheit
- 93 • Konsummöglichkeiten
- 94 • Kultur- und Freizeitmöglichkeiten
- 95 • Mobilität
- 96 • politische und gesellschaftliche Stabilität
- 97 • Wohnraum und das damit verbundene Lebensumfeld

98

99

100 Diese Aufzählung von Wohlstandsdimensionen aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive kann
101 nicht abschließend sein, sondern benennt für uns Jusos besonders wichtige Punkte. Dabei steht

102 heute vielfach nicht mehr nur die Befriedigung von materiellen Bedürfnissen im Fokus, sondern
103 auch Aspekte immateriellen Wohlstands. Im politischen Prozess ist es die Aufgabe der
104 AkteurInnen, die unterschiedlichen Ziele, bei denen auch Zielkonflikte bestehen können,
105 miteinander in Ausgleich zu bringen und allen zu einer möglichst umfassenden Wirksamkeit zu
106 verhelfen.

107

108 Im Folgenden sollen die Dimensionen ausgeführt werden, die aus jungsozialistischer
109 Perspektive die Grundlage für individuellen Wohlstand in gesellschaftlichem Wohlstand bilden.
110 Dabei ist uns bewusst, dass sich unsere Wohlstandsdefinition natürlich einbetten muss in den
111 globalen Kontext und in die Aufgabe, den Ressourcenverbrauch der Industriestaaten erheblich
112 zu reduzieren, um allem Menschen weltweit den gleichen Zugang zu Wohlstand zu eröffnen und
113 die natürlichen Lebensgrundlagen langfristig zu sichern.

114

115 **Rechtsstaatliche und demokratische Grundordnung**

116 Eine solidarische und demokratische Gesellschaftsform, in der alle Menschen die gleichen
117 Rechte haben, ist ein grundlegender Faktor für ein Leben in Wohlstand und Gerechtigkeit. Um
118 den Mitgliedern der Gesellschaft die Möglichkeit zu geben, ihre Rechte auch durchzusetzen,
119 muss es einen funktionierenden, demokratischen Rechtsstaat geben. Die Demokratisierung
120 aller Lebensbereiche ermöglicht eine solidarische Verteilung der gesellschaftlichen Güter. Nur in
121 einer solchen Gesellschaft kann der notwendige Ausgleich zwischen solidarischem, am
122 Gemeinwohl orientiertem Verhalten und individueller Freiheit stattfinden.

123

124 **Freiheit und Sicherheit in einem ausgewogenen Verhältnis**

125 Freiheit und Sicherheit sind öffentliche Güter, deren Gewährleistung zu den wichtigsten
126 Aufgaben eines Staates gehört und nicht zu privat gehandelter Ware verkommen dürfen. Deren
127 Verwirklichung muss in einem ausgewogenen Verhältnis geschehen, in dem nicht zugunsten
128 des einen Gutes das andere zu sehr eingeschränkt wird. Gleichzeitig sind Sicherheit und
129 Freiheit keine Gegensätze, sondern bedingen sich gegenseitig. Unter Sicherheit verstehen wir
130 die Garantie, dass es zu einer Gewährleistung von Grundrechten kommt. Freiheit umfasst
131 einerseits die formalen Freiheitsrechte wie im Wesentlichen Versammlungs-, Meinungs-,
132 Religions- und Bewegungsfreiheit. Sie ist aber auch materiell zu verstehen, d.h. es geht nicht
133 nur darum, Freiheitsrechte zu gewährleisten, sondern auch jeden Einzelnen/jede Einzelne in die
134 materielle Lage zu versetzen, diese Freiheitsrechte auch zu nutzen; dies stellt Anforderungen
135 an die verlässliche soziale Absicherung genauso wie an Zugänge bspw. zu Bildung und
136 Information. Sicherheit bedeutet, dass niemand um seine körperliche oder geistige
137 Unversehrtheit oder seine materiellen und sozialen Existenzgrundlagen fürchten muss und
138 Existenzgrundlagen dauerhaft für alle gewährleistet sind. Darüber hinaus ist die soziale
139 Sicherheit in Form der Absicherung des Lebensstandards, der über die bloße Existenzsicherung
140 hinaus geht, davon umfasst.

141

142 **Geschlechtergerechtigkeit**

143

144 Eine gerechte Gesellschaft garantiert die Gleichstellung aller Geschlechter unabhängig von
145 ihrer sexuellen Identität und Orientierung. Dies bedeutet die Gleichstellung aller Frauen. Das
146 heißt auch die Gleichstellung aller Transpersonen und nicht männlichen Geschlechter, die aller
147 Homo- und Bisexuellen und Queeren. Konkret bedeutet das die Beseitigung aller Armutsrisiken,
148 aller gläsernen Decken, aller verwehrtten Chancen – in der Erwerbsarbeit, der
149 Reproduktionsarbeit und der Freizeitgestaltung. Gleichstellung aller Geschlechter heißt, dass
150 alle Menschen ihr Leben frei und selbstbestimmt gestalten können und dasselbe Ergebnis
151 erreichen. Das Patriarchat, Cis- und Heteronormativität Gesellschafts- und sämtliche
152 Lebensverhältnisse sind eng verknüpft mit dem kapitalistischen System. Die Kernfamilie ist das
153 Standardmodell dieser Gesellschaft. Sie sichert die Trennung der Produktion von der
154 Reproduktion, was die Reproduktionskosten senkt. Hierdurch wird die Kapitalfraktion gestärkt
155 und die Unterdrückung von Frauen und allen, die den Geschlechternormen nicht entsprechen,
156 fest geschrieben – über Ausgrenzung und zu niedrige Löhne.- Wer die menschliche
157 Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.

158

159 **Gesunde Umwelt**

160 Eine gesunde, sich stets regenerierende Umwelt bietet Ressourcen für jeglichen
161 gesellschaftlichen Wohlstand. Sie schafft ein hochwertiges Lebensumfeld, in dem sich
162 Menschen erst wohlfühlen können. Sie hat zudem auch direkten Einfluss auf die menschliche

163 Gesundheit, deren Erhalt die Kernvoraussetzung ist, um Wohlstand überhaupt erwirtschaften
164 und schließlich genießen zu können. Die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen ist die
165 Voraussetzung für den Wohlstand zukünftiger Generationen.

166

167 **Bildung als geistige Existenzgrundlage**

168 Bildung soll zur selbstbestimmten Meinungs- und Entscheidungsfindung befähigen. Basis dafür
169 bildet eine weltweite Alphabetisierung. Grundlegende Bildung ist für uns eine Leistung, die von
170 staatlicher Seite kostenfrei und verpflichtend zur Verfügung zu stellen ist. Nur so können
171 Interessen, Talente und Potenziale aller Menschen gänzlich zutage treten und sich frei entfalten,
172 z.B. in Ausübung der Berufswahlfreiheit.

173 Ohne weitergehende Bildung, die sich auch in beruflicher (Weiter-)Bildung, Hochschulbildung,
174 Forschung und Entwicklung entfaltet, ist keine Innovation und kein Fortschritt möglich. Diese
175 sind aber für Wohlstand von elementarer Bedeutung, weshalb keine Zugangsbarrieren dazu
176 bestehen dürfen. Lebenslanges Lernen dient hierbei als Leitidee.

177

178 **Wohnraum und das damit verbundene Lebensumfeld Angemessener Wohnraum**

179 Wohnraum ist der Schutzraum des Menschen vor Umwelteinflüssen und kann Freiraum für
180 individuelle Entfaltung sowie Rückzug bieten. Den individuellen aber auch kulturellen
181 Bedürfnissen sowie der Bedeutung des Wohnraums als Regenerationsnotwendigkeit soll
182 Rechnung getragen werden. Der Zugang dazu ist für alle, unabhängig vom materiellen Status,
183 zu gewährleisten. Zu gestalten ist dabei auch das Wohnumfeld als ein wesentlicher Ort des
184 sozialen Zusammenlebens, der Kommunikation und des Wohlergehens von Menschen.

185

186 **Gute Arbeit**

187 Erwerbsarbeit ist in unserer Gesellschaft nicht nur für Wertschöpfung, gesamtgesellschaftlichen
188 Fortschritt und Wohlstand entscheidend, sondern auch das zentrale Element sozialer Teilhabe.
189 Ihre demokratische und partizipative Ausgestaltung ist für den gesellschaftlichen Wohlstand
190 unverzichtbar. Erwerbsarbeit muss immer in einem ausgewogenen Verhältnis zur
191 Reproduktionsarbeit stehen. Eine gewisse Zeitsouveränität sowie Freizeitphasen sind Ausdruck
192 von Lebensqualität.

193

194 **Gesundheitsversorgung**

195

196 Eine solidarische und flächendeckende Gesundheitsinfrastruktur muss dafür Sorge tragen, dass
197 die Gesundheit der Bevölkerung erhalten bleibt und damit die Möglichkeit besteht am
198 gesellschaftlichen Leben zu partizipieren. Die Prävention von Krankheiten steht dabei im
199 Vordergrund. Eine gute und solidarische Gesundheitsversorgung darf weder vom
200 wirtschaftlichen Status, noch vom Aufenthaltsstatus abhängen. Doch kann die moderne
201 Gesundheitsinfrastruktur viele Menschen nicht heilen. Sie hat die Aufgabe, diesen sterbenden
202 Menschen eine menschenwürdige Versorgung zu ermöglichen.

203

204 **Mobilität**

205 Ohne Fortbewegung sind nicht nur die individuelle Bewegungsfreiheit, sondern auch die
206 Möglichkeiten für Austausch und Fortschritt eingeschränkt. Selbstbestimmte Fortbewegung fußt
207 auf einem öffentlichen Personennah- und -fernverkehr sowie Rad- und Fußverkehr, schließt
208 aber auch motorisierten Individualverkehr nicht aus. Eine flächendeckende Versorgung mit
209 Mobilitätsangeboten für den in ein Verkehrsnetz integrierten Nahraum ist von staatlicher Seite
210 ohne materielle Hürden zur Verfügung zu stellen.

211

212 **Kultur- und Freizeitmöglichkeiten**

213 Ein wichtiger Teil von Wohlstand ist für uns, dass Menschen an kulturellen Angeboten teilhaben
214 und ihre Freizeit gestalten können. Dabei sind Angebote der sogenannten „Hochkultur“ wie der
215 „Subkultur“ genauso notwendig wie Angebote der Soziokultur, der Begegnung, aus dem Bereich
216 Sport etc. Alle diese Orte sind für das gesellschaftliche Miteinander unverzichtbar, damit
217 Menschen ihren soziokulturellen Bedürfnissen nachkommen können.

218

219 **Konsummöglichkeiten**

220 Zur individuellen Lebensgestaltung gehört eine angemessene Auswahl an Konsummöglichkeiten,
221 aus denen jedeR selbst nach seinen bzw. ihren Vorstellungen wählen kann. Dabei reicht die
222 Spanne weit von Kleidung, Wohnungseinrichtungen, Essen, Getränken, Büchern, Zeitschriften,
223 Filmen bis zu Urlaub oder technischen Geräten und Unterhaltungselektronik. Für die

224 Gesellschaft besteht der doppelte Auftrag einerseits für jedeN ein Einkommen zu gewährleisten,
225 dass eine bedarfsgerechte Teilhabe am Konsum ermöglicht als auch Konsumgüter in
226 ausreichender Zahl und Vielfalt zu produzieren.

227

228

229 **Unser Wachstumsbegriff**

230

231 Wachstum im ökonomischen Kontext wird in der Regel verstanden als Wachstum des
232 Bruttoinlandsprodukts (BIP) oder des Bruttonationaleinkommens (BNE), vereinfacht also der
233 Waren und Dienstleistungen, die in einem Land hergestellt werden (BIP) oder des Einkommens,
234 dass von BewohnerInnen eines Landes erzielt wurde (BNE). Auch im Folgenden wird
235 Wachstum in diesem Sinne verwendet werden. Die in linken Kreisen teilweise vorkommenden
236 Versuche, den Begriff des „Wachstums“ umzudefinieren auf andere Wohlstandindikatoren ist ein
237 Versuch, die Debatte über den Wachstumsbegriff durch Umdefinition zu lösen, der in unseren
238 Augen nicht zielführend ist.

239

240 Wichtig ist hingegen: Die Produktion bzw. das Einkommen in einem Land ist nur ein Teil des
241 Wohlstands in einer Volkswirtschaft. Wie dargelegt gibt es zahlreiche weitere Aspekte des
242 Wohlstands. Wenn das Wachstum niedriger ausfällt oder gar negativ ist, heißt dies daher noch
243 nicht, dass der Wohlstand der Volkswirtschaft gesunken ist. Nur ein Beispiel: Entscheiden sich
244 viele in der Volkswirtschaft dafür, weniger (produktiv) arbeiten zu wollen, führt dies bei
245 konstanter Arbeitsproduktivität zu einem niedrigeren Produktionsvolumen; gleichzeitig ist aber
246 potentiell der „Wohlstand“ derjenigen gestiegen, die jetzt weniger arbeiten.

247

248 Ähnlich wie BIP (pro Kopf) oder BNE (pro Kopf) kein alleiniger Wohlstandsindikator sein
249 können, kann auch Wachstum kein Indikator dafür sein, ob der Wohlstand gewachsen ist. Daher
250 sind Wachstumszahlen zumindest für sich alleine auch kein Maßstab, mit dem sich der Erfolg
251 von Wirtschafts- und Sozialpolitik messen lässt. Möchte man dies tun, so sind weitere
252 Indikatoren heranzuziehen, die teilweise subjektiv sein werden.

253

254 Grundsätzlich ist Wachstum also ein neutraler Begriff. Ob es positiv oder negativ zu bewerten
255 ist, hängt davon ab, unter welchen Umständen es entsteht. Wirtschaftswachstum bietet aber die
256 besten Chancen für die gesellschaftliche und politische Durchsetzung von Umverteilung.
257 Deshalb halten wir Wachstum grundsätzlich für sinnvoll. Es darf aber nicht mit einem erhöhten
258 Verbrauch natürlicher Ressourcen und der damit einhergehenden Ausbeutung von Natur und
259 Umwelt verbunden sein.

260

261 **Wachstum und Ressourcenverbrauch steuern**

262

263 Ein Problem des klassischen Wachstumsbegriffs liegt darin, dass er üblicherweise nur auf die
264 Veränderung von zwei Produktionsfaktoren, Arbeit und Kapital, abstellt. Tatsächlich gibt es mit
265 den natürlichen Ressourcen aber noch einen dritten. Die traditionelle Wachstumspolitik, die
266 diese nicht mit beachtet hat, hat gesellschaftliche Verteilungskämpfe durch Wachstum gelöst
267 und dabei in Kauf genommen, die natürlichen Lebensgrundlagen immer weiter zu beschädigen.
268 Eine solche Politik ist nicht nachhaltig und damit nicht haltbar.

269

270 Umgekehrt gilt: Wachstum ist immer dann unproblematisch, wenn es mit gesteigerter
271 Ressourceneffizienz einhergeht. Sinkt der Bedarf an natürlichen Ressourcen für den gleichen
272 Output, so kann der entstandene Spielraum dafür genutzt werden, zusätzlichen Output zu
273 produzieren. Nur weil die Ressourcenproduktivität in den vergangenen Jahrhunderten
274 dramatisch gestiegen ist, ist es überhaupt gelungen, das traditionelle Wachstumsmodell so
275 lange aufrechtzuerhalten. Unter der Bedingung einer steigenden Ressourceneffizienz
276 funktioniert Wachstum auch weiterhin. Allerdings ist dabei für die Industriestaaten zu beachten,
277 dass sie derzeit die natürlichen Ressourcen massiv übernutzen, ein Teil eines weiteren Anstiegs
278 der Ressourceneffizienz also für eine Regeneration der natürlichen Lebensgrundlagen
279 verwendet werden muss und damit nicht für zusätzlichen Output zur Verfügung steht.

280

281 Daher muss zur Steuerung des Wachstums der maximal zulässige Ressourcenverbrauch
282 vorgegeben werden. Dabei ist ein Pfad zu schaffen, der die derzeitige Übernutzung der
283 Ressourcen über einen längeren Zeitraum auf das Niveau abbaut, in dem sich die Ressourcen
284 regenerieren. Die Industriestaaten müssen ihren Ressourcenverbrauch stark reduzieren, um

285 den so genannten Entwicklungs- und Schwellenländern Wachstumsmöglichkeiten zu eröffnen.
286 Als Instrument soll vorrangig auf Verbrauchsvorgaben u.ä. gesetzt werden. Eine Verteuerung
287 der Ressourcennutzung kommt nur dann in Frage, wenn das Ziel mit anderen Instrumenten
288 nicht sinnvoll zu erreichen ist.

289

290 Gibt es Wachstumsspielräume durch eine steigende Ressourceneffizienz, so ist es eine Frage
291 der gesellschaftlichen Zielvorstellungen, wie das dann grundsätzlich vorhandene
292 Wachstumspotential genutzt wird. Es kann dann für zusätzlichen Output verwendet werden,
293 aber auch für die Erhöhung weiterer Faktoren des gesellschaftlichen Wohlstands. Wofür, hängt
294 dabei von gesellschaftlichen Mehrheits- und damit Machtverhältnissen ab.

295

296 **Produktivitätszuwächse für gesellschaftlichen Fortschritt nutzen**

297

298 Sozialdemokratische Politik hat in den vergangenen Jahren deshalb so stark auf Wachstum
299 gesetzt, weil dies grundsätzlich gesellschaftliche Verteilungskämpfe im Kapitalismus erleichtert.
300 Durch Wachstum besteht die Möglichkeit den entstehenden Überschuss gerechter zu verteilen.
301 Dies bedeutet für uns auch, dass der strukturellen Benachteiligung von Frauen entgegengewirkt
302 werden muss.

303

304 Der Kapitalismus ist darauf angewiesen, dass Kapital fortlaufend Rendite abwirft, die durch
305 Wiederanlage den Kapitalbestand vergrößert. In einer Welt ohne Produktivitätszuwächse ist
306 eine konstante Rendite dabei nur möglich, wenn die Entlohnung des Produktionsfaktors Arbeit
307 sinken würde. Dieser Druck wird verringert, wenn es Wachstum entweder über
308 Produktivitätszuwächse gibt oder darüber, dass bei steigendem Kapitaleinsatz der
309 Arbeitsumfang konstant gehalten wird. Würde der gestiegene Kapital- durch einen geringeren
310 Arbeitseinsatz kompensiert, würde bei konstanten Stundenlöhnen die Kapitalrendite tendenziell
311 sinken.

312

313 Produktivitätszuwächse schaffen bei steigendem Kapitalbestand einen zusätzlichen Anstieg des
314 Outputs, der die Kapitalrendite tendenziell erhöht; umgekehrt sinkt der Druck auf die Löhne, weil
315 das insgesamt zu verteilende Einkommen größer wird. Dabei ist es eine Frage der
316 gesellschaftlichen Machtverhältnisse, wie der Produktivitätszuwachs zwischen Arbeit und
317 Kapital verteilt wird. Es hat durchaus längere Phasen vor allem in der europäischen
318 Wirtschaftsgeschichte gegeben, in denen große Teile des durch Produktivitätswachstum
319 erzielten Zuwachses an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verteilt worden ist, dabei nicht
320 unerheblich in Form von Arbeitszeitverkürzung mit (teilweisem) Lohnausgleich (Einführung der
321 5-Tage-Woche, Ausbau des Jahresurlaubs etc.). Damit verbunden war aber, vor allem in der
322 ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, auch die Verdrängung von Frauen aus der Erwerbsarbeit.

323

324 In den vergangenen Jahrzehnten haben sich die Machtverhältnisse deutlich zugunsten des
325 Kapitals verschoben; die Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am erzielten Wachstum ist
326 zunehmend geringer ausgefallen. Tendenziell ist gleichzeitig das Arbeitsvolumen konstant
327 geblieben, allerdings einerseits durch Teilzeitarbeit insbesondere von Frauen und andererseits
328 Arbeitslosigkeit ungleicher verteilt worden.

329

330 Ein Verteilungskonflikt tritt insbesondere dann auf, wenn ein relativ hoher
331 Produktivitätsfortschritt auf einen schwachen Fortschritt der Ressourceneffizienz trifft. Ist der
332 Fortschritt der Ressourceneffizienz Null, besteht kein nachhaltiger Wachstumsspielraum. Gibt
333 es dann einen Produktivitätsfortschritt, heißt das, dass zwingend der Einsatz mindestens eines
334 der Produktionsfaktoren Arbeit oder Kapital reduziert werden muss und zwar ohne finanziellen
335 Ausgleich. Dies schafft erhebliche gesellschaftliche Konfliktpotentiale sowohl zwischen Arbeit
336 und Kapital als auch innerhalb des Faktors Arbeit, wenn dieser zurückgefahren wird – denn
337 dann stellt sich die Frage, ob dies über eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung erfolgen soll, über
338 Arbeitslosigkeit einiger Personen oder erneut über die Verdrängung von Frauen aus der
339 Erwerbsarbeit. Für uns kommt dabei nur die erste Alternative in Frage.

340

341 Allerdings sollte die Begrenzung des Wachstumspotentials durch die Ressourceneffizienz auch
342 kein Grund zu Wachstumspessimismus sein. Die Wirtschaftsgeschichte hat gezeigt, dass es ein
343 erstaunliches Innovationspotential dahingehend gibt, die Ressourceneffizienz zu steigern –
344 teilweise sogar so, dass diese Steigerung selbst Wachstumseffekte auslöst, wie z.B. bei der
345 Energiewende. Notwendig ist dafür allerdings ein Anreizsystem, das Innovationspotentiale bei

346 der Ressourceneffizienz hebt. Dies setzt klare rechtliche Regelungen voraus, die den
347 Ressourcenverbrauch begrenzen und damit gerade in einem kapitalistischen System Anreize
348 setzen, sich des dadurch ausgelösten Drucks durch eine bessere Ausnutzung dieses
349 maximalen Ressourcenpotentials zu entledigen.

350

351 Zusätzlich ist dabei zu beachten, dass innerhalb des kapitalistischen Systems dies nur dann
352 ohne massive negative gesellschaftliche Folgewirkungen funktioniert, wenn gleichzeitig
353 verhindert wird, dass der Druck durch die Beschränkung des Ressourcenverbrauchs statt in die
354 Innovation auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgelenkt wird. Dann würde es statt zu
355 einem effizienteren Ressourceneinsatz zu sinkenden Löhnen und damit zu einer Abwärtsspirale
356 kommen, weil die sinkenden Löhne ihrerseits einen Rückgang des Konsums und dann der
357 gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zur Folge hätten, die dann wiederum den Druck auf das
358 Kapital, weitere Renditepotenziale zu erschließen, verschärft. Daher kann nachhaltiges
359 Wachstum mit einer Begrenzung des Ressourcenverbrauchs nur funktionieren, wenn innerhalb
360 des Kapitalismus das Machtverhältnis erheblich zugunsten der Arbeitnehmerinnen und
361 Arbeitnehmer verschoben wird – oder wenn der Kapitalismus durch ein System abgelöst wird,
362 das die Verwendung des Produktionsfaktors Kapital unter gesellschaftliche Kontrolle stellt.

363

364

365 **Globale Nachhaltigkeit und globales Wachstum**

366

367 In der heute vorherrschenden, weltweiten Verteilung von Ressourcen, Produktionsfaktoren und
368 Entwicklungspotentialen lassen sich massive Ungleichgewichte zwischen den zumeist
369 westlichen Industrienationen und sog. Entwicklungsländern feststellen. Während bei einigen
370 wenigen Ländern die Produktion von Waren in den letzten Jahrhunderten massiv zugenommen
371 und zu steigendem Wohlstand geführt hat, stagniert demgegenüber in anderen Ländern das
372 Produktivitäts- und Wohlstandsniveau. Technischer Fortschritt, insbesondere in den bereits
373 weiter entwickelten Ländern, hat diesen Zustand und die damit verbundene Ungleichheit noch
374 einmal verschärft. Produktivitätssteigerung ist, insbesondere in aufstrebenden
375 Industrienationen, noch immer mit einem steigenden Ressourcenverbrauch und einer
376 steigenden Ausbeutung von Umwelt und Natur verbunden.

377

378 Dabei hat die Umweltzerstörung bereits heute ein kritisches Level erreicht. Das Phänomen der
379 globalen Erwärmung, sowie die Verschmutzung von Umwelt und Natur sind Tatsachen, die sich
380 nicht wegdiskutieren lassen. Trotzdem sehen wir keinerlei Legitimation für eine globale
381 Ungleichverteilung von Wohlstand. Unser Ziel und unsere Aufgabe muss es sein, allen Länder -
382 ohne jede Einschränkung - die Entwicklung eines vergleichbaren Wohlstandsniveau zu
383 ermöglichen. Dafür sehen wir die Verantwortung vor allem bei den bereits entwickelten Staaten,
384 die ihr weiteres Wachstum nicht nur vom Ressourcenverbrauch entkoppeln, sondern diesen
385 auch reduzieren müssen. Darüber hinaus ist es ihre Pflicht, mit Technologietransfers materielles
386 Wachstum ohne zusätzlichen Ressourcenverbrauch in den sog. Entwicklungsländern zu
387 ermöglichen. Steigerungen der Produktivität dürfen nicht mehr mit einer Steigerung der
388 Ausbeutung von Natur und Umwelt einhergehen. Vielmehr ist es notwendig, dass sowohl
389 entwickelte, als auch sich in der Entwicklung befindliche Staaten den Weg der nachhaltigen
390 Produktivitätssteigerung beschreiten.

391

392 **Für uns ist Nachhaltigkeit sozialer Fortschritt plus Umweltverträglichkeit**

393

394

395 Wir definieren Nachhaltigkeit als das Festhalten an fortschrittlicher gesellschaftlicher
396 Veränderung – inklusive der Steigerung der sozialen Teilhabe – bei gleichzeitiger Rückführung
397 des Ressourcenverbrauchs (bis zum Ziel der vollständigen Einspeisung in Wertstoffkreisläufe)
398 und einer langfristig ausgelegten Wirtschaft, welche die erstgenannten Faktoren vereint. In
399 anderen Worten: Für uns sind gesellschaftliche Produktionsprozesse, die zu mehr
400 gesellschaftlichem Reichtum und neuen technischen Möglichkeiten führen, nur dann nachhaltig,
401 wenn sie ihre möglichen sozialen und ökologischen Folgeprobleme („Kosten“) internalisieren
402 und lösen können. Wenn gesellschaftliche Produktionsverhältnisse nicht in diesem Sinne
403 nachhaltig sind, müssen sie für uns überwunden oder reformiert werden.

404

405

406 Wie die Analyse aus sozialer Sicht zeigt, hat das bisherige kapitalistische Wachstum – mit

407 derzeit neoliberalen Antlitz – für ein Auseinanderklaffen des gesellschaftlichen Wohlstands und
408 große Armut gesorgt. Wir sagen hier: Schritte in Richtung Nachhaltigkeit kann es im
409 Kapitalismus nur geben, wenn den ureigenen Eigenschaften dieses Systems entgegengewirkt
410 wird, also wenn der Kapitalakkumulation bei den Besitzenden entgegengesteuert wird.

411

412

413 Gleiches gilt aus ökologischer Sicht: Die Steigerung von Produktionsergebnissen erfolgt in einer
414 rein kapitalistischen Ordnung auf Kosten der Natur, deren Rohstoffe verschwendet werden. Im
415 Gegensatz dazu streben wir eine nachhaltige Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung an, in der
416 keine negativen Folgeprobleme für Mensch und Umwelt auftreten. Das heißt im Endeffekt, dass
417 keine Waren und Güter produziert werden dürfen, deren Folge- oder Weiterverwendung nicht
418 geklärt ist. Mittelfristig folgt hieraus, dass CO²- und andere Treibhausgase – genauso wie
419 Plastikverpackungen – im Produktionsprozess nur noch entstehen sollen, wenn sie
420 weiterverwendet werden und nicht fahrlässig dem globalen Ökosystem überlassen werden.
421 Dabei ist im Falle von Produkten und Stoffen am Ende der Wiederverwertungskette auch eine
422 energetische Nutzung in Betracht zu ziehen.

423

424

425 Unsere Nachhaltigkeit kann es nur mit demokratiekonformen Märkten und starker öffentlicher
426 Daseinsvorsorge geben. Märkte müssen in ihren Ergebnissen gesellschaftlichen und
427 ökologischen Zielen dienen. Allgemein heißt das: Die gesellschaftliche und ökologische
428 Fortentwicklung darf von Märkten nicht gefährdet werden.

429

430

431 **Wir setzen auf nachhaltiges Wachstum: als Synthese von sozialem und ökologischem**
432 **Wachstum**

433

434

435 Wie in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten 20 Jahren schon geschehen, lässt sich
436 wirtschaftliches Wachstum vom Ressourcenverbrauch abkoppeln. An diese Entwicklung gilt es
437 aus ökologischer Sicht anzuschließen. Gleichzeitig hat die soziale Ungleichheit in unserer
438 Gesellschaft stark zugenommen. Diese Entwicklung ist nicht akzeptabel.

439

440

441 Für uns stehen soziale und ökologische Missstände in einem starken Zusammenhang. Denn in
442 der Bekämpfung von Beidem – der wachsenden sozialen Ungleichheit und der ökologischen
443 Selbstgefährdung der Gesellschaft – sehen wir die zentralen politischen Herausforderungen
444 unserer Zeit. Fortschritt – als eine Verbesserung dieser Missstände – kann es für uns nur
445 geben, wenn Wachstum immer gleichzeitig sozialen und ökologischen Zielen dient.

446

447

448 *I. Soziales Wachstum*

449

450

451 Die Globalisierung hat die Märkte für Kapital, Güter und Dienstleistungen spätestens seit 1990
452 begünstigt. Allerdings führten diese größeren Möglichkeiten auch zu einer wachsenden
453 Ungleichheit: Das Einkommen wurde immer ungleicher verteilt; Verteilungsmächte stehen im
454 globalen Wettbewerb von Steuermächten und Produktionsstandorten, Arbeitskräfte können
455 günstiger beschafft werden. Des Weiteren ist deutlich geworden, dass deregulierte
456 Finanzmärkte sehr krisenanfällig sind.

457

458

459 Aus sozialer Sicht ist eine Verbesserung des ArbeitnehmerInnenschutzes unumgänglich. Auch
460 wenn die Arbeitslosigkeit in der BRD im europäischen Vergleich gering ist, sank die Zahl der
461 geleisteten Arbeitsstunden durch den Abbau von Arbeitszeitkonten sowie durch Kurzarbeit.
462 Auch bei uns sind es wenige Menschen, die vom bestehenden Wachstumsmodellen profitieren.
463 Deswegen benötigen wir eine Alternative zum aktuellen marktgesteuerten Wachstum.

464

465

466 Unser gesellschaftlicher Bedarf definiert sich nicht durch Kapitalerträge, sondern durch soziale
467 Belange. Das Recht auf Gute Arbeit und die Teilhabe an dem gesellschaftlichen Wohlstand sind

468 unsere Kernforderungen für soziales Wachstum. Unsere Forderungen umfassen daher unter
469 anderem:

470

471 • eine verringerte Wochenarbeitszeit,

472

473 • mehr gesetzlichen und tariflichen Urlaub,

474

475 • einen geschützten Lebensabend für Alle,

476

477 • Steigerung öffentlicher Daseinsvorsorge zur gesellschaftlichen Umverteilung

478

479 • eine komplette Neuorganisation von Arbeit und ein anderes Verständnis von dem, was wir
480 unter Arbeit verstehen

481

482 • einen Anstieg der Bezahlung für Arbeitnehmer*innen.

483

484

485 Gute Arbeit

486

487

488 Fairer Lohn und die Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf sind für uns unabdingbar. Eine
489 weitere Kernforderung ist die Förderung des Mitbestimmungsrechts in Betrieben.

490 Vollbeschäftigung geht mit dieser Forderung einher.

491

492

493 Soziale Produktivität

494

495

496 Die Steigerung der Produktion darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen
497 werden (durch Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerung etc.). Soziale Produktion ist die
498 Alternative. Sie erhöht den gesellschaftlichen Wohlstand und richtet sich an dem realen Bedarf
499 der Gesellschaft. Die Qualifizierung, Mitbestimmung und Teilhabe von MitarbeiterInnen bieten
500 hier Lösungswege. Die Rationalisierung von Material- und Energiekosten (durch
501 Wiederverwertungssysteme, geringen Energieverbrauch etc.) bieten weitere Ansatzpunkte.

502

503

504 *Investitionen durch die öffentliche Hand*

505

506

507 Soziale Investitionen schaffen Arbeitsplätze, steigern das Wachstum und die Produktivität – ein
508 positiver Kreislauf entsteht. Unter Sozialen Investitionen verstehen wir nicht nur die Schaffung
509 oder Instandhaltung von Infrastruktur, sondern auch die Investition in Bildung, Forschung und
510 Gesundheit. Soziale Investitionen sind der Kern des Sozialen Wachstums, sie ermöglichen
511 langfristig die Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand.

512

513

514 *Öffentliche Investitionen und strukturelle Defizite*

515

516

517 Wenn der Staat für Bildung, Infrastruktur, Forschung, medizinische Versorgung und
518 gesellschaftliche Daseinsvorsorge mehr Geld in die Hand nimmt, als er aktuell einnimmt, dann
519 zahlt sich diese Investition zukünftig aus. Eine hochwertige, nutzenorientierte Steuerung
520 öffentlicher Ausgabenpolitik ist hierfür natürlich eine zentrale Voraussetzung. Wenn diese
521 Bedingung erfüllt ist, wird durch Zukunftsinvestitionen ein Mehrwert geschaffen, der die
522 Lebensbedingungen verbessert und sich auch finanziell auszahlt – weil nach Abzug der Kredite
523 mehr öffentlicher Bilanzwert vorhanden ist. Eine solche zukunftsorientierte Ausgabenpolitik wird
524 durch Schuldenbremsen, die Ideologie der „schwarzen Null“ und Niedrigsteuern für
525 TopverdienerInnen sowie ErbInnen behindert.

526

527

528 Was wir nicht wollen, ist, dass der Staat sein Geld ‚blind‘ zum Fenster herauswirft. Falsche

529 Subventionen (z.B. in Form von Steuervergünstigungen) für sozial- und umweltschädliche
530 Prozesse (wie Dienstwagen etc.) lehnen wir ab. Auch wollen wir keinen Staat, der durch seine
531 Pflichtaufgaben schon so überlastet ist, dass er dafür Schulden aufnehmen muss. Solche
532 strukturellen Defizite öffentlicher Haushalte finden ihren Ursprung vor allem darin, dass
533 gesellschaftliche Lasten nicht gerecht verteilt sind; also aktuell dadurch, dass Vermögende und
534 TopverdienerInnen einen unzureichenden Beitrag zum Gemeinwohl leisten.

535

536

537 *II. Ökologisches Wachstum*

538

539

540 Ökologisches Wachstum muss alle Industrie- und Wirtschaftszweige erfassen. Betriebe werde
541 sich immer häufiger ihrer Verantwortung bewusst und versuchen, umweltschonend und
542 sozialverantwortungsvoll zu produzieren. Sei es durch Labeling, wie „cradle to cradle“ oder
543 FairTrade, oder durch eigene Corporate Social Responsibility-Programme (CSR), die ernst
544 gemeint sind und mehr darstellen als Greenwashing sind.

545

546

547 *Energiewende vorantreiben*

548

549

550 Ein wichtiger Bestandteil eines nachhaltigen Wachstums ist die Förderung der Energiewende.
551 Viele Technologien stecken noch in ihren Kinderschuhen und bedürfen einer weiteren Investition
552 und Forschung. Viele kleine Genossenschaften und Gruppierungen profitierten von der
553 Ausgestaltung des Erneuerbare-Energien-Gesetz. Bei der aktuellen Fassung existiert aber
554 Nachholbedarf. Die Energiewende ist ein gesamtgesellschaftliches Projekt.

555

556

557 *Geplante Obsoleszenz stoppen*

558

559

560 Durch ein gesetzliches Verbot und effektive Rücknahmepflicht für HändlerInnen und
561 HerstellerInnen muss geplante Obsoleszenz gestoppt werden. Der Hintergrund ist folgender:
562 Um einen höheren Absatz von Produkten und eine künstliche Nachfrage zu generieren, wird
563 bisher innerhalb der Herstellung und der Vermarktung auf eine geplante Obsoleszenz gesetzt.
564 Das heißt, dass Produkte absichtlich mit einer geringeren Lebensdauer produziert werden.
565 KundInnen sollen so immer neuere Modelle des Produktes kaufen, da ihre alten Geräte den
566 Geist aufgegeben haben. Eine Folge davon ist, dass vor allem Elektronikartikel, wie Handys,
567 Smartphones, Computer oder Drucker technisch schnell verschleißen, wodurch unnötiger
568 Elektroschrott produziert wird, welcher zur Zeit unzureichend wiederverwertet wird.

569

570

571 *Effektivität und Effizienz: Wandel geht nicht ohne schöpferische Zerstörung*

572

573

574 Effizienz alleine reicht nicht: Es ist notwendig, aber zu wenig, schädliche Vorgänge zu
575 optimieren – indem man z.B. den Wirkungsgrad eines Verbrennungsmotors steigert. Viel mehr
576 brauchen wir eine schöpferische Zerstörung und Effektivität: Also die Schaffung von neuen
577 Strukturen, die keine Schadstoffe mehr entstehen lassen – indem Energien vollständig
578 erneuerbar produziert werden und alle Produktionsprozesse vollständig in lückenlose
579 Wertstoffkreisläufe eingebunden sind.

580

581

582 *Mindestanforderungen für ökologisches Wachstum*

583

584

585 Das ökologisches Wachstum muss vereinbar sein mit den Leitplanken des wissenschaftlichen
586 Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). Der WBGU macht es zur
587 Bedingung, die Erderwärmung auf 2°C begrenzen, der Versauerung der Meere
588 entgegenzuwirken (pH-Wert Δ 0,2 Einheiten) – u.a. durch die Abkehr von fossilen und atomaren
589 Energiequellen bis zum Jahr 2070. Auch muss der Verlust der Biodiversität und Land- und

590 Bodendegradation gestoppt werden. Gestoppt werden muss die Nutzung von Quecksilber, die
591 Freisetzung von Plastikabfällen sowie die Verwendung von nicht rückgewinnbarem Phosphor.
592 An diesen Mindestanforderungen müssen sich alle gesellschaftlichen Prozesse messen lassen.
593
594

595 *III. Nachhaltiges Wachstum*

596

597

598 Für uns kann ein nachhaltiges Wachstum nur als Synthese aus ökologischen und sozialen
599 Wachstum existieren. Eine in die Zukunft gerichtete Gesellschaft und Ökonomie kann nur unter
600 diesen beschriebenen Bedingungen existieren und wachsen. Auf diese Art und Weise ist es
601 möglich Wohlstand zu erzeugen und zu erhalten.

602

603

604

605 Aktuell werden in Schwellen- und Entwicklungsländern ganze Bevölkerungsschichten von
606 Wachstum und Wohlstand ausgeschlossen und die soziale Ungleichheit wird trotz eines
607 Rückgangs der Armut nicht geringer. Damit alle Menschen von Wachstum und Wohlstand
608 profitieren können, müssen auch die notwendigen institutionellen Rahmenbedingungen
609 geschaffen werden. Besonders Weltbank und IWF bedürfen Reformen ihrer Funktionsweise.
610 Zudem bedarf es einer Neuordnung des globalen Finanzmarktes. Statt der Strategie des
611 neoliberalen Kapitalismus weiter zu folgen, brauchen wir eine Abkehr von steigenden
612 Profitraten, der Finanzialisierung der Rohstoffmärkte und einer vom gesamtgesellschaftlichem
613 Wohlstand entkoppelten Profitrate für eine nachhaltige Entwicklung der Weltwirtschaft.

614

615 **Unsere Vision einer nachhaltigen Weltbank**

616

617 Die Weltbank, welche nach dem Ende des zweiten Weltkrieges von der internationalen
618 Gemeinschaft gegründet wurde, um den zerstörten Ländern eine wirtschaftliche Entwicklung zu
619 ermöglichen, steht schon seit längerem in der Kritik aufgrund ihrer mageren Bilanz im Kampf
620 gegen Armut. Diese magere Bilanz ist aber nicht verwunderlich, da Kredite von Anfang an an
621 neoliberale Reformagenden geknüpft waren und sich diese Konditionalisierung der Darlehen
622 immer weiter verfestigte. Durch so genannten Strukturanpassungsprogramme wurden die
623 "Entwicklungsländer" gezwungen, neoliberale Reformen und Liberalisierungen durchzuführen.
624 So werden gigantische Infrastrukturprojekte ohne Rücksicht auf Umweltschäden finanziert,
625 Privatisierungen und Cash Crops forciert. Im Gegensatz zum eigentlichen Auftrag der Weltbank
626 hatten diese Maßnahmen eine Verschlimmerung von Armut und wirtschaftlicher Abhängigkeit
627 zur Folge. Inzwischen werden daher Poverty Reduction Strategy Papers verfolgt. Auch Fragen
628 der Nachhaltigkeit sollen in die Entscheidung über die Gewährung von Krediten einfließen.
629 Allerdings fällt die Nachhaltigkeit von Projekten nach wie vor finanziellen Erwägungen und
630 neoliberal motivierten Anforderungen zum Opfer. Die Weltbank muss, will sie Armut wirksam
631 bekämpfen, Staaten, welche sich in der Entwicklung befinden ein umweltschonendes
632 Wachstum ermöglichen, welches jedoch zeitgleich die Geschwindigkeit des
633 Produktivitätswachstums nicht übermäßig beeinträchtigt und dieses in Wohlstand für alle
634 umwandelt. Gerade Projekte bei denen umweltschonende Technologien eingesetzt werden
635 müssen forciert und geeignete Umwelt- und Nachhaltigkeitsstandards für alle Projekte etabliert
636 werden. Allerdings dürfen die Kosten für diese Weitergabe von umweltschonender Technologie
637 nicht zulasten der Länder gehen, die sich in der Entwicklung befinden. Gefördert werden
638 müssen Projekte, denen ein umweltschonendes Wachstumsmodell zugrunde liegt und in deren
639 Rahmen die Steigerung der Produktivität in den betroffenen Ländern nicht übermäßig
640 beeinträchtigt wird. Künftige Kredite der Weltbank sowie deren Erlass sollen deshalb die
641 Achtung von Menschenrechten – auch der sozialen – und die Förderung von Nachhaltigkeit
642 anstatt neoliberaler Reformen zur Bedingung haben. Die NachhaltigkeitsexpertInnen der
643 Weltbank sollen ein Vetorecht für Projekte, die diese Kriterien verletzen, besitzen. Dabei ist uns
644 wichtig, dass die Programme nicht, wie derzeit oftmals, der Erwirtschaftung von Rendite,
645 sondern der Förderung und dem Aufbau der lokalen Wirtschaft dienen.

646

647 **Neuordnung des globalen Finanzmarktes für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand**

648

649 Seit den 1980er Jahren kam es zu mehreren schweren Krisen des globalen Währungssystems.
650 In Mexiko, Süd-Ost-Asien, Argentinien, Russland und auch während der Eurokrise wurden

651 durch ein dysfunktionales Währungssystem die Gründe für die Krisen erst geschaffen oder
652 zumindest begünstigt und mit Eintritt der Krise verlängerten und vertieften die gleichen Faktoren
653 jene Krisen. Die Krisenhaftigkeit des globalen Finanzmarkts und seine strukturellen
654 Ungleichgewichte sind ein massives Hindernis für wirtschaftliche Entwicklung, die Angleichung
655 von Wohlstandsniveaus und die Etablierung von Nachhaltigkeitsstrategien. Dem kann nur mit
656 grundlegenden Reformen entgegengewirkt werden.

657

658 **IWF-Reform für nachhaltiges Wachstum**

659

660 Anpassungen der Stimmverteilungen im IWF wurden in der Vergangenheit mehrfach
661 vorgenommen. Dennoch sind die alten Industrienationen weiterhin überrepräsentiert. Dies
662 resultiert in Policy-Empfehlungen, die den Volkswirtschaften in anderen Regionen der Welt nicht
663 gerecht werden. Eine Anpassung der Stimmverteilung hin zu einer gerechteren Repräsentation
664 ist notwendig.

665

666 Die Programme des IWF waren und sind stets verknüpft mit Konditionalitäten, d.h. bestimmte
667 Bedingungen müssen von den unterstützten Ländern erfüllt werden, damit Kredite fließen
668 können. Bei diesen Bedingungen handelte es sich oftmals um neoliberale Reformvorgaben für
669 Privatisierungen, neoklassische Austeritätspolitik sowie Vorgaben zur Öffnung der Märkte
670 gegenüber Produkten aus den bereits etablierten Industrienationen. Diese Marktöffnungen
671 zerstörten allzu oft die Grundlage lokaler Produzenten. Die Policy-Empfehlungen des IWF sind
672 weiterhin zu stark auf solche sog. "Strukturreformen" ausgerichtet. Die Empfehlungen basieren
673 zu oft auf falschen oder unausgewogenen makroökonomischen Annahmen. Eine
674 Neuformulierung von Zielstellungen muss sich an Nachhaltigkeit, nachhaltigem Wachstum und
675 der Verringerung von Ungleichheit orientieren und antizyklische Investitionsimpulse endlich als
676 probates Mittel zur Intervention in ökonomischen Krisenphasen anerkennen. Zugleich könnten
677 Szenarios mit alternativen Konditionalitätsmodellen eine bessere Passgenauigkeit für Länder
678 ermöglichen, die der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft bedürfen. Diese Modelle
679 sollten nicht vorrangig auf die Unterstützung durch den IWF bauen, sondern insbesondere die
680 Optionen regionaler Währungsfonds in den Vordergrund stellen.

681

682 **Regionale Währungsfonds für emanzipierte Entwicklung nutzen**

683

684 Regionale Währungsfonds als Alternative oder vorrangige Ergänzung zum IWF-System können
685 nicht nur in der Wahl von Instrumenten und Policy-Empfehlungen den nicht-westlichen
686 Ökonomien gerecht werden, sondern auch Legitimitätsprobleme beheben. Dies gilt
687 insbesondere in Lateinamerika und Afrika, wo die Skepsis gegenüber dem IWF - auch aufgrund
688 tatsächlicher schlechter Erfahrungen - besonders hoch ist. Die Rolle des IWF als Lender of Last
689 Resort (Kreditgeber letzter Instanz) ist weiterhin notwendig, regionale Zusammenschlüsse
690 sollten aber dazu ermutigt werden, sich frei von diesem Konstrukt zu machen.

691 Lateinamerikanische Länder haben sich bereits im Rahmen regionaler Kooperation und der
692 Banco del Sur für ein no-conditionality-Modell der Kreditvergabe entschieden. Dabei werden im
693 Format eines regionalen Währungsfonds Kredite ohne Bedingungen an die einzahlenden
694 Mitglieder ermöglicht. Dieser Schritt ist auch eine Reaktion in Ablehnung der IWF-Programme
695 mit ihren in der Vergangenheit allzu oft neoliberalen Charakter. Als weitere Alternative zu den
696 bisherigen problematischen IWF-Programmen befürworten wir ex-ante-Konditionalitäten (d.h. im
697 Voraus definierte Auflagen, bei deren Einhaltung im Krisenfall ohne weitere Bedingungen Geld
698 zur Verfügung gestellt wird). Diese dürfen keinen neoliberalen Charakter haben oder
699 Austeritätspolitik beinhalten, sondern sich an Investitionen in Nachhaltigkeit orientieren.
700 Nachhaltigkeit ist dabei sowohl im Sinne der nachhaltigen Nutzung von Ressourcen, als auch
701 im Sinne von wirtschaftlicher Nachhaltigkeit gemeint. Erfüllt ein Land diese Bedingungen in den
702 Vorjahren einer finanziellen/wirtschaftlichen Notlage, so ist ein IWF-Kredit in diesem Modell
703 ohne zusätzliche Auflagen zu gewähren.

704

705 **Bancor als Reformatioption**

706

707 Das internationale Währungssystem nach Ende des Systems fester Wechselkurse, welche an
708 den US-Dollar als Leitwährung gekoppelt waren (Bretton-Woods), ist auf ganzer Linie darin
709 gescheitert das einzulösen, was ein "freier Markt" für Devisen versprach. Angebot und
710 Nachfrage führten nicht zu Wechselkursen, die langfristig ausgeglichene Leistungsbilanzen
711 bedeuteten. Tatsächlich verzeichneten einige Staaten dauerhafte Exportüberschüsse,

712 verbunden mit steigenden Forderungen gegenüber dem Ausland und spiegelbildlich andere
713 Staaten, deren Auslandsverschuldung durch Importüberschüsse über Jahre hinweg stieg. Diese
714 außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte sind hochproblematisch und ein Hindernis für globalen
715 Wohlstand.

716

717 Die steigende Bedeutung des Finanzsektors schuf zusätzliche und neuartige Probleme wie
718 spekulativen Währungshandel (sog. „Carry Trade“). Dabei leihen sich spekulationsgetriebene
719 AkteurlInnen in den Währungsräumen Geld, in denen die Zinsen aufgrund schwacher
720 Konjunktur niedrig sind und die Zentralbanken durch die Niedrigzinspolitik die Investitionen und
721 den Konsum stärken wollten. Dieses Geld setzten sie jedoch nicht dort ein, sondern tauschten
722 es gegen Anlagen in anderen Ländern mit höherem Zinsniveau und guter Konjunktur. Dies führt
723 zur tendenziellen Abwertung der Währung der Niedrigkonjunkturländer und einer Aufwertung
724 der Währung der Hochkonjunkturländer und erhöht somit den Spekulationsgewinn durch
725 Wechselkursgewinne. Dies ist nur ein Beispiel für eine Blasenbildung durch die „freien“
726 Wechselkurse. Hinzu kommen insbesondere bei kleinen Volkswirtschaften starke
727 Wechselkursschwankungen bei flexiblen oder spekulative Angriffe bei festen Wechselkursen.

728

729 Sowohl der Devisenmarkt als auch der internationale Handel folgten somit nicht den
730 neoklassischen Vorhersagen, sondern entwickelten sich krisenhaft und schädlich für die
731 Weltwirtschaft. Diese Krisen waren keine Unfälle, sondern systembedingt und trafen weltweit
732 vor allem die armen Länder und Schichten. Dieses gescheiterte Währungssystem muss durch
733 ein krisenfestes und gerechtes Währungssystem ersetzt werden.

734 Eine mögliche Option, um die Funktionsweise des internationalen Währungssystem auf eine
735 neue Grundlage zu stellen, ist für uns die Einführung eines „Bancor“, anknüpfend an Ideen von
736 Keynes und aufgegriffen sogar vom IWF im Jahr 2009. Der Welthandel würde dabei über die
737 Verrechnung einer Kunstwährung („Bancor“) betrieben. Die Staatengemeinschaft legt
738 Wechselkurse gegenüber dem Bancor sowie „natürliche“ Export- und Importüberschüsse
739 gemeinsam fest. Diese „natürlichen“ Überschüsse können z.B. anhand des Levels von Export-
740 und Importüberschüsse in den letzten 10 Jahren und in Relation zum BIP definiert werden. Im
741 Bancor-System führen Exportüberschüsse zu Bancor-Guthaben, Importüberschüsse zu
742 Defiziten. Überschreiten die Guthaben bzw. Defizite an den natürlichen Überschüssen
743 gemessene Grenzen, werden Strafzinsen fällig. Die Einnahmen fließen in die Aufgaben der
744 internationalen Gemeinschaft.

745

746 **Wohlstandmehrung und Nachhaltigkeit in Einklang bringen**

747

748 Als JungsozialistInnen stehen wir zu unserer Überzeugung, dass alles Wirtschaften im Dienste
749 des Menschen stehen muss. Statt der Maximierung von Profitraten und der Generierung von
750 Wirtschaftswachstum um jeden Preis muss deshalb die Erzeugung von Wohlstand Richtschnur
751 unseres ökonomischen Handelns sein. Um die mannigfaltigen menschlichen und
752 gesellschaftlichen Bedürfnisse zum Zweck der Ökonomie zu machen halten wir es für
753 unabdingbar, die Entscheidung über den Einsatz von Produktionsmitteln und Ressourcen unter
754 demokratische Kontrolle zu stellen. Auch unabhängig davon ist es notwendig, die synonyme
755 Verwendung von Wirtschaftswachstum und Wohlstandssteigerung zu durchbrechen und
756 politisches Handeln an einem breiten Set von Wohlstandsindikatoren statt am BIP-Wachstum zu
757 orientieren. Dazu sollen Wohlstandsindikatoren verwendet werden, welche in der Lage sind, die
758 aufgezeigten Wohlstandsdimensionen zu erfassen. Unser Ziel bleibt die gleiche Verteilung
759 gesellschaftlichen und individuellen Wohlstands, sowohl global als auch innerhalb von
760 Gesellschaften.

761

762 Eine Änderung unseres Wirtschaftens ist dringend notwendig. Naiv wäre es zu glauben, wir
763 könnten weiter machen wie bisher. Dies zeigen die bereits überschrittenen Grenzen der
764 Umweltbelastbarkeit unseres Planeten aufs deutlichste. Weiteres Wachstum kann es nur geben,
765 wenn es uns gelingt, Wachstum und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Dafür wollen wir die
766 politischen Rahmenbedingungen schaffen. Um die notwendige Reduktion des absoluten
767 Ressourcenverbrauchs zu realisieren, werden wir zudem Suffizienzmaßnahmen brauchen. Um
768 Wohlstand für Alle zu ermöglichen, ist die Umverteilung des vorhandenen Reichtums weit
769 wichtiger, als die Ausweitung von Produktionskapazitäten. Dennoch werden wir im globalen
770 Maßstab auch weiterhin materielles Wachstum brauchen, um aufholende Entwicklung zu
771 ermöglichen und den steigenden Bedürfnissen einer wachsenden Weltbevölkerung gerecht zu
772 werden. Simple Degrowth-Modelle, die ebenfalls quantitatives (Nicht-)Wachstum zum

773 Ausgangspunkt ihrer Überlegungen machen statt Bedürfnisbefriedigung und
774 Wohlstandsmehrung in den Fokus zu nehmen, sind daher für uns keine substanzielle Antwort
775 auf die globalen Fragen zu Wachstum, Wohlstand und Entwicklung. Kritischer Konsum kann
776 aus unserer Sicht einen Beitrag zur Lösung globaler Nachhaltigkeitsfragen leisten,
777 gesamtgesellschaftliche Antworten und staatliches Handeln sowie internationale
778 Vereinbarungen jedoch nicht ersetzen.

779

780 Aufgrund ihres aktuellen und vergangenen Ressourcenverbrauchs und Schadstoffausstoß
781 tragen die zumeist westlichen Industriestaaten die Hauptverantwortung für die Erreichung der
782 notwendigen globalen Nachhaltigkeitsziele. Die nachhaltigen Entwicklungsziele der UN und die
783 Ermöglichung aufholender Entwicklung dürfen deshalb nicht durch Maßnahmen zur Steigerung
784 von Nachhaltigkeit in Fragen gestellt werden. Die Einhaltung entwicklungspolitischer
785 Finanzausgaben und in einem zweiten Schritt der Erhöhung der Budgets für eine nachhaltige
786 Entwicklungspolitik auf Augenhöhe halten wir dazu für ebenso unabdingbar, wie
787 Technologietransfers zur ressourcenschonenden Entwicklung, einen Schuldenschnitt für
788 Entwicklungsländer und die beschriebenen Reformen des Weltwirtschafts- und Finanzsystems,
789 welche eine ausgeglichene globale Machtverteilung und mehr Stabilität gewährleisten
790 müssen.

791

792

793

794

795

796

797

798

799

800

801

802

803

804

805

806

807

808

809

810

811

812

813

814

815

816

817

818

819

820

821

822

823

824

825

826

827

828

829

830

831

832

833

Titel Fairhandel statt Freihandel – Für eine solidarische, gerechte und demokratische Handelspolitik

Antragsteller Projekt Zukunft Europas über den Juso Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

Fairhandel statt Freihandel – Für eine solidarische, gerechte und demokratische Handelspolitik

1 1. Die globalisierte Welt des Freihandels

2

3 Die Welt des 21. Jahrhunderts ist eine Welt der Globalisierung, eine Welt der internationalen
4 Verflechtung und, in Ansätzen, der transnationalen Vergesellschaftung. Dass dabei
5 Globalisierungsprozesse keine bloßen technisch-determinierten – und damit unpolitischen –
6 Fortschreitungen der Geschichte sind, bleibt Ausgangspunkt jedweder Analyse von
7 Globalisierung und kapitalistischer Weltwirtschaft. Alles andere wäre die Verschleierung der
8 Ideologie des transnationalen Kapitals und die Selbstgeißelung unter das Primat einer solchen
9 Ideologie. Im neoliberalen Globalisierungsprogramm und -diskurs nimmt indes das Konzept des
10 „Freihandels“ eine hegemoniale Stellung ein. Freihandel wird hierbei zu einer Doktrin, die
11 Globalisierungsprozesse fokussiert und somit zum Gestaltungsinstrument internationaler
12 Beziehungen wird.

13

14 1.1 Die Freihandelsdoktrin des 21. Jahrhunderts

15

16 Der Freihandel als Doktrin – verstanden als Lehre mit allgemeiner Gültigkeit – hat sich fest
17 eingeschrieben in den kapitalistischen Staaten der „westlichen Welt“. Die lange Geschichte des
18 Freihandelskonzepts und das Protegieren dieses durch die Regierungstätigkeiten entwickelt-
19 kapitalistischer Staaten führten in der Folge zu einer scheinbaren alternativlosen Losung für ein
20 größeres Handelsvolumen, für mehr Beschäftigung, höhere Unternehmensgewinne und somit
21 auch für eine Wohlstandssteigerung für alle durch die Ausweitung freien Handels. Dies ist der
22 allgemeine Lehrsatz von Freihandel, der auf Adam Smith zurückgeht und durch die Theorie des
23 komparativen Kostenvorteils von Ricardo erweitert wurde. Zielte die Freihandelsdoktrin in ihren
24 Anfängen insbesondere auf die Abschaffung der tarifären Handelsbeschränkungen, wandelt sie
25 sich in heutigen Zeiten zu einer Waffe im Kampf gegen Regulierungen der Wirtschaft durch
26 demokratische Politik. Sie beabsichtigt insofern den weiteren Steuerungsverlust des Staates
27 gegenüber wirtschaftlichen Entwicklungen, die in der Folge wiederum die Evidenz des Bildes
28 stützen, wonach Globalisierung ein technisch-fortschreitender Prozess sei, der losgelöst von
29 politischen Entscheidungen ist. Die Freihandelsdoktrin des 21. Jahrhunderts kämpft nicht mehr
30 gegen Zölle, sondern gegen demokratisch verfasste Steuerung durch die politische Form der
31 Gesellschaft – den Staat: Der Vorrang des Marktes, als besten und effizientesten Regulatoren,
32 trägt dabei die Überzeugung der FreihandelsbefürworterInnen.

33

34 Durch die Einbindung relevanter AkteurInnen außerhalb der transnationalen Kapitalfraktion über
35 die Zusicherung von mehr Wohlstand für alle, konnte die Freihandelsdoktrin eine hegemoniale
36 Stellung einnehmen. Zwar zeigt sich in den aktuellen Debatten über die Freihandelspolitik der
37 EU, dass die Hegemonie des Freihandelskonzepts zu bröckeln beginnt – so äußern u. a. die
38 Gewerkschaften zunehmend Kritik am Freihandelskurs –, ein solcher Wandel in der Mehrheit
39 innerhalb der politischen Institutionen bisher allerdings noch nicht vollzogen ist. Bei genauerer
40 Betrachtung mutet es zudem irritierend an, dass die Versprechung der Wohlfahrtssteigerung
41 durch Freihandel ein logischer Schluss sei. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass Freihandel
42 immer dann zu einem Ziel erhoben wurde, wenn es um die Öffnung neuer Räume für die
43 Kapitalakkumulation ging. Die „heimischen Märkte“ hingegen betraf dies nur randständig oder

44 im positiven Sinne. Die westlichen Industrieländer bildeten in einem Zeitalter des
45 Protektionismus im Inneren ihre wirtschaftliche Stärke aus, nicht unter den Bedingungen des
46 Freihandels. Freihandel wurde somit zu einem Zeitpunkt zu einem Konzept der Marktöffnung,
47 an dem die inländische Industrie die Konkurrenz des Weltmarktes nicht mehr scheuen brauchte.
48 Eine solche Liberalisierungsagenda trug dazu bei, dass asymmetrische Handelsströme und -
49 beziehungen entstanden, die sich bis heute fortsetzen.

50

51 Das Aufkotzen von Freihandel oblag dabei – nach dem Ende des Systemwettbewerbs –
52 der ins Leben gerufenen Welthandelsorganisation. Ihr wurde die Neuordnung der
53 Handelsbeziehungen – unter dem Primat des Freihandels – in das Stammbuch geschrieben.
54 Die WTO hatte die Aufgabe, die so genannten Länder des „Staatssozialismus“ in den 90er
55 Jahren in das System der kapitalistischen Weltwirtschaft zu integrieren und nebenbei auch die
56 Abhängigkeitsbeziehungen mit den zu entwickelnden Staaten der südlichen Welthälfte zu
57 reproduzieren. Gelang es der WTO am Anfang recht gut, die neoliberale Ideologie in Form der
58 Freihandelsdoktrin und ihrer Gehilfen des Regulationsrückbaus und der Schwächung
59 demokratischer Politik umzusetzen, ist die Strategie der Durchsetzung solcher Interessenslagen
60 über eine internationale Agentur mittlerweile als gescheitert erklärt. Die immer noch anhaltende
61 „Doha-Runde“, also die geplante nächste Stufe von Handelsliberalisierungen im Rahmen der
62 WTO, die 2001 begonnen hat und eigentlich 2005 abgeschlossen sein sollte, verdeutlicht, dass
63 der multilaterale Ansatz zur Durchsetzung der Freihandelsdoktrin vorerst gescheitert ist. Der
64 Widerstand, der sich gegen die WTO-Mechanismen artikuliert, erforderte eine neue Taktik der
65 Freihandels-IdeologInnen, mit denen wir uns heute in Form von bi- und plurilateralen
66 Verhandlungen über Freihandelsabkommen konfrontiert sehen. Hierbei spielt insbesondere die
67 Europäische Union eine herausragende Rolle.

68

69 **1.2 Die Europäische Union in der globalisierten Handelswelt**

70

71 Die Europäische Union ist in der globalisierten Welt selber zu einem Global Player geworden,
72 zu einer Anwältin und einem Zentrum der Freihandelsdoktrin. Dabei verortet sich die
73 Europäische Union, die mit dem Lissabon-Vertrag die alleinige Zuständigkeit für die
74 Gemeinsame Handelspolitik inne hat, in einer neoliberalen Ideologie, deren Handschrift u. a. die
75 Leitbilder von „Global Europe“ und „Europe 2020“ prägen. Demnach solle die Europäische
76 Union zum wettbewerbsfähigsten Raum der Welt werden, wie es in der Wachstumsstrategie
77 Europe 2020, der Nachfolgerin der Lissabon-Strategie, heißt. Hierdurch werden
78 innereuropäische Reform- und Restrukturierungsprozesse fokussiert, die mit tradierten
79 Errungenschaften der europäischen Wohlfahrtsstaaten brechen. Die im Inneren wirkenden
80 strategischen Neuausrichtungen werden nach außen durch flankierende Handelsstrategien
81 begleitet. Mit der Global Europe-Agenda von 2006 verabschiedete sich die EU dabei vom
82 multilateralen Liberalisierungsparadigma und fokussierte eine aktivistische Handelspolitik in
83 Form von bi- und plurilateralen Handelsabkommen. Der so vollzogene „Realismus“-Schwenk
84 umfasste dabei auch grundlegende Zielrichtungen bspw. im Bereich der
85 Entwicklungszusammenarbeit. So richtete sich der neue handelspolitische Ansatz der EU
86 insbesondere auch auf die Länder der kapitalistischen Peripherie. Eine Reihe von EPAs
87 (Economic Partnership Agreements) wurden mit AKP-Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik) verhandelt
88 und abgeschlossen – unter massiven Druck der Europäischen Union. Die
89 entwicklungspolitische Ausrichtung der EU wird in Form der EPAs dem handelspolitischen
90 Interessen untergeordnet. Ungerechte Asymmetrien in den Handelsbeziehungen werden durch
91 die EPAs somit nicht beseitigt, sondern reproduziert und verfestigt. Dabei sind die AKP-
92 Abkommen, in Teilen, inhaltliches Vorbild für die Freihandelsverhandlungen, die sich derzeit
93 zwischen den entwickeltsten Ländern abspielen, wenn wir u. a. an Investitionsschutzregeln
94 denken. Dabei ziehen EPAs, TTIP & CETA durchaus an einem Strang: Die Festschreibung der
95 Dominanz des transnationalen Kapitals in den nördlichen Industriezentren gegenüber der
96 Peripherie auf der einen, wie die Restrukturierung politischer Regulationsoptionen im Inneren
97 und im internationalen Maßstab auf der anderen Seite. Im Namen des Freihandels findet
98 entsprechend eine neoliberale Umstrukturierung gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse
99 innerhalb der Europäischen Union statt, denen massive Kritik entgegengehalten werden muss.

100

101 **2. Unsere Antwort ist Fairhandel statt Freihandel**

102

103 Für uns JungsozialistInnen ist nicht der Handel zwischen Volkswirtschaften und Gesellschaften
104 der Ausgangspunkt von Kritik, sondern die Ausrichtung des derzeitigen Handelsregimes an den

105 Prämissen einer scheinbar alternativlosen Freihandelsdoktrin im Zeichen des Neoliberalismus.
106 Einer pseudo-unpolitischen Lesart von Globalisierungsprozessen verweigern wir uns. Wir sind
107 davon überzeugt, dass eine andere Welt- und Handelsordnung möglich ist, die sich an anderen
108 als den derzeit dominanten Prämissen orientiert und politisch erkämpft werden kann. Für uns
109 gestaltet sich eine progressive Handelspolitik im Rahmen von Solidarität, Gerechtigkeit und
110 Demokratie! Wir stehen für ein Konzept des Fairhandels, nicht des Freihandels.

111

112 **2.1 Für eine solidarische Handelspolitik**

113

114 Der Freihandelsdoktrin stellen wir eine faire und solidarische Handelspolitik gegenüber, die
115 Gesellschaften und Volkswirtschaften dazu befähigen soll, gleichberechtigten und solidarischen
116 Handel auf Augenhöhe zu betreiben. Hierbei liegt ein besonderer Fokus auf dem Verhältnis
117 zwischen Nord und Süd, entwickelten und der weniger entwickelten Ländern, zumal heute
118 immer noch annähernd 80% des gesamten Handelsvolumens innerhalb des Dreiecks Europa,
119 Nordamerika und der Asien-Pazifik-Region generiert wird.

120

121 Fairhandel hat für uns auch eine außen- und entwicklungspolitische Dimension. Daher müssen
122 wir die Handelsmechanismen grundsätzlich ändern, weg von einer kapitalistisch-
123 wirtschaftsorientierten Denkweise. Handel verstehen wir als Teil der
124 Entwicklungszusammenarbeit, als einen Transfer von demokratischen Strukturen. Dabei sind
125 Menschenrechte vor Unternehmensinteressen zu verorten. Diese kulturell-politische Dimension
126 von Handel ist zu stärken. Für einen fairen handelspolitischen Umgang mit den Ländern des
127 globalen Südens, beispielsweise der AKP-Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik), müssen wir bspw. die
128 von der Europäischen Union verhandelten Economic Partnership Agreements (EPAs) auf den
129 Prüfstand stellen. Bei allen zukünftigen handelspolitischen Initiativen müssen zudem die von
130 den Vereinten Nationen verabschiedeten Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable
131 Development Goals, SDGs) Berücksichtigung finden. Sie bilden die Grundlage, um die
132 Asymmetrien im internationalen Handel nachhaltig zu überwinden.

133

134 Wir forcieren den Abbau des asymmetrischen Handelsregimes und besonders die damit
135 verbundene Nord-Süd-Problematik. Wir wollen weg von einem Wettbewerb der Regionen,
136 stattdessen streben wir eine solidarische Verteilung des Wohlstandes an. Wir müssen ungleiche
137 Bedingungen abbauen, die das asymmetrische Handelsregime weiter bedingen. So sind
138 beispielsweise Subventionen oder Schutzzölle in der europäischen Landwirtschaft zu nennen.
139 Andererseits müssen weniger entwickelte Länder die Möglichkeit bekommen, durch Zollschutz
140 von neuen Industrien oder Industriezweigen der Spezialisierungsfalle zu entkommen. Der
141 Abbau der Asymmetrien bedeutet auch, dass Handel ausbeutungsfrei geschieht und soziale
142 Belange von ArbeitnehmerInnen nicht nur im eigenen Land eine Rolle bei der Verhandlung von
143 ökonomischen Partnerschaften spielen müssen. Auch ökologische Belange müssen in diese
144 Gleichung mit aufgenommen werden und nachhaltige Konzepte in ökologischer und
145 ökonomischer Hinsicht entwickelt werden. Auch hier können die SDGs herangezogen werden.

146

147 In Bezug auf ArbeitnehmerInnenrechte und ökologischen Fragen muss zudem das Thema
148 „Fairtrade“ kritisch hinterfragt werden. Die Verbraucherzentrale Hamburg hatte bspw. 2013 32
149 fair gehandelte Produkte getestet – und die Hälfte der Marken durchfallen lassen
150 beziehungsweise als "intransparent" bewertet. Fairhandel ist deshalb nicht gleichzusetzen mit
151 dem Konzept und dem Label „Fairtrade“. Bei unserem ganzheitlichen Fairhandelskonzept geht
152 es um mehr, als um eine bloße Etikettierung von Waren und dem Erkaufen eines „reinen
153 Gewissens“ durch „Fairtrade“-Produkten („Fair-Washing“).

154

155 Diese solidarische Handelspolitik soll endlich zu einer Arbeit auf Augenhöhe zwischen den
156 Ländern und zu einer wahren win-win-Situation für alle PartnerInnen führen.

157

158 **2.2 Für eine gerechte Handelspolitik**

159

160 Die bisherige Handelspolitik reproduziert nicht nur zwischenstaatliche Ungleichheit sondern
161 ebenfalls gesellschaftliche Ungleichheiten im Inneren der HandelspartnerInnen. Eine gerechte
162 Handelspolitik muss solche gesellschaftlichen Auswirkungen berücksichtigen und der
163 Reproduktion von Ungleichheit entgegenwirken. Es bedarf eines umfassenden
164 Handelskonzeptes, das sowohl ökologische als auch entwicklungspolitische Standards
165 festschreibt und klare Ziele formuliert. Denn eine faire und gerechte Handelspolitik, die ihren

166 Namen verdient, muss in der Lage sein die Situation einzelner gesellschaftlicher Gruppen
167 mitzudenken. Dafür müssen folgende Ansätze Kern eines handels- und entwicklungspolitischen
168 Gesamtkonzeptes darstellen:

169

170 a) Sozialverträgliche Handelspolitik

171

172 Eine gerechte Handelspolitik muss die Rechte der arbeitnehmenden Bevölkerung schützen und
173 ausbauen. Dabei müssen die Kernarbeitsnormen der ILO (International Labour Organization)
174 die Mindestgrundlage für internationale Zusammenarbeit darstellen. Die Handelspolitik kann an
175 dieser Stelle dazu genutzt werden, breite Mitbestimmungsrechte der ArbeitnehmerInnen sowohl
176 in andere industrialisierte Staaten als auch in die kapitalistische Peripherie zu verbreiten.

177

178 Aufgrund der internationalen Freihandelsdoktrin ist die innerstaatliche Spezialisierung und
179 Liberalisierung in vielen Teilen der Welt befördert worden. Diese Entwicklungen führten
180 zunehmend zu sozialpolitischen Einschränkungen, wie der Privatisierung von öffentlicher
181 Infrastruktur und der Einschränkung beziehungsweise der Aushebelung von
182 ArbeitnehmerInnenrechten. Diese Entwicklung trifft dabei insbesondere diejenigen, die bereits in
183 Armut leben oder von dieser akut bedroht sind. Das Profitmaximierungsvorhaben der globalen
184 Weltwirtschaft darf nicht länger auf dem Rücken dieser Bevölkerungsgruppen ausgetragen
185 werden. Vielmehr sind Anreizmodelle (z. B. in Form von Einfuhrerleichterungen) zu
186 implementieren, um internationale ArbeitnehmerInnenstandards zu verwirklichen. Dabei gilt es
187 zu fragen, an welchen Stellen ein freier Warenaustausch bedeutsamen Wirtschaftszweigen
188 innerhalb eines Landes schadet und welche Möglichkeiten es gibt, notwendige
189 Transformationsprozesse sozialverträglich zu gestalten. Solche Fragen müssen im Rahmen
190 einer auf sozialpolitische Aspekte fokussierten Zusammenarbeit zwischen den Handel
191 treibenden Ländern erörtert werden, denn der entwicklungspolitische Aspekt muss innerhalb
192 dieses Konzepts zentraler Bestandteil fairer Handelspolitik sein.

193 Darüber hinaus müssen Güter wie Wasser, Strom, Telekom, Personennah- und Fernverkehr,
194 Gesundheitsleistungen etc. für alle Menschen erschwinglich und zuverlässig bereitgestellt
195 werden. Dies muss regional von der öffentlichen Hand im Rahmen einer umfassenden
196 öffentlichen Daseinsvorsorge gewährleistet werden. Deshalb sehen wir es als nicht sinnvoll an,
197 diese Güter per globaler Ausschreibung an den/die günstigste/n private/n AnbieterIn zu
198 vergeben. Gerechter Handel muss diese Grundannahme akzeptieren und die öffentliche
199 Daseinsvorsorge mindestens unangetastet lassen. Das Ziel sollte aber auch hier die Einführung
200 positiver Standards sein.

201

202 b) Feministische Handelspolitik

203

204 Es bedarf endlich einer Handels- und Entwicklungspolitik, die Aspekte der
205 Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt. Die handelspolitischen Programme müssen ihre
206 Ignoranz gegenüber Gender Aspekten überwinden und diese zum zentralen Prüfstein aller
207 Entscheidungen machen.

208

209 Der neoliberale Kurs der vergangenen Jahre hat aufgrund von Spezialisierungsprozessen
210 Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeitssituationen befördert. Dabei sind Frauen im besonderen
211 Maße von diesem Entwicklungstrend betroffen. Obwohl Frauen einen Großteil der weltweiten
212 Arbeit, in erster Linie in der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion verrichten, sind
213 Armutsverhältnisse bei ihnen weltweit sehr viel verbreiteter als bei Männern. Um dieser
214 Situation entgegenzuwirken muss die Gleichstellung der Geschlechter zentraler Bestandteil der
215 handelspolitischen Ziele werden.

216

217 Darüber hinaus sind Privatisierungen ein wichtiger Bestandteil der bisherigen Handelspolitik.
218 Die Liberalisierungs-Agenda, getrieben durch die WTO, offerierte der internationalen Wirtschaft
219 neue Absatzmärkte. Um eine faire und gleichstellungspolitische Handels- und
220 Entwicklungspolitik zu gestalten, ist es essenziell die Privatisierung öffentlicher Infrastruktur,
221 insbesondere in den Entwicklungsländern, nicht zu befördern. Insbesondere bei der
222 Privatisierung medizinischer Versorgung wären vor allem Frauen wesentlich betroffen.

223

224 c) Ökologisch-nachhaltige Handelspolitik

225

226 Zu lange haben die weltweiten Handelsbeziehungen internationale Nachhaltigkeits- und

227 Umweltziele konterkariert. Der zunehmende Welthandel führte zu erheblichen Mehrbelastungen
228 von Umwelt und Klima. Bereits 1992 wurde auf der Klimakonferenz in Rio de Janeiro
229 ökologische Nachhaltigkeit als eine der bedeutsamsten Zukunftsaufgaben formuliert und
230 konkrete Ziele benannt. Die Geschichte nahm aber bekanntlich einen anderen Verlauf. Noch
231 heute finden Nachhaltigkeitsaspekte auf dem globalen Markt kaum Beachtung. Bereits jetzt
232 sieht man erste Auswirkungen verfehlter Politik. Insbesondere die weniger industriell
233 entwickelten Länder leiden unter den Folgen einer weltweiten Ignoranz. Wetterextreme wie
234 Dürren bedrohen das Leben tausender Menschen.

235

236 Handel kann nur als fair gelten, wenn er die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt
237 berücksichtigt. Wir wollen, dass eine ökologisch-nachhaltige Vorgehensweise Leitlinie
238 internationaler Politik wird. Nachhaltigkeits-, Umwelt- und Klimaziele dürfen einem neoliberalen
239 Handelsparadigma nicht zum Opfer fallen. Dafür müssen konkretere Maßstäbe formuliert und
240 konsequent umgesetzt werden. Handelsvereinbarungen müssen auf ihre möglichen
241 Auswirkungen auf Mensch und Umwelt überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Nur
242 eine solche Politik kann sicherstellen, dass auch zukünftiger fairer Handel gesichert werden
243 kann.

244

245 d) Friedensorientierte Handelspolitik

246

247 Indem wechselseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten von Staaten geschaffen werden, dient
248 sozialistische Handelspolitik als Instrument dauerhafter Friedenssicherung. Wir wollen
249 stattdessen eine Handelspolitik, die nicht kriegerische Konflikte zur Befriedigung von
250 Handelsinteressen in Kauf nimmt, sondern die Schaffung und Sicherung von Frieden als
251 explizite Zielgröße aufnimmt, die Konkurrenzinteressen überzuordnen ist.

252

253 **2.3 Für eine demokratische Handelspolitik**

254

255 Ausgangspunkt für eine demokratische Handelspolitik ist eine demokratische
256 Handelsarchitektur. Der Ansatz des Multilateralismus muss dabei im Zentrum einer solchen
257 Architektur stehen, denn nur wenn möglichst viele an der Gestaltung von Handelspolitik beteiligt
258 sind, kann den Grundsätzen der Solidarität, Gerechtigkeit und Demokratie ausreichend
259 Rechnung getragen werden. Zur Koordination und Demokratisierung der Handelspolitik bedarf
260 es einer internationalen Agentur für Handelsfragen, die anders als die WTO von den bisherigen
261 Prämissen der fortschreitenden Liberalisierungs- und Freihandelsagenda befreit werden muss.
262 Eine solche Handelsagentur sollte den Vereinten Nationen angegliedert sein, um dem
263 demokratischen Anspruch in Ansätzen gerecht zu werden. Schon nach dem Zweiten Weltkrieg
264 sollte im Rahmen der UN eine eigenständige Organisation zur Regelung des globalen Handels
265 geschaffen werden. Die fertig entworfene International Trade Organisation ITO hätte klassische
266 UN-Ziele wie Entwicklung und Menschenrechte verfolgen und sogar Rohstoffpreise festlegen
267 dürfen. Gründe genug für ein Veto der USA: aus der ITO wurde nichts. Erst 1964 entstand auf
268 Drängen der armen Länder ein Teilersatz: Die UNCTAD (United Nations Conference on Trade
269 and Development) wurde als ständiges Organ der Generalversammlung der UN eingerichtet,
270 um den Süden besser gegen den übermächtigen Norden auf dem globalen Politikparkett zu
271 positionieren. Aber der Norden schloß nicht: Getrieben von Konzerninteressen setzten vor allem
272 die USA und die EU die Gründung einer Handelsorganisation außerhalb der UN durch, die sich
273 ausschließlich dem Ziel des Freihandels widmet, die WTO. Die UNCTAD gilt als Forum des
274 Südens, die WTO als Rammbock des Nordens, Erstere verfolgt einen umfassenden
275 Entwicklungsansatz, Letztere schwört auf Freihandel pur. Die UNCTAD muss die WTO ablösen,
276 zu einer vollwertigen UN-Organisation aufsteigen und gegenüber Weltbank, Währungsfonds
277 und den nationalen Regierungen aufgewertet werden. Eine gestärkte und erneuerte UNCTAD
278 könnte so Menschheitsziele wie Armutsbinderung, nachhaltige Entwicklung, Verwirklichung der
279 Menschenrechte und kulturelle Vielfalt in einem integrierten Ansatz verfolgen und globalen
280 Handel und Investitionen nur als Instrumente zur Erreichung dieser übergeordneten Ziele
281 nützen – anstatt sie zum Selbstzweck zu überhöhen wie die WTO. Wir sind uns bewusst, dass
282 Demokratie auf internationaler Ebene derzeit fast ausschließlich in Form intergouvernementaler
283 Zusammenarbeit gestaltet ist, auch in der UN. Langfristig sind die Vereinten Nationen und die
284 ihr angeschlossenen Agenturen, Institutionen und Foren allerdings einer weiteren
285 Demokratisierung zu unterziehen. Hierunter verstehen wir, dass nicht nur
286 RegierungsvertreterInnen in den Aushandlungsprozessen eingebunden sind, sondern auch die
287 ParlamentarierInnen aus den Mitgliedsländern einen größeren Einfluss auf die Arenen und die

288 Verhandlungsprozesse internationaler Politikgestaltung nehmen müssen.
289
290 Wie bereits angedeutet, muss eine neue Handelsagentur von dem neoliberalen Ballast befreit
291 werden, der die WTO durchdringt. In der derzeitigen Handelsarchitektur sind keine Alternativen
292 zur Freihandelsdoktrin und dem Liberalisierungsparadigma denkbar, da diese fest
293 eingeschrieben sind in die Statuen der Welthandelsorganisation und ihren politischen Leitlinien
294 und Mechanismen. Wollen wir ein demokratisches Handelsregime aufbauen, braucht es hierfür
295 ein Forum, bei dem keine inhaltlichen Vorfestlegungen die Diskussion über Handelspolitik
296 determinieren. Hierbei ist uns wichtig, dass Fairhandel, anders als Freihandel, auch heißt, dass
297 das Primat der Wirtschaft gebrochen wird und die internationalen Handelsbeziehungen wieder
298 stärker unter politischen Prämissen diskutiert werden. Handel hat dabei eine höchst politische
299 Funktion, trägt er doch dazu bei, dass Abhängigkeiten und kapitalistische Akkumulationsregime
300 reproduziert werden. Wie bereits in den vorangestellten Abschnitten aufgezeigt, sind dem
301 Handel immer auch Fragen der Solidarität und Gerechtigkeit impliziert, die es zu diskutieren gilt
302 und auf die politische Antworten gegeben werden müssen. Dies möchten wir an zwei Beispielen
303 deutlich machen: Zum einen ist die Integration von zu entwickelnden Staaten des globalen
304 Südens in die Strukturen der internationalen Zusammenarbeit nicht über ein reines
305 Liberalisierungsprogramm möglich, will man entwicklungspolitische Ziele nicht vollkommen
306 außer Acht lassen. In den einleitenden Analysen haben wir hierauf bereits hingewiesen. Die
307 Europäische Union fokussiert einen solchen kombinierten entwicklungs- und handelspolitischen
308 Ansatz, der sich allerdings an reinen wirtschaftlichen Interessenlagen orientiert und damit die
309 entwicklungspolitischen den handelspolitischen Zielen unterordnet. Dies gilt es zu ändern. Ein
310 anderes Beispiel sind Streitbeilegungs- bzw. Schlichtungsverfahren im Zusammenhang mit
311 Investitionsschutzregeln. Sie werden dazu genutzt, um den Vorrang von Kapitalinteressen vor
312 das Gemeinwohl zu manifestieren und höhlen somit Errungenschaften der Rechtsstaatlichkeit
313 auf innerstaatlicher Ebene aus. In einer demokratischen Handelsarchitektur braucht es zwar
314 eine an rechtsstaatlichen Standards strukturierte Instanz, die demokratisch legitimiert ist und in
315 der über Streitigkeiten in Handelsfragen entschieden werden kann, deren
316 Entscheidungskriterien allerdings nicht einseitig privilegieren dürfen. Für die
317 FreihandelsideologInnen stellt die Schaffung von weitreichenden
318 Investitionsschutzvereinbarungen eine exklusive Möglichkeit dar, das unternehmerische Risiko
319 so weit wie möglich zu minimieren und somit Renditeansprüche zu verbriefen. Mit einer solchen
320 Strategie wird sogar mit Prinzipien der Marktwirtschaft gebrochen. Der kapitalistische
321 Akkumulationsprozess wird so auf eine neue Stufe erhoben. Staaten werden dazu verpflichtet,
322 Interessenlagen des transnationalen Kapitals in ihren politischen Entscheidungen zu
323 berücksichtigen, um nicht verklagt zu werden. Mit Engels gesprochen, nimmt so der
324 kapitalistische Staat noch stärker die Form eines ideellen Gesamtkapitalisten ein, mit der Folge,
325 dass hierdurch die innergesellschaftlichen Kräfteverhältnisse weiter in Richtung der
326 KapitaleignerInnen verschoben werden.
327
328 Demokratische Handelspolitik bedeutet zudem eine Abkehr vom Ansatz der negativen und
329 flachen Methode der Integration in den Weltmarkt. Wir halten einen solchen neoliberalen Ansatz
330 für höchst undemokratisch. Ein Handelsregime, welches sich einer demokratischen Steuerung
331 unterzieht, bedarf explizit auch regulatorischer und damit positiver Integrationsansätze. Dies ist
332 die Konsequenz aus der Forderung nach der stärkeren Thematisierung der politischen Aspekte
333 internationalen Handels. Stellt man die Vorstellung in den Mittelpunkt, dass
334 Handelsbeziehungen zu einer zunehmenden transnationalen Vergesellschaftung führen – also
335 zu einem Zusammenwachsen der verschiedenen Regionen der Erde unter dem Leitbild der
336 Weltgemeinschaft – befeuert der reine Marktansatz, also die Ideologie des Überlebens des
337 Stärkeren, das genaue Gegenteil. Einem ungezügelter Weltmarkt ist in diesem Sinne unser
338 Leitbild einer politisch und demokratisch gestalteten Globalisierung entgegen zu halten, unter
339 der wir auch unsere Vorstellungen des Fairhandels fassen.

340

341 **3. Europa als Vorbild – eine neue Handelspolitik für die Europäische Union**

342

343 Wir wollen mit dem wirtschaftlichen Primat in der Handelspolitik brechen. Für uns gestaltet sich
344 eine progressive Handelspolitik im Rahmen von Solidarität, Gerechtigkeit und Demokratie.
345 Fairhandel heißt für uns deshalb, dass ein internationales Handelsregime nur dann legitim sein
346 kann, wenn es sich an demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen orientiert. Der
347 bisherige handelspolitische Diskurs ist durch eine rein technisch-undemokratische
348 Fortschreitungslogik strukturiert. Mit unseren Ausführungen wollen wir deutlich machen, dass

349 dies mitnichten angebracht ist. Es braucht die Rückführung politischer Fragestellungen in die
350 Arenen der internationalen Politikgestaltung, will man mit der neoliberalen Logik brechen. Hier
351 kann die Europäische Union vorangehen und zu einem Vorbild werden. Wir wollen, dass sich
352 die Handelspolitik der EU an Prämissen des Fairhandels orientiert und sich somit aus den
353 Fängen des neoliberalen Globalisierungsprogrammes löst. Hierzu fordern wir,

354

355 · dass unsere Idee von Fairhandel mit seinen starken außen- und entwicklungspolitischen
356 Komponenten Auswirkungen auf die Struktur und Inhalte bestehender Handelsabkommen der
357 Europäischen Union haben muss. So müssen bestehende Handelsabkommen überdacht
358 werden und in eine neue internationale handelspolitische Struktur überführt werden. Bei
359 jeglicher entwicklungspolitischer Initiative soll nicht die Generaldirektion TRADE die
360 Verhandlungen der EU-Kommission führen, sondern die Generaldirektion für Entwicklungspolitik
361 (DEVCO). Hierbei haben die SDGs Vorrang vor reinen wirtschaftspolitischen Erwägungen.
362 Hierdurch soll das asymmetrische Handelsregime eingedämmt werden. Die bisherigen EPAs
363 werden den Grundsätzen von Fairhandel nicht gerecht. Gerade im Bereich der europäischen
364 Agrarpolitik hätte die Europäische Union die Möglichkeit, entwicklungs- und handelspolitisch
365 neue Weichen zu stellen. Beispielsweise könnte durch Ausfuhrbeschränkungen von hoch-
366 subventionierten Agrarprodukten oder im besten Falle die Streichung solcher Subventionen ein
367 Beitrag zur Stärkung der Unabhängigkeit des Agrarsektors im globalen Süden geleistet werden.

368

369 · dass die Europäische Union sich für eine wertgebundene Handelspolitik auf
370 internationaler Ebene einsetzt. Menschenrechte, ArbeitnehmerInnenrechte, gender- und
371 umweltpolitische Aspekte müssen dabei die Leitlinien europäischen Handels sein. Die EU muss
372 hierzu die Menschen- und ArbeitnehmerInnenrechte nach Außen sowie nach Innen konsequent
373 vertreten. Konkret sollten diese Rechte als Voraussetzung für das Aufnehmen von
374 Handelsbeziehungen verstanden werden. Alternativ können auch im ersten Schritt zunächst
375 Anreizmodelle für kooperative HandelspartnerInnen entwickelt werden. Handelsvereinbarungen
376 sollten gemeinsam evaluiert und auf soziale und ökologische Auswirkungen überprüft werden.
377 Die Kernarbeitsnormen der ILO müssen eingefordert und die Privatisierung öffentlicher
378 Infrastruktur prinzipiell ausgeschlossen werden. An dieser Stelle ist eine enge Zusammenarbeit
379 und Beratung mit unterschiedlichen SozialpartnerInnen und Organisationen sinnvoll. Darüber
380 hinaus müssen die Auswirkungen auf gleichstellungspolitische Aspekte eine nachdrücklichere
381 Berücksichtigung finden. Durch die Einrichtung von verantwortlichen Foren soll Gender-
382 Mainstreaming konsequent verfolgt werden. Weiterhin müssen bindende Umwelt- und
383 Nachhaltigkeitskonzepte entwickelt und international verbreitet werden.

384

385 · dass die Europäische Union ihre Grundsatzdokumente zur Wirtschafts- und
386 Handelspolitik überarbeitet. Die Konzeptualisierung europäischer Handelspolitik im Rahmen der
387 Europe 2020- und der Globale Europe-Strategie widersprechen den Grundüberlegungen eines
388 solidarischen, gerechten und demokratischen Fairhandels. Die neoliberale Durchdringung der
389 geltenden europäischen Strategien führt in der Folge dazu, dass die Europäische Union zu
390 einer maßgeblichen Akteurin und Anwältin der Freihandelsdoktrin und des
391 Liberalisierungsparadigmas wurde. Auch die Fokussierung auf bi- und plurilaterale
392 Handelsabkommen führt zur weiteren Verschärfung von globaler Ungleichheit. Die Europäische
393 Union muss ihre Handelspolitik unter den Prämissen eines demokratischen Handelsregimes
394 neu definieren und zu einer Anwältin eines anderen Ansatzes in der internationalen
395 Handelspolitik werden. Die Europäische Union kann einen solchen Ansatz glaubwürdig
396 vertreten, da ihre eigene Geschichte nicht nur durch negative Integration geprägt ist, sondern
397 sich im europäischen Integrationsprozess eine Reihe von Regulationsinstanzen ausbilden
398 konnten, die einen Vorbildcharakter auch für Vergesellschaftungen im globalen Maßstab haben
399 können, auch wenn durch die strategischen Ansätze der letzten Jahre/Jahrzehnte die
400 innereuropäische Integrationsweise eine neoliberale Restrukturierung erfahren hat. Ein
401 Umdenken in den Außenhandelsbeziehungen muss entsprechend folgerichtig auch mit einem
402 Umdenken in den Innenbeziehungen innerhalb der EU und dem innereuropäischen
403 Regulationsansatz einhergehen. Das wirtschaftliche Gewicht der Europäischen Union ist in
404 einem solchen Sinne für eine progressive Handelspolitik fruchtbar zu machen. Es wäre daher
405 ebenso folgerichtig, dass die Europäische Union den multilateralen Politikansatzes wieder
406 präferiert. Die Verhandlungen im Rahmen von TTIP und CETA sollen – insbesondere unter den
407 gegebenen Verhandlungsmandaten - nicht weiter verfolgt werden.

408

409 Die Europäische Union hat die Möglichkeit, einen anderen handelspolitischen Ansatz in den

410 internationalen politischen Diskurs einzubringen und eine Alternative zur neoliberalen
411 Freihandelsdoktrin zu etablieren. Für ein solches Umdenken kämpfen wir als
412 JungsozialistInnen, zumal trotz der multiplen Krisenerscheinungen des globalen Kapitalismus
413 die neoliberale Restrukturierungsmaschinerie unaufhörlich weiter voranschreitet – zwar mit
414 weniger Rückhalt, dafür aber umso bestimmter. Die Euro-Krise hat dies noch einmal
415 eindrucksvoll unterstrichen. Gerade im Bereich der Handelspolitik führte diese zu einem noch
416 aggressiveren Schwenk auf eine aktionistische Freihandelspolitik im Zeichen des
417 Neoliberalismus. Wir müssen diese diskursive Formation durchbrechen, indem wir für
418 Alternativen kämpfen.

419

420

421

422

423

424

425

426

427

428

429

430

431

432

433

434

435

436

437

438

439

440

441

442

443

444

445

446

447

448

449

450

451

452

453

454

455

456

457

458

459

460

461

462

463

464

465

466

467

Titel Moderne Wirtschaftspolitik in der Fläche
zwischen Stadt und Land

Antragsteller Weser-Ems

Zur Weiterleitung an

Moderne Wirtschaftspolitik in der Fläche zwischen Stadt und Land

1 **Moderne Wirtschaftspolitik in der Fläche zwischen Stadt und Land**

2

3 Moderne Wirtschaftspolitik sieht sich immer mehr mit den Herausforderungen sehr
4 unterschiedlicher Strukturbedingungen konfrontiert und muss daher neue Antworten auf
5 wirtschaftspolitische Fragen geben.

6

7 Wirtschaftspolitik stellt die Grundlage für die Existenz unseres Sozialstaates her, denn sie sorgt
8 für Beschäftigung und damit für finanzielle Freiheit und Sicherheit. An den Stellen, an denen
9 sich einseitige Verteilung zeigt, muss der Sozialstaat eingreifen und für eine gerechnete
10 Verteilung innerhalb der Gesellschaft sorgen. Nur so lässt sich dauerhaft der größtmögliche
11 Wohlstand für alle sichern und der Sozialstaat kann seine wirtschaftspolitisch relevanten
12 Aufgaben erfüllen.

13

14 Ohne ein flächendeckendes Bildungssystem, das weniger selektiv, sondern mehr am
15 Gemeinwohl orientiert ist, wird es nicht ausreichend Nachwuchs für eine hochspezialisierte
16 Industrie geben. Ländliche Regionen, die unter Bevölkerungsrückgang leiden, sind hier
17 besonders betroffen. Durch die Förderung von Eliteeinrichtungen und großen Universitäten
18 werden Mittel für kleinere Hochschulen knapper, was unmittelbar sozial benachteiligte
19 Studierende trifft, die zu großer Mobilität oft nicht in der Lage sind.

20

21 Der zu erwartende Produktivitätszuwachs durch die weitere Automatisierung des
22 produzierenden Gewerbes wird den Umbau zu einer Dienstleistungsgesellschaft erneut
23 entfachen, sodass mit einer zweiten Welle des Rückgangs von Industriebetrieben gerechnet
24 werden muss. Auch hier sind ländliche Regionen, in denen solche Betriebe oftmals der größte
25 Arbeitgeber sind, besonders hart betroffen. Nur wenn es gelingt Unternehmen entweder zu
26 halten oder eine entsprechende Anzahl kleiner Unternehmen vor Ort neu anzusiedeln, kann
27 diese Entwicklung entschärft werden. Daher sind gezielte Entwicklungskonzepte seitens des
28 Landes für solche Regionen zu erstellen, die auch die negativen Effekte lokal einseitiger
29 Förderung offenlegen.

30

31 Einzig und ein allein mit den entsprechenden Gewerbesteuererinnahmen lassen sich die
32 notwendigen Investitionen nicht realisieren. Zudem werden bei der Übertragung immer
33 größerer Haushaltsposten von Landesebene und Bundesebene zur kommunalen Ebene diese
34 negativen Aspekte verstärkt. Die notwendigen Investitionen in Infrastruktur sind daher auch
35 unterstützend über Entwicklungsprogramme abzusichern, sodass gute Standortbedingungen
36 nicht nur noch in den Ballungsräumen zu finden sind bzw. an den wenigen Großunternehmen
37 vor Ort hängen. Regionen mit hohen Gewerbesteuererinnahmen zahlen einen Teil dieser in
38 einen Solidaritätstopf ein, sofern sie diese Gelder nicht zur gezielten Förderung ihres Umlandes
39 einsetzen. Diese Einnahmen bilden die Grundlage für Förderprogramme, auf die sich innovative
40 Gemeinden, die eine bestimmte Volumengrenze nicht überschreiten, bewerben können.

41

42 All diese Maßnahmen stehen nicht im Gegensatz zu einer Förderung der Großstädte und
43 Ballungsräume sondern sind auch als eine solche zu verstehen. Die städtische Entwicklung

44 profitiert von einer besseren Entwicklung des Umlandes im Handel, den Dienstleistungen und
45 der Gastronomie. Intensiv genutzte kommunale Einrichtungen werden entlastet, was den
46 unmittelbaren Finanzierungsaufwand für die Kommunen bzw. deren Träger verringert und die
47 Versorgungsbedingungen stabilisiert.

48

49 Hierfür müssen Einwohnergrenzen gesenkt werden, für die kommunale Einrichtungen erhalten
50 werden. Nur so kann eine angemessene Versorgung zu einem bezahlbaren Preis gesichert
51 werden, wenn die Verarmung ganzer Landstriche abgewendet werden soll. In Zeiten, in denen
52 Investitionen nur noch mit erheblicher Subventionierung in wirtschaftlich schwächeren Regionen
53 gehalten werden können, setzen wir verstärkt auf genossenschaftliche Strukturen, um
54 notwendiges Kapital zu generieren.

55

56 Dies stellt zudem eine bedarfsgerechte Verwendung der Gelder sicher, weil in demokratischen
57 Strukturen auch die gesellschaftlichen Gruppen Mitspracherecht bekommen, die sonst von
58 Kapitalinteressen benachteiligt werden. Die Gründung solcher Genossenschaften sollte von
59 neu zu schaffenden regionalen Beratungsstellen unterstützt werden. Weitere Aufgabe dieser
60 Stelle kann die gezielte Förderung des selbstständigen Handwerks sein, das eine wichtige
61 Säule der ländlichen Wirtschaft stellt.

62

63 Gut gebildete Fachkräfte bleiben nur unter attraktiven Lebensbedingungen in der Region. Wir
64 stellen uns daher klar gegen spekulative Immobiliengeschäfte und wollen mit der Förderung von
65 preisgünstigem Wohnraum bereits früh den Verbleib gut ausgebildeter junger Menschen
66 sichern.

67

68 Nicht zuletzt müssen wir die Umwelt und die natürlichen Ressourcen als wichtigen
69 Wirtschaftsfaktor ernst nehmen. Durch neue Steuerungsinstrumente bei der Planung und
70 Genehmigung von Ausgleichsflächen können Freizeiträume neu geschaffen, bzw. ausgebaut
71 und erhalten werden. Tourismus und Landwirtschaft können, statt mit gegensätzlicher
72 Zielsetzung, in einem schlüssigen Konzept gemeinsam gedacht, die wirtschaftliche
73 Leistungsfähigkeit auch schwacher Regionen verbessern und sichern.

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

101

102

103

104

Titel Nationalismus ist keine Alternative!

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

Nationalismus ist keine Alternative!

1
2 Während der Juso Bundeskongress in Bremen tagt, findet am 28. und 29. November 2015 in
3 Hannover der Bundesparteitag der selbsternannten Alternative für Deutschland statt.
4
5
6 Die AfD fällt seit ihrer Gründung 2013 durch nationalistische, chauvinistische und xenophobe
7 Äußerungen auf und steht in enger Beziehung zur islamophoben PEGIDA und deren Ablegern.
8 Jene Partei, deren Politik nach dem Absetzen des wirtschaftsliberalen Flügels nur noch von
9 hetzenden RechtspopulistInnen gestaltet wird, hält an diesem Wochenende ihren
10 Bundesparteitag in der niedersächsischen Landeshauptstadt ab.
11
12
13 Im Fokus des Parteitags sollen unter anderem Themen für das Wahlkampfjahr 2016 stehen. Für
14 die Landtagswahlen in Baden- Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen- Anhalt und
15 Mecklenburg- Vorpommern sowie für die Wahl des Abgeordnetenhauses in Berlin und die
16 Kommunalwahlen in Hessen und Niedersachsen sind rechtspopulistische Wahlprogramme zu
17 erwarten, die angesichts der aktuellen Fluchtproblematik wohl Ressentiments gegen
18 Geflüchtete schüren und eine unmenschliche und vorurteilsbelastete Asyl- und
19 Einwanderungspolitik fordern werden.
20
21
22 Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten sehen in der AfD eine Partei, die diffuse Ängste der
23 Bürgerinnen und Bürger aufgreift und diese nutzt, um ihre chauvinistischen und
24 ausländerInnenfeindlichen Ansichten in der Gesellschaft zu verbreiten. Für uns ist klar, die AfD
25 ist eine Partei, die zu unseren Werten der Toleranz und der kulturellen Vielfalt im absoluten
26 Gegensatz steht. Daher unterstützen wir das Bündnis „Es reicht! Nationalismus ist keine
27 Alternative. Bunt statt braun“, zu welchem sich die Hannoveraner Gesellschaft formiert hat. Das
28 Bündnis wird getragen von vielen hannöverschen und niedersächsischen Organisationen, die
29 der AfD und ihren Mitgliedern zeigen wollen: In Hannover ist kein Platz für rechtspopulistische
30 Hetze! Aus dem ganzen Bundesgebiet werden Antifaschistinnen und Antifaschisten erwartet,
31 um den Protest gegen die AfD zu unterstützen.
32 In einer Pressemitteilung bezeichnet Jens Wilharm, der stellvertretende AfD- Landesvorsitzende
33 aus Niedersachsens, alle Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen den AfD- Parteitag in
34 Hannover stellen als „Antidemokraten“ 1, so auch Hannovers Oberbürgermeister Stefan
35 Schostok, der bereits angekündigt hatte, auf der Kundgebung des Bündnisses sprechen zu
36 wollen. Wilharm wirft ihm und allen anderen Demonstrierenden vor, politisch Andersdenkende
37 zu diskriminieren, ihre Meinung nicht zuzulassen und somit antidemokratische Kultur
38 auszuüben.¹
39
40
41 Für uns Jusos aber ist eben dieses Aufstehen gegen den Parteitag der nationalistischen AfD
42 der Ausdruck einer demokratischen Einstellung, die rechte Ideologien verachtet und ihnen
43 entschlossen entgegentritt. Wir sehen es als unsere antifaschistische Pflicht, gegen
44 homophobe, chauvinistische, ausländerInnenfeindliche und islamophobe Weltanschauungen

45 auf die Straße zu gehen. Daher solidarisieren wir uns mit allen Menschen, die an diesem
46 Wochenende der AfD zeigen, dass sie in Hannover und auch nirgendwo anders willkommen
47 ist. Wir unterstützen ausdrücklich den Aufruf des breiten Bündnisses und sind in Gedanken bei
48 unseren Genossinnen und Genossen vor Ort. Wir wünschen allen Menschen vor Ort
49 erfolgreiche Protestveranstaltungen und hoffen, dass sie der AfD an diesem Wochenende so
50 richtig die Laune verderben!

51

52 1[http://www.afd-niedersachsen.de/index.php/medienspiegel/afd-presse-und-medien/afd-
53 pressemitteilungen-nds/1769-23-11-2015-afd-bundesparteitag-hannover-zeigt-ein-haessliches-
54 gesicht](http://www.afd-niedersachsen.de/index.php/medienspiegel/afd-presse-und-medien/afd-
53 pressemitteilungen-nds/1769-23-11-2015-afd-bundesparteitag-hannover-zeigt-ein-haessliches-
54 gesicht)

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

101

102

103

104

Titel Jusos: CDU-Bekenntnis zum Grundgesetz
erforderlich. Gegen die CDU-gewollte Integrationspflicht für
Migrantinnen und Migranten

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an

Jusos: CDU-Bekenntnis zum Grundgesetz erforderlich. Gegen
die CDU-gewollte Integrationspflicht für Migrantinnen und
Migranten

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41

Die Jusos weisen die von der CDU/CSU geforderte, sogenannte Integrationspflicht für Migrantinnen und Migranten entschieden zurück. Laut einem Bericht des SPIEGEL verlangt die stellvertretende CDU Vorsitzende Julia Klöckner, dass sich Migrantinnen und Migranten zu der Gleichberechtigung von Mann und Frau, dem Vorrang der Verfassung vor der Scharia sowie zu dem Existenzrecht Israels bekennen. Weiterhin heißt es, dass die Diskriminierung von Homosexuellen und Andersgläubigen nicht als Ausdruck von religiöser Vielfalt akzeptiert werden darf. Bei Nichteinhaltung sollen laut CDU/CSU Sozialleistungen gekürzt und der Aufenthaltsstatus überprüft werden.

Die Aufforderung an Migrantinnen und Migranten unter Strafandrohung, sich zu diesen Werten zu bekennen, impliziert den Vorwurf und pauschalen Generalverdacht, dass sich Migrantinnen und Migranten diesen Werten, anders als Deutsche, nicht verpflichtet fühlen. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass sich ausgerechnet die CDU/CSU nun zur Vorkämpferin für Gleichberechtigung und sexuelle Vielfalt stilisieren möchte und dies tut, indem sie erneut pauschal gegen Menschen mit Migrationshintergrund agitiert und diese offensiv diskriminiert. Wir Jusos kämpfen für eine Gesellschaft, in der sich alle Menschen zur Gleichstellung von Mann und Frau, zur Akzeptanz von sexueller Vielfalt, den Respekt vor Andersgläubigen sowie zum Existenzrecht Israels bekennen. Asyl ist keine Frage der Weltanschauung, sondern ein Menschenrecht. Alles andere fällt unter die Meinungsfreiheit, die in unserem Grundgesetz steht. Zu diesem sollte sich die CDU endlich auch im Rahmen der jetzigen Herausforderungen bekennen. Wir verurteilen diesen durchsichtigen Versuch von Julia Klöckner und der CDU/CSU, progressive Werte für die Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten zu missbrauchen.